

# PADERBORNER HISTORISCHE MITTEILUNGEN

Verein für Geschichte an der  
Universität Paderborn



Jg. 29, 2016

Titelbild:

...

Korrigenda:

Der in unserer letzten Ausgabe PHM 28 von Theresa Lennert eingereichte Tagungsbericht zu „Fragen der Regionalgeschichte 2015“ stellt eine gekürzte Version dar, die bereits bei H-Soz-u-Kult veröffentlicht worden ist.

**IMPRESSUM**

Paderborner Historische Mitteilungen Nr. 29 (PHM), 2016

Herausgeber: Verein für Geschichte an der Universität Paderborn e.V.  
Stettiner Str. 40–42, 33106 Paderborn

Dr. Michael Wittig, Prof. Dr. Frank Göttmann, Prof. Dr. Eva-Maria Seng

Redaktion: Dr. Guido M. Berndt, Adam-Klein-Str. 145, 90431 Nürnberg  
Dennis Bienkowski, Kleine Penzlinger Straße 2, 33102 Paderborn.

Franziska Lemke B.A., Bergstraße 1, 33098 Paderborn

Michaela Anna Mehlich, Kamp 37, 33098 Paderborn

PD Dr. Mareike Menne, Müllmersberg 2, 33154 Salzkotten

Dr. Joachim Ruffer, Endloser Weg 16, 59494 Soest

Christina-Maria Selzener, Im Aatal 16, 33181 Bad Wünnenberg

PD Dr. Michael Ströhmer, Eichendorffstraße 3d, 33014 Bad Driburg

Sandra Venzke, Ledeburstraße 9 a, 33102 Paderborn

Ulrike Voss M.A., Lindenstr. 11, 59597 Erwitte/Bad Westernkotten

Dennis Wegener, Im Stehbusch 2, 33181 Bad Wünnenberg

E-Mail-Adresse: Michael.Strohmer@upb.de

ISSN: 1867-7924

Für den Inhalt der namentlich gekennzeichneten Beiträge zeichnen die Autoren verantwortlich.

## Inhalt

### *Aufsätze*

DAVID MERSCHJOHANN, Die kommunale Gebietsreform in Nordrhein-Westfalen  
am Beispiel Paderborn.....4

JÖRG WUNSCHHOFFER, „Vigore indulti apostolici“ –  
Die Besetzung von Präbenden im Domkapitel zu Paderborn durch  
Fürstbischof Clemens August per päpstliches Indult.....55

### *Miszellen*

HANS GERD DORMAGEN, Die Grabplatte des Bischofs Wilhelm II. Schneider  
im Dom zu Paderborn.....97

MAREIKE MENNE, Die neuen Barfußhistoriker?.....107

RAMONA BECHAUF, Gast-Arbeiter? - Die Situation der Paderborner Gastarbeiter  
in den 1960er und 1970er Jahren.....111

*Rezensionen* .....126

JOHANNES SANDERS: S.J. (1596–1674): Geschichte des Jesuitenkollegs in Paderborn  
1580–1659. (Köb) – WOLFGANG MARON / JULIANE PLÖGER: Deutschland seit 1945 -  
Germany since 1945. Eine illustrierte Geschichte - An Illustrated History (Beiteke) –  
NORBERT ALEWELD: Der Beginn der Neugotik im Sakralbau Westfalens - Der Bei-  
trag Westfalens zur Wiedererweckung der mittelalterlichen Sakralbaukunst im 19.  
Jahrhundert(Dämmig) – RICHARD JANUS: Zwischen Katholizismus und Unkirchlichkeit.  
Pastorale Identitätskonstruktionen in der ostwestfälischen Diaspora am Beispiel des  
Pfarrers Theodor Holzhausen (1826-1900) (Wittig)

*Autorenverzeichnis* .....137

*Berichte und Vereinsmitteilungen* .....138

SABINE TOMAS, Theorie und Methode des musealen Ausstellungswesens.....138

RAMONA BECHAUF, Projekt „Stadtschreiber Paderborn“ 2016 - Ein Erfahrungsbericht.....144

LEA RÖNSCH, Studienfahrt 2015: „Prag – Goldene Stadt an der Moldau“ .....150

MICHAEL WITTIG, Vereinsmitteilungen.....156

*Vereinsveröffentlichungen* .....163

# Die kommunale Gebietsreform in Nordrhein-Westfalen am Beispiel Paderborn<sup>1</sup>

von David Merschjohann

## I. Einleitung

*Thematische Einführung und Relevanz*



Abbildung 1: Neue Westfälische, Hoch gereizt: Neugliederungs-Grand mit Dreien und Kontra (27.4.1974), in: StdAPb, B/2492/40.

Die vorliegende Zeichnung stellt die Diskussion im Zuge der nordrhein-westfälischen Gebietsreform<sup>2</sup> am Beispiel Paderborn sehr anschaulich dar. Auf der linken Seite der Zeichnung – vom Betrachter aus gesehen – ist der ehemalige Bürgermeister Paderborns, Herbert Schwiete, abgebildet.<sup>3</sup> Auf der rechten Seite sieht man Bernhard Hunstig; dieser war im Zuge der Diskussion um die Gebietsreform Bürgermeister der Gemeinde Schloß Neuhaus.<sup>4</sup> In seiner Hand hält er das Schloß Neuhaus, weg von Bürgermeister Schwiete, der offensichtlich danach greift; Hunstig will mit dieser Reaktion die Eigenständigkeitsbemühungen des ehemaligen Amts Schloß Neuhaus ver-

- 1 Die vorliegende Arbeit ist eine überarbeitete Version der im Sommersemester 2014 mit gleichnamigem Titel bei Herrn Prof. Dr. Rainer PÖPPINGHEGE vorgelegten schriftlichen Hausarbeit im Rahmen der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen in Geschichte (Zweitgutachter: Prof. Dr. Dietmar KLENKE). Für die vorliegende Zeitschrift wurde die Examensarbeit einerseits gekürzt, andererseits jedoch an einigen Stellen um zwischenzeitlich neu erschienene (Forschungs-) Literatur erweitert. Die Arbeit kann im Stadtarchiv Paderborn (im Folgenden StdAPb), S2/1598 eingesehen werden. Sie enthält ebenfalls das abgedruckte Zeitzeugeninterview des Verfassers mit dem ehemaligen Paderborner Stadtdirektor a.D. Wilhelm Ferlings vom 7. Juli 2014, S. [83–103].
- 2 Einen kurzen geschichtlichen Überblick bieten bspw. HOEBINK, Hein: Gebietsreform, in: STAATLICHE ARCHIVE (Hg.), Nordrhein-Westfalen. Landesgeschichte im Lexikon, Band 31, Düsseldorf 1993, S. 138–143; und PUSCH, Beatrix: Gebietsreformen, in: LANDKREISTAG NORDRHEIN-WESTFALEN (Hg.), Von der preussischen Obrigkeit zur bürgerlichen Selbstverwaltung. 200 Jahre rheinische und westfälische Kreise, Düsseldorf 2016, S. 64–73.
- 3 Zur Person vgl. StdAPb, Nachlass Herbert Schwiete (20.1.1918 – 4.4.1994) S1/46; ebenfalls wurde eine Straße nach ihm benannt, der „Herbert-Schwiete-Ring“, vgl. LIEDTKE, Gerhard: Abbestraße bis Zwetschenweg. Straßennamen in Paderborn, Paderborn 1999, S. 113; vgl. ferner Westfälisches Volksblatt, Nun mit ganzer Kraft im Bürgermeister-Amt. Als Schulleiter in strapaziöser Doppelbelastung (14.6.1980), in: StdAPb, S1/46/29.
- 4 Zur Person vgl. LIEDTKE, Abbestraße bis Zwetschenweg, S. 53.

deutlichen und bat folglich Schwiete darum, „ihm sein Rathaus zu lassen“. Paderborn hatte jedoch Bestrebungen, unter anderem die Gemeinde Schloß Neuhaus einzugliedern, was aufgrund des Landtagsbeschlusses, der am 1. Januar 1975 in Kraft trat, auch so folgen sollte. Bei der vorliegenden Thematik „Gebietsreform“ geht es unter anderem auch um Raum- und damit verbundene Machtfragen. Es verwundert also nicht, dass diese Reform laut Mecking „wie kaum eine andere Reform in der Geschichte Nordrhein-Westfalens die innenpolitische Diskussion“ beschäftigte.<sup>5</sup> So charakterisiert sich der „Akteur“ nach Bourdieu durch sein „Domizil“, wodurch ein fester Wohnort entsteht. Damit einhergehend können Besitzverhältnisse verdeutlicht werden („Häuser und Wohnungen oder Büros, Acker- oder Bauland“), sodass der von dem Akteur „eingenommene Ort und sein Platz im angeeigneten physischen Raum hervorragende Indikatoren für seine Stellung im sozialen Raum abgeben“.<sup>6</sup> Bourdieu kommt als Folge zur Ansicht, dass „Herrschaft über den Raum [...] eine der privilegiertesten Formen von Herrschaftsausübung [bildet]“.<sup>7</sup> Aufgrund dessen kann man durchaus davon ausgehen, dass auch dieser Aspekt in den Diskussionen, welche die beiden bedeutenden Protagonisten Schwiete und Hunstig führten, einen hohen Stellenwert einnahm.

Ist die Diskussion, die vor mehr als vier Jahrzehnten in Nordrhein-Westfalen in vollem Gange war, heute noch relevant? Hat man sie vergessen, verdrängt oder wünscht man sich kleinere Strukturen in Verwaltung und Politik zurück? Es ist davon auszugehen, dass ein Gewöhnungseffekt eingetreten ist und vor allem jüngere Generationen in diesen eingegliederten Kommunen aufwuchsen und von den Diskussionen somit nichts erfahren haben. Doch da kommen Nostalgiker auf die Idee und beantragen letztendlich erfolgreich, das alte Autokennzeichen des damaligen Kreises Büren – BÜR – wieder zuzulassen.<sup>8</sup> Sitzt der Stachel der kommunalen Gebietsreform der Jahre 1966-1975 immer noch so tief, dass einige ‚Unbelehrbare‘ oder gar ‚Visionäre‘ sie über das Autokennzeichen rückgängig machen wollen? Oder war der viel beschworene Widerstand doch gar nicht so heftig, dass die Reform viel geräuschloser über die Bühne ging, als vielfach dargestellt? Die Gebietsreform in Nordrhein-Westfalen scheint diesbezüglich, wie das oben genannte kleine lokale Beispiel verdeutlicht, in der Haltung einiger Personen immer noch nicht abgeschlossen zu sein; auch weil die seit 1975 festgelegten Kreise und Kommunen – im Wesentlichen –<sup>9</sup> bis zum heutigen Tage Bestand haben.

5 MECKING, Sabine: Kommunale Selbstverwaltung und lokale Demokratie, in: DITT, Karl. u.a. (Hg.), Westfalen in der Moderne 1815–2015. Geschichte einer Region, Münster 2015, S. 121–138, hier S. 134.

6 BOURDIEU, Pierre: Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum. Aus dem Französischen übersetzt von Bernd SCHWIBS, in: WENTZ, Martin (Hg.), Stadt-Räume. Frankfurt/ New York 1991, S. 25–34, hier S. 26.

7 Ebd., S. 30.

8 Vgl. Westfälisches Volksblatt, „BÜR kostet nicht mehr“. Kennzeichen-Initiative kämpft weiter – 140 Kreise angeschrieben (25.6.2014). Der Kreistag Paderborn stimmte in seiner Sitzung vom 3. November 2014 bei sechs Gegenstimmen und zehn Enthaltungen mehrheitlich für die „Wiedereinführung des Altkennzeichens 'BÜR' [...] mit der Maßgabe [...], dass keine Mehrkosten und kein Mehraufwand entstehen dürfen“, vgl. Kreis Paderborn, Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 03.11.2014 (4. Sitzung der Wahlperiode 2014/2020), S. 1–21, hier S. 4–6.

9 Vgl. diesbezüglich die erfolgreichen Klagen vor dem Verfassungsgerichtshof, in: Kapitel IV.

*Leitfrage und Forschungshypothesen*

Die vorliegende Arbeit „Die kommunale Gebietsreform in Nordrhein-Westfalen am Beispiel Paderborn“ befasst sich mit folgender Leitfrage: *Konnte die kommunale Gebietsreform in Paderborn ohne Widerstände vollzogen werden?* Diese Frage wurde auserwählt, da die Gebietsreform in Nordrhein-Westfalen in anderen Kommunen wie beispielsweise in Wattenscheid oder Kettwig zu großen Protesten geführt hatte.<sup>10</sup> Auch die Gemeinden Schloß Neuhaus und Sande klagten im Jahre 1976 vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster gegen die kommunale Gebietsreform.<sup>11</sup> Dies ist ein vielversprechender Ansatzpunkt dafür, dass auch in diesen Gemeinden die Gebietsreform intensiv diskutiert wurde. Konkreter beantwortet werden soll jedoch die Leitfrage in Verbindung von drei Forschungshypothesen, die im Folgenden vorgestellt und näher erläutert werden:

1. Die Landesregierung handelte im Kommunalisierungsprozess sehr akribisch, aber nicht kommunikativ. Wie Dicke in seiner Arbeit unter anderem zu dem Fazit kommt,<sup>12</sup> soll diese Hypothese am Beispiel Paderborn untersucht werden. Im Verlauf der Arbeit wird ein Augenmerk auf die Rolle der Landesregierung gelegt und diese Hypothese berücksichtigt. Neben der Analyse des Neugliederungsvorschlages des Innenministers des Raumes Sauerland/Paderborn sollen ebenfalls Indizien aus diversen Schreiben aus Düsseldorf an die betroffenen Kommunen ausgewertet werden.

2. Bürgermeister Herbert Schwiete und Stadtdirektor Wilhelm Ferlings verhielten sich sehr geschickt auf dem Weg Paderborns zur Großstadt. Bei der Beantwortung dieser Hypothese werden zunächst die verschiedenen Ziele der betroffenen Kommunen analysiert: Welche Ziele strebte Paderborn an, welche Ziele hatten die Gemeinden Schloß Neuhaus und Sande. In Anbetracht dessen soll die Arbeit der beiden oben genannten Personen und der Weg Paderborns zur Großstadt rekonstruiert werden. Die Stadt Paderborn brachte Anfang des Jahres 1973 einen eigenen Neugliederungsvorschlag heraus; diesem folgte der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen in seinem Vorschlag zur Neugliederung des Raumes Sauerland/Paderborn in überwiegendem Umfang. Daher wird die oben genannte Forschungshypothese aufgestellt.

3. Der Schloß Neuhäuser Protest war trotz der Klage beim Verfassungsgerichtshof in Münster nicht so stark ausgeprägt wie in anderen Kommunen. Bei ersten Recherchen im Stadtarchiv Paderborn wurde der Verfasser auf eine Verleihung einer „Schützen-Bürgermeister-Kette“ mit allen Wappen der Stadtteile im Jahre 1977 aufmerksam, „die Initiative [...] ging von den [...] Schloß Neuhäusern aus“.<sup>13</sup> Bürgermeister Schwiete erhielt diese Kette

10 Vgl. MECKING, Sabine: Bürgerwille und Gebietsreform. Demokratieentwicklung und Neuordnung von Staat und Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen 1965–2000, München 2012.

11 Zum Verfassungsgerichtshof vgl. ROMEYK, Horst: Kleine Verwaltungsgeschichte Nordrhein-Westfalens, Siegburg 1988, S. 132.

12 Vgl. DICKE, Jan Nikolas: Reform und Protest. Konflikte um die Neugliederung des Kreises Borken in den 1960er und 1970er Jahren, Paderborn 2013, S. 406–410.

13 Die Kette befindet sich im StdAPb, S1/46/52; vgl. ebenfalls ST. SEBASTIAN SCHÜTZENBRUDERSCHAFT MARIENLOH 1904 E.V. ABTEILUNG HEIMATFREUNDE: Ortschronik Marienloh. 1969–2010, Paderborn 2011, S. 71f.

im Namen der Schützen und sollte sie bei Schützen-Veranstaltungen in den Paderborner Stadtteilen tragen. Wie bereits erwähnt, klagten nur ein Jahr zuvor die Gemeinden Schloß Neuhaus und Sande noch gegen den Zusammenschluss nach Paderborn beim Verfassungsgerichtshof. Scheinen sich die Konfrontationen daher hier, im Gegensatz zu einer Kommune wie Wattenscheid, zeitlich sehr früh gelegt zu haben? Es gilt diesbezüglich zu prüfen, welchen Umfang der Widerstand und auch die damit verbundene Identität<sup>14</sup> der Protagonisten in Schloß Neuhaus ausmachte.

### *Forschungsüberblick und Quellenlage*

Bereits im Zuge der kommunalen Gebietsreform wurden vor allem von Juristen und Verwaltungsbeamten Publikationen herausgebracht.<sup>15</sup> Diese, zumeist in kommunalen Fachzeitschriften, dargestellten Artikel, „konzentrierten sich in erster Linie auf die technische und rechtliche Abwicklung der Maßnahmen“.<sup>16</sup> Die von von Oertzen/ Thieme herausbrachten 19 Bände zur kommunalen Gebietsreform thematisieren unter anderem Voraussetzungen und Durchführung der Reform, sowie die Auswirkungen der Reform auf Bürger, Finanzwirtschaft, Personalwesen oder aber auch öffentliche Einrichtungen.<sup>17</sup> Auch Geographen widmeten sich dem Thema der kommunalen Gebietsreform.<sup>18</sup> Laut Mecking hat die Geschichtswissenschaft jedoch „bisher wenig zur systematischen Analyse der kommunalen Gebiets- und Funktionalreform der 1960er und 1970er Jahre beigetragen“.<sup>19</sup> Schriften öffentlicher Auftraggeber kommen häufig nicht über die Benennung der Fakten hinaus.<sup>20</sup> Publikationen über die Gebietsreform, welche jedoch verstärkt den Fokus auf verwaltungsgeschichtliche Abläufe richteten, erschienen ebenfalls.<sup>21</sup> Jüngere historische Arbeiten

- 14 Der Begriff ‚Identität‘ ist vielschichtig, für einen Überblick und eine Definition vgl. ABELS, Heinz: Identität, Wiesbaden 2010, S. 245–258; vgl. SUDBROCK, Theres: Regionale Identität im Kreis Gütersloh. Die Auswirkungen der Gebietsreform 1973, Bielefeld 2004, S. 11ff.
- 15 Vgl. zum Forschungsstand ausführlich MECKING, Bürgerwille und Gebietsreform, S. 34–44, hier S. 34f.; vgl. des Weiteren MECKING, Sabine: Kommunale Gebietsreform(en) in der Bundesrepublik in den 1960er und 1970er Jahren. Forschungsstand und Untersuchungsperspektiven, in: Westfälische Forschungen 54 (2004), S. 415–432; vgl. DICKE, Reform und Protest, S. 4–9.
- 16 MECKING, Bürgerwille und Gebietsreform, S. 35.
- 17 Vgl. VON OERTZEN, Hans Joachim/ THIEME, Werner (Hg.), Die kommunale Gebietsreform, Baden Baden; vgl. MECKING, Bürgerwille und Gebietsreform, S. 35.
- 18 Vgl. TIGGEMANN, Rolf: Die kommunale Neugliederung in Nordrhein-Westfalen. Möglichkeiten und Grenzen der Anwendung landesplanerischer Entwicklungskonzeptionen und Instrumentarien auf das Zielsystem der Gebietsreform, Meisenheim am Glan 1977; SCHÖLLER, Peter: Auswirkungen der kommunalen Neugliederung dargestellt an Beispielen aus Nordrhein-Westfalen, Bochum 1984; vgl. ferner MECKING, Bürgerwille und Gebietsreform, S. 36.
- 19 MECKING, Bürgerwille und Gebietsreform, S. 36.
- 20 Vgl. ebd., S. 37.
- 21 Vgl. WINKELMANN, Petra: Die Entwicklung des Kreises Neuss 1970 bis 1990. Eine Studie zur kommunalen Neugliederung im Lande Nordrhein-Westfalen, Essen 1994; DRESCHER, Günther: Die kommunale Neugliederung der Stadt Warendorf 1969–1975, in: LEIDINGER, Paul (Hg.), Geschichte der Stadt Warendorf, Band 2, Warendorf 2000, S. 347–353; PUSCH, Beatrix: Die kommunale Neugliederung im Kreis Soest, Paderborn 2003; vgl. ferner MECKING, Bürgerwille und Gebietsreform, S. 37f.

befassen sich zusätzlich mit der Zeit nach der Gebietsreform oder legen ferner den Fokus auf ihre mentalitätsgeschichtlichen oder soziologischen Aspekte.<sup>22</sup> So spielen Fragen der Konflikte bzw. Proteste aufgrund der Gebietsreform,<sup>23</sup> oder die Identität der unmittelbar betroffenen Bürgerschaft eine Rolle.<sup>24</sup>

In einer umfangreichen Arbeit beschäftigt sich zurzeit Rinser mit der kommunalen Gebietsreform in Bayern.<sup>25</sup> Die kommunale Gebietsreform im Raum Paderborn wurde bislang noch wenig erforscht.<sup>26</sup>

Zur Quellenlage lässt sich sagen, dass diese einen breiten Umfang besitzt. Das Stadtarchiv Paderborn hat diesbezüglich einen Bestand eingerichtet, welcher auch für die vorliegende Arbeit ausgewertet wurde.<sup>27</sup> Ferner gibt es für jeden Paderborner Stadtteil eigene Bestände.<sup>28</sup> Rats- und Ausschussprotokolle aus den betroffenen Kommunen im Paderborner Raum sind ein wichtiges Quellenmaterial. Nicht zu unterschätzen sind die zahlreichen lokalen Zeitungsartikel zur kommunalen Gebietsreform,<sup>29</sup> welche zum einen Informationen geben, zum anderen aber auch aktiv die kommunale Gebietsreform kommentieren und somit Meinungen vorgeben können. Die Tageszeitungen zitierten in der Regel die politischen Akteure

22 Vgl. MECKING, Bürgerwille und Gebietsreform; vgl. ebenfalls die Beiträge des Forschungsprojekts der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft zur Gebietsreform, MECKING, Sabine/ OEBBECKE, Janbernd (Hg.), Zwischen Effizienz und Legitimität. Kommunale Gebiets- und Funktionalreformen in der Bundesrepublik Deutschland in historischer und aktueller Perspektive, Paderborn 2009, S. 65–185.

23 Vgl. KRAH, Holger: „Nehmt mir das Leben, aber nicht die Gemeinde“. Die Gründung der Städte Enger und Spenge im Rahmen der kommunalen Neugliederung, in: Historisches Jahrbuch für den Kreis Herford (1998), Bielefeld 1997, S. 133–144; BENFER, Jost: Rückgemeindung. Sechs Städte begehren auf. Dokumentation der Bemühungen des Kettwiger Kreises zwischen 1983 und 1990, Zwickau 2009; vgl. auch MECKING, Bürgerwille und Gebietsreform, S. 37.

24 Vgl. HAUS, Ulrike: Zur Entwicklung lokaler Identität nach der Gemeindegebietsreform in Bayern. Fallstudien aus Oberfranken, Passau 1989; SUDBROCK, Regionale Identität; vgl. SCHMUHL, Hans-Walter: Mentalitäten und Identitäten in ländlichen Vororten nach der kommunalen Gebietsreform der 1970er Jahre. Das Beispiel Bielefeld, in: KERSTING, Franz-Werner/ ZIMMERMANN, Clemens (Hg.), Stadt-Land-Beziehungen im 20. Jahrhundert. Geschichts- und kulturwissenschaftliche Perspektiven, Paderborn 2015, S. 89–108.

25 Vgl. RINSER, Julia: Zwischen Modernisierungswillen und Partizipationsanspruch. Die Auswirkungen der Gebietsreform der 1970er Jahre auf Gemeinden in Bayern, in: ARBEITSGEMEINSCHAFT HISTORISCHER FORSCHUNGSEINRICHTUNGEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND (Hg.), Jahrbuch der historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Berichtsjahr 2012, München 2013, S. 562.

26 Vgl. ALBERTIN, Lothar/ KEIM, Eris/ WERLE, Raymund: Die Zukunft der Gemeinden in der Hand ihrer Reformer, Geplante Erfolge und politische Kosten der kommunalen Neugliederung – Fallstudien in Ostwestfalen-Lippe, Opladen 1982; vgl. STAMBOLIS, Barbara: Jahrzehnte des Umbruchs (1945–1975). Neustrukturierungen in der Region: Paderborn und die Kommunalreform, in: HÜSER, Karl (Hg.), Paderborn. Geschichte der Stadt in ihrer Region. Das 19. und 20. Jahrhundert. Traditionsbindung und Modernisierung, Band 3, Paderborn 1999, S. 304–310; Christian KERPER hat sich mit der Stadt-Umland Problematik am Beispiel des Kreises Paderborn in juristischer Hinsicht beschäftigt, verunglückte jedoch im September 2005 tödlich, vgl. MECKING, Bürgerwille und Gebietsreform, S. 39; vgl. KERPERs Forschungsvorhaben ebenfalls bei MECKING, Kommunale Gebietsreform(en), S. 428.

27 StdAPb, B – Stadtverwaltung Paderborn 1950–1974, Klassifikation 015 Gebietsreform.

28 Vgl. StdAPb, G sowie StdAPb, H; es wurden relevante Dokumente des Bestandes H Schloß Neuhaus, das heißt Unterlagen aus dem Gemeindearchiv Schloß Neuhaus, ausgewertet.

29 Zu nennen sind hier die Neue Westfälische sowie das Westfälische Volksblatt.



persönlich und waren somit nahe am Geschehen. Andererseits suchten jedoch auch die handelnden Personen des Öfteren den Weg zur Zeitung, sodass eine gewisse Wechselwirkung bzw. Abhängigkeit entstand. Als Protagonist der Gebietsreform gilt Herbert Schwiete; sein Nachlass im Stadtarchiv Paderborn enthält ebenfalls nicht unwesentliche Informationen über die Abläufe der Reform.<sup>30</sup> Quellen des ehemaligen Amtsarchivs Schloß Neuhaus,<sup>31</sup> d.h. bspw. Referate, Aufsätze, Vorträge, Presseauschnitte des Amtes aus den Jahren 1959-1974, sowie Material zur Verwaltungs- und Gebietsreform bzw. zur Kommunalen Neugliederung befanden sich über den gesamten Zeitraum der Erstellung der Examensarbeit in Leipzig zur Entsäuerung und konnten daher nicht ausgewertet werden.<sup>32</sup> Protokolle des Landtags Nordrhein-Westfalen sowie des Verwaltungs- und Reformausschusses können als wichtige Quelle im Zuge der Gebietsreform gelten. Abschließend wurde noch nach dem Oral-History-Ansatz ein Interview mit dem Zeitzeugen Wilhelm Ferlings durchgeführt.<sup>33</sup> Die retrospektive Beurteilung des bedeutenden Akteurs circa vierzig Jahre nach Abschluss der Gebietsreform kann wertvoll sein. Das Interview soll jedoch als Ergänzung zu den bereits im Vorfeld ausgewerteten Quellen verstanden werden.

### *Aufbau*

Die Arbeit konzentriert sich auf die kommunale Gebietsreform in der Stadt Paderborn, und hier vor allem die Eingliederung der Gemeinde Schloß Neuhaus, wobei auch die Zeit nach der Reform mit einbezogen wird. Bevor aber der Fokus auf die Stadt Paderborn gelegt wird, soll vorab eine kurze historische Einführung der Zeit der 1960er und 1970er Jahre gegeben und auch die kommunale Gebietsreform in Nordrhein-Westfalen im Allgemeinen vorab betrachtet werden.

## **II. Einführung in das Thema**

Die 1960er und 1970er Jahre waren in Westdeutschland von turbulenten Ereignissen geprägt: Durfte Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) Westdeutschland von 1949 bis 1963 regieren, gab es in den darauffolgenden 14 Jahren insgesamt vier Bundeskanzler.<sup>34</sup> Nach den kurzen Regierungszeiten Ludwig Erhards und Kurt Georg Kiesingers setzte sich die sozial-liberale Regierung unter der Führung Willy Brandts (SPD), welche ihr Amt im

30 Vgl. StdAPb, S1/46.

31 StdAPb, G: Amtsverwaltung Schloß Neuhaus (1974 aufgelöst).

32 Mündliche Mitteilung des Stadtarchivs Paderborn (Ruth Lüdicke), 27.05.2014. Der Bestand wurde im April 2014 nach Leipzig geliefert und war bis Ende des Jahres 2014 nicht verfügbar.

33 Das Zeitzeugeninterview befindet sich im Anhang der Examensarbeit, S. [83–103]; zur Theorie vgl. OBERTREIS, Julia: Oral History – Geschichte und Konzeptionen, in: DIES. (Hg.), Oral History, Stuttgart 2012, S. 7–28; vgl. darüber hinaus STÖCKLE, Frieder: Zum praktischen Umgang mit Oral History, in: VORLÄNDER, Herwart (Hg.), Oral History. Mündlich erfragte Geschichte, Göttingen 1990, S. 131–162.

34 Eine gelungene Einführung zur Ära Adenauer bietet HILDEBRAND, Klaus: Integration und Souveränität, Bonn 1991.

Jahre 1969 antrat,<sup>35</sup> für eine ‚neue Ostpolitik‘ ein. Man wollte sich dem ‚Osten‘ annähern und keine strikte ‚Westbindung‘ durchführen, wie es die „Staatsräson“ (Hans-Peter Schwarz) Adenauers gewesen ist. Durch Verträge wie den Moskauer- und den Warschauer Vertrag deutete die Bundesregierung ihre Reformbereitschaft an.<sup>36</sup> Reformen standen in dieser Zeit zunehmend im Fokus. Die Medienlandschaft entwickelte sich, die Verkaufszahlen des links-liberalen Magazins ‚Der Spiegel‘ stiegen an.<sup>37</sup> Politik wurde diskutierbarer, transparenter und auch kritischer betrachtet, gleichwohl war aber laut Wehler hierfür nicht die ‚68er Bewegung‘ verantwortlich; ein kritischer Grundton machte sich schon gegen Ende der Ära Adenauer bemerkbar.<sup>38</sup>

Dennoch lässt sich festhalten, dass sich die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung seit dem Beginn der 1960er Jahre zufrieden mit ihrem Staat zeigte. Die Westdeutschen akzeptierten ihre Institutionen, das demokratische System hatte sich nach dem 2. Weltkrieg etabliert.<sup>39</sup> Das ‚Wirtschaftswunder‘ und der damit verbundene Wohlstand hatten sicherlich auch einen erheblichen Anteil an der positiven Grundstimmung in der Bevölkerung. Welch Guerra entwickelt diesbezüglich die These, dass die räumliche Planung zur „hohe[n] politische[n] und ökonomische[n] Stabilität der Bundesrepublik“ beigetragen hatte.<sup>40</sup>

Geplant wird laut Hockerts „immer und überall. Man setzt Ziele, sammelt Informationen, entwirft ein Handlungsprogramm und überprüft den Erfolg“.<sup>41</sup> Erst Mitte der 1960er Jahre wurde die Planung von externen Theoretikern auf die politische Tagesordnung gebracht. In der Ära Adenauer gab es angeblich noch eine „Planungsphobie“, von einer „Tabuisierung‘ des Planungsbegriffs“ war die Rede.<sup>42</sup> Dies galt besonders für den Wirtschaftsbereich; „Planung“ wurde – auch unter dem Vorzeichen des ‚Kalten Krieges‘ – oftmals mit „Planwirtschaft“ verwechselt bzw. gleichgesetzt. So gab es Planung jedoch bereits in den 1950er Jahren; nichts anderes war und ist der obligatorische Haushaltsplan der

35 Vgl. WINKLER, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung, Band 2, München 2010, S. 279ff.

36 Vgl. genaueres bei ebd., S. 287ff.

37 Verkaufszahlen ‚Der Spiegel‘: 1962 570.000 Exemplare und 1968 877.000 Exemplare, siehe hierzu WEHLER, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Fünfter Band. Bundesrepublik und DDR. 1949-1990, München 2008, S. 274.

38 Vgl. ebd., S. 267–275; vgl. ebenfalls DICKE, Reform und Protest, S. 15.

39 Vgl. WOLFRUM, Edgar: Das westdeutsche „Geschichtsbild“ entsteht. Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und neues bundesrepublikanisches Staatsbewusstsein, in: FRESE, Matthias/ PAULUS, Julia/ TEPPE, Karl (Hg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn 2003, S. 227–246, hier S. 241ff.

40 WELCH GUERRA, Max: Die 1960er Jahre und der Aufstieg der räumlichen Planung zum etablierten bundesdeutschen Politikfeld, in: ALTROCK, Uwe u.a. (Hg.), Jahrbuch Stadterneuerung 2012. Schwerpunkt „40 Jahre Städtebauförderung – 50 Jahre Nachmoderne“, Berlin 2012, S. 41–68, hier S. 41.

41 HOCKERTS, Hans Günter: Einführung, in: FRESE, Matthias/ PAULUS, Julia/ TEPPE, Karl (Hg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn 2003, S. 249–257, hier S. 249.

42 Vgl. ebd., S. 250; vgl. ebenfalls RUCK, Michael: Gesellschaft gestalten. Politische Planung in den 1960er und 1970er Jahren, in: MECKING, Sabine/ OEBBECKE, Janbernd (Hg.), Zwischen Effizienz und Legitimität. Kommunale Gebiets- und Funktionalreformen in der Bundesrepublik Deutschland in historischer und aktueller Perspektive, Paderborn 2009, S. 35–47.

einzelnen Regierungen, der jährlich vom Parlament verabschiedet wurde.<sup>43</sup> In den 1960er und 1970er Jahren lag der Fokus der Planung vor allem auf den „Politikbereiche[n] Bildung, Wirtschaft und Arbeit sowie Landesplanung und -entwicklung“.<sup>44</sup> Die Landesplanungsgesetze (ab 1950), das Bundesbaugesetz (1960), das Bundesraumordnungsgesetz (1965) als auch das Städtebauförderungsgesetz (1971) regelten im Bereich der Landesentwicklung die räumliche Planung.<sup>45</sup> Es entwickelte sich somit eine Wissenschaftlichkeit der Planung. „Der planungsoptimistische Zeitgeist verflog in den Jahren 1973/75“,<sup>46</sup> da „[k]onjunkturpolitische Misserfolge [und] verwaltungsinterne Widerstände“ in der Zwischenzeit die Planungseuphorie erheblich dämpften.<sup>47</sup> Die Planer wiesen auf übergeordnete Ziele hin. Politik ließ sich letztendlich aber nicht planen und man kam ebenfalls zu dem Fazit, dass Politik und Verwaltung dadurch keine höhere Qualität hinzugewonnen hatten.<sup>48</sup>

Zur Gebietsstruktur in Nordrhein-Westfalen lässt sich darauf hinweisen, dass die Gemeindegrenzen vor der kommunalen Gebietsreform „im wesentlichen [sic] noch auf der Verwaltungsgliederung der zahlreichen weltlichen und kirchlichen Territorien [beruhten], die vom 17. bis zum 19. Jahrhundert mit dem Königreich Preußen vereinigt wurden“.<sup>49</sup> Es gab, trotz eines Bevölkerungsanstieges aufgrund der Industrialisierung im Deutschen Kaiserreich<sup>50</sup> und trotz der beiden Weltkriege im 20. Jahrhundert, keine wesentliche Veränderung kommunaler Grenzen.<sup>51</sup>

Nordrhein-Westfalen zählte am 30. Juni 1966 38 kreisfreie Städte sowie 2.317 kreisangehörige Gemeinden; hiervon hatten jedoch nur 202 Gemeinden mehr als 10.000 und 214 zwischen 5.000 bis 10.000 Einwohner. In 1.901 Gemeinden wohnten weniger als 5.000 Personen.<sup>52</sup> Es gab zum Stichtag 31. Dezember 1965 103 Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, die eine Fläche von null bis unter zwei Quadratkilometer hatten.<sup>53</sup> Rund achtzig Prozent

43 Vgl. HOCKERTS, Einführung, S. 250.

44 DICKE, Reform und Protest, S. 20.

45 Vgl. ebd., S. 20f.; vgl. WELCH GUERRA, Die 1960er Jahre, S. 56–61.

46 HOCKERTS, Einführung, S. 251.

47 Vgl. DICKE, Reform und Protest, S. 21.

48 Vgl. HOCKERTS, Einführung, S. 251f.; vgl. ebenfalls DICKE, Reform und Protest, S. 21f.

49 Die kommunale und staatliche Neugliederung des Landes Nordrhein-Westfalen, Abschnitt A. Die Neugliederung der Gemeinden in den ländlichen Zonen. Gutachten, erstattet am 22. November 1966 durch die von der Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen eingesetzte Sachverständigenkommission für die kommunale und staatliche Neugliederung des Landes Nordrhein-Westfalen, Siegburg o.D., S. 11; vgl. ebenfalls KÖSTERING, Heinz: Kommunale Gebietsreform in Nordrhein-Westfalen 1967–1975, in: BÜNERMANN, Martin (Hg.), Die Gemeinden und Kreise nach der kommunalen Gebietsreform. Ein Handbuch zur kommunalen Neugliederung mit Verzeichnissen der neuen Gemeinden und Kreise und der aufgelösten Gemeinden sowie einer Karte mit den neuen Verwaltungsgrenzen, Köln 1975, S. 1–25, hier S. 2.

50 Bezüglich genauerer Zahlen vgl. WEHLER, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Dritter Band. Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges. 1849–1914, München 2008, S. 493–546.

51 Vgl. KÖSTERING, Kommunale Gebietsreform in Nordrhein-Westfalen, S. 2.

52 Vgl. Die kommunale und staatliche Neugliederung des Landes Nordrhein-Westfalen, Abschnitt A, S. 48.

53 Vgl. ebd., S. 50. Weitere Angaben ebenfalls bei ebd., S. 50; die Durchschnittsgröße der Gemeindestruktur betrug 14 km<sup>2</sup> pro Gemeinde, vgl. KÖSTERING, Kommunale Gebietsreform in Nordrhein-

der Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen konnten als „leistungsunfähig bezeichnet werden“, da sie einer wesentlichen Aufgabe nach der Gemeindeverfassung nicht mehr nachkommen konnten: „Die Gemeinden sind die Grundlage des demokratischen Staatsaufbaues. Sie fördern das Wohl der Einwohner in freier Selbstverwaltung durch ihre von der Bürgerschaft gewählten Organe. Sie handeln zugleich in Verantwortung für die zukünftigen Generationen.“<sup>54</sup> Rund 2.000 Gemeinden übertrugen nämlich wesentliche Aufgaben an Zweckverbände, sodass von einer ‚kommunalen Selbstverwaltung‘ kaum mehr die Rede sein konnte.

Das nordrhein-westfälische Innenministerium plante Anfang der 1960er Jahre ein neues Landungsplanungsgesetz und stellte somit erste Vorüberlegungen zur Gebietsreform an.<sup>55</sup> Das Landesparlament verabschiedete das Gesetz schließlich im Frühjahr 1962. Im Folgenden erstellte Landesentwicklungspläne basierten schließlich auf dem Inhalt des Gesetzes. Auch der Deutsche Juristentag beschäftigte sich im Jahre 1964 unter anderem mit der Frage, ob „die gegenwärtige kommunale Struktur den Anforderungen der Raumordnung“ entsprach.<sup>56</sup> Die Beschlüsse des Juristentages hatten zur Folge, dass über eine Umgestaltung der kommunalen Gebietsstruktur nachgedacht wurde. Der Erhalt einer ‚kommunalen Selbstverwaltung‘ mit leistungsstarken Kommunen stand im Vordergrund.<sup>57</sup> So legten der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr sowie der Minister für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten am 11. August 1964 „einen gemeinsamen Runderlaß mit dem Titel ‚Maßnahmen zur Strukturverbesserung in Nordrhein-Westfalen‘ vor“.<sup>58</sup> Innenminister Willi Weyer (FDP) und der Chef der Staatskanzlei waren darüber zuvor informiert worden; das Land sollte in elf Regionen eingeteilt werden, das Ziel war eine Strukturverbesserung zu erreichen.<sup>59</sup>

Hierbei wird bereits deutlich, dass Verwaltung und Verwaltungswissenschaft Initiatoren dieser Reformüberlegungen gewesen sind:<sup>60</sup> Die Landesregierung griff diese Überlegungen

---

Westfalen, S. 3.

- 54 ARTIGUS, Stephan/ SCHNEIDER, Bernd Jürgen: Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen. Textausgabe mit Durchführungsverordnungen und ergänzenden Rechtsvorschriften sowie einer erläuternden Einführung, Stuttgart 2014, S. 15–16; vgl. ebenfalls KÖSTERING, Kommunale Gebietsreform in Nordrhein-Westfalen, S. 1 u. S. 3.
- 55 Vgl. GÄRTNER, Wolfgang: Der Landtag NRW und die kommunale Neugliederung in den sechziger und siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts, in: DIE PRÄSIDENTIN DES LANDTAGS NORDRHEIN-WESTFALEN (Hg.), Der Kraftakt: Kommunale Gebietsreform in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2005, S. 15–53, hier S. 19.
- 56 Ebd., S. 19; vgl. darüber hinaus die zentralen Thesen von Werner WEBER, Friedrich HALSTENBERG und Frido WAGENER, die eine Gebietsreform für erforderlich hielten, in: ebd., S. 20; zur Thematik vgl. ebenfalls MECKING, Bürgerwille und Gebietsreform, S. 59ff.; vgl. SCHEUNER, Ulrich: Voraussetzungen der kommunalen Gebietsreform, in: v. UNRUH, Georg Christoph/ THIEME, Werner/ SCHEUNER, Ulrich (Hg.), Die Grundlagen der kommunalen Gebietsreform, Baden-Baden 1981, S. 57–127, hier S. 91ff.; vgl. KÖSTERING, Heinz: Notwendige Reform mit vielen Opfern, in: Städte- und Gemeinderat 53 (1999), Heft 9, S. 6–9, hier S. 6f.
- 57 Vgl. KÖSTERING, Kommunale Gebietsreform in Nordrhein-Westfalen, S. 4.
- 58 TIGGEMANN, Die kommunale Neugliederung, S. 41.
- 59 Vgl. ebd., S. 42.
- 60 Vgl. GÄRTNER, Der Landtag NRW, S. 20; vgl. DICKE, Reform und Protest, S. 26; vgl. SCHEUNER, Vor-

jedoch zeitnah positiv auf. Die Landespolitiker hatten sich im Parlament mit den Vorschlägen der Landesregierung, vor allem mit denen des Innenministers, auseinanderzusetzen. Von kommunaler Seite kam somit kein Wunsch nach einer umfassenden Gebietsreform für das gesamte Bundesland.

Nach einer intensiven und lebhaften Debatte im nordrhein-westfälischen Landtag fasste das Kabinett am 5. Oktober 1965 einen Beschluss, „eine *Sachverständigenkommission* für die staatliche *und* kommunale Neugliederung des Landes einzuberufen“.<sup>61</sup>

Laut Dicke war der unmittelbare Kontext des Bundesraumordnungsgesetzes ein weiteres Argument, eine Gebietsreform durchzuführen: Dieses Gesetz hatte das gesellschaftspolitische Planungsziel vorgegeben, „gleiche Entfaltungsmöglichkeiten für alle Bundesbürger zu schaffen“.<sup>62</sup>

Diesen Aspekt sollte man nicht verkennen, da sich die Mentalität der ländlichen Bevölkerung im Zuge des ‚Wirtschaftswunders‘ verändert hatte. Durch die zunehmende Motorisierung konnte die „ländliche Bevölkerung in stärkeren Kontakt mit den nahen städtischen Zentren“ gebracht werden.<sup>63</sup> Man erwartete höhere Versorgungsstandards, dies konnte jedoch eine ehrenamtlich geführte Gemeindeverwaltung nicht mehr bewerkstelligen.<sup>64</sup>

Ferner hatte man sich erhofft, dass größere Kommunalparlamente auch deutlich mehr Gestaltungsspielräume und damit für die ehrenamtlichen Politiker eine höhere Verantwortung zugunsten der heimischen Bevölkerung bewirkten.<sup>65</sup>

Die Sachverständigenkommission legte drei Gutachten vor,<sup>66</sup> in denen gemeindliche Grundtypen mit gewissen Mindeststandards für die Bürger vorgestellt wurden.<sup>67</sup> So sollte laut Gutachten A („Die Neugliederung der Gemeinden in den ländlichen Zonen“) eine Gemeinde des Typs A 8.000 Einwohner haben, in Ausnahmefällen waren unter 5.000 Ein-

---

aussetzungen, S. 122–125.

61 TIGGEMANN, Die kommunale Neugliederung, S. 52; die Debatte findet sich ausführlich bei ebd., S. 41–52.

62 Vgl. DICKE, Reform und Protest, S. 27; vgl. besonders Die kommunale und staatliche Neugliederung des Landes Nordrhein-Westfalen, Abschnitt A, S. 17f., hier wird auf diesen Aspekt hingewiesen.

63 SCHEUNER, Voraussetzungen, S. 82.

64 Vgl. genaueres bei ebd., S. 82f.

65 Vgl. DICKE, Reform und Protest, S. 27.

66 Auf eine ausführliche Zusammenfassung der drei Gutachten wird an dieser Stelle verzichtet, auch weil die ältere Forschung dies schon übernommen hat: Vgl. diesbezüglich THIEME, Werner/ PRILLWITZ, Günther: Durchführung und Ergebnisse der kommunalen Gebietsreform, Baden–Baden 1981, S. 317–355; TIGGEMANN, Die kommunale Neugliederung, S. 52–64.

67 Vgl. jeweils die drei Gutachten Die kommunale und staatliche Neugliederung des Landes Nordrhein-Westfalen, Abschnitt A; Die kommunale und staatliche Neugliederung des Landes Nordrhein-Westfalen, Abschnitt B. Die Neugliederung der Städte und Gemeinden in den Ballungszonen und die Reform der Kreise. Gutachten erstattet am 9. April 1968 durch die von der Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen eingesetzte Sachverständigen–Kommission für die kommunale Neugliederung des Landes Nordrhein-Westfalen, Siegburg 1968; und Die kommunale und staatliche Neugliederung des Landes Nordrhein-Westfalen, Abschnitt C. Die staatliche und regionale Neugliederung des Landes Nordrhein-Westfalen. Gutachten erstattet am 8. April 1968 durch die von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen eingesetzte Sachverständigenkommission für die staatliche und regionale Neugliederung des Landes Nordrhein–Westfalen, Köln 1968.

wohner möglich. Die Gemeinde des Typs B sollte neben den Aufgaben des Typs A auch den „überörtlichen Versorgungsbereich“ abdecken können; zu nennen wäre beispielsweise ein zweizügiges Gymnasium oder auch ein Hallenbad. Die Kommission charakterisierte die Gemeinde des Typs B als Institution, die „zentrale Aufgaben erfüllt[e]“ und mindestens 30.000 Einwohner verzeichnen musste.<sup>68</sup>

Die Sachverständigenkommission war sich schon im Vorfeld darüber bewusst, dass es Kommunen geben könnte, die gegen die Entscheidungen bezüglich der kommunalen Neugliederung verfassungsgerichtlich klagen könnten. Diesbezüglich stellte die Kommission sehr deutlich dar, dass das Ziel der kommunalen Neugliederung eine funktionsfähige gemeindliche Selbstverwaltung sei. Die Neugliederung hatte eine „bessere[...] Versorgung der ländlichen Zonen“ im Blick, dies konnte nach Ansicht der Kommission keinesfalls verfassungswidrig gewesen sein.<sup>69</sup>

Thieme/ Prillwitz fassen drei Kernpunkte zusammen, welche die möglichen Ziele der kommunalen Gebietsreform darstellten: „[D]ie Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Gemeinden, [...] die Optimierung der politischen Form der Gemeinden [...] [sowie] die Erfüllung überörtlicher Ziele.“<sup>70</sup>

Das Gutachten A der Sachverständigenkommission diente als entsprechende Vorlage bzw. Empfehlung für die Landesregierung, damit die umfassende Neugliederungsthematik am 1. April 1967 eingeleitet werden konnte.<sup>71</sup> In das erste Neugliederungsprogramm (1967–1970) wurden vor allem Kreise aufgenommen, „deren Gemeindestruktur besonders kleinräumig zersplittert war“.<sup>72</sup> Es wurde sehr auf einen Konsens wertgelegt, die Oberkreisdirektoren hielten enge Absprache mit den Gemeinderäten vor Ort. Es wurde „dem Freiwilligkeitsprinzip eine Chance gegeben, wenn der freiwillige Zusammenschluss den allgemeinen Grundsätzen der Reform entsprach und sich nicht als [...] ‚Sperrlösung‘ gegen die nach den Zielen der Neugliederung anzustrebende Lösung darstellte“.<sup>73</sup> Die Landesregierung und das Landesparlament folgten somit den Empfehlungen des Gutachtens A, das besagte, dass die Reform von „unten“ nach „oben“ organisiert werden sollte.<sup>74</sup> Es gab in der Folgezeit eine breite Diskussionsbasis, Beamte des Innenministeriums besuchten fast alle 2.300 betroffenen Gemeinden des Landes. Das wichtigste Gesetz in dieser Phase war die Neugliederung des Raumes Bonn.<sup>75</sup> Das erste Neugliederungsprogramm hatte das Ziel, „leistungsfähige Mittelstädte mit den Aufgaben von Gemeinden des Grundtyps B und 30.000 Einwohnern

68 Vgl. Die kommunale und staatliche Neugliederung des Landes Nordrhein-Westfalen, Abschnitt A, S. 26f.; vgl. ebenfalls TIGGEMANN, Die kommunale Neugliederung, S. 59–63.

69 Vgl. Die kommunale und staatliche Neugliederung des Landes Nordrhein-Westfalen, Abschnitt A, S. 28f.

70 THIEME/ PRILLWITZ, Durchführung und Ergebnisse, S. 45.

71 Vgl. TIGGEMANN, Die kommunale Neugliederung, S. 65; einen Überblick zum 1. Neugliederungsprogramm geben ebenfalls DICKE, Reform und Protest, S. 28–37 und MECKING, Bürgerwille und Gebietsreform, S. 68ff.

72 KÖSTERING, Kommunale Gebietsreform in Nordrhein-Westfalen, S. 6.

73 Ebd., S. 6

74 Vgl. THIEME/ PRILLWITZ, Durchführung und Ergebnisse, S. 356.

75 Vgl. KÖSTERING, Kommunale Gebietsreform in Nordrhein-Westfalen, S. 7f.

dort anzustreben, wo es die Verdichtung der Bevölkerung gestattet[e]“.<sup>76</sup> Nach Abschluss des ersten Neugliederungsprogramms blieben von 2.334 Gemeinden lediglich 1.276 Gemeinden übrig.<sup>77</sup> Tiggemann geht mit einer überzeugenden Begründung ferner davon aus, dass die Landesregierung das erste Neugliederungsprogramm als „Test“ durchgeführt hat, um die Akzeptanz ihrer politischen Planungen bei den betroffenen Kommunen zu eruieren. Es wurden zunächst allgemeine Grundsätze beschlossen, die von der Mehrheit der betroffenen Kommunen bereitwillig getragen wurden. Auch stand der Aspekt der ‚Freiwilligkeit‘ im Vordergrund; ganz im Gegensatz zum zweiten Neugliederungsprogramm (1970–1975).<sup>78</sup>

Auch nach der Landtagswahl am 14. Juni 1970<sup>79</sup> bildeten SPD und FDP unter der Führung von Ministerpräsident Heinz Kühn<sup>80</sup> eine Koalition, sodass Willi Weyer Innenminister bleiben und die kommunale Neugliederung weiter forcieren konnte.<sup>81</sup>

Dass er Innenminister blieb, war wohl auch der Tatsache geschuldet, da die kommunale Gebietsreform im Land Nordrhein-Westfalen „die Gemüter“ der Menschen sehr erregt hatte, wie er selbst bekennen musste.<sup>82</sup> Ministerpräsident Kühn machte die kommunale Neugliederung gleich in seiner ersten Regierungserklärung am 28. Juli 1970 zum Thema im Landtag.<sup>83</sup>

Im Zuge des ersten Neugliederungsprogramms stellte sich heraus, dass eine Reform der Kreise und kreisfreien Städte ebenfalls nötig war.<sup>84</sup> Unter Hinweis auf das Gutachten B erfolgte folglich die Raumgliederung Nordrhein-Westfalens in Ballungskerne, Ballungsrandzonen sowie ländliche Zonen.<sup>85</sup>

Die Landesregierung schlug acht Neugliederungsgebiete vor und versprach, dass diese in einem Verfahren untersucht werden sollten und anschließend in einem Gesetzesvorschlag dem Landtag unterbreitet werden sollten.<sup>86</sup> Das Reformpaket sollte geteilt werden und bis spätestens 1975, das heißt bis zum Ende der Legislaturperiode, zum Abschluss gebracht werden.

76 TIGGEMANN, Die kommunale Neugliederung, S. 68.

77 Für detailliertere Zahlen und Informationen vgl. ebd., S. 69f.; vgl. ebenfalls THIEME/ PRILLWITZ, Durchführung und Ergebnisse, S. 356–362.

78 Vgl. TIGGEMANN, Die kommunale Neugliederung, S. 76–82.

79 Für genauere Informationen vgl. KLEINFELD, Ralf: Wahlergebnisse Nordrhein-Westfalen, in: VON ALEMANN, Ulrich (Hg.), Parteien und Wahlen in Nordrhein-Westfalen, Köln 1985, S. 246–257, hier S. 246f.

80 Zur Person vgl. DÜDING, Dieter: Heinz Kühn. 1912–1992. Eine politische Biographie, Essen 2002.

81 Vgl. ALBERTIN, Lothar: Die FDP in Nordrhein-Westfalen. Porträt einer fleißigen Partei, in: VON ALEMANN, Ulrich (Hg.), Parteien und Wahlen in Nordrhein-Westfalen, Köln 1985, S. 121–145, hier S. 140f.

82 Vgl. Der Innenminister des Landes NW: Grundsätze der Neugliederung der Gemeinden und Kreise in NW, Köln 1971, S. 3.

83 Vgl. TIGGEMANN, Die kommunale Neugliederung, S. 110.

84 Vgl. KÖSTERING, Kommunale Gebietsreform in Nordrhein-Westfalen, S. 8.

85 Vgl. GÄRTNER, Der Landtag NRW, S. 25ff.; zum Landesentwicklungsprogramm vgl. ebenfalls TIGGEMANN, Die kommunale Neugliederung, S. 162–173.

86 Vgl. die acht Gebiete bei Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Nordrhein-Westfalen-Programm 1975, Düsseldorf 1970, S. 144; zum jeweiligen Hinweis des Gesetzentwurfes und der damit verbundenen Debatte im Landtag vgl. GÄRTNER, Der Landtag NRW, S. 27f.

Der „Durchbruch“ der kommunalen Neugliederung war laut Köstering die „Verabschiedung des Ruhrgebiet-Gesetzes am 8. Mai 1974“.<sup>87</sup> Dies kann damit begründet werden, dass ein Volksbegehren seitens des Vereins „Aktion Bürgerwille“ initiiert wurde, jedoch aufgrund der nicht erreichten Unterschriftenanzahl scheiterte.<sup>88</sup> Nach dem Ruhrgebiets-Gesetz wurden zeitnah fünf weitere Neugliederungsgesetze vom nordrhein-westfälischen Landtag debattiert und schließlich verabschiedet.

Dass die Neugliederungsgesetze im Landtag von Nordrhein-Westfalen jeweils mit einer breiten Mehrheit verabschiedet werden konnten, war sicherlich auch dem sogenannten „Zehnerklub“ geschuldet. Diese interfraktionelle Runde, die in unterschiedlicher und wechselnder Besetzung zusammenkam, sorgte dafür, dass keine Partei im Landtag geschlossen gegen die Gesetze stimmte.<sup>89</sup>

Am 1. Januar 1975 gab es in Nordrhein-Westfalen insgesamt 392 Gemeinden, somit wurden seit dem 30. Juni 1966 1.963 Gemeinden aufgelöst.<sup>90</sup> Die Dimension dieser Entwicklung ist umso beeindruckender, wenn man den Vergleich zu Baden-Württemberg heranzieht. Dieses Bundesland reduzierte im Zuge der kommunalen Gebietsreform die Zahl seiner Gemeinden von 3.379 auf 1.101, hatte aber zum Zeitpunkt des Abschlusses der kommunalen Gebietsreform mit 10,5 Millionen Einwohnern nur etwas mehr als die Hälfte der Einwohnerzahl Nordrhein-Westfalens.<sup>91</sup> Baden-Württemberg verringerte die Zahl seiner Gemeinden somit im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen lediglich nur um 67 Prozent (Nordrhein-Westfalen: 83 Prozent). Da Nordrhein-Westfalen „[f]ast ausnahmslos [...] größere Verwaltungseinheiten [schuf]“, galt laut Nonn der Leitsatz „Big is beautiful“.<sup>92</sup>

87 KÖSTERING, Kommunale Gebietsreform in Nordrhein-Westfalen, S. 10; siehe ebenfalls PUSCH, Gebietsreformen, S. 71.

88 Zur „Aktion Bürgerwille“ vgl. MECKING, Bürgerwille und Gebietsreform, S. 133–219.

89 Genauerer zum „Zehnerklub“ vgl. GÄRTNER, Der Landtag NRW, S. 29ff.; NEU, Herbert: Warum Abgeordnete die „Aktion Bürgerwille“ nicht unterstützen sollten. Ein Plädoyer für den „Zehnerklub“, in: Landtag intern 2/5/7 (25.1.1974), S. 10, abgedruckt in: DIE PRÄSIDENTIN DES LANDTAGS NORDRHEIN-WESTFALEN (Hg.), Der Kraftakt: Kommunale Gebietsreform in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2005, S. 291; MECKING, Bürgerwille und Gebietsreform, S. 73–76.

90 Vgl. Die kommunale und staatliche Neugliederung des Landes Nordrhein-Westfalen, Abschnitt A, S. 48.

91 Vgl. WEHLING, Hans-Georg: Die kommunale Gebietsreform der 1970er-Jahre in Baden-Württemberg, in: GASSERT, Philipp/ WEBER, Reinhold (Hg.), Filbinger, Wyhl und die RAF. Die Siebzigerjahre in Baden-Württemberg, Stuttgart 2015, S. 137–155, hier S. 152.

92 NONN, Christoph: Geschichte Nordrhein-Westfalens, München 2009, S. 99.



### III. Die kommunale Gebietsreform in Paderborn

#### *Die Anfänge*

Das Amt Schloß Neuhaus sprach am 17. Februar 1966 mit einer Stimme, da – unter Führung von Dirksmeyer,<sup>93</sup> Hartmann,<sup>94</sup> Hunstig sowie Balks<sup>95</sup> – diese Gemeinden eine Stellungnahme zum Entwurf des Landesentwicklungsplanes I vorlegten.<sup>96</sup> Dabei betonten sie in einer sehr erzürnten Art und Weise, dass das Amt Schloß Neuhaus auf gar keinen Fall aufgegeben werden dürfe. Sie waren der Ansicht, dass „Schloss Neuhaus eine eigenständige Entwicklung genommen [hat] und [...] trotz der Nähe Paderborns unverkennbar zentralörtliche Züge“ hatte.<sup>97</sup> Das Amt Schloß Neuhaus könnte eigenständig bleiben, da es beispielsweise über ein Einkaufszentrum und öffentliche Versorgungseinrichtungen verfügte. Ein Schulzentrum mit einem Gymnasium stand vor dem Baubeginn.<sup>98</sup> Das gesamte Schreiben war von einem gewissen kritischen Unterton geprägt, da das Amt Schloß Neuhaus zum Beispiel in einer Ausweisung eines Verflechtungsgebietes keine konkrete planerische Notwendigkeit sah. „Irgendwelche städtebaulichen oder sonstigen Projekte, die irgendein gemeinsames Anliegen der Bevölkerung von Paderborn und Schloss Neuhaus oder Elsen betreffen könnten, existieren praktisch überhaupt nicht“, so die Stellungnahme des Amtes.<sup>99</sup> Im weiteren Verlauf des Schreibens kam das Amt Schloß Neuhaus unter Hinweis auf seine bisherigen geleisteten Aufgabenbereiche zu der Ansicht, dass eine „Zerschlagung eine[r] so gut funktionierenden [Verwaltungseinheit, die alle an sie] [...] gestellten Aufgaben [erfüllt]“ nicht notwendig war. Ein Fortbestand des Amtes wäre die einzig richtige Entscheidung.<sup>100</sup> In dem Schreiben stellten sie zur Gemeinde Elsen heraus, „dass Elsen kein städtisches Verflechtungsgebiet zu Paderborn darstellt und dass seine wirtschaftlichen Verflechtungen zu Paderborn weit weniger stark sind als die von Wewer, Nord- oder Kirchborchen oder Benhausen“. Es wurde abschließend gebeten, „die Ausweisung der Gemeinde Elsen als städtisches Verflechtungsgebiet“ aufzuheben.<sup>101</sup>

Dagegen ging der mehrheitliche politische Wille in der Kernstadt bereits Ende der 1960er Jahre dazu über, dass Paderborn zur Großstadt werden sollte.<sup>102</sup> Dies untermauerte

93 Zur Person vgl. HEGGEN, Vinzenz/ ROTHENBERG, Johannes Hubert: Sande am Lippesee. Von der bäuerlichen Streusiedlung zum modernen Vorort der Großstadt Paderborn, Paderborn 2013, S. 505f.

94 Mehr zum Bürgermeister der Gemeinde Elsen Anton Hartmann vgl. Westfälisches Volksblatt, Sein Wirken ist ein Wachrufen der lebendigen Selbstverwaltung (26.1.1972), in: StdAPb, B/2499/19; vgl. Neue Westfälische, Bürgermeister Anton Hartmann 70 Jahre „jung“ (26.1.1972), in: StdAPb, B/2499/20.

95 Amts- und Gemeindedirektor Schloß Neuhaus.

96 Entwurf eines Landesentwicklungsplanes I, Stellungnahme des Amtes Schloss Neuhaus (17.2.1966), in: StdAPb, B/2480/24–38.

97 Ebd., S. 4, in: StdAPb, B/2480/27.

98 Vgl. ebd., S. 4–5, in: StdAPb, B/2480/27–28.

99 Ebd., S. 7, in: StdAPb, B/2480/30.

100 Vgl. ebd., S. 8–11, in: StdAPb, B 2480/31–34

101 Beide Zitate in ebd., S. 13, in: StdAPb, B/2480/36.

102 Vgl. Vorstellungen der CDU-Ortsunion und der CDU-Fraktion im Rate der Stadt Paderborn zur Raumplanung (3.6.1967 / 22.7.1967), in: StdAPb, V 14/1/4.

Bürgermeister Schwiete unter anderem in seinem Manuskript. So wollte er unter anderem das Verkehrswesen, den Bildungssektor und den Freizeitwert verbessern, eine Innenstadtsanierung forcieren sowie Wohngebiete ausweisen. Als letzten Punkt wies er auf die „Gebietsreform“ hin.<sup>103</sup>

Stadtdirektor Sasse<sup>104</sup> verfasste am 5. April 1968 ein Schreiben an den Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen. Er wollte bezüglich der kommunalen Gebietsreform im Raum Paderborn offiziell Stellung beziehen. Er deutete an, dass es eine „öffentliche Diskussion [bereits gab], die inzwischen in allen Gemeinden begonnen hat“.<sup>105</sup> Die Ansicht der Stadt Paderborn war es, dass „die Gebiets- und Verwaltungsreform [...] zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung führen“ musste.<sup>106</sup> Sie war sich ihrer „zentralörtlichen Bedeutung“ für die gesamte Region bewusst und verfolgte nachhaltig konsequent, welche Kommunen sie eingemeinden wollte. Laut der Stadt Paderborn lagen die folgenden Kommunen in einem „Nahversorgungsbereich“; dieser „Verflechtungsbereich“ sollte in der Zukunft eine „Gebietskörperschaft“ bilden.<sup>107</sup> Die Stadt Paderborn wollte die Gemeinden Schloß Neuhaus, Sande, Elsen, Wewer, Alfen, Kirchborchen, Nordborchen, Dörenhagen, Dahl, Benhausen, Neuenbeken, Marienloh (Marienloh stimmte bereits am 20. Februar 1968 einem Gebietsänderungsvertrag mit der Stadt Paderborn zu) und Paderborn zur Großstadt Paderborn zusammenführen.<sup>108</sup> Die Stadt Paderborn wies darauf hin, dass die Gemeinde Elsen mit ihren 5.475 Einwohnern laut dem Bericht der Sachverständigenkommission nicht mehr dem Grundtyp A einer zukünftigen Gemeinde entsprach.<sup>109</sup> Damit wurde deutlich, dass die Stadt Paderborn das Amt Schloß Neuhaus aufgelöst haben wollte und begründete es damit, dass ein Weiterbestehen des Amtes Schloß Neuhaus „zwar in der rein quantitativen und formalen Betrachtung eine Lösungsmöglichkeit ergeben [könnte]. Sie widerspräche aber [...] einer vernünftigen Neugliederung der Gebietskörperschaften und den Zielen der Verwaltungsreform, die eine Verbesserung der Raumverhältnisse und eine Erhöhung des sozio-ökonomischen Niveaus sowie eine höhere Effektivität der Admi-

103 Vgl. Paderborn auf dem Wege zur Großstadt, in: StdAPb, S1/46/4; das Manuskript dient ebenfalls einer Rede, die auf einer Veranstaltung der CDU Ortsunion gehalten wurde, vgl. ebenfalls Westfälisches Volksblatt, Bedeutender Zentralort mit umfassender Funktion. Bürgermeister Herbert Schwiete: Paderborn auf dem Wege zur Großstadt (20.11.1971), in: StdAPb, S1/46/29.

104 Wilhelm Sasse (1907–1997) war vom 1.11.1952 bis 30.9.1971 1. Stadtdirektor der Stadt Paderborn, vgl. HÜSER, Karl: Die Großstadt Paderborn. Entwicklungslinien im Überblick (1975–1995). Kommunalpolitik - Wahlergebnisse (1946–1995), in: DERS. (Hg.), Paderborn. Geschichte der Stadt in ihrer Region. Das 19. und 20. Jahrhundert. Traditionsbindung und Modernisierung, Band 3, Paderborn 1999, S. 404–409, hier S. 406; Schwiete lobte Sasses Leistungen als Stadtdirektor im Jahre 1980. So wäre „[o]hne die gute Entwicklung in den Jahren 1952–1971 [...] das heutige Paderborn, Oberzentrum und Universitätsstadt, mit all seinen Einrichtungen nicht denkbar“, vgl. Empfang 80. Geburtstag Stadtdirektor a.D. Wilhelm Sasse (1987). Redemanuskript Schwietes, in: StdAPb, S1/46/7. Erste Weichenstellungen einer Großstadt Paderborn wurden somit bereits in Sasses Amtszeit vorgenommen.

105 Stadt Paderborn, Schreiben an den Herrn Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen. Betreff: Kommunale Neugliederung im Raum Paderborn (5.4.1968), in: StdAPb, B/2480/210.

106 Ebd., S. 1, in: StdAPb, B/2480/210.

107 Vgl. ebd., S. 3–5, in: StdAPb, B/2480/212–214.

108 Vgl. ebd., S. 5, in: StdAPb, B/2480/214.

109 Vgl. ebd., S. 7, in: StdAPb, B/2480/216.

nistration bezwecken“.<sup>110</sup> Die Stadt Paderborn begründete plausibel, dass eine kommunale Eigenständigkeit auch bei einer vergrößerten Gemeinde Schloß Neuhaus nicht möglich gewesen ist. Der Verflechtungsbereich war zu eng, sodass eine Eigenständigkeit kaum realistisch gewesen ist.<sup>111</sup>

Die Stadt Paderborn fasste letztlich zusammen, dass der Vorschlag im Hinblick auf die folgenden Jahrzehnte eine sehr gute Lösung sei. Es könnte eine erhebliche „Wirtschafts- und Verwaltungskraft“ durch eine Großstadt Paderborn zum Vorteil der Bürger entstehen.<sup>112</sup>

Die Bürgermeister der Gemeinden Schloß Neuhaus (Hunstig) sowie Sande (Dirksmeyer) schlossen hingegen am 14. März 1969 einen Gebietsänderungsvertrag, der mit der Verabschiedung des Gebietsänderungsgesetzes in Kraft treten sollte.<sup>113</sup> Kreisdirektor Dr. Heribert Wesche<sup>114</sup> bezeichnete den Vertrag Schloß Neuhaus–Sande als ein „geschichtliches Ereignis, über das noch manche Generationen sprechen werden“<sup>115</sup>. Ob er damit Recht behielt, sei dahingestellt.

Über die Namensgebung der neu zu gründenden Gemeinde wurde vorerst verzichtet, da die Situation der Gemeinde Elsen noch nicht endgültig feststand.<sup>116</sup> Hunstig und Schloß Neuhaus' CDU-Ortsunionsvorsitzender Heinz Kamp waren der Ansicht, dass dieser Vertrag ein Schritt zur Gründung der Großgemeinde Schloß Neuhaus–Elsen–Sande gewesen ist: Während Hunstig diesen Vertrag als „gewichtigen Markstein zur Erreichung des Ziels“ ansah, sprach Kamp von einem wichtigen „Nahziel“, wobei weitere Gespräche und Sitzungen noch folgen mussten.<sup>117</sup> Die Neuhäuser hatten nämlich die Gemeinde Elsen ebenfalls eingeladen, diesen Vertrag zu unterzeichnen; doch blieben sie der Veranstaltung fern. Der Stimmung tat dies offensichtlich jedoch keinen Abbruch, so wurde schließlich im Anschluss Sekt, Wein, Pils und ein wenig Essen gereicht.<sup>118</sup>

CDU-Kreisvorsitzender Friedrich Wesche<sup>119</sup> appellierte an die Neuhäuser Parteikollegen, dass freiwillige Entscheidungen besser wären, als zwanghafte Vorgaben der Landesregierung. Bei Gebietsänderungsverträgen konnte man schließlich selbst über die Zukunft der

110 Ebd., S. 7–8, in: StdAPb, B/2480/216–217.

111 Vgl. ebd., S. 8, in: StdAPb, B/2480/217.

112 Vgl. ebd., S. 10–12, in: StdAPb, B/2480/219–221.

113 Vgl. Gebietsänderungsvertrag Schloß Neuhaus Sande (14.3.1969), in: StdAPb, B/2504/1–12; vgl. Niederschrift über die öffentliche Sondersitzung des Rates der Gemeinde Schloß Neuhaus vom 14.3.1969, in: StdAPb, H Schloß Neuhaus Nr. 338; vgl. ebenfalls HEGGEN/ ROTHENBERG, Sande am Lippesee, S. 101–104. Hinweis: Der Gebietsänderungsvertrag wurde nicht wirksam, da das Amt Schloß Neuhaus zum 1.1.1975 aufgelöst wurde.

114 Zur Person vgl. ZACHARIAS, Klaus: Lebensbilder. Die Mitglieder des CV-Zirkels Amicitia zu Paderborn 1884–1996, Köln 1998, S. 116f.

115 Westfälisches Volksblatt, Vertrag Schloß Neuhaus – Sande mit Sekt besiegelt (17.3.1969), in: StdAPb, B/2503/2.

116 Vgl. Neue Westfälische, Keine Sperrlösung – gewichtiger Markstein zur angestrebten Großgemeinde (15.3.1969), in: StdAPb, B/2503/1.

117 Vgl. ebd., in: StdAPb, B/2503/1.

118 Vgl. Westfälisches Volksblatt, Vertrag Schloß Neuhaus, in: StdAPb, B/2503/2.

119 Zur Person vgl. HERTKORN, Ottmar: CDU im Kreis Paderborn 1945–1995, 50 Jahre, Personen, Erinnerungen, Bedenkenswertes, Bad Lippspringe 1997, S. 45.

Gemeinde entscheiden.<sup>120</sup> Wesche forderte Gespräche zwischen den Politikern: „Es darf für uns jetzt keine Wartezeit mehr geben, der Zug fährt ohne uns ab.“<sup>121</sup> Während Kamp Bereitschaft ankündigte, Gespräche mit der Stadt Paderborn über die Gebiets- und Verwaltungsreform zu führen („zwar ,ohne Druck und ohne Vorwegnahme des Ergebnisses“<sup>122</sup>), verhielt sich Bürgermeister Hunstig noch weitaus zurückhaltender: „Wir sehen keinen Grund zur besonderen Eile, wir Schloß Neuhäuser wollen nicht das erste Opfer für den Großkreis und die Großstadt bringen. Unsere Bürger meinen, sie ständen sich besser, wenn wir nicht nach Paderborn gehen.“<sup>123</sup> Bürgermeister Schwiete begrüßte selbstverständlich die zaghaften Umstimmungsgedanken des Schloß Neuhäuser Politikers Kamp.<sup>124</sup> Es zeigt jedoch die ambivalente Meinungshaltung bei den handelnden Trägern in Schloß Neuhaus. Eine breite Oppositionsfront war dennoch im Oktober 1970 vorhanden.

#### *Der Gebietsänderungsvertrag Paderborn-Elsen als entscheidende Weichenstellung*

Mit dem Schreiben von Stadtdirektor Sasse vom Oktober des Jahres 1968 erfolgte eine offizielle Kontaktaufnahme. Er schrieb Elsens Bürgermeister Hartmann an und verwies auf die Vorteile eines Gebietsänderungsvertrages. Paderborn hatte schließlich bereits mit Marienloh einen Vertrag abgeschlossen. Sasse wies zukunftsweisend darauf hin, „dass sich alle Punkte und Wünsche zur restlosen Zufriedenheit der Gemeinden regeln lassen“.<sup>125</sup>

Wie aus einem Vermerk Sasses hervorgeht, gab es am 6. November 1968 einen internen Meinungsaustausch zwischen der Gemeinde Elsen – Bürgermeister Hartmann, seine beiden Stellvertreter – und der Stadt Paderborn – II. Stadtdirektor Leidinger, Stadtbaurat Schmidt und I. Stadtdirektor Sasse.<sup>126</sup> Dabei wurde die Notwendigkeit einer Verwaltungsneugliederung erörtert. Die Vertreter der Gemeinde Elsen machten sich laut Sasse Gedanken über die Zukunft ihrer Kommune. Sie lehnten einen Zusammenschluss mit den Gemeinden Scharmede und Bentfeld aus dem Kreis Büren ab, ebenfalls standen sie einem Anschluss an Schloß Neuhaus und Sande skeptisch gegenüber. Vielmehr begrüßten sie eine Zusammenlegung der Gemeinde Elsen mit Paderborn. Die Stadt Paderborn schlug vor, dass die Gemeinde Elsen einen Konzessionsvertrag vorbereiten sollte. Sasse notierte ebenfalls, dass aus diesem Gespräch hervorgegangen ist, „daß offensichtlich sowohl von der Kreisverwaltung wie auch von Herrn Landrat Köhler, aber auch vom Amt versucht wird, einen Anschluss von Elsen nach Paderborn zu verhindern. Elsen solle sich nach Möglichkeit mit Schloß Neuhaus und Sande zu einer Extra-Gemeinde zusammenschließen“.<sup>127</sup> Hierbei werden bereits die konträren Positionen der verschiedenen Kommunen deutlich. Stadtdirektor Sasse schloss seinen

120 Vgl. Westfälisches Volksblatt, Schloß Neuhäuser CDU jetzt für Vorgespräche mit Paderborn (5.10.1970), in: StdAPb, B/2503/8.

121 Ebd., in: StdAPb, B/2503/8.

122 Ebd., in: StdAPb, B/2503/8.

123 Ebd., in: StdAPb, B/2503/8.

124 Vgl. ebd., in: StdAPb, B/2503/8.

125 Schreiben Stadtdirektor Sasse an Bürgermeister Hartmann (14.10.1968), in: StdAPb, B/2497/1.

126 Vgl. Vermerk I. Stadtdirektor Sasse (7.11.1968), in: StdAPb, B/2497/2–3.

127 Ebd., S. 2, in: StdAPb, B/2497/3.

internen Vermerk damit ab, dass „[d]ie Elsener [...] nicht der Auffassung [sind], daß dieses [= die Ansichten des Landrats und des Amtes Schloß Neuhaus, DM] richtig sei“.<sup>128</sup>

Bürgermeister Schwiete und Bürgermeister Hunstig sprachen Anfang März 1969 auf der Generalversammlung der CDU Ortsunion Elsen zum Thema ‚Kommunale Neugliederung‘. Dabei schenkte Schwiete laut dem Bericht der Neuen Westfälischen „reinen Wein ein“ und machte deutlich, dass Paderborn ein starkes Zentrum brauchte, um die Antworten auf die Probleme des ländlichen Raums geben zu können. Er machte deutlich, dass dazu Elsen und Schloß Neuhaus benötigt wurden. Hunstig entgegnete, dass ein Zentrum und ein Nebenzentrum geeignet waren, um die Aufgaben bewältigen zu können. Es entwickelte sich eine lange Diskussion in der „Burg Aliso“, eine baldige Entscheidung wurde angestrebt.<sup>129</sup> Warum Bürgermeister Hartmann und sein Stellvertreter nicht zu der Versammlung erschienen, bleibt fraglich.

Stadtdirektor Ferlings erläuterte in der Paderborner Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 17. Oktober 1969 den aktuellen Stand des Neugliederungsverfahrens.<sup>130</sup> Die Gemeinde Elsen bat sowohl Schloß Neuhaus als auch Paderborn zu antworten, wie sie die Zukunft Elsens in einer möglichen Zusammenlegung mit ihnen sähen. Ferlings wies darauf hin, dass infrastrukturell noch einiges für Elsen getan werden müsste, vor allem müsste „die Hauptverbindung zur Stadt Paderborn hin ausgebaut werden“. Elsen wünschte sich, „daß die Stadt Paderborn die Gemeinde Elsen als zukünftiges Wohngebiet für gehobene Ansprüche ansehe, wobei in der Entwicklung die Gemeinde Elsen nicht als Randgebiet betrachtet und behandelt werden dürfe“.<sup>131</sup>

Schwiete schrieb daraufhin am 3. November 1969 Elsens Bürgermeister Hartmann. Dabei ging er wie Stadtdirektor Ferlings auf die städtebauliche Lage der Gemeinde Elsen, die Zukunftsvorstellungen der Stadt Paderborn bezüglich der Entwicklung des Raumes Elsen bei einem möglichen Zusammenschluss und sein abschließendes Angebot ein, gegenüber Verhandlungen bezüglich eines Gebietsänderungsvertrages offen zu sein.<sup>132</sup>

Die Gemeinde Schloß Neuhaus antwortete auf das Schreiben Hartmanns, dass ein Zusammenschluss der Gemeinden Schloß Neuhaus, Sande und Elsen zu einer Großgemeinde mit gleichberechtigten Partnern erfolgen müsste.<sup>133</sup> Schloß Neuhaus betonte in diesem Schreiben sehr oft das Adjektiv „gleichberechtigt“ und wollte der Gemeinde Elsen wohl indirekt verdeutlichen, dass sie diesen Status mit einem Zusammenschluss an die

128 Ebd., S. 2, in: StdAPb, B/2497/3.

129 Neue Westfälische, Die CDU Elsen ließ Paderborn und Schloß Neuhaus sprechen (5.3.1969), in: StdAPb, B/2499/2.

130 Vgl. Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 17.10.1969, in: StdAPb, B/2497/4–6.

131 Ebd., in: StdAPb, B/2497/5.

132 Vgl. Stadt Paderborn, Brief an den Bürgermeister der Gemeinde Elsen (3.11.1969), in: StdAPb, B/2498/36–41; Schwiete forderte vom Paderborner Rat eine Genehmigung ein, den Brief verfassen zu dürfen, vgl. Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung vom 4.5.1969, in: StdAPb, B/2498/64.

133 Vgl. Gemeinde Schloss Neuhaus, Verwaltungs- und Gebietsreform. Bezug: Ihr Schreiben vom 28. August 1969 (13.11.1969), in: StdAPb, B/2497/8–15; ebenfalls vorhanden in: StdAPb, H Schloß Neuhaus Nr. 338.

Stadt Paderborn nicht beanspruchen könnte. Ferner verdeutlichte Schloß Neuhaus mögliche Entwicklungen in diesem Gebiet, falls eine Zusammenlegung zu einer Großgemeinde forciert wird. Die Verfasser, Bürgermeister Hunstig, CDU-Fraktionsvorsitzender Schmidt und SPD-Fraktionsvorsitzender Frankrone resümierten fordernd, „dass sich die Gemeinde Elsen nach reiflichem Abwägen der Tatsachen entschließen möge, als Gleiche unter Gleichen gemeinsam mit den Gemeinden Sande und Schloß Neuhaus eine Großgemeinde Typs B zu bilden“.<sup>134</sup> Die Gemeinde Schloß Neuhaus stimmte das Schreiben zusätzlich mit der Gemeinde Sande ab, sodass diese ebenfalls als Absender gelten durfte.<sup>135</sup>

In der Gemeindeverwaltung Schloß Neuhaus gingen vor allem Schreiben von Unternehmern ein, die sich um die Zukunft der Gemeinde sorgten. Unternehmer wie Fritz Wirth<sup>136</sup> oder Edmund Kretschmann<sup>137</sup> baten Rat sowie Verwaltung der Gemeinde Schloß Neuhaus, sich für den Fortbestand des Ortes einzusetzen. Andernfalls sah beispielsweise Kretschmann bei einer Eingemeindung nach Paderborn „eine große Existenzgefahr“ für die „gewerblichen mittelständischen Betriebe“.<sup>138</sup> Gregor F. Kretschmann, als Inhaber des Textilhauses Kretschmann, hatte ebenfalls keine positiven Vorstellungen von der Gemeinde nach einer Eingemeindung mit der Stadt Paderborn: Neuhaus würde „nur noch die Rolle der Peripherie einer großen Stadt spielen“.<sup>139</sup> Christel Möller<sup>140</sup> war der Ansicht, dass sie aus vielen Gesprächen erkennen konnte, dass „90 bis 95 % [der Bürger] mit diesem Vorhaben [= die Eingemeindung Schloß Neuhaus‘ nach Paderborn, DM] nicht einverstanden“ seien.<sup>141</sup> Sie war überzeugt, dass es für eine Eingemeindung keine Mehrheit in der Schloß Neuhäuser Bevölkerung gab.<sup>142</sup>

Auf Einladung von Elsens Bürgermeister Hartmann referierten Ende November 1970 in der Gaststätte „Burg Aliso“ die Bürgermeister Schwiete, Hunstig und Dirksmeyer zur Gebietsreform.<sup>143</sup> Vor den 450 teilnehmenden Zuhörern wurden über die unterschiedlichen Standpunkte diskutiert. Hunstig resümierte laut der örtlichen Tageszeitung, dass „[e]ntweder Elsen, Schloß Neuhaus und Sande zu Paderborn oder kein[e]“ der Kommunen angeschlossen werden sollte. Elsens Bürgermeister Hartmann forderte von seinen Bürgern,

134 Gemeinde Schloss Neuhaus, Verwaltungs- und Gebietsreform, S. 7, in: StdAPb, B/2497/14.

135 Vgl. ebd., S. 8, in: StdAPb, B/2497/15.

136 Vgl. Schreiben Fritz Wirth an den Rat der Gemeinde Schloß Neuhaus (16.5.1970), in: StdAPb, H Schloß Neuhaus Nr. 338.

137 Vgl. Schreiben Edmund Kretschmann an die Amtsverwaltung Schloß Neuhaus (31.5.1970), in: StdAPb, H Schloß Neuhaus Nr. 338.

138 Ebd., in: StdAPb, H Schloß Neuhaus Nr. 338.

139 Schreiben Gregor F. Kretschmann an den Rat der Gemeinde von Schloß Neuhaus und an die Amtsverwaltung in Schloß Neuhaus (3.6.1970), in: StdAPb, H Schloß Neuhaus Nr. 338.

140 Höchstwahrscheinlich war sie eine mündige Bürgerin der Gemeinde Schloß Neuhaus.

141 Schreiben Christel Möller an die Amts u. Gemeindeverwaltung (12.6.1970), in: StdAPb, H Schloß Neuhaus Nr. 338.

142 Vgl. ebd., in: StdAPb, H Schloß Neuhaus Nr. 338.

143 Siehe das Einladungsschreiben in Gemeinde Elsen, Verwaltungs- und Gebietsreform (9.11.1970), in: StdAPb, B/2497/19.

dass diese „sich der neuen Epoche nicht [...] verschließen“ sollten.<sup>144</sup> Er plädierte somit öffentlich dafür, neue Wege zu gehen.

Dass die lokale Zeitung ebenfalls Partei zur kommunalen Gebietsreform ergriff, lässt sich an dem Kommentar des Westfälischen Volksblatts feststellen. So schloss der Kommentar wie folgt ab: „Am Schluß der Bürgerversammlung wurde von einem Elsener Bürger vorgeschlagen, noch einmal ‚alles zu überschlafen‘. Hoffen wir, daß die Elsener nicht in einen allzu tiefen Winterschlaf fallen.“<sup>145</sup>

Hartmann sandte Bürgermeister Schwiete am 8. Februar 1971 eine Nachricht, dass der Gemeinderat Elsen sich in den letzten Monaten mit den Fragen einer Gebiets- und Verwaltungsreform befasst hatte.<sup>146</sup> Laut Hartmann war der Rat zu einem Gebietsänderungsvertrag bereit, allerdings stellte dieser Forderungen, welche in einem beigelegten Forderungskatalog einzusehen sind. Er bat die Stadt Paderborn, in Kürze die Verhandlungen aufzunehmen, um den Gebietsänderungsvertrag abschließen zu können.<sup>147</sup>

Im Paderborner Rat wurde am 8. März 1971 über die Forderungen der Elsener bezüglich eines Gebietsänderungsvertrages debattiert und mit einigen Korrekturen letztendlich mehrheitlich verabschiedet.<sup>148</sup> Schon am 2. März 1971 lud Bürgermeister Schwiete den Gemeinderat Elsen zu einer „vertraulichen Sitzung der Verhandlungskommission Elsen/Paderborn, bestehend aus dem Gemeinderat Elsen und dem erweiterten Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Paderborn“ ein.<sup>149</sup> Die Sitzung fand am 11. März 1971 im Paderborner Rathaus statt.<sup>150</sup> Hier kam man sich entscheidend näher, in Kürze einen Gebietsänderungsvertrag<sup>151</sup> sowie einen Zusatzvertrag<sup>152</sup> zwischen der Gemeinde Elsen und der Stadt Paderborn abzuschließen.

Schwiete lobte die Gemeinde Elsen für ihr Entgegenkommen, sie wurde „zum Schrittmacher für die größeren Gemeinden“.<sup>153</sup> Er konnte verstehen, dass es den kleinen Gemeinden schwerer falle, sich einer deutlich größeren Kommune anzuschließen, als umgekehrt.<sup>154</sup> Ferner wurde das Verhandlungsgeschick Schwietes und vor allem der Paderborner Stadt-

144 Neue Westfälische, „Hornberger Schießen“ in Elsen: Erst abwarten. Für und wider bei Diskussion über Gebietsreform (20.11.1970), in: StdAPb, B/2499/12.

145 Westfälisches Volksblatt, Unser Kommentar. Beifall gab es für alle (20.11.1970), in: StdAPb, B/2499/13; zur Rolle der Tageszeitung vgl. MECKING, Bürgerwille und Gebietsreform, S. 40f.

146 Vgl. Gemeinde Elsen (Ohne Betreff) (8.2.1971), in: StdAPb, B/2497/20.

147 Vgl. ebd., in: StdAPb, B/2497/20.

148 Vgl. Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 8.3.1971, in: StdAPb, B/2497/80–92.

149 Stadt Paderborn, (Ohne Betreff) (2.3.1971), in: StdAPb, B/2497/69.

150 Vgl. Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des erweiterten Haupt- und Finanzausschusses des Rates der Stadt Paderborn und dem Gemeinderat Elsen am 11.3.1971, in: StdAPb, B/2497/112–117.

151 Vgl. Gebietsänderungsvertrag zwischen der Stadt Paderborn, vertreten durch den Rat der Stadt, dieser vertreten durch den Stadtdirektor und der Gemeinde Elsen, vertreten durch den Rat der Gemeinde, dieser vertreten durch den Amtsdirektor (26.3.1971), in: StdAPb, B/2497/71–74.

152 Vgl. Vereinbarungen zwischen der Stadt Paderborn, vertreten durch den Rat der Stadt, dieser vertreten durch den Stadtdirektor und der Gemeinde Elsen, vertreten durch den Rat der Gemeinde, dieser vertreten durch den Amtsdirektor (26.3.1971), in: StdAPb, B/2497/75–79.

153 Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des erweiterten Haupt- und Finanzausschusses des Rates der Stadt Paderborn und dem Gemeinderat Elsen am 11.3.1971, S. 6, in: StdAPb, B/2497/117.

154 Vgl. ebd., S. 6, in: StdAPb, B/2497/117.

direktoren deutlich, da Bürgermeister Hartmann betonte, dass er „insbesondere die gute Verhandlungsatmosphäre in Paderborn“ begrüßte. Wie der Niederschrift zu entnehmen ist, bedankte er sich ausdrücklich bei „Stadtdirektor Ferlings für dessen große Bemühungen in dieser weittragenden Angelegenheit“.<sup>155</sup> Das ausdrückliche Lob stand damit in Zusammenhang, dass Ferlings als gebürtiger Elsener sehr für seinen Heimatort warb und die politischen Vertreter von einem Gebietsänderungsvertrag überzeugen konnte.<sup>156</sup>

Hartmann richtete seinen Blick in die Zukunft: Er freute sich, dass man zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger gearbeitet hatte; sollten politische Verhandlungen auch in Zukunft so harmonisch vonstattengehen, dann hätte er keine Sorgen um die Zukunft seiner Heimatkommune Elsen in einer Großstadt Paderborn.<sup>157</sup>

Stadtdirektor Sasse informierte die Amtsverwaltung Schloß Neuhaus am 15. März 1971, dass die Verhandlungen mit der Gemeinde Elsen kurz vor dem Abschluss standen.<sup>158</sup>

Die Gemeindevertretung Elsen stimmte am 24. März 1971 abschließend über den Gebietsänderungsvertrag mit der Stadt Paderborn ab.<sup>159</sup> Dabei warb Bürgermeister Hartmann um Zustimmung bei den Gemeindevertretern und hob noch einmal die wichtigsten Vorteile für die Gemeinde Elsen hervor: „Beibehaltung der Steuerhebesätze 1970 für vier Rechnungsjahre nach der Eingliederung, Bildung eines Bezirksausschusses, bestehend aus 19 Mitgliedern, Einrichtung einer Bezirksverwaltungsstelle in Elsen, Einrichtung einer Nebenstelle des städt. [sic] Bauhofes in Elsen, Eingliederung einer freiwilligen Feuerwehr Elsen als eigenständiger Löschzug in die freigew. [sic] Feuerwehr Paderborn, Durchführung von Trauungen in Elsen auf Wunsch der Brautleute.“<sup>160</sup> Die Elsener stimmten einstimmig für einen Gebietsänderungsvertrag. Der Paderborner Stadtrat zog einen Tag später mit dem gleichen Abstimmungsergebnis nach.<sup>161</sup>

Die Stadt Paderborn und die Gemeinde Elsen schlossen neben dem Gebietsänderungsvertrag ebenfalls einen Zusatzvertrag.<sup>162</sup> Dabei wurde dem Bezirksausschuss Elsen ein Mitspracherecht in diversen politischen Entscheidungen der ehemaligen Gemeinde Elsen eingeräumt. Der Bezirksausschuss durfte zum einen „im Rahmen der zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel“ über bspw. die Nutzung der Sportanlagen und die Nutzung

155 Beide Zitate in ebd., S. 6, in: StdAPb, B/2497/117. Da Hartmann neben Schwiete die Niederschrift ebenfalls unterschrieb, kann der Quelle und die damit enthaltenen Aussagen Hartmanns eine hohe Glaubwürdigkeit entgegengebracht werden.

156 Vgl. das Zeitzeugeninterview des Verfassers mit Stadtdirektor a.D. Wilhelm Ferlings (7.7.2014), S. [89f.]; siehe ebenfalls STAMBOLIS, Jahrzehnte des Umbruchs, S. 308.

157 Vgl. Niederschrift über die gemeinsame Sitzung am 11.3.1971, S. 6, in: StdAPb, B/2497/117.

158 Vgl. Stadt Paderborn, Abschluß eines Gebietsänderungsvertrages zwischen der Stadt Paderborn und der Gemeinde Elsen (15.3.1971), in: StdAPb, B/2497/118–121.

159 Vgl. Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung Elsen am 24.3.1971, in: StdAPb, B/2497/125.

160 Ebd., in: StdAPb, B/2497/125.

161 Vgl. Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung vom 25.3.1971, in: StdAPb, B/2497/126.

162 Vgl. Vereinbarungen zwischen der Stadt Paderborn, vertreten durch den Rat der Stadt, dieser vertreten durch den Stadtdirektor und der Gemeinde Elsen, vertreten durch den Rat der Gemeinde, dieser vertreten durch den Amtsdirektor (26.3.1971), in: StdAPb, B/2488/57–61.



des Verwaltungsgebäudes entscheiden, zum anderen musste der Bezirksausschuss über die „Planung neuer Schulen und Abgrenzung des Schulbezirks“ angehört werden.<sup>163</sup> Die Stadt Paderborn sicherte ebenfalls einige Verpflichtungen zu, wie die Besetzung des Verwaltungsbüros in Elsen mit Verwaltungskräften und garantierte erforderliche Maßnahmen „der Daseinsvorsorge nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung auch für die Bewohner des Stadtteils Elsen“. Erholungs- und Sportanlagen sollten im Auge behalten werden, das „Wirtschaftswegenetz“ bedurfte eines Ausbaus.<sup>164</sup> Insgesamt gesehen war der Zusatzvertrag damit ein geschicktes Entgegenkommen der Stadt Paderborn. Beide sollten Vorteile von einem Zusammenschluss haben, wobei die meisten Punkte von der Finanzierung abhängig waren; der eben erwähnte Satz „Der Bezirksausschuss erhält Entscheidungsbefugnis [...] im Rahmen der zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel“<sup>165</sup> blieb unpräzise formuliert. Für die Stadt Paderborn war es zunächst wichtig, die Gemeinde Elsen eingegliedert zu haben, die exakte Verteilung der Haushaltsmittel war nebensächlich. Dies haben die Vertreter geschickt gelöst.

Die Neue Westfälische kommentierte den Gebietsänderungsvertrag zwischen der Stadt Paderborn und der Gemeinde Elsen „als wichtigen Schritt in die Zukunft“: Die beiden Partner mussten ihre planerischen Vorhaben aufeinander abstimmen – dies war „ja der Sinn der kommunalen Gebietsreform überhaupt“.<sup>166</sup> Ferner hatte der Vertrag Auswirkungen auf die Gemeinde Schloß Neuhaus, die ohne Elsen nur schwerlich selbstständig bleiben konnte, der Kommentator schloss salomonisch ab, dass die Zeit Antworten geben würde.<sup>167</sup>

Die Stadt Paderborn ging davon aus, dass mit diesem Gebietsänderungsvertrag „auch praktisch die Vorentscheidung für die Gemeinde Schloß Neuhaus getroffen ist, so dass einer alsbaldigen Verwirklichung der landesplanerischen Konzeption im Raum der Stadt Paderborn nichts mehr im Wege stehen wird“.<sup>168</sup>

Der Oberkreisdirektor Paderborn kritisierte den Abschluss des Gebietsänderungsvertrages.<sup>169</sup> Das Amt Schloß Neuhaus bedankte sich lediglich für die Übersendung einzelner Erinnerungsfotos seitens der Stadt Paderborn vom Tage der Unterzeichnung des Vertrages. Amtsdirektor Winter hoffte, dass die Wünsche und Vorstellungen der beiden Partner in Erfüllung gingen.<sup>170</sup> Schwiete und Hartmann sahen in dem Vertrag eine positive Annäherung der beiden Kommunen.<sup>171</sup>

163 Vgl. ebd., S. 2, in: StdAPb, B/2488/58.

164 Vgl. ebd., S. 3–5, in: StdAPb, B/2488/59–61.

165 Ebd., S. 2, in: StdAPb, B/2488/58.

166 Neue Westfälische, Von der Vernunft diktiert (27.3.1971), in: StdAPb, B/2499/14.

167 Vgl. ebd., in: StdAPb, B/2499/14.

168 Stadt Paderborn, Kommunale Neugliederung, hier: Abschluss eines Gebietsänderungsvertrages zwischen der Stadt Paderborn und der Gemeinde Elsen (16.4.1971), in: StdAPb, B/2497/132.

169 Vgl. Der Oberkreisdirektor, Gebietsänderungsvertrag zwischen der Stadt Paderborn und der Gemeinde Elsen (28.5.1971), in: StdAPb, B/2497/142–143.

170 Vgl. Amt Schloss Neuhaus, Brief an Bürgermeister Schwiete (6.12.1971), in: StdAPb, B/2497/147.

171 Vgl. Westfälisches Volksblatt, Bürgermeister Herbert Schwiete: „Dieser Vertrag wird eine gute Entwicklung Elsens garantieren“ (27.3.1971), in: StdAPb, B/2499/15; Westfälisches Volksblatt, Elsens Bürgermeister Hartmann verspricht: Wir werden an der Entwicklung der Stadt Paderborn mitarbeiten. Gebiets-Änderungsvertrag wurde im Elsener „Römerkrug“ unterzeichnet – Viele gute Wünsche

Ferlings besuchte den Heimat- und Verkehrsverein Elsen Ende 1971 und stellte die positiven Aspekte des Gebietsänderungsvertrages vor. Es war „keine bloße Willensbildung auf dem Papier“, wie er betonte, sondern die ständige Weiterentwicklung der gesamten Stadt Paderborn stand im Vordergrund.<sup>172</sup> Ferlings hoffte weiterhin auf gute Gespräche mit dem Heimat- und Verkehrsverein Elsen und setzte deutlich sichtbar auf einen Dialog mit der Bevölkerung.<sup>173</sup>

### *1973 als richtungsweisendes Jahr*

Bürgermeister Hunstig, Amtsdirektor Winter und CDU-Fraktionsvorsitzender Kamp kämpften weiterhin um eine Eigenständigkeit ihrer Gemeinde und versuchten, eine stetige Weiterentwicklung des Ortes Schloß Neuhaus zu forcieren. So fokussierten sie ihre politischen Planungen auf eine Bereitstellung von Baugebieten, sodass neue Bewohner nach Schloß Neuhaus ziehen konnten. Gleichzeitig hatten sie auch Freizeitmöglichkeiten für die Bürger im Blick: Sie wollten mithilfe von Wanderwegen eine Verbindung der Seen, nämlich Habichtsee, Waldsee und Lippesee, in Schloß Neuhaus bzw. Sande errichten. Ebenfalls geplant war eine „Verbindung im Grünen“ mit Paderborn“. Sie wurden im Gespräch mit der örtlichen Zeitung nicht müde zu betonen, dass Schloß Neuhaus über wichtige Einrichtungen verfügte: Zu nennen wären beispielsweise das Gymnasium, Turnhallen, das Schwimmbad sowie die Schloßbücherei, die sich in Bezug auf Ausleihen nicht vor der Paderborner Stadtbücherei verstecken brauchte.<sup>174</sup> Hunstig, Winter und Kamp versuchten mithilfe der Tageszeitung den Eindruck zu erwecken, dass Schloß Neuhaus ein breit gefächertes Spektrum anbieten und somit durchaus eigenständig bleiben konnte.

Währenddessen verbreitete die Stadt Paderborn im März des Jahres 1973 „eine wohlfeil gedruckte Darlegung“<sup>175</sup> ihres Neugliederungsvorschlages: Die Stadt Paderborn schlug vor, die „Gemeinden Schloß Neuhaus, Elsen, Sande, Borchten, Benhausen, Neuenbeken, Dahl und Dörenhagen in die Stadt Paderborn einzugliedern“.<sup>176</sup>

Sie stellte deutlich dar, dass Paderborn und die Gemeinden Schloß Neuhaus und Elsen „als zusammenhängendes städt. [sic] Verflechtungsgebiet ausgewiesen“ waren.<sup>177</sup> Die Gemeinden Sande und Borchten waren diesem Verflechtungsgebiet so stark zugeordnet,

---

(29.3.1971), in: StdAPb, B/2499/16.

172 Westfälisches Volksblatt, Ferlings vor dem Heimat- und Verkehrsverein: „Mit eurer Unterschrift seid ihr gutgefahren!“ (13.12.1971), in: StdAPb, B/2499/17.

173 Vgl. ebd., in: StdAPb, B/2499/17.

174 Vgl. Westfälisches Volksblatt, Wohnwert in Schloß Neuhaus steigt (25.1.1973), in: StdAPb, B/2503/25.

175 ALBERTIN/ KEIM/ WERLE, Die Zukunft der Gemeinden in der Hand ihrer Reformer, S. 118–123, hier S. 119; Anmerkung: Es sollten 1.000 Exemplare von der Firma Bonifatius gedruckt werden. Die Publikation stieß auf reges Interesse, da diese spätestens am 22. Oktober 1973 vergriffen war, vgl. Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung vom 29.3.1973, in: StdAPb, B/2485/135; sowie Anfrage Herr Herzog an die Stadt Paderborn (14.10.1973); und das Antwortschreiben der Stadt Paderborn (22.10.1973), in: StdAPb, B/2485/347–348.

176 Stadt Paderborn – Der Stadtdirektor, Paderborn. Kommunale Neugliederung, Paderborn 1973, S. 6.

177 Ebd., S. 9.

dass sie nicht losgelöst betrachtet werden konnten, wohingegen die Gemeinden Benhausen, Neuenbeken, Dahl und Dörenhagen zum Nahbereich der Stadt gehörten.<sup>178</sup>

Die Stadt Paderborn ließ in ihrem Vorschlag keinen Zweifel daran, dass „die Gemeinden Schloß Neuhaus und Elsen unstreitig zum städt. [sic] Verflechtungsgebiet“ gehörten.<sup>179</sup> Damit wollte sie also absolut keine Diskussion zulassen, dass diese beiden Gemeinden nicht der neuen (Großstadt) Paderborn zugewiesen werden sollten. Weiterhin ließ sie ebenfalls keinen Zweifel daran, dass die von ihr vorgeschlagene Lösung den Zielen der kommunalen Neugliederung am besten entsprach. Da die Landesregierung beabsichtigte, wirtschaftlich leistungsfähige Gemeinden zu gründen, wurde auch der Gedanke, dass neben der Großstadt Paderborn auch Schloß Neuhaus allein oder im Zusammenschluss mit anderen Gemeinden im Umkreis existieren konnte, gleich verneint: „Es muß versucht werden, hinderliche Konkurrenzsituationen zu beseitigen oder befürchtete Konkurrenzen zu verhindern.“<sup>180</sup>

Bei der Vorstellung der künftig zur neuen Großstadt Paderborn gehörenden Gemeinden fällt auf, dass insbesondere bezogen auf die Gemeinde Schloß Neuhaus enge Verflechtungen zur Stadt Paderborn bereits bestanden. Gravierend ist hier die Aussage, dass „[d]ie Errichtung dieses Gymnasiums [...] in Abstimmung und mit wesentlicher Unterstützung der Stadt Paderborn zur Entlastung der 5 Paderborner Gymnasien [erfolgte]“.<sup>181</sup>

Auch im Folgenden, insbesondere dort, wo es um die Abwägung unterschiedlicher Neuordnungsmöglichkeiten ging, sah der Vorschlag der Stadt Paderborn eindeutig die Eingemeindung der eingangs erwähnten Gemeinden vor. Immer orientierte sich der Vorschlag der Stadt an den Vorgaben und Zielen der Landesplanung. Keine andere Gemeinde in Ostwestfalen - abgesehen von der Stadt Bielefeld - hatte eine „so hohe Zentralität wie Paderborn“.<sup>182</sup>

Die Gemeinde Schloß Neuhaus hatte „die volle Ausstattung eines Unterzentrums und könnte theoretisch als Gemeinde des Typs B selbstständig bleiben, wenn sie nicht innerhalb des städt. [sic] Verflechtungsgebietes“ liegen würde.<sup>183</sup> Die Argumentation der Stadt Paderborn war deutlich formuliert und ausschließlich an den Vorgaben der Landesplanung und Zielen der kommunalen Neugliederung orientiert. Man beging nicht einen polarisierenden oder polemischen Fehler, sondern blieb exakt auf sachlicher Basis. Es fehlte auch bei der Darstellung der unterschiedlich diskutierten Entscheidungs- und Abwägungsmöglichkeiten nicht an harten Fakten.<sup>184</sup> Interessant ist auch der Hinweis, dass die Gemeinden Schloß Neuhaus, Elsen und Sande „seit dem 5. 2. 1970 die gemeinsam interessierenden Planungen mit der Stadt **Paderborn** in unverbindlicher Form in einem durch Mitglieder der Räte und der Verwaltungen gebildeten Planungsausschuß miteinander ab[stimmten]“.<sup>185</sup> Diese Berei-

178 Vgl. ebd., S. 9.

179 Ebd., S. 10.

180 Ebd., S. 10.

181 Ebd., S. 29f.

182 Vgl. ebd., S. 40.

183 Ebd., S. 41.

184 Vgl. ebd., S. 43–47.

185 Ebd., S. 41; mehr zum Planungsausschuß vgl. Westfälisches Volksblatt, Paderborn-Elsen-Sande-Schloß Neuhaus. Planungsausschuß nimmt seine Arbeit auf (3.2.1970), in: StdAPb, S 5/VI/3.8; vgl. darüber hinaus die Ausführungen Ferlings' zum Planungsausschuß in der Brakeler Stadthalle vom

che wurden exemplarisch aufgezählt mit Umgehungsstraßen, Freizeiteinrichtungen oder Industrieansiedlungen,<sup>186</sup> alles entscheidende Positionen zur Stärkung der Infrastruktur einer Großstadt. Wenn schon auf freiwilliger Basis seit längerer Zeit zusammen gearbeitet wurde, dann – so die Argumentation der Stadt – soll das doch auch künftig erfolgen, um „weiter die ungesunden Konkurrenzsituationen ab[zu]bauen und eine weitere Zersiedlung nach Möglichkeit [zu] verhindern“.<sup>187</sup>

Ein ausschlaggebendes Kriterium für die Zusammenführung der Gemeinden waren auch die bisherigen Verflechtungsbeziehungen, welches sich im Endeffekt „als magischer Schlüsselbegriff erwies“.<sup>188</sup> Hier stellte die Stadt Paderborn auf die Beziehungen zu Schloß Neuhaus und Paderborn in den Bereichen baulicher Verflechtungen, Verflechtungen im Straßennetz, im Bereich der Schulen, der Kultur, des Einzelhandels, der Krankenversorgung usw. ab.<sup>189</sup> In allen genannten Bereichen waren die Verflechtungen derart intensiv, dass beide Gemeinden bereits seit langer Zeit „Aufeinanderzuwachsen“.<sup>190</sup>

Der Flächenbedarf war ein entscheidendes Votum. „Es geht bei der kommunalen Neuordnung [...] darum, in einem einheitlichen städtischen Siedlungsraum durch Zusammenschluß verschiedener [...] Planungs- und Verwaltungsträger die Leistungsfähigkeit und die Verwaltungskraft der öffentlichen Verwaltung im ganzen zu stärken, weil die vielfältigen Entwicklungsaufgaben eines Oberzentrums nur durch **einen** Rat und **eine** Verwaltung geplant, finanziert und durchgeführt werden können.“<sup>191</sup> Die kommunale Neugliederung hatte nicht nur den quantitativen Aspekt der Schaffung leistungsfähiger Gemeinden, sondern auch vielmehr die qualitativen und zukunftsorientierten Bereiche. Auch unter diesem Aspekt wies die Stadt Paderborn auf die Notwendigkeit hin, einen größeren Zusammenschluss der umliegenden Gemeinden zu einer neuen (Großstadt) Paderborn anzustreben. Mit dem Hinweis auf die Aufzählung der Aufgaben eines möglichen Oberzentrums Paderborn,<sup>192</sup> wird es der Stadt Paderborn sicherlich quantitativ gelingen, viele Bereiche auch ohne einen Zusammenschluss mit Schloß Neuhaus zu erreichen; langfristig konnte das Ziel jedoch nur in einer Großstadt Paderborn (mit Schloß Neuhaus) verwirklicht werden.

Der gesamte Neuvorschlag umfasste eine Fläche von rund 235 Quadratkilometer mit einer verhältnismäßig geringen Einwohnerdichte von 439 E/km<sup>2</sup>.<sup>193</sup> Insbesondere spekulierten die Verantwortlichen auch auf die Gemeinden aus dem ehemaligen Amt Borchen.<sup>194</sup>

---

4.7.1974, Landtag Nordrhein-Westfalen, 7. Wahlperiode, Ausschuss für Verwaltungsreform, 66. Sitzung (4.7.1974), APr 7/1542, S. 10f.

186 Vgl. Stadt Paderborn, Paderborn, S. 41.

187 Ebd., S. 41.

188 Vgl. ALBERTIN/ KEIM/ WERLE, Die Zukunft der Gemeinden in der Hand ihrer Reformer, S. 120f.

189 Vgl. Stadt Paderborn, Paderborn, S. 43–47.

190 Vgl. ebd., S. 43.

191 Ebd., S. 48.

192 Vgl. ebd., S. 48.

193 Vgl. ebd., S. 51.

194 Vgl. ebd., S. 51. Hinweis: Dass es letztlich nicht zu diesem großen Zusammenschluss gekommen ist, soll an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden, siehe hierzu jedoch das Zeitzeugeninterview des Verfassers mit Stadtdirektor a.D. Wilhelm Ferlings (7.7.2014), S. [86ff.].

Die Stadt Paderborn war sich ebenfalls sicher, dass die kommunale Neugliederung aufgrund der von ihr geplanten „überschaubar[en]“ Stadtgröße nicht zulasten der Demokratie ging.<sup>195</sup>

Die Verantwortlichen konzentrierten sich insbesondere auf die Gemeinden Schloß Neuhaus, Elsen, Sande und Borcheln und gingen mit den anderen Gemeinden Neuenbeken, Benhausen, Dahl und Dörenhagen sekundär um. Zur Stärkung der eigenen Wirtschaftskraft ist dies ohnehin schnell nachvollziehbar, da insbesondere Schloß Neuhaus bereits „über alle Einrichtungen einer kommunalen Grundausstattung und einige Einrichtungen des gehobenen Bedarfs“ verfügte.<sup>196</sup> Gerade auch die Wirtschaftskraft dieser Gemeinde war in den 1960er und 1970er Jahren beeindruckend. In Schloß Neuhaus gab es bereits im Jahre 1970 5.675 Erwerbspersonen. Hier stellten die Benteler Werke den wesentlichen Industriebedarf.<sup>197</sup>

Die Stadt Paderborn zeigte sich mit ihrem Neugliederungsvorschlag optimistisch, „die Voraussetzungen für die Entwicklung von Paderborn zu einem vollwirksamen Oberzentrum“ zu schaffen.<sup>198</sup> Es lag den Verantwortlichen ebenfalls am Herzen, einheitliche Lebensverhältnisse für die Bewohner des gesamten – überwiegend ländlichen – Paderborner Raums zu ermöglichen, womit die Aspekte der Sachverständigenkommission wiederum aufgegriffen bzw. umgesetzt wurden.<sup>199</sup> Die Verwaltung wurde mit dem dargestellten Neugliederungsvorschlag zum „wesentliche[n] Motor der kommunalen Reformauseinandersetzung, indem sie Neugliederungsinitiativen anstieß“; ein durchaus typisches Phänomen, welches auch in anderen Räumen in Nordrhein-Westfalen zu beobachten war.<sup>200</sup>

Für Ratsherr Nüthen (CDU) war die kommunale Neugliederung für die weitere Entwicklung der Stadt Paderborn „wohl [das] bedeutendste Ereignis nach dem 2. Weltkrieg“.<sup>201</sup> Paderborn musste Oberzentrum sein, wenn die Stadt eine verantwortungsvolle Rolle für die gesamte Region dauerhaft übernehmen sollte. Nüthen bescheinigte dem Stadtdirektor eine akribische Arbeit, der Neugliederungsvorschlag war stimmig und konnte nach Ansicht der CDU-Fraktion Zustimmung finden.<sup>202</sup> Die CDU-Stadtratsfraktion konnte zwar die Selbstständigkeitsbestrebungen des Amtes Schloß Neuhaus gut verstehen,<sup>203</sup> stimmte dann jedoch gemeinsam mit den anderen Fraktionen im Paderborner Stadtrat dem Vorschlag der Verwaltung zu:<sup>204</sup> „Nach eingehender Beratung und Erörterung aller Gesichtspunkte schlägt der Rat der Stadt Paderborn dem Land Nordrhein-Westfalen vor, im Rahmen der

195 Vgl. Stadt Paderborn, Paderborn, S. 51.

196 Ebd., S. 29.

197 Vgl. ebd., S. 29f.

198 Ebd., S. 52.

199 Vgl. ebd., S. 52; vgl. Die kommunale und staatliche Neugliederung des Landes Nordrhein-Westfalen, Abschnitt A, S. 17f.

200 Vgl. DICKE, Reform und Protest, S. 194–210, hier S. 196.

201 Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung vom 1.3.1973, S. 3, in: StdAPb, B/2485/116–122, hier B/2485/116; vgl. ferner STAMBOLIS, Jahrzehnte des Umbruchs, S. 310.

202 Vgl. Auszug aus der Niederschrift vom 1.3.1973, S. 4, in: StdAPb, B/2485/117.

203 Vgl. ebd., S. 4–6, in: StdAPb, B/2485/117–119.

204 Die weiteren Wortbeiträge vgl. ebd., S. 7–9, in: StdAPb, B/2485/120–122.

kommunalen Neuordnung die Gemeinden Schloß Neuhaus, Sande, Elsen, Borchten, Dahl, Dörenhagen, Benhausen und Neuenbeken in die Stadt Paderborn einzugliedern.<sup>205</sup>

Schwiete erläuterte gegenüber der Presse, dass man sich die Sache nicht leicht machte. Nach Ansicht Schwietes sollte dem Verflechtungsraum Paderborn lediglich ein Parlament sowie eine Verwaltung zustehen.<sup>206</sup> Ferlings betonte, dass die Vorschläge der Stadt Paderborn auf den „Grundsätzen des Landes NRW und auf konkreten Sachbezügen unseres Raumes“ beruhten.<sup>207</sup> So nannte er direkt als Beispiel Schloß Neuhaus, welches nach Ansicht Ferlings keinen „Bedeutungsüberschuss“ über die Grenzen der Gemeinde anbot.<sup>208</sup> Laut Ferlings würden Bürger aus Hövelhof eher in der Stadt Paderborn einkaufen als in der Gemeinde Schloß Neuhaus, und damit kilometermäßig weiter fahren.<sup>209</sup> Ferlings schloss ab: „Wenn man diesem gesamten Raum Paderborn Gutes tun will, so wird man dem Vorschlag der Stadt Paderborn folgen und entsprechend beschließen müssen.“<sup>210</sup>

Die Schloß Neuhäuser SPD tagte im März 1973 im „Langenberger Hof“.<sup>211</sup> Es wurde unter anderem über die geplante Verwaltungs- und Gebietsreform diskutiert. Dabei verlangte die SPD mehr Aufklärung für die Bevölkerung bezüglich der Folgen einer möglichen Reform. Werner Rech, der Fraktionsvorsitzender der SPD war und gleichzeitig auch im Kreistag saß, hatte die Situation bereits zu diesem Zeitpunkt sehr gut überblickt: Rech sagte laut der Neuen Westfälischen, dass „die Entscheidung, ob Schloß Neuhaus mit Sande und Elsen ein Nebenzentrum bilden oder nach Paderborn eingemeindet wird, [...] im Landtag“ falle.<sup>212</sup> Rech gab jedoch den Kampf um Schloß Neuhaus noch nicht verloren, da er betonte, dass man viel mehr darauf hinweisen sollte, dass Schloß Neuhaus durchaus eine Gemeinde vom Typ B sein konnte.<sup>213</sup> Allerdings wird hierbei deutlich, dass ein Teil der Schloß Neuhäuser Politiker sehr realistisch die Thematik durchschaut hatte und dies auch öffentlich kommunizierte.

CDU-Fraktionsvorsitzender Kamp forderte als wesentlichen Aspekt für die kommunale Neugliederung, „daß im Rathaus vom Bürger für den Bürger Kommunalpolitik gemacht wird. Die kommunalen Einheiten müssen für die Verwaltung überschaubar, für die Bürger und Mandatsträger durchschaubar sein“.<sup>214</sup> Kamp lehnte somit überdimensional große Räte ab; er hatte Sorge, dass Mandatsträger keinen großen Bürgerkontakt mehr haben konnten, falls die Wahlkreise im Zuge einer kommunalen Gebietsreform zu groß wurden.

205 Ebd., S. 9, in: StdAPb, B/2485/122.

206 Vgl. Neue Westfälische, 30 Karten sprechen für die Großstadt (21.4.1973), in: StdAPb, B/2491/86.

207 Ebd., in: StdAPb, B/2491/86.

208 Vgl. ebd., in: StdAPb, B/2491/86.

209 Vgl. ebd., in: StdAPb, B/2491/86.

210 Westfälisches Volksblatt, Schloß Neuhaus und auch Borchten nach Paderborn (21.4.1973), in: StdAPb, B/2491/90.

211 Vgl. Neue Westfälische, SPD: Aufklärung über Gebietsreform (20.3.1973), in: StdAPb, B/2503/33.

212 Ebd., in: StdAPb, B/2503/33.

213 Vgl. ebd., in: StdAPb, B/2503/33; siehe ebenfalls Westfälisches Volksblatt, Werner Rech (SPD): Sellmann – ein „Mitsstreiter“ von Schloß Neuhaus (20.3.1973).

214 Neue Westfälische, Sondersitzung zur kommunalen Neugliederung (12.4.1973), in: StdAPb, B/2503/37.

Der Gemeinderat von Schloß Neuhaus sprach sich in seiner Sitzung am 18. April 1973 einstimmig gegen einen Zusammenschluss nach Paderborn aus und begrüßte stattdessen den Ausbau eines Oberzentrums Paderborn und eines Mittelzentrums Schloß Neuhaus.<sup>215</sup> Kamp stellte zwei Alternativen vor, die sich für den Raum Paderborn seiner Meinung nach anboten: Zum einen das Oberzentrum Paderborn mit rund 80.800 Einwohnern und das Mittelzentrum Schloß Neuhaus (mit den Gemeinden Schloß Neuhaus, Elsen und Sande), zum anderen die Eingemeindung von Schloß Neuhaus, Elsen und Sande nach Paderborn.<sup>216</sup> So stellte er dar, dass das Mittelzentrum Schloß Neuhaus mindestens aus den Gemeinden Schloß Neuhaus und Sande bestehen sollte, Elsen wäre wünschenswert.<sup>217</sup>

Kamp war der Ansicht, dass es sich um ein „zweipoliges städtisches Verflechtungsgebiet“ mit „eigene[n] Oberzentren mit jeweils eigenen, nicht deckungsgleichen Entwicklungsrichtungen“ handelte. Dass es ein Verflechtungsgebiet zwischen Paderborn und Schloß Neuhaus gab, lehnte Kamp ab.<sup>218</sup> Bürgermeister Hunstig kommentierte die Situation energischer, er sorgte sich um die Zukunft seiner aufstrebenden Gemeinde.<sup>219</sup> Auch SPD-Fraktionsvorsitzender Rech betonte, dass er Schloß Neuhaus gerne eigenständig in Form einer Gemeinde des Typs B ansah.<sup>220</sup>

Dass Kamp jedoch die Gemeinde Elsen zu diesem Zeitpunkt noch als Vorschlag für ein Mittelzentrum Schloß Neuhaus mit einbezog, verkennt die Realität. So wusste er doch vom 1971 abgeschlossenen Gebietsänderungsvertrag zwischen Paderborn und Elsen. Auch Köstering betonte am 7. Mai 1973 in der Paderhalle – also nur ca. zwanzig Tage später –, dass er Elsen eindeutig zu Paderborn sah. Der Gemeinde Schloß Neuhaus gingen die Argumente aus.

Wie aus einem Schreiben des Oberkreisdirektors des Kreises Paderborn vom 20. März 1973 hervorgeht, wurden alle Städte und Gemeinde des Raumes Paderborn angeschrieben und über den Bereisungstermin der Arbeitsgruppe für kommunale Neugliederung aus Düsseldorf informiert. Die Gruppe sollte den Kreis Paderborn am 25. April 1973 besuchen und sich ein Bild der Lage vor Ort machen.<sup>221</sup> Hierbei lässt sich anmerken, dass die ‚Köstering-Kommission‘ eine ‚Fliegende Kommission‘ genannt wurde. Im Düsseldorfer Innenministerium gab es Arbeitsgruppen, die „in sieben Jahren fast alle 2.300 Gemeinden und 57 Kreise aufgesucht und [...] in etwa 150 öffentlichen Anhörungsterminen [...] diskutiert[en]“.<sup>222</sup>

215 Vgl. Westfälisches Volksblatt, Keine deutlichen Argumente für Eingliederung nach Paderborn (21.4.1973), in: StdAPb, B/2503/45; siehe ebenfalls Neue Westfälische, Schloß Neuhaus: Eingemeindung heißt Verkümmern (25.4.1973), in: StdAPb, B/2503/49; vgl. eine ausführliche Zusammenfassung der Sitzung in der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates der Gemeinde Schloß Neuhaus am 18.4.1973, in: StdAPb, H Schloß Neuhaus Nr. 338.

216 Vgl. Niederschrift am 18.4.1973, S. 2, in: StdAPb, H Schloß Neuhaus Nr. 338.

217 Vgl. ebd., S. 3, in: StdAPb, H Schloß Neuhaus Nr. 338.

218 Vgl. ebd., S. 3–4, in: StdAPb, H Schloß Neuhaus Nr. 338.

219 Vgl. ebd., S. 6, in: StdAPb, H Schloß Neuhaus Nr. 338.

220 Vgl. ebd., S. 5, in: StdAPb, H Schloß Neuhaus Nr. 338.

221 Vgl. Schreiben des Oberkreisdirektors an die Städte und Gemeinden des Raumes Paderborn (20.3.1973), in: StdAPb, B/2485/125.

222 KÖSTERING, Heinz: Die Gebiets- und Funktionalreform in Nordrhein-Westfalen – Analyse einer Erfolgsbilanz –, in: SCHWEGMANN, Friedrich Gerhard (Hg.), Die Modernisierung der öffentlichen Ver-

Der Paderborner-Besuch war diesbezüglich kein Einzelfall.<sup>223</sup> Ferlings bat Oberkreisdirektor Henke in seinem Antwortschreiben, dass die Paderborner Delegation die gesamte Route im Konferenzbus bleiben durfte, „weil die Stadt Paderborn fast in allen Punkten von der Gebietsreform und dann auch der Bereisung berührt wird“.<sup>224</sup> Ferlings setzte sich dafür ein, dass die Fahrtroute „nach Verlassen des Gemeindegebiets Elsen am Unteren Frankfurter Weg nach Süden verläuft und dann über die Goerdeler-, Erzberger-, Neuhäuser Straße, den Fürstenweg und die Fürstenallee nach Schloß Neuhaus zurückführt“.<sup>225</sup> Der Stadtdirektor von Paderborn überlegte sich diese Streckenführung sehr genau, weil die Arbeitsgruppe merken sollte, dass bei dieser Fahrtroute „die Grenzverhältnisse und die Verflechtungen in diesem Raum“ deutlich erkennbar waren.<sup>226</sup> Ferlings hatte somit einen klaren Plan entwickelt, wie die Arbeitsgruppe überzeugt werden konnte, dass Elsen und Schloß Neuhaus wegen der räumlichen Lage der Stadt Paderborn angegliedert werden sollten.<sup>227</sup>

Der Stadt Paderborn war dieser Aspekt sehr wichtig, weil in einem zweiten Schreiben nochmals darum gebeten wurde, dass die beiden Vertreter der Stadt Paderborn während der gesamten Bereisung im Konferenzbus bleiben sollten.<sup>228</sup> Allerdings wird aus der Antwort des Oberkreisdirektors Henke deutlich, dass andere Kommunen bezüglich der Bestrebungen der Stadt Paderborn schon Kritik geäußert hatten.<sup>229</sup>

Das Westfälische Volksblatt berichtete über den Besuch der Düsseldorfer ‚Köstering-Kommission‘. Laut der Tageszeitung gab es keine Besonderheiten zu vermerken, einzig, dass in Neuenbeken ein handgemaltes Schild gesehen wurde, auf dem gezeigt wurde, dass man nicht zu Altenbeken gehören wollte.<sup>230</sup> Es bestand an diesem Tag für die Bevölkerung sicherlich die Gelegenheit, der Düsseldorfer Kommission Unmut zu zeigen, was man von der kommunalen Neugliederung hielt. Dieser Protest wäre direkt von den Düsseldorfer Verantwortlichen wahrgenommen worden und man hätte eine öffentlichkeitswirksame Dar-

---

waltung. Aktuelle und historische Aspekte einer Daueraufgabe, Gelsenkirchen 1990, S. 67–80, hier S. 71.

223 Vgl. zum Beispiel DICKE, Reform und Protest, S. 156 u. S. 217; PUSCH, Die kommunale Neugliederung, S. 44ff.

224 Fahrtroute für die Bereisung des Kreises Paderborn am 25.4.1973 durch die Arbeitsgruppe für kommunale Neugliederung des Innenministeriums (26.3.1973), in: StdAPb, B/2485/128.

225 Ebd., in: StdAPb, B/2485/128.

226 Ebd., in: StdAPb, B/2485/128.

227 Zur genauen Streckenführung der Arbeitsgruppe Kommunale Neugliederung des Innenministers vgl. StdAPb, B/2485/140–143; Ferlings‘ Bemühungen sollten Erfolg haben, vgl. das Zeitzeugeninterview des Verfassers mit Stadtdirektor a.D. Wilhelm Ferlings (7.7.2014), S. [91f.].

228 Vgl. Bereisung des Kreises Paderborn am 25.4.1973 durch die Arbeitsgruppe Kommunale Neugliederung des Innenministers (10.4.1973), in: StdAPb, B/2485/151–152.

229 Vgl. Bereisung des Kreises Paderborn am 25.4.1973 durch die Arbeitsgruppe Kommunale Neugliederung des Innenministers (13.4.1973), in: StdAPb, B/2485/161.

230 Vgl. Westfälisches Volksblatt, Köstering machte sich ein Kreis-Bild (26.4.1973), in: StdAPb, B/2491/97; vgl. ebenfalls Westfälisches Volksblatt, Rundreise begann bei rechtem Wetter (26.4.1973), in: StdAPb, B/2491/98; ein Foto des Schildes findet sich in: Westfälisches Volksblatt, (Ohne Titel) (23.5.1973), in: StdAPb, B/2491/141.



stellung gehabt.<sup>231</sup> Diese Gelegenheit wurde von dem Amt Schloß Neuhaus jedoch nicht genutzt.

Am 7. Mai 1973 folgte die Schlussbesprechung in der Paderhalle über die Bereisung der Kommission vom 25. April 1973.<sup>232</sup> Schwiete legte in seiner Stellungnahme die bereits bekannten Sachargumente der Stadt Paderborn dar. Aufgrund der besonderen Aufgabefelder, welche die Stadt Paderborn beispielsweise im Bereich der Wirtschaft, Bildung, Krankenversorgung oder Erholung erfüllen sollte, bedurfte es eines Oberzentrums Paderborn.<sup>233</sup>

Ferlings verwies in seinem Vortrag auf die Broschüre, welche die Stadt Paderborn in diesem Jahr herausgab. Dabei untermauerte er die dort dargelegten Argumente, warum ein Zusammenschluss von unter anderem Schloß Neuhaus nach Paderborn im Sinne der landesplanerischen Vorgaben sinnvoll sein würde.<sup>234</sup> Er antwortete Köstering auf Nachfrage, dass ein Zusammenschluss des Amtes Schloß Neuhaus mit der Stadt Paderborn zu einer guten Stadtentwicklung mit einer starken Wirtschaft beitragen würde.<sup>235</sup> Der Stadtdirektor wies auf die Finanzen hin: Er urteilte, dass Kommunen nahe einer größeren Stadt stark wüchsen und die dort lebenden Personen zwar Angebote in der ‚Großstadt‘ wahrnahmen, aber diese (Groß-)Städte für die Unterhaltungskosten alleine aufkommen müssten. Um die Finanzierung auf eine größere Basis zu stellen, wäre auch aus diesem Grund eine kommunale Neugliederung zusammen mit dem Amt Schloß Neuhaus notwendig.<sup>236</sup>

Köstering referierte zu dem Problem, ob es ein Mittelzentrum Schloß Neuhaus/Sande geben sollte oder ob die beiden Kommunen der Großstadt Paderborn zugefügt wurden. Der Anspruch des Bürgers auf eine bessere Versorgung, wie es auch im Gutachten der Sachverständigenkommission bereits geregelt wurde, stand im Vordergrund der Planungen seitens des Landes. Grenzveränderungen konnte es nur aus Gründen des öffentlichen Wohles geben, Gebietsansprüche gab es nicht, Schaden und Nutzen einer Gebietsänderung wurden immer abgewogen. Ein abschließendes Urteil zur Zukunft der Gemeinden Schloß Neuhaus und Sande gab Köstering allerdings noch nicht.<sup>237</sup> Die Situation blieb laut Köstering kompliziert: „Wenn Schloß Neuhaus in Wünnenberg oder Peckelsheim liegen würde, dann hätten wir überhaupt kein Problem Schloß Neuhaus.“<sup>238</sup> Dass Elsen jedoch der Stadt

231 In Rimbeck und Bonenburg gab es bspw. Menschen, die ihren Unmut der ‚Köstering-Kommission‘ zeigten, vgl. hierzu Neue Westfälische, (Ohne Titel) (28.4.1973), in: StdAPb, B/2491/102.

232 Vgl. im Einzelnen Einladung des Oberkreisdirektors vom 2.4.1973, in: StdAPb, B/2485/148; Antwort der Stadt Paderborn vom 6.4.1973, in: StdAPb, B/2485/149; Einladung des Oberkreisdirektors vom 2.5.1973, in: StdAPb, B/2485/217–220.

233 Vgl. hierzu insgesamt die Ausführungen des Bürgermeisters Schwiete zu den Vorstellungen der Stadt Paderborn zur kommunalen Neugliederung beim Anhörungstermin am 7.5.1973 in der Paderhalle Paderborn, in: StdAPb, S1/46/14.

234 Vgl. Kommunale Neugliederung im Raum Paderborn, hier: Erörterung am 7.5.1973, Stellungnahme des I. Stadtdirektors Wilhelm Ferlings, in: StdAPb, B/2485/250–261.

235 Vgl. ebd., S. 9–10, in: StdAPb, B/2485/258–259.

236 Vgl. ebd., S. 10–11, in: StdAPb, B/2485/259–260.

237 Vgl. Neue Westfälische, Schicksalstag für 122 Gemeinden (8.5.1973), in: StdAPb, B/2491/114.

238 Westfälisches Volksblatt, „Wir hätten kein Problem, wenn Schloß Neuhaus in Wünnenberg liegen würde“ (8.5.1973), in: StdAPb, B/2491/119. Zu einer ähnlichen Bewertung kam Innenminister Weyer in Bezug auf Wattenscheid. Allein ihre geographische Lage verhinderte eine Selbstständigkeit. Würde

Paderborn angegliedert werden sollte, stand für Köstering bereits an diesem Abend fest.<sup>239</sup> Das Westfälische Volksblatt wollte in seinem Kommentar jedoch schon eine Tendenz Kösterings pro Zusammenschluss Schloß Neuhaus und Sande an Paderborn erkannt haben.<sup>240</sup> Die Argumente der Stadt Paderborn schienen ihn überzeugt zu haben. Das letzte Wort hatten aber die Mitglieder des Landtages von Nordrhein-Westfalen.

In einem Schreiben an den Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, an den Regierungspräsidenten in Detmold sowie an den Oberkreisdirektor des Kreises Paderborn am 17. Oktober 1973 bat Stadtdirektor Ferlings wiederholt und explizit um einen Zusammenschluss der Stadt Paderborn, Schloß Neuhaus und Elsen.<sup>241</sup> Die Stadt Paderborn befürchtete ansonsten „im anderen Falle siedlungspolitische Fehlentwicklungen, die sich [...] für die Bewohner aller drei Gemeinden sehr nachteilig auswirken würden“.<sup>242</sup>

Dem Paderborner Rat berichtete Ferlings, dass er weiterhin für einen Gebietsänderungsvertrag mit der Gemeinde Schloß Neuhaus plädiere.<sup>243</sup>

#### *Der Gesetzesentwurf des Innenministers und die Verabschiedung*

Innenminister Weyer versandte am 15. März 1974 seinen Vorschlag zur Neugliederung der Gemeinden und Kreise des Neugliederungsraumes Sauerland/Paderborn an die Regierungspräsidenten in Arnsberg und Detmold, an die Oberstadtdirektoren in Dortmund, Hagen, Iserlohn und Witten sowie an die Oberkreisdirektoren in diesem Gebiet, davon unter anderen an den Oberkreisdirektor in Paderborn.<sup>244</sup> Weyer war der Ansicht, dass „die Anhörungsfrist für die Gemeinden, Ämter und Kreise bis zum 4. Mai 1974 bemessen“ werden sollte.<sup>245</sup> Nachdem Weyer allgemeine Formalien bekanntgab, wies er darauf hin, dass „Regelungen in den Gebietsverträgen, die nicht oder nur unter besonderen Bedingungen, Auflagen oder Maßnahmen genehmigt werden können“ unbedingt „vermieden“ werden sollten. Der Innenminister wünschte sich außerdem, dass „vertragliche Regelungen, die dem

---

sich die Stadt zum Beispiel im Münsterland oder in der Eifel befinden, hätte sie selbstständig bleiben können, vgl. hierzu MECKING, Bürgerwille und Gebietsreform, S. 153. Die kreisfreie Stadt Wattenscheid (82.000 Einwohner im Jahre 1975) wurde mit der Stadt Bochum zusammengeschlossen, da der Gesetzgeber im Ruhrgebiet nur noch kreisfreie Städte mit einer Einwohnerzahl von mindestens 200.000 Personen ‚zulassen‘ wollte. Rein rechtlich betrachtet lag ein „Zusammenschluss“ vor, faktisch kann man jedoch durchaus von einer „Eingemeindung“ sprechen, da die Stadt Bochum insbesondere durch Wattenscheid vergrößert und somit zu einem „Oberzentrum“ wurde, vgl. ebd., S. 94–110, insb. S. 104 u. S. 109f. u. S. 287.

239 Vgl. Neue Westfälische, Schicksalstag für 122 Gemeinden, in: StdAPb, B/2491/114.

240 Vgl. Westfälisches Volksblatt, Nun Pause (8.5.1973), in: StdAPb, B/2491/122.

241 Vgl. Stadt Paderborn, Kommunale Gebietsreform im Raume Paderborn (17.10.1973), S. 1–6, in: StdAPb, B/2485/333–338.

242 Ebd., S. 6, in: StdAPb, B/2485/338.

243 Vgl. Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung vom 7.3.1974, in: StdAPb, B/2488/177–178.

244 Weyer, Kommunale Neugliederung im Raum Sauerland/Paderborn; hier: Anhörung der beteiligten Gemeinden und Gemeindeverbände nach § 16 GO und § 12 KrO (15.3.1974), S. 1–4, in: StdAPb, B/2486/3–6.

245 Ebd., S. 2, in: StdAPb, B/2486/4.

Zweck der Neugliederung zuwiderlaufen, [...] keine Aussicht [hatten], genehmigt oder vom Landtag bestätigt zu werden“.<sup>246</sup> Die Aufsichtsbehörden hatten ebenfalls die Anweisung, über Gebietsänderungsverträge zu urteilen.<sup>247</sup> Weyer schloss seinen Brief mit der Information ab, dass der Entwurf eines Gesetzes Sauerland/Paderborn noch vor der Sommerpause im Landtag Nordrhein-Westfalen eingebracht werden sollte/musste. Aus diesem Grund war „eine Verlängerung der ausreichend bemessenen Fristen für die Stellungnahmen, die Vorlage der Gebietsänderungsverträge usw. nicht möglich“.<sup>248</sup> Er ging sogar noch weiter: „Es wäre im Gegenteil erwünscht, wenn die Fristen von den Gemeinden und Gemeindeverbänden nicht voll in Anspruch genommen würden.“<sup>249</sup> Aus diesem Schreiben wird zwar die akribische Arbeit des Innenministers deutlich, allerdings erscheinen seine Ansichten bezüglich einer „ausreichend bemessenen Frist“ sehr fraglich. Dies war kein Einzelfall: So kritisierte bereits der Landkreistag im April 1968 die knapp bemessenen Fristen, die von der Landesregierung vorgegeben wurden.<sup>250</sup> Albertin/ Keim/ Werle kommen ebenfalls zu dem Fazit, dass „die nordrhein-westfälische Landesregierung ihr Vorhaben eher mit Eile und Diskretion als mit Geduld und Öffentlichkeit“ betrieb.<sup>251</sup>

Der Innenminister schlug in seinem Gesetzesentwurf im März des Jahres 1974 vor, „die Stadt Paderborn und die amtsangehörigen Gemeinden Benhausen, Dahl, Elsen, Neuenbeken, Sande und Schloß Neuhaus zu einer neuen amtsfreien Stadt mit dem Namen Paderborn zusammenzuschließen“.<sup>252</sup> Als „de[n] größte[n] Gesetzesentwurf, den mein Haus [= das NRW-Innenministerium, DM] jemals erarbeitet hat“, bezeichnete Innenminister Weyer den Gesetzesentwurf Sauerland/Paderborn anlässlich einer Rede im Landtag von NRW.<sup>253</sup> Dabei ist den Vorstellungen der Stadt Paderborn mit Ausnahme der Gemeinden Borchlen und Dörenhagen gefolgt worden; letztere sind in einer neuen Gemeinde Borchlen zusammengeschlossen worden.<sup>254</sup> Die Landesregierung folgte damit auch dem Vorschlag des Ober-

246 Beide Zitate in ebd., S. 3, in: StdAPb, B/2486/5.

247 Vgl. ebd., S. 3, in: StdAPb, B/2486/5.

248 Ebd., S. 4, in: StdAPb, B/2486/6.

249 Ebd., S. 4, in: StdAPb, B/2486/6.

250 Vgl. DICKE, Reform und Protest, S. 157.

251 ALBERTIN/ KEIM/ WERLE, Die Zukunft der Gemeinden in der Hand ihrer Reformer, S. 295–303, hier S. 295. Die Kommunen im „Neugliederungsraum 6“ hatten bspw. aufgrund der Weihnachtsfeiertage nur knapp fünf Wochen Zeit, über den Vorschlag des Innenministers zu beraten. „Die Stadt Neuss wehrte sich gegen die ihrer Ansicht nach vorgenommene Verletzung des Anhörungsrechtes, die sie als verfassungswidrig betrachtete“. Die Beschwerde der Stadt Neuss wurde vom Innenministerium abgewiesen, vgl. WINKELMANN, Die Entstehung und Entwicklung des Kreises Neuss, S. 188f.; vor dem Verfassungsgerichtshof wurde selbiges Argument wiederholt vorgetragen, vgl. GEERLINGS, Jörg: Die Kommunale Neugliederung in Neuss. Verfahren und Verfassungsverstreit. Verfahren und Verfassungsverstreit, in: Novaesium: Neusser Jahrbuch für Kunst, Kultur und Geschichte (2015), S. 95–108, hier S. 98f.

252 Der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Vorschlag zur Neugliederung der Gemeinden und Kreise des Neugliederungsraumes Sauerland/Paderborn, Düsseldorf 1974, S. 336–368, hier S. 336.

253 Landtag Nordrhein-Westfalen, 7. Wahlperiode, 105. Sitzung am 12.6.1974, in: DERS. (Hg.), 7. Wahlperiode. Plenarprotokolle, Band 6, Düsseldorf 1975, S. 4253–4302, hier S. 4289.

254 Vgl. Der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Vorschlag zur Neugliederung, S. 369.

kreisdirektors in Paderborn. Schloß Neuhaus wurde der Stadt Paderborn zugeschlagen, weil nach den Vorstellungen der Landesregierung „selbstständige ‚Entlastungsstädte‘ nur gebildet werden, wenn sie in **ausreichendem Abstand von der Kernstadt** eine eigene, von der Kernstadt unabhängige Entwicklungschance haben“.<sup>255</sup> Schloß Neuhaus erfüllte nicht diese Voraussetzungen und wurde als Nachbargemeinde mit einem „Vorortcharakter“<sup>256</sup> definiert. Der Gesetzesvorschlag für den Raum Paderborn wurde sehr detailliert und akribisch ausgearbeitet.

Bürgermeister Schwiete reagierte zügig und nahm das Schreiben des Innenministers vom 15. März 1974 zum Anlass, alle betroffenen Kommunen – bis auf Schloß Neuhaus und Sande – über die bevorstehenden Gebietsänderungsverträge anzuschreiben. Mit der Gemeinde Elsen wurde bereits ein Gebietsänderungsvertrag abgeschlossen, sodass Bürgermeister Hartmann lediglich ein formales Schreiben zur Kenntnisnahme der aktuellen Ereignisse erhielt.<sup>257</sup> Die Bürgermeister von Benhausen, Neuenbeken und Dahl schrieb Schwiete ebenfalls an und informierte sie über das weitere Vorgehen im Paderborner Rat.<sup>258</sup>

In einem Schreiben vom 18. März 1974 bot Bürgermeister Schwiete den Bürgermeistern Hunstig und Dirksmeyer an, einen Gebietsänderungsvertrag mit der Stadt Paderborn abzuschließen.<sup>259</sup> Er reagierte damit auf den oben genannten Neugliederungsvorschlag im Sauerland/Paderborn Gesetz. Der Innenminister hatte in einem Begleiterlass darauf hingewiesen, dass die Gestaltungsräume für die Kommunen bei Gebietsänderungsverträgen deutlich höher wären als ein Zusammenschluss, der gesetzlich festgelegt würde.<sup>260</sup>

Bürgermeister Hunstig entgegnete, dass sich die Fraktionen „noch nicht darüber im Klaren“ waren, welchen Weg sie gehen wollten.<sup>261</sup> Er bat jedoch Schwiete, einen Entwurf des schon zuvor erarbeiteten Gebietsänderungsvertrages zuzusenden, sofern dieser bereits die Verbesserungen enthielt, die die Gesetzesvorgaben des Landtages NRW berücksichtigten.<sup>262</sup> Hunstig zeigte sich kooperativ,<sup>263</sup> weshalb sich Schwiete bedankte. Dieser sicherte eine Überarbeitung des Gebietsänderungsvertrages zu, mit dem sich die Räte sodann beschäftigen sollten.<sup>264</sup>

Schwiete stimmte ferner Dirksmeyer zu, dass eine Zukunft der Gemeinde Sande nur in Zusammenhang mit der Lösung der Gemeinde Schloß Neuhaus erfolgen konnte. Der Paderborner Bürgermeister teilte ihm mit, dass er das Gespräch mit Bürgermeister Hunstig

255 Ebd., S. 365.

256 Ebd., S. 365.

257 Vgl. Schreiben Schwiete an Bürgermeister Anton Hartmann (18.3.1974), in: StdAPb, B/2486/23.

258 Vgl. Schreiben Schwiete an die Bürgermeister Driller (Benhausen), Spier (Neuenbeken) und Willeke (Dahl) (18.3.1974), in: StdAPb, B/2486/21.

259 Vgl. Stadt Paderborn, Schreiben an Hunstig sowie Dirksmeyer (18.3.1974), in: StdAPb, B/2504/143.

260 Vgl. ebd., in: StdAPb, B/2504/143.

261 Gemeinde Schloß Neuhaus, Schreiben an Schwiete (22.3.1974), in: StdAPb, B/2504/144.

262 Vgl. ebd., in: StdAPb, B/2504/144.

263 Vgl. Gemeinde Schloß Neuhaus, Schreiben an Schwiete (4.4.1974), in: StdAPb, B/2504/146.

264 Vgl. Stadt Paderborn, Schreiben an Hunstig (1.4.1974), in: StdAPb, B/2504/145; vgl. ebenfalls Stadt Paderborn, Schreiben an Hunstig (8.4.1974), in: StdAPb, B/2504/147.

suchen wollte, um einen Gebietsänderungsvertrag abzuschließen. Erst danach konnte Sande Gewissheit über die Zukunft haben.<sup>265</sup>

Bemerkenswert ist, dass die Firma „Benteler“ als das größte ortsansässige Unternehmen dem Neugliederungsvorschlag des Innenministers „weder positiv noch negativ“ gegenüberstand.<sup>266</sup> Dem Unternehmen ging es nur darum, dass eine kommunale Neugliederung nicht mit Mehrkosten verbunden war. Benteler interessierte sich einzig für die Höhe der Gewerbesteuer. Die Interessen der großen Firma konnte man aber nicht mit denen einzelner Bürger oder Familienbetrieben vergleichen, da Benteler auch in anderen Kommunen ansässig war.<sup>267</sup>

Die Gebietsänderungsverträge wurden in der Paderborner Ratssitzung am 4. April 1974 beschlossen.<sup>268</sup> Aus diesem Grund lud die Stadt Paderborn die Bürgermeister und Räte der Gemeinden Dahl, Benhausen, Neuenbeken und Dörenhagen ein, um die Verträge zu unterzeichnen und im Anschluss daran im Ratskeller zu speisen.<sup>269</sup>

Im Paderborner Rat wurde am 29. April 1974 über den Vorschlag des Innenministers zur Neugliederung des Raumes Paderborn debattiert und abgestimmt.<sup>270</sup>

Der Paderborner Rat war nach wie vor der Ansicht, dass die Gemeinden Schloß Neuhaus und Sande zur Stadt Paderborn zusammengeschlossen werden sollten. Als Gründe nannte er, dass „die anstehenden [...] Entscheidungen in Verfolg einer umfassenden Stadtentwicklungsplanung vornehmlich im Bereich der Wohnsiedlung, [...] nur einheitlich geplant und realisiert werden können“.<sup>271</sup>

Die breite Öffentlichkeit erfuhr von dem sogenannten „Eventual-Gebietsänderungsvertrag“ zwischen der Stadt Paderborn und der Gemeinde Schloß Neuhaus/Sande im August des Jahres 1974.<sup>272</sup> Führende Vertreter aus den Reihen der Paderborner und Schloß Neuhäuser CDU trafen sich, um „über die Grundsätze möglicher vertraglicher Vereinbarungen im Zusammenhang mit der Bildung der Großstadt Paderborn“ zu diskutieren.<sup>273</sup> Von der Verwaltung waren ebenfalls Stadtdirektor Ferlings und Amtsdirektor Winter anwesend.

Hierbei wird deutlich, dass die Initiative seitens der Politik ausging, die Verwaltung setzte anschließend die Vorgaben, welche die Politiker entwickelt hatten, schriftlich um.

265 Vgl. Stadt Paderborn, Brief an den Bürgermeister Franz Dirksmeyer (8.4.1974), in: StdAPb, B/2502/39.

266 Schreiben Benteler-Werke an die Gemeinde Schloß Neuhaus und Gemeinde Sande (10.5.1974), in: StdAPb, H Schloß Neuhaus Nr. 342.

267 Vgl. ebd., StdAPb, H Schloß Neuhaus Nr. 342.

268 Vgl. Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung vom 4.4.1974, in: StdAPb, B/2486/112–120.

269 Vgl. StdAPb, B/2486/92–98.

270 Vgl. Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung vom 29.4.1974, in: StdAPb, B/2486/100–104; ebenfalls vorhanden in: StdAPb, B/2518.

271 Auszug aus der Niederschrift vom 29.4.1974, in: StdAPb, B/2486/102.

272 Vgl. Westfälisches Volksblatt, Paderborn und Schloß Neuhaus zusammen (6.8.1974), in: StdAPb, B/2503/53; vgl. Neue Westfälische, Schloß Neuhaus strebt Vertrag mit Paderborn an (7.8.1974), in: StdAPb, B/2503/55.

273 Neue Westfälische, Schloß Neuhaus, in: StdAPb, B/2503/55; zum genauen Teilnehmerkreis vgl. ebenfalls ebd., in: StdAPb, B/2503/55.

Auslöser des Treffens war ein Beschluss im Landtag, der den Zusammenschluss des städtischen Verflechtungsgebiets vorsah. Die CDU ergriff die Initiative und schlug daraufhin einen „Eventual-Gebietsänderungsvertrag“ vor, der laut CDU-Kreisvorsitzender Joseph Köhler (zugleich auch Mitglied des Landtages NRW) von den CDU Fraktionen Paderborn und Schloß Neuhaus positiv verabschiedet werden sollte.<sup>274</sup> Der Vertrag besagte, dass dieser nur umgesetzt werden durfte, falls die Gebietsreform im Landtag verabschiedet wurde. In diesem Vertrag ging es „in erster Linie um die Gewerbe- und Grundsteuer, um Kanalgebühren, die Kläranlage, den Bauhof, eine Verwaltungs-Dienststelle im künftigen Stadtteil Schloß Neuhaus, den Friedhof und auch um die Bediensteten der Amts- und Gemeindeverwaltung“.<sup>275</sup>

Die Tageszeitung zitierte ferner eine Aussage aus CDU-Kreisen aus Schloß Neuhaus: „Wir haben lange genug versucht, die Selbstständigkeit von Schloß Neuhaus zu erhalten, wir wollen jedoch nicht bis zur letzten Patrone kämpfen oder mit dem Kopf durch die Wand. Jetzt müssen die Weichen für eine gute Zukunft gestellt werden.“<sup>276</sup>

Hunstig beklagte, dass sich CDU-Arbeitskreis und SPD-Arbeitskreis im Landtag für eine Großstadt Paderborn ausgesprochen haben; die „Bataillone, die wir bislang auf unserer Seite hatten und fest zu haben glaubten, haben uns zum Teil im Stich gelassen“, so der enttäuschte Bürgermeister.<sup>277</sup>

Das Innenministerium handelte diesbezüglich „taktisch geschickt“, die kommunale Neugliederung in Nordrhein-Westfalen „nach Räumen getrennt und zeitlich versetzt in acht Neugliederungsgesetzen umzusetzen“.<sup>278</sup> Somit war gewährleistet, dass „immer nur wenige Abgeordnete als Lokalpolitiker unmittelbar betroffen waren“.<sup>279</sup> Parteiübergreifend konnte somit „ohne lokalpolitische Rücksichtnahme“ zugestimmt und das „große Reformvorhaben im Sprint durchgeführt werden“.<sup>280</sup>

Hunstig nannte ebenfalls einen Hauptgrund, der ihn zu der Einsicht brachte, dass der Kampf um Schloß Neuhaus wohl ab sofort sinnlos geworden ist: Die Gemeinde Schloß Neuhaus war davon ausgegangen, dass der Landtag es nicht zulassen würde, eine kreisangehörige Stadt mit mehr als 40 Prozent der Einwohner des Kreises Paderborn entstehen zu lassen. Bei der Stadt Neuss wurde diese Grenze zum ersten Mal überschritten und vom Land Nordrhein-Westfalen wurde signalisiert, dass dies kein Einzelfall mehr war. Somit entfiel für die Gemeinde Schloß Neuhaus „das wichtigste Argument“, denn dieser Fall sollte somit auch innerhalb des Kreises Paderborn ab dem 1. Januar 1975 eintreten.<sup>281</sup>

274 Über die Motive der CDU, einen „Eventual-Gebietsänderungsvertrag“ abzuschließen vgl. Westfälisches Volksblatt, Neuhäuser werden nach >Tag X< die Hände nicht in den Schoß legen (8.8.1974), in: StdAPb, B/2503/58.

275 Westfälisches Volksblatt, Paderborn und Schloß Neuhaus zusammen, in: StdAPb, B/2503/53.

276 Ebd., in: StdAPb, B/2503/53.

277 Neue Westfälische, Prominenten-Gespräch in Schloß Neuhaus über Groß-Paderborn (8.8.1974), in: StdAPb, B/2503/56.

278 MECKING, Bürgerwille und Gebietsreform, S. 426.

279 Ebd., S. 426.

280 Ebd., S. 426.

281 Vgl. Neue Westfälische, Prominenten-Gespräch, in: StdAPb, B/2503/56. Die Abläufe bezüglich der

Hunstig war zwar ein hartnäckiger Verfechter der Eigenständigkeit Schloß Neuhaus', doch ließ er zunehmend statt ‚Resignation‘ Vernunft walten; er wusste, dass das Land Nordrhein-Westfalen eine Eingemeindung auch gegen den Willen der Gemeinde Schloß Neuhaus vollziehen würde.

Diese Form der ‚Resignation‘ bzw. „Hilflosigkeit“<sup>282</sup> seitens mancher Kommunalpolitiker in Nordrhein-Westfalen stellt auch Dicke im Untersuchungsgebiet des Kreises Borken heraus.<sup>283</sup> „[D]er Alstätter Gemeinderat [empfand] das Vorgehen [der Landesregierung] als ‚Erpressung‘ und ‚Diktatur‘.“ Schmitz, der Bürgermeister in Eggerode war, hatte das Gefühl, dass „die kommunale Neugliederung [...] nunmehr das Stadium der ‚Vergewaltigung‘ [sic!] erreicht [habe]“.<sup>284</sup>

Mit dem „Eventual-Gebietsänderungsvertrag“ konnte man zumindest notwendige Maßnahmen zum Wohle der Schloß Neuhäuser Bevölkerung im Vorfeld der Reform treffen.<sup>285</sup> Dies war im Übrigen eine durchaus übliche Vorgehensweise auch in anderen nordrhein-westfälischen Kommunen; Schloß Neuhaus nahm dementsprechend keine Sonderposition ein.<sup>286</sup>

Die SPD Schloß Neuhaus lehnte den Vertrag ab, wobei drei Ratsmitglieder sogar die Abstimmung verweigerten und die Ratsversammlung vorzeitig verließen. Als Gründe nannte die SPD, dass sie an den Gesprächen im Vorfeld nicht beteiligt gewesen war, der Vertrag sei voreilig abgeschlossen worden, wesentliche Vorteile für Schloß Neuhaus konnten die Vertreter der Partei nicht erkennen. Mit dem Vertrag wurde „die letzte Chance für die Selbstständigkeit vertan, und die Glaubwürdigkeit der bisherigen Haltung des Rates in Frage gestellt“.<sup>287</sup> Die Gemeinde wurde mit diesem Vertrag und mit dieser Gebietsreform „beerdigt“, so Bürgermeister Hunstig abschließend.<sup>288</sup> Trotzdem stimmte er in der Sitzung vom 13. August 1974 dem „Eventual-Gebietsänderungsvertrag“ gemeinsam mit den Schloß Neuhäuser und Sander Ratsherren bei insgesamt 18 Ja-Stimmen und einer Nein Stimme zu.<sup>289</sup>

Im Paderborner Rat wurde der Gebietsänderungsvertrag<sup>290</sup> „für den Fall, daß der Gesetzgeber sie zu der neuen Großstadt Paderborn zusammenschließt“ am 9. September

---

Stadt Neuss vgl. WINKELMANN, Die Entstehung und Entwicklung des Kreises Neuss, S. 252–274.

282 DICKE, Reform und Protest, S. 225.

283 Vgl. ebd., S. 225–244 u. S. 415f.

284 Beide Zitate in ebd., S. 227.

285 Vgl. Westfälisches Volksblatt, „Ohne Gram und Schnupfen nach Paderborn“ (12.8.1974), in: StdAPb, B/2503/60.

286 Vgl. bspw. MECKING, Bürgerwille und Gebietsreform, S. 87 u. S. 446; DICKE, Reform und Protest, S. 120.

287 Vgl. Erklärung der SPD Fraktion zur Ratssitzung vom 13.8.1974, in: StdAPb, H Schloß Neuhaus Nr. 342; Neue Westfälische, SPD Erklärung (16.8.1974), in: StdAPb, B/2503/66.

288 Vgl. Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Räte der Gemeinden Schloß Neuhaus und Sande (13.8.1974), S. 4, in: StdAPb, H Schloß Neuhaus Nr. 342.

289 Vgl. ebd., in: StdAPb, H Schloß Neuhaus Nr. 342; vgl. ferner Westfälisches Volksblatt, Heinz Kamp: „Der Blick ist nach vorn gerichtet“ (15.8.1974), in: StdAPb, B/2503/62.

290 Vgl. Gebietsänderungsvertrag Stadt Paderborn – Gemeinden Schloß Neuhaus und Sande (9.9.1974), in: StdAPb, B/2504/271–281.

1974 nach einer kurzen Diskussion einstimmig verabschiedet.<sup>291</sup> Bemerkenswert ist jedoch, dass der Vertrag seitens der Gemeinde Schloß Neuhaus lediglich vom stellvertretenden Bürgermeister Gaßmüller sowie vom stellvertretenden Amtsdirektor Deleker unterschrieben wurde.<sup>292</sup> Warum Hunstig und Winter nicht unterschrieben, bleibt offen.

Daraufhin verfasste Ferlings ein Schreiben an den Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen sowie an den Ministerialbeamten Köstering, um auf den Gebietsänderungsvertrag zwischen der Stadt Paderborn und den Gemeinden Schloß Neuhaus und Sande hinzuweisen. Ferlings bat Innenminister Weyer, dass die „Vertragsausfertigungen“ Rücksicht in der Sitzung des Ausschusses für Verwaltungsreform am 12. September 1974 finden sollten.<sup>293</sup>

Im Landtag von Nordrhein-Westfalen wurde der „Eventual-Gebietsänderungsvertrag“ ebenfalls am 25. September 1974 thematisiert, wobei von ‚Eventualität‘ keine Rede war. Innenminister Weyer sah die neue Entwicklung bereits als beschlossen an: „Wer hätte eigentlich vor Jahren daran gedacht, daß [...] Paderborn und Schloß Neuhaus sich eines Tages freiwillig vereinigen würden?“<sup>294</sup> Die Reaktion zeigt wiederum die nicht kommunikative Handlung der Landesregierung und der leitenden Ministerialbeamten. Interessen und Sorgen der Kommunen, in diesem Falle Schloß Neuhaus, wurden kaum berücksichtigt. Diese Charakterisierung deckt sich ebenfalls mit den Ausführungen Kösterings aus dem Jahre 1972 an eine andere Kommune.<sup>295</sup> Ein Vertrag wurde jedenfalls als ein Vertrag angesehen. Die lokale Zeitung stellte diesbezüglich die rhetorische Frage auf, „was denn wohl geworden wäre, wenn die Schloß Neuhäuser bis zum Schluß um ihre Selbstständigkeit gekämpft hätten“.<sup>296</sup> Die Schloß Neuhäuser CDU verteidigte in der Öffentlichkeit den Eventualvertrag. Bürgermeister Hunstig merkte an, dass die Selbstständigkeit von Schloß Neuhaus schon vor der endgültigen Abstimmung kein Thema mehr im Landtag von Nordrhein-Westfalen war. Man musste somit handeln und Vorteile für Schloß Neuhaus generieren.<sup>297</sup>

291 Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung vom 9.9.1974, in: StdAPb, B/2504/282–283; vgl. ebenfalls Westfälisches Volksblatt, Paderborn stimmte zu (10.9.1974), in: StdAPb, B/2492/113; Neue Westfälische, Rat verabschiedete gestern abend [sic] einstimmig den Gebietsänderungsvertrag mit Neuhaus/Sande (10.9.1974), in: StdAPb, B/2492/127.

292 Vgl. Gebietsänderungsvertrag Stadt Paderborn – Gemeinden Schloß Neuhaus und Sande, in: StdAPb, B/2504/281.

293 Stadtdirektor Ferlings an den Herrn Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Kommunale Neugliederung im Raum Paderborn; hier: Gebietsänderungsvertrag zwischen der Stadt Paderborn und den Gemeinden Schloß Neuhaus und Sande (10.9.1974), in: StdAPb, B/2486/121; vgl. ebenfalls das Schreiben Ferlings‘ an Köstering, Kommunale Neugliederung im Raum Paderborn (10.9.1974), in: StdAPb, B/2486/122.

294 Landtag Nordrhein-Westfalen, 7. Wahlperiode, 110. Sitzung am 25.9.1974, in: DERS. (Hg.), 7. Wahlperiode. Plenarprotokolle, Band 6, Düsseldorf 1975, S. 4499–4559, hier S. 4537; vgl. ferner Neue Westfälische, Licht und Schatten (26.10.1974), in: StdAPb, B/2503/70.

295 Vgl. DICKE, Reform und Protest, S. 156. Dass sich zum Beispiel KÖSTERING rückblickend als kommunikativ und kooperativ ansah und somit den Vorwürfen widersprach, bleibt logisch, vgl. hierzu KÖSTERING, Heinz: Erfolge und Kosten der kommunalen Neugliederung – Zu Fallstudien in Ostwestfalen-Lippe –, in: Die Öffentliche Verwaltung 36 (1983), Heft 3, S. 110–113, hier S. 111f.

296 Neue Westfälische, Licht und Schatten, in: StdAPb, B/2503/70.

297 Vgl. Westfälisches Volksblatt, Heinz Kamp: Das nächste Jahr wird ein Jahr der Wahrheit sein (29.10.1974), in: StdAPb, B/2503/71; Westfälisches Volksblatt, Kommentar von Heinz Kamp: SPD



Schließlich wurde das ‚Sauerland/Paderborn Gesetz‘ am 27. September 1974 im Düsseldorfer Landtag nach kurzer Debatte bei 25 Nein-Stimmen und sieben Enthaltungen mehrheitlich verabschiedet:<sup>298</sup> „Die Stadt Paderborn und die Gemeinden Benhausen, Dahl, Elsen, Neuenbeken [...], Sande und Schloß Neuhaus werden zu einer neuen Gemeinde zusammengeschlossen. Die Gemeinde erhält den Namen Paderborn und führt die Bezeichnung ‚Stadt‘.“<sup>299</sup> Das Amt Schloß Neuhaus wurde somit aufgelöst, Rechtsnachfolgerin wurde die Stadt Paderborn.<sup>300</sup>

Amtsdirektor Winter kommentierte das Ergebnis wie folgt: „Mit der kopflastigen Stadt Paderborn ist die denkbar schlechteste Kreislösung beschlossen worden.“<sup>301</sup>

Ferlings kommentierte das Ergebnis ebenfalls: Für ihn stand ein reibungsloser Übergang seitens der Verwaltungen im Vordergrund. Die Interessen der Bürger sollten nun im Fokus stehen.<sup>302</sup> Entsprechend der Regelungen in den Gebietsänderungsverträgen musste eine Gleichbehandlung der Kernstadt Paderborn und seiner Stadtteile in Zukunft erfolgen. Ferlings machte deutlich, dass es zunächst darum ging, „daß ab dem 1.1.1975 die Verwaltungs- und Dienstleistungen der Stadt den Bürgern zur Verfügung stehen“.<sup>303</sup> Ferlings war bemüht, dass die Gebietsreform verwaltungstechnisch funktionierte, die Bürger sollten keine negativen Auswirkungen erfahren. Er zeichnete sich nicht durch ‚jammern‘, sondern durch gewissenhafte Arbeit aus. Für ihn stand die Zukunft im Vordergrund. Die Bürger sollten von der Gebietsreform schnell überzeugt werden.

Der Schloß Neuhäuser Rat verabschiedete in seiner letzten Ratssitzung noch den Auftrag für ein Gutachten, das Professor Wagener von der Universität Speyer erstellen sollte.<sup>304</sup> Es sollte prüfen, inwiefern eine Klage auf Selbstständigkeit Erfolg hatte.<sup>305</sup> Nicht zufällig

---

fehlt der Mut zur Wahrheit (17.9.1974), in: StdAPb, B/2492/117; siehe auch Bürgermeister Hunstigs Erklärung zur Gebietsreform, in: Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Gemeinde Schloß Neuhaus (17.10.1974), in: StdAPb, H Schloß Neuhaus Nr. 342. Abgeordneter Worms (CDU) erläuterte bereits am 25.9.1974 im Landtag, dass man Schloß Neuhaus zu Paderborn eingliedern wollte, vgl. hierzu Landtag Nordrhein-Westfalen, 110. Sitzung am 25.9.1974, S. 4499–4559, hier S. 4533.

298 Vgl. Landtag Nordrhein-Westfalen, 7. Wahlperiode, 112. Sitzung am 27.9.1974, in: DERS. (Hg.), 7. Wahlperiode. Plenarprotokolle, Band 6, Düsseldorf 1975, S. 4621–4640, hier S. 4631–4639; siehe auch Westfälisches Volksblatt, Am 1. Januar 1975 zwei Kreise im Hochstift (28.9.1974), in: StdAPb, B/2492/214; Westfälisches Volksblatt, Großstadt in einem „Mini-Kreis“ (28.9.1974), in: StdAPb, B/2492/219.

299 Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen, Gesetz zur Neugliederung der Gemeinden und Kreise des Neugliederungsraumes Sauerland/Paderborn (Sauerland/Paderborn-Gesetz), 28. Jahrgang, Nummer 68, Düsseldorf 19.11.1974, S. 1224–1234, hier S. 1227.

300 Vgl. ebd., S. 1228.

301 Westfälisches Volksblatt, Die schlechteste aller Lösungen (28.9.1974), in: StdAPb, B/2492/217.

302 Vgl. Westfälisches Volksblatt, Abgrenzung aller Bereiche und Aufgaben (2.10.1974), in: StdAPb, B/2492/231.

303 Westfälisches Volksblatt, Ferlings: „Die Großstadt Paderborn im neuen Großkreis nicht dramatisieren“ (ohne Datum), in: StdAPb, B/2489/192.

304 Vgl. Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Gemeinde Schloß Neuhaus (28.12.1974), S. 1, in: StdAPb, H Schloß Neuhaus Nr. 77.

305 Vgl. Neue Westfälische, Erfolg einer Verfassungsklage soll durch ein Gutachten geprüft werden (30.12.1974), in: StdAPb, B/2492/249.

suchte man sich als Anwalt Prof. Wagener aus, der – wie auch Prof. Hoppe – als ausgewiesener Kenner dieser Materie galt und diverse ‚Kläger-Kommunen‘ vertrat.<sup>306</sup>

#### IV. Paderborn nach der Gebietsreform

##### *Aufnahme der Reform in Schloß Neuhaus*

Bürgermeister a.D. Hunstig verließ Anfang des Jahres 1975 im Turmzimmer des Neuhäuser Schloßes Urkunden und Ehrenabgaben an Sportler und Vereinsvorständen, die allerdings noch das Datum „31. Dezember 1974“ trugen.<sup>307</sup> Hunstig betonte, dass die Vereine auch in Zukunft ein wichtiges Identifikationsmerkmal für den neuen Paderborner Stadtteil wären. Dabei soll jedoch Kritik seitens „verschiedener Bürger“ aufgekommen sein, dass die Neuhäuser Politiker nicht genug gegen die Reform getan hatten. Ebenfalls musste Hunstig den Marsch der Neuhäuser Delegation vom Westerntor über die Westernstraße ins Paderborner Rathaus am Neujahrsmorgen rechtfertigen.<sup>308</sup> Hunstig war der Ansicht, dass man auf Kooperation mit der Stadt Paderborn setzen musste, dies wäre für die Neuhäuser Bevölkerung und Vereine langfristig gesehen von Vorteil.<sup>309</sup> „[E]ine offizielle Vorstellung der Neuhäuser Vereine“ war Intention des Marsches.<sup>310</sup>



Große Delegation Schloß Neuhaus als Paderborner Neuhäuser am 1. Januar 1975 auf dem Weg unterwegs zum Rathaus. Vom Bürgermeister Hunstig, neben ihm Fritz Gasmüller, dahinter die jetzige stellv. Bürgermeisterin Mennicken.

Abb. 2: Westfälisches Volksblatt, Neuhaus klagte, Elsener wollten „splitternackt“ (31.12.1994), in: StdAPb, S 5/VI/3.8.

Grundsätzlich war die Verfassungsbeschwerde der Gemeinden Schloß Neuhaus und Sande kein Einzelfall in Nordrhein-Westfalen gewesen. Es gab in diesem Bundesland mehr als 100 Klagen, wobei nur fünf positiv für die Kläger ausgingen, nämlich Gladbeck/Kirchhellen, Heimbach, Meerbusch, Monheim und Wesseling.<sup>311</sup> Alle anderen „Beschwerden wurden

306 Vgl. hierzu MECKING, Sabine: Zwischen Planungseuphorie und Identitätskrise. Die kommunale Neugliederung in Nordrhein-Westfalen am Beispiel von Stadt und Landkreis Bielefeld, in: Archiv für Sozialgeschichte 46 (2006), S. 411–441, hier S. 426–431; MECKING, Sabine: „Oberzentral“ in Ostwestfalen. Die kommunale Neuordnung Bielefelds, in: BÜSCHENFELD, Jürgen/ SUNDERBRINK, Bärbel (Hg.), Bielefeld und die Welt. Prägungen und Impulse, Bielefeld 2014, S. 189–206, hier S. 198f.

307 Vgl. Neue Westfälische, Bernhard Hunstig: Es mit Paderborn im Guten verstehen suchen ... (7.1.1975), in: StdAPb, S 5/VI/3.8.

308 Siehe hierzu Abbildung 2.

309 Vgl. Neue Westfälische, Bernhard Hunstig: Es mit Paderborn im Guten verstehen suchen ..., in: StdAPb, S 5/VI/3.8.

310 Ebd., in: StdAPb, S 5/VI/3.8.

311 Vgl. MECKING, Sabine: „Gegen den Imperialismus der Großstädte“: Protest und Bürgerengagement

nach § 20 VerfGHG NW als unzulässig oder offensichtlich unbegründet durch einstimmigen Beschluß verworfen oder nach mündlicher Verhandlung [letztendlich] zurückgewiesen“.<sup>312</sup>

Die lokale Tageszeitung war der Meinung: „[D]ie Chancen stehen 99:1 gegen eine erfolgreiche Klage.“<sup>313</sup> Zudem war man sich sicher, dass das angepeilte Nebenzentrum ‚Schloß Neuhaus – Sande‘ selbst bei einer erfolgreichen Bestätigung der Klage nicht kommen würde.<sup>314</sup> Kamp begründete die Verfassungsklage wie folgt: „Wir sind es dem Bürger schuldig, auch rechtlich klären zu lassen, ob die hier gefundene Lösung als Dauerlösung richtig ist.“<sup>315</sup> Prof. Wagener reichte schließlich die Verfassungsbeschwerde im Namen der Gemeinden Schloß Neuhaus und Sande am 24. Oktober 1975 beim Verfassungsgerichtshof ein. Wagener beantragte festzustellen, „dass § 21 Abs. 1 [des] Sauerland/Paderborn Gesetz[es] verfassungswidrig ist, soweit er den Zusammenschluß der Beschwerdeführerinnen mit der Stadt Paderborn zu einer neuen Stadt Paderborn zum Inhalt hat“.<sup>316</sup> Er sah Artikel 78 der Landesverfassung verletzt, das öffentliche Wohl sei durch die Neugliederungsmaßnahme verletzt worden.<sup>317</sup>

Die lokale Tageszeitung sollte Recht behalten. Der Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen in Münster wies die Klage am 24. September 1976 als unbegründet ab.<sup>318</sup> Mit dem Gesetz hat das Land Nordrhein-Westfalen nicht in den durch Artikel 78 Landesverfassung geschützten Kernbereich der kommunalen Selbstverwaltung in verfassungswidriger Weise eingegriffen. In der Begründung führte der Verfassungsgerichtshof die gesetzgeberischen Ziele der Neugliederung an; alles Argumente, die während des Neugliederungsprozesses in den zahlreichen Veranstaltungen in Paderborn und Umgebung immer wieder diskutiert wurden. Auch das Gericht stellte auf die bessere Leistungsfähigkeit der neu zu schaffenden (Groß-) Stadt, die unstreitigen Verflechtungsbeziehungen zwischen Paderborn und Schloß Neuhaus sowie die Nachteile einer eigenständigen Gemeinde Schloß

---

gegen die kommunale Gebietsreform in Nordrhein-Westfalen, in: *Geschichte im Westen* 22 (2007), S. 201–221, hier S. 206; siehe ferner HEINRICH, Friedrich Wilhelm: Willkür und Stückwerk in der letzten Phase, in: *Städte- und Gemeinderat* 53 (1999), Heft 9, S. 10–13, hier S. 13.

312 STÜER, Bernhard: Verfassungsfragen der Gebietsreform. Die Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen, in: *Die Öffentliche Verwaltung* 31 (1978), Heft 3, S. 78–90, hier S. 78.

313 *Neue Westfälische*, *Teure Musik* (12.9.1975), in: *StdAPb*, S 5/VI/3.8.

314 Vgl. ebd., in: *StdAPb*, S 5/VI/3.8.

315 *Neue Westfälische*, *Alle waren für die Verfassungsbeschwerde* (12.9.1975), in: *StdAPb*, S 5/VI/3.8.; vgl. auch *Westfälisches Volksblatt*, *Bringt die Verfassungsbeschwerde in zwei Jahren einen neuen Kreis?* (12.9.1975), in: *StdAPb*, S 5/VI/3.8. Darüber hinaus wurde ein Ausschuss für Verwaltungs- und Gebietsreform Schloß Neuhaus und Sande gebildet. Dieser konstituierte sich am 11.2.1975. Kamp, Hunstig und Winter vertraten hierbei die Gemeinde Schloß Neuhaus. In den Sitzungen wurden die Klage vorbereitet und Formalien thematisiert. Mehr diesbezüglich vgl. *StdAPb*, H Schloß Neuhaus Nr. 77 u. Nr. 80 u. Nr. 81.

316 Verfassungsbeschwerde der Gemeinden Schloß Neuhaus und Sande an den Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen (24.10.1975), in: *StdAPb*, H Schloß Neuhaus Nr. 81.

317 Eine ausführliche Begründung der Beschwerde findet sich ebenfalls in *StdAPb*, H Schloß Neuhaus Nr. 81.

318 Vgl. Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen, *Im Namen des Volkes. Urteil. Verkündet am 24.9.1976 (VerfGH 42/75)*.

Neuhaus und Sande (ggf. mit Elsen) ab.<sup>319</sup> Diese Argumente waren ebenfalls aus bereits entschiedenen Verfassungsklagen anderer Städte bekannt. An dieser Stelle soll auf die Klage der nur ca. 30 Kilometer nördlich gelegenen Stadt Sennestadt hingewiesen werden, als sie vor der Eingemeindung in die Großstadt Bielefeld stand.<sup>320</sup> In seinem Urteil vom 2. November 1973 führte der Verfassungsgerichtshof zu der Frage nach „einer funktionalen Verflechtung“ Sennestadt-Bielefeld und einer „Beeinträchtigung der örtlichen Verbundenheit“ durch den Zusammenschluss“ gleiche Argumente an,<sup>321</sup> die auch für Schloß Neuhaus und Paderborn galten. Das Gericht wies auch im ‚Urteil Schloß Neuhaus-Sande‘ darauf hin, dass der „Verfassungsgerichtshof an die Erwägungen und Wertungen des Gesetzgebers gebunden [ist], sofern sie nicht offensichtlich fehlerhaft oder eindeutig widerlegbar sind“.<sup>322</sup>

Zur Rolle diverser Schloß Neuhäuser Vereine lässt sich festhalten, dass der Bürgerschützen-Verein Schloß Neuhaus<sup>323</sup> um das Jahr 1970 der mitgliederstärkste Verein der Gemeinde war<sup>324</sup> und somit durchaus als Sprachrohr der Bevölkerung gelten konnte.<sup>325</sup> So ergriffen die Bürgerschützen im Februar 1974 Partei und wollten sich folglich an die Spitze der örtlichen Vereine stellen.<sup>326</sup> Man wollte „Schloß Neuhäuser bleiben und nicht Paderborn werden“, hieß es.<sup>327</sup> Der Verein hatte das Ziel, sich gegen eine Gebietsreform auszusprechen, das Vorbild sollte die „Aktion Bürgerwille Wattenscheid“ sein. Die „Aktion Bürgerwille“ initiierte nämlich zu diesem Zeitpunkt vom 13. bis 26. Februar 1974 eine zweiwöchige Abstimmung über das Volksbegehren.<sup>328</sup> Landesweit „trugen sich rund 720 000 Personen (6 Prozent der Wahlberechtigten) in die Listen ein“.<sup>329</sup> Für ein erfolgreiches Volksbegehren hätten sich jedoch 20 Prozent der Wahlberechtigten eintragen müssen. Der Artikel in der lokalen Zeitung wurde relativ klein gehalten, sodass sich daraus interpretieren lässt, dass die Redaktion dieser Meldung keine große Bedeutung schenkte. Die Positionierung des Schützenvereins erfolgte in unmittelbarem Zusammenhang zum bevorstehenden Vorschlag des Innenministers zur kommunalen Neugliederung des Raumes Paderborn und war ferner eine deutliche Absage an die Vorstellungen der Stadt Paderborn bezüglich einer Neugliederung. Die Gebietsreform war insgesamt „ein bedeutender, keineswegs von allen Bürgern

319 Vgl. ebd., S. 15f.

320 Vgl. MECKING, Sabine: Senne – Sennestadt – Bielefeld: Vom städtebaulichen Prestigeprojekt zum seelenlosen Anhängsel?, in: Informationen zur modernen Stadtgeschichte 1 (2013), S. 83–91; vgl. ebenfalls MECKING, Bürgerwille und Gebietsreform, S. 76–94.

321 MECKING, Senne – Sennestadt – Bielefeld, S. 88.

322 Verfassungsgerichtshof, Urteil 42/75, S. 14.

323 Mehr zum Bürger-Schützen-Verein Schloß Neuhaus vgl. GROTHMANN, Detlef/ DREWNIOK, Michael: 100 Jahre Bürger-Schützen-Verein Schloß Neuhaus 1913 St. Henricus-Bruderschaft e.V., Schloß Neuhaus 2013.

324 Vgl. ebd., S. 65.

325 Mehr zur Rolle eines Vereins in einer Kommune vgl. ZIMMER, Annette: Vereine und lokale Politik, in: WOLLMANN, Helmut/ ROTH, Roland (Hg.), Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden, Opladen 1999, S. 247–262.

326 Vgl. Neue Westfälische, Bürgerschützen gegen Gebietsreform (13.2.1974), in: StdAPb, B/2503/52.

327 Ebd., in: StdAPb, B/2503/52.

328 Vgl. MECKING, Bürgerwille und Gebietsreform, S. 197–202.

329 Ebd., S. 197.

freudig begrüßter Schritt“.<sup>330</sup> Hingegen verstanden sich der Bürger-Schützen-Verein Schloß Neuhaus und seine Kompanien als „Wahrer alter Schloß Neuhäuser Traditionen“: „Bürgermeister und Leutnant Bernhard Hunstig appellierte nochmal an alle Schützen angesichts der Eingliederung der Gemeinde Schloß Neuhaus in der Großstadt Paderborn, der alten Residenz treu zu bleiben, weiterhin altes Brauchtum zu pflegen und Eigenständigkeit im Vereinsleben zu bewahren.“<sup>331</sup> Dies verkündete Hunstig am 28. Dezember 1974.<sup>332</sup>

Beim Schloß Neuhäuser Schützenfest des Jahres 1974 „erfolgte der legendäre Auftritt der ‚Alten Germanen‘“. Aus den Reihen der ‚Schloß-Kompanie‘ verkleideten sich Schützen des Zuges II als Germanen und kamen „von beiden Ufern des Rheins“, um den anwesenden Gästen in Schloß Neuhaus die persönliche Meinung zur Gebietsreform öffentlich zu äußern. Die „Alten Germanen“ vollzogen mit ihrer Ansicht „Wir bleiben Schloß Neuhaus, Statt Paderborn“ ein bewusstes Wortspiel.<sup>333</sup> Diese Aktion einiger Mitglieder der ‚Schloß-Kompanie‘ hatte jedoch keineswegs die gleiche öffentliche Wirkung wie die Aktion des Wattenscheider Schützen- und Spielmannszugs: Bei einem Festumzug präsentierte dieser auf öffentlicher Straße ein Transparent „Hände weg von Wattenscheid“. Kämpft für bürgernahe Selbstverwaltung“ und dokumentierte somit „seine Verbundenheit mit der Stadt“.<sup>334</sup>



Abb. 3: Privatbesitz Alfred Winter, Bochum-Wattenscheid.

Als im Januar 1973 schließlich der Bochumer Stadtrat einer Eingemeindung Wattenscheids positiv gegenüberstand, versammelten sich vier Monate später ca. 4.500 Bürger, um öffentlichkeitswirksam mittels eines Demonstrationmarsches<sup>335</sup> gegen den drohenden Selbstständigkeitsverlust Wattenscheids zu protestieren.<sup>336</sup>

330 GROTHMANN/ DREWNIK, 100 Jahre Bürger-Schützen-Verein, S. 124.

331 Ebd., S. 124.

332 Vgl. BLOME, Anton/ PAVLICIC, Michael: 75 Jahre Bürgerschützenverein Schloß Neuhaus 1913 St.-Henricus-Bruderschaft e.V., Paderborn 1987, S. 139.

333 Vgl. GROTHMANN/ DREWNIK, 100 Jahre Bürger-Schützen-Verein, S. 158.

334 MECKING, Bürgerwille und Gebietsreform, S. 136.

335 Demonstrationmärsche lagen in der Zeit von 1965-1979 noch auf Platz 2 der am häufigsten gewählten Aktionstypen des Protests in der Bundesrepublik (West). Sie etablierten sich erst in den 1980er Jahren an der Spitze der Protestaktivitäten. Gängiger waren in den 1970er Jahren Unterschriftenaktionen, vgl. hierzu NEIDHARDT, Friedhelm/ RUCHT, Dieter: Protestgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1950-1994: Ereignisse, Themen, Akteure, in: RUCHT, Dieter (Hg.), Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen, Frankfurt/ New York 2001, S. 27-70, hier S. 54f.

336 Vgl. MECKING, Bürgerwille und Gebietsreform, S. 148ff.; siehe hierzu ebenfalls Abbildung 3. Ich

Der öffentliche Protest seitens der Schloß Neuhäuser hielt sich in Grenzen, vielmehr wurde Hunstigs oben genannter Appell umgesetzt: Bürgermeister Schwiete erhielt nämlich zum Auftakt des Schützenfestes in Schloß Neuhaus im Juni 1977 eine „Schützen-Bürgermeister-Kette“.<sup>337</sup> Mit dieser kleinen Geste versprachen sich die Stadtteile sicherlich, ihre Identität weitgehend erhalten zu können. Diese Kette enthält die Wappen aller neun Paderborner Stadtteile, die aus 200 Jahre alter Eiche geschnitzt worden sind. Die „Schützen-Bürgermeister-Kette“ wurde jedoch nicht vom Schloß Neuhäuser Oberst Heinz Kemper, sondern von Diözesanbrudermeister Dr. Karl Auffenberg überreicht. Dieser sprach von einer „sinnvolle[n] Auszeichnung, die zugleich Ausdruck der Verbundenheit der Schützen mit dem Stadtoberhaupt sein soll“.<sup>338</sup> Oberst Kemper bat Bürgermeister Schwiete, die Kette immer zu tragen, wenn er in die Stadtteile ging. Schwiete war sehr überrascht bezüglich der Auszeichnung, er sagte, dass „[d]iese Ehrung [...] eine Verpflichtung sein [soll], an alle Stadtteile zu denken“.<sup>339</sup> Schwiete dankte den Schloß Neuhäuser Schützen für ihre Arbeit; die Aufgaben der Schützen würden über das Biertrinken und das Feiern hinausgehen.<sup>340</sup> Der Paderborner Bürgermeister dachte vielmehr an eine „Pflege der Nachbarschaft, Erhalt der Bräuche in den Stadtteilen und Förderung des Eigenlebens“.<sup>341</sup>

Schwiete lobte den Schützenverein Schloß Neuhaus zum 75-jährigen Jubiläum im Juni des Jahres 1988 und blickte auf seine traditionsreiche Geschichte zurück. Bezüglich der kommunalen Gebietsreform und der damit verbundenen Identität der Schloß Neuhäuser Bevölkerung äußerte er sich ebenfalls; er betonte, dass er in den letzten 14 Jahren am Schützenfest sehr gerne teilgenommen hatte.<sup>342</sup> Schwiete war der Ansicht, dass der „Anschluss an Paderborn [...] dem Schützenfest keinen Abbruch getan [hat]: Ja, noch wichtiger als in der selbstständigen Gemeinde ist heute der Schützenverein mit all seinen Aktivitäten“.<sup>343</sup> Aus Schwietes Redemanuskript lässt sich so interpretieren, dass er glaubte, dass die Schloß Neuhäuser Bevölkerung 13 Jahre nach der kommunalen Gebietsreform diese durchaus bereitwillig akzeptiert hat. Etwaige Differenzen zwischen der Kernstadt Paderborn und dem Stadtteil sprach er nicht an, im Gegenteil: Die Gemeinde Schloß Neuhaus und seit 1975 die Stadt Paderborn standen „in langen und schwierigen Verhandlungen“<sup>344</sup> mit der NAAFI<sup>345</sup>.

bedanke mich hiermit herzlichst bei Herrn Alfred Winter, der mir das Foto für den Beitrag in der vorliegenden Zeitschrift zur Verfügung gestellt hat.

337 Vgl. StdAPb, S1/46/52.

338 Westfälisches Volksblatt, Die Schützen stiften eine zweite Amtskette. Der Diözesanbrudermeister überreichte die Auszeichnung (6.6.1977), in: StdAPb, S1/46/52.

339 Neue Westfälische, Empfang im Spiegelsaal (6.6.1977), in: StdAPb, S1/46/52.

340 Vgl. Westfälisches Volksblatt, Die Schützen stiften eine zweite Amtskette, in: StdAPb, S1/46/52.

341 Ebd., in: StdAPb, S1/46/52.

342 Vgl. Redemanuskript zu 75jähriges Jubiläum Schützenverein Schloß Neuhaus (1988), S. 3, in: StdAPb, S1/46/7; vgl. ebenfalls den dazugehörigen Pressebericht, Westfälisches Volksblatt, Die alte Residenz als Hochburg des Schützenwesens (6.6.1988), in: StdAPb, S 5/X/7.9.

343 Redemanuskript zu 75jähriges Jubiläum, S. 3, in: StdAPb, S1/46/7.

344 Ebd., S. 4, in: StdAPb, S1/46/7.

345 Abkürzung NAAFI: „Navy, Army and Air Force Institutes“. „Our aim is to provide 'convenience' and a 'taste of home' wherever the British Forces are serving overseas; bringing British goods, services & facilities to places where they are very much appreciated.“, in: NAAFI, [www.naafi.co.uk/a-taste-of-](http://www.naafi.co.uk/a-taste-of-)

Es ist der Stadt Paderborn im Jahre 1985 gelungen, dass die NAAFI die Gebäude im Schloßpark räumte, sodass sich der „Verein Bürgerhaus unter [...] wesentlicher Mitwirkung der Schützen“ dort konstituieren konnte.<sup>346</sup> Schwiete wollte mit diesem Beispiel sicherlich betonen, wie sehr sich die Stadt Paderborn um ihren Stadtteil Schloß Neuhaus kümmerte. Das Bataillon bestätigte in seiner Festschrift zum 75-jährigen Jubiläum, dass die Stadt Paderborn „bemüht [war], das Eigenleben der Ortsteile zu fördern“.<sup>347</sup> Durch Schwietes und Ferlings‘ geschickte Arbeit gingen beide auf die Stadtteile zu und förderten diese.

#### *Aufnahme der Reform in der Kernstadt*

In der Beiratssitzung am 9. Januar 1975 bemängelte der ehemalige Bürgermeister von Schloß Neuhaus, Hunstig, dass teilweise die Ortsschilder schon vor dem 1. Januar 1975 ausgetauscht wurden.<sup>348</sup> Ebenfalls missbilligte er die neuen Namen auf den Ortsschildern. Für ihn stand fest, dass „[e]ine Benennung der neuen Ortsteile unter Voranstellung der Namen der bisher selbstständigen Gemeinden [...] die bessere Lösung“ war.<sup>349</sup> Stadtdirektor Ferlings signalisierte sein Entgegenkommen und verwies auf die bereits positiv praktizierte Handhabe im Stadtteil Marienloh.<sup>350</sup>

Die erste Ratssitzung nach den Kommunalwahlen und vor allem nach der kommunalen Gebietsreform fand am 15. Mai 1975 im Paderborner Rathaus statt.<sup>351</sup> Schwiete wurde bei 56 abgegebenen gültigen Stimmen mit 53 Ja-Stimmen und drei Enthaltungen zum Bürgermeister gewählt.<sup>352</sup> Hunstig wurde von 57 abgegebenen gültigen Stimmen mit 54 Ja-Stimmen, einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen zum ersten stellvertretenden Bürgermeister gewählt.<sup>353</sup> Dies ist bemerkenswert, da er zuvor schließlich seit 1956 Bürgermeister von Schloß Neuhaus gewesen ist und nun bereitwillig stellvertretender Bürgermeister von Paderborn wurde. Hunstig selbst „wertete es als gutes Zeichen für die künftige Zusammenarbeit, dass mit ihm der erste stellvertretende Paderborner Bürgermeister aus dem Umland gewählt worden sei“.<sup>354</sup>

Eine ähnlich vergleichbar positive Reaktion lässt sich auch in Bielefeld beobachten, als dort der ehemalige stellvertretende Bürgermeister der ehemaligen selbstständigen Stadt

home (03.10.2016).

346 Vgl. Redemanuskript zu 75jähriges Jubiläum, S. 4, in: StdAPb, S1/46/7.

347 BLOME/ PAVLICIC, 75 Jahre Bürgerschützenverein, S. 19.

348 Vgl. Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Beirats beim Beauftragten für die Wahrnehmung der Aufgaben des Rates der Stadt Paderborn vom 9. Januar 1975, in: StdAPb, B/2487/18. Zum Problem des Städtenamens allgemein vgl. MECKING, Sabine: Mehr als Schall und Rauch. Stadtnamen, städtische Symbole und kommunale Gebietsreformen in Westdeutschland, in: FEJTOVÁ, Sestavili Olga/ LEDVINKA, Václav/ PEŠEK, Jiří (Hg.), Evropská velkoměsta mezi koncem války světové a války studené (1945–1989), Praha 2011, S. 335–357, insb. S. 339–351.

349 Auszug aus der Niederschrift vom 9. Januar 1975, in: StdAPb, B/2487/18.

350 Vgl. ebd., in: StdAPb, B/2487/18.

351 Vgl. Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 15.5.1975, S. 1–11, in: StdAPb, C 12.

352 Vgl. ebd., S. 3, in: StdAPb, C 12.

353 Vgl. ebd., S. 4, in: StdAPb, C 12.

354 Westfalen Blatt, CDU-Blumen für die Bürgermeister (Datum unbekannt), in: StdAPb, S1/46/29.

Sennestadt, Schmidt, glaubte, „als neues Ratsmitglied der Stadt Bielefeld ‚gegen die Interessen der Stadt Bielefeld und damit gegen das abgelegte Gelöbnis [zu] verstoßen‘, wenn er für die Rückgemeindung von Sennestadt einträte“.<sup>355</sup>

Schwiete wies in seiner Rede auf die großen Herausforderungen hin, und bat darum, dass „Meinungsverschiedenheiten [...] sachlich aus[ge]tragen, dabei Schärfen und vor allem persönliche Angriffe [...] [vermieden]“ werden sollten.<sup>356</sup> Auch die lokale Tageszeitung berichtete von keinen ‚turbulenten Aktionen‘ im Umfeld der Paderborner Ratssitzung,<sup>357</sup> die Ratsmitglieder schienen die kommunale Gebietsreform sehr frühzeitig akzeptiert zu haben. SPD-Ratsherr Werner Pötting aus Schloß Neuhaus musste sich jedoch an die neue Umgebung erst gewöhnen: So wurde er darauf hingewiesen, „dass im Paderborner Rathaus während der öffentlichen Ratssitzung nicht geraucht werden darf: Er drückte die Zigarette auf Hinweis eines Kollegen schnell aus“.<sup>358</sup>

Schwiete und Ferlings lobten in ihrem Grußwort am 25. Februar 1977 zum Paderborner Jubiläumsjahr die neuen Möglichkeiten, die eine Stadt Paderborn als Oberzentrum nun bieten konnte. Sie sahen das Jubiläum nicht als „erforderliche Pflichtübung oder lediglich als eine Möglichkeit eitler Selbstdarstellung“,<sup>359</sup> sondern erhofften sich vielmehr, dass sich die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt stärker identifizieren werden. Schwiete und Ferlings waren sich relativ sicher, dass die kommunale Neugliederung in Paderborn von der Mehrheit der Bürger bereits akzeptiert worden ist: „Die Verbundenheit innerhalb der Stadt findet schon ihren Ausdruck in den Beiträgen jener Stadtteile, die vor wenigen Jahren noch selbstständige Gemeinden waren und heute gemeinsam mit der Kernstadt den Weg in eine gute Zukunft suchen.“<sup>360</sup> Beide verbreiteten eine positive Grundstimmung, die sich auf die Bürger übertragen sollte.

Die konstituierende Ratssitzung des neuen Stadtrates der Stadt Paderborn nach den Kommunalwahlen 1979 fand am 18. Oktober 1979 im Paderborner Rathaus statt. Alterspräsident Dirksmeyer, der vor der kommunalen Neugliederung Bürgermeister von Sande gewesen ist, eröffnete die Sitzung und lobte in seiner Einführung die Arbeit Herbert Schwietes: „Sie haben mit beispielhaftem, bis an die Grenzen des zumutbaren und darüber hinausgehenden Engagement für die Entwicklung der neuen, größeren Stadt Paderborn, in den ersten schwierigen Jahren nach der Gebietsreform, Ihr Bestes gegeben – oft ohne Rücksicht auf Ihre Gesundheit und sicherlich oft zu Lasten Ihres Familienlebens.“<sup>361</sup> Besonders

355 MECKING, Senne – Sennestadt – Bielefeld, S. 89; siehe ebenfalls MECKING, Bürgerwille und Gebietsreform, S. 198. Konträr hierzu erwies sich jedoch der ehemalige Bürgermeister Sennestadts, Hans Vogt, auch noch Jahre später als Kritiker der Gebietsreform, vgl. hierzu MECKING, „Oberzentral“ in Ostwestfalen, S. 202.

356 Vgl. Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 15.5.1975, S. 5–7, in: StdAPb, C 12.

357 So wurde in der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 15.5.1975 ebenfalls nichts vermerkt.

358 Westfalen Blatt, CDU-Blumen, in: StdAPb, S1/46/29.

359 Grußwort für Westfälisches Volksblatt und Neue Westfälische, Von Herbert Schwiete und Wilhelm Ferlings (25.2.1977), S. 1, in: StdAPb, S1/46/5.

360 Ebd., S. 2, in: StdAPb, S1/46/5.

361 Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 18.10.1979, S. 3, in: StdAPb, S1/46/5.



bemerkenswert ist jedoch, dass Dirksmeyer Schwiete Engagement bezüglich der Entwicklung und Achtung der Paderborner Stadtteile zusprach. Dirksmeyer ging davon aus, dass mit seinen Ausführungen „sicherlich auch die Ratsmitglieder aus den übrigen angeschlossenen Gemeinden einverstanden“ waren.<sup>362</sup> Es ist davon auszugehen, dass Dirksmeyer Recht haben sollte, denn in dem Tagesordnungspunkt gab es keine weiteren Wortbeiträge seitens der Ratsmitglieder – somit sprach Dirksmeyer auch für den Stadtteil Schloß Neuhaus. Er betonte, dass sich Schwiete „stets ehrlich für den neuen Stadtteile eingesetzt“ hatte, „weiteres Eigenleben und Stadtteilbewusstsein zubilligte [...], persönlich viele Kontakte pflegte [...], und alles tat [...], um zu verhindern, dass bei den Bürgern in diesen Bereichen ein ‚Randgebietsbewusstsein‘ entstehen oder gar berechtigt sein könnte“.<sup>363</sup> Dirksmeyer resümierte, dass der „Integrationsprozess“ – hierbei meinte er die Integration der Stadtteile zur Großstadt Paderborn – „ohne große Querelen“ dank der Arbeit von Bürgermeister Schwiete verlaufen konnte.<sup>364</sup> Der ehemalige Bürgermeister von Sande hoffte, dass Schwiete diese Arbeit weiter fortsetzen konnte.<sup>365</sup> Die Eröffnungsrede zum zweiten neugewählten Rat der Stadt Paderborn nach der kommunalen Neugliederung macht zweierlei deutlich: Schwietes Geschick und Bemühungen waren erfolgreich, die Paderborner Stadtteile mit dem Stadtkern zu verbinden, ein „Randgebietsbewusstsein“ entstand laut Dirksmeyer nicht. Es ist bemerkenswert, dass diese Worte von einem ehemaligen Bürgermeister stammten, dessen Gemeinde noch vor drei Jahren gegen die kommunale Gebietsreform klagte. Hunstig wurde in dieser Sitzung zum dritten stellvertretenden Bürgermeister gewählt, der Stadtteil Schloß Neuhaus erhielt auch weiterhin eine Stimme in der neuen Großstadt Paderborn.<sup>366</sup>

#### *Paderborn und Schloß Neuhaus im Vergleich*

Es gibt diverse Gründe, warum die beiden Kommunen im Endeffekt über viele Jahrzehnte hinweg relativ konfliktfrei zusammenwachsen konnten: Paderborn und Schloß Neuhaus waren sich seit Jahrzehnten sehr ähnlich.

Die Paderborner Bürger, besonders die aus Schloß Neuhaus, konnten sich darauf einstellen, dass die Stadtteile in ihrer politischen Struktur überwiegend ähnlich wählten, sodass Kernstadt und Stadtteile in ihrer politischen Ausrichtung gleich dachten.<sup>367</sup> So ist es nicht verwunderlich, dass die Protagonisten in der Sitzung vor dem „Eventual-Gebietsänderungsvertrag“ aufeinander zuzingen und die Stadtteile die Reform letztendlich akzeptierten. Politische Differenzen oder Streitigkeiten aufgrund unterschiedlicher Mehrheiten in den

362 Ebd., S. 3, in: StdAPb, S1/46/5.

363 Ebd., S. 3, in: StdAPb, S1/46/5.

364 Ebd., S. 3, in: StdAPb, S1/46/5.

365 Vgl. ebd., S. 3–4, in: StdAPb, S1/46/5.

366 Vgl. ebd., S. 5, in: StdAPb, S1/46/5.

367 Vgl. bspw. hierzu die Wahlergebnisse der CDU und SPD von 1964 und 1979, in Stadtverwaltung Paderborn, Jahrbuch der Stadt Paderborn 1963-1967, Paderborn 1969, S. 22; Amt Schloß Neuhaus, Verwaltungsbericht der Amtsverwaltung Schloß Neuhaus 1963, 1964, 1965, Schloß Neuhaus 1966, S. 6; und Stadtverwaltung Paderborn, Statistisches Jahrbuch der Stadt Paderborn 1979-1981, Paderborn 1983, S. 39.

Stadtteilen traten deshalb nie auf. Die CDU zog im Paderborner Rathaus aufgrund ihrer absoluten Mehrheit seit Jahrzehnten an einem Strang.<sup>368</sup> Ähnliche Parallelen zeigten sich in der Zugehörigkeit der Bürger des Stadtteils Schloß Neuhaus und der Kernstadt zu den Konfessionen.<sup>369</sup>

In den Fußballvereinen gab es mehrere Fusionen, sodass es zu großen und emotionalen Duellen zwischen Kernstadt Paderborn und Stadtteil Schloß Neuhaus nicht kommen konnte. Im Gegensatz zu bspw. Wattenscheid und Bochum,<sup>370</sup> fusionierte der TuS Schloß Neuhaus und der FC Paderborn nur zehn Jahre nach der kommunalen Gebietsreform zum TuS Paderborn/Neuhaus; im Jahre 1997 sollte die Umbenennung zum SC Paderborn 07 erfolgen.<sup>371</sup> Es konnten somit keine Rivalitäten entstehen.

Auch konnte im Gegensatz zur Stadt Wattenscheid bei den Schloß Neuhäusern keine starken Proteste entstehen. Dies lässt sich an dem Beispiel des Autokennzeichens festmachen: Den Wattenscheidern wurde das Kennzeichen „WAT“ als Folge der kommunalen Gebietsreform entzogen. Die Wattenscheider mussten ab dem Jahre 1975 mit dem unliebsamen „BO“ fahren. Kurz nach dem Inkrafttreten des Gesetzes wurden „15000 WAT-Kfz-Aufkleber“ entworfen, welche ein Teil der Wattenscheider Bevölkerung an ihre Fahrzeuge klebten.<sup>372</sup> So entwickelte sich dementsprechend im Laufe der Jahrzehnte eine breite Protestwelle: Das für jeden täglich sichtbare Kennzeichen „BO“ entwickelte bei dem ein oder anderen Wattenscheider sicherlich Zorn. Der Protest war groß und hatte letztendlich Erfolg: Im November des Jahres 2012 wurde das Kennzeichen „WAT“ wieder zugelassen.<sup>373</sup> Während im Monat der Einführung der Anteil aller mit „WAT“ zugelassenen Kraftfahrzeuge in Bochum 0,67 Prozent betrug, stieg dieser Satz bis Ende Mai 2016 kontinuierlich auf 5,06 Prozent an.<sup>374</sup> In Paderborn konnte sich Vergleichbares nicht entwickeln, da die Schloß Neuhäuser auch schon vor der kommunalen Gebietsreform mit dem Kennzeichen „PB“ fahren durften bzw. mussten.

## V. Schluss

Innenminister Weyer gab den Kommunen im Raum Paderborn im Zuge seines Neugliederungsvorschlages für den Raum Sauerland/Paderborn eine Anhörungsfrist von knapp sieben Wochen. Dies war aufgrund der Bedeutung des Gesetzes ein sehr knapp bemessener

368 Hinweis: Seit 2009 regiert eine Mehrheit aus CDU und FDP im Paderborner Rathaus.

369 Vgl. bspw. hierzu Stadtverwaltung Paderborn, Statistisches Jahrbuch der Stadt Paderborn 1990, Paderborn 1991, S. 22.

370 Vgl. MECKING, Bürgerwille und Gebietsreform, S. 302f.; und MECKING, Mehr als Schall und Rauch, S. 352.

371 Vgl. SC Paderborn 07, Verein. Chronik, [www.scpaderborn07.de/4-Sport-Club/431-Verein/649-Gremien/26-Pr%E4sidium.html](http://www.scpaderborn07.de/4-Sport-Club/431-Verein/649-Gremien/26-Pr%E4sidium.html) (24.6.2014).

372 Vgl. MECKING, Bürgerwille und Gebietsreform, S. 324–327.

373 ARENDT, Nathalie: WAT-Kennzeichen feiert erfolgreiche Rückkehr. Andrang im Bürgerbüro, in: Ruhr-Nachrichten.de (14.11.2012), [www.ruhrnachrichten.de/staedte/bochum/WAT-Kennzeichen-feiert-erfolgreiche-Rueckkehr;art932,1824517](http://www.ruhrnachrichten.de/staedte/bochum/WAT-Kennzeichen-feiert-erfolgreiche-Rueckkehr;art932,1824517) (24.6.2014).

374 Schriftliche Mitteilung der Stadt Bochum, Büro für Angelegenheiten des Rates und des Oberbürgermeisters, Fachbereich Statistik und Stadtforschung (Andrea Jakubus), 08. u. 09.06.2016.

Zeitraum. Dennoch muss man der Landesregierung zu Gute halten, dass die ‚Köstering-Kommission‘ im Jahre 1973 den Raum Paderborn bereiste und Vertreter der Kommunen anhörte. Jedoch bleibt der Eindruck bestehen, dass Düsseldorf bereits klare Vorgaben entwickelt hatte; so deutete Köstering bereits in der Paderhalle an, dass Elsen auf jeden Fall nach Paderborn eingegliedert werden sollte. Auch der „Eventual-Gebietsänderungsvertrag“ zwischen Paderborn und Schloß Neuhaus wurde im Landtag von Innenminister Weyer nicht als Eventualität, sondern als sofort gültiger Gebietsänderungsvertrag angesehen. Als geschickt erwies sich auch die Aufteilung des gesamten Reformprozesses in acht verschiedene Neugliederungsgesetzesvorlagen; weil die Abgeordneten deshalb nicht immer unmittelbar betroffen waren, konnten sie ohne Rücksicht auf die Lokalpolitik zustimmen.<sup>375</sup> Nichtsdestotrotz wird die akribische Arbeit der Landesregierung im Zuge des Neugliederungsvorschlages deutlich. Es wurde sehr detailliert dargestellt, warum man den Vorschlag des Innenministers zur kommunalen Neugliederung in der vorliegenden Version ausgearbeitet hatte. Dieser sollte letztendlich auch vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster Bestand halten.

Die zu Beginn der Arbeit entwickelte zweite Hypothese muss ein wenig relativiert werden, da sich herausgestellt hat, dass der Vorgänger Ferlings‘, nämlich Stadtdirektor Sasse, einen Anteil auf dem Weg Paderborns zur Großstadt hatte. In Sasses Amtszeit wurden bereits Gebietsänderungsverträge mit den Gemeinden Wewer und Marienloh geschlossen. Auch einen Zusammenschluss Elsens an Paderborn hatte Sasse bereits im Oktober 1968 initiiert, wobei dieser Vertrag letztendlich durch Ferlings‘ persönliche Beziehungen – er ist gebürtiger Elsener – im Wesentlichen zustande gekommen ist: Durch den Gebietsänderungsvertrag zwischen Paderborn und Elsen von 1971 wurde das Amt Schloß Neuhaus ‚aufgebrochen‘. Schloß Neuhaus und Sande standen im Zuge der Diskussion um ein von diesen gewünschtes Mittelzentrum ‚Schloß Neuhaus – Sande – Elsen‘ und der Großstadt Paderborn ab sofort ‚auf verlorenen Posten‘. Der Vorschlag zur kommunalen Neugliederung der Stadt Paderborn wurde im März 1973 veröffentlicht und stand damit in unmittelbarer Nähe zum Bereisungstermin der ‚Köstering-Kommission‘ im Raum Paderborn. Der Vorschlag der Stadt Paderborn wurde gewissenhaft ausgearbeitet und orientierte sich sehr deutlich an den Vorschlägen der Landesentwicklungsprogramme des Landes Nordrhein-Westfalen. Ferlings handelte dementsprechend im Sinne der Landesregierung. Die Stadt Paderborn *agizierte* im Raum Paderborn mit dieser Broschüre, die anderen Kommunen *reagierten*. Einen großen Anteil daran, dass der Neugliederungsvorschlag der Stadt Paderborn folglich ein Jahr später in großen Teilen vom Innenminister bestätigt werden sollte, hatte auch die Reise der ‚Köstering-Kommission‘ im April 1973, die von Ferlings nicht nur begleitet, sondern auch vorbereitet worden ist. Ferlings und Schwiete setzten sich im Vorfeld der kommunalen Gebietsreform für Bürgerversammlungen ein und zeichneten sich durch einen Dialog mit dem Bürger aus. In einer CDU-Runde einigten sie sich schließlich im Jahre 1974 mit Vertretern von Schloß Neuhaus auf einen „Eventual-Gebietsänderungsvertrag“. Schwiete,

375 Vgl. MECKING, Bürgerwille und Gebietsreform, S. 426.

Ferlings und auch Sasse ebneten den Weg Paderborns zur Großstadt; die Fraktionen im Rat der Stadt Paderborn stimmten den Vorschlägen der Verwaltung einstimmig zu.

Während der Analyse hat sich die dritte Hypothese bestätigen können, da mit dem „Eventual-Gebietsänderungsvertrag“ im August 1974 zwischen Schloß Neuhaus und Paderborn die Vernunft vor der Emotion siegte. Mit der sich anschließenden Klage vor dem Verfassungsgerichtshof, so Kamp, war man den Bürgern nur schuldig, rechtlich zu klären, ob die Lösung eine Lösung auf Dauer war. Auch wurde keine Bürgerinitiative gegen den Zusammenschluss nach Paderborn oder für einen Erhalt der Selbstständigkeit Schloß Neuhaus‘ gegründet.<sup>376</sup> So äußerten sich einige mittelständische Unternehmen in Schreiben an die Verwaltung Schloß Neuhaus zur Neugliederung; sie befürchteten eine „Existenzgefahr“. Dass der ehemalige Bürgermeister Schloß Neuhaus‘ Bernhard Hunstig zusammen mit einer Delegation am Neujahrstag des Jahres 1975 durch die Westernstraße zum Paderborner Rathaus zog, wurde von Teilen der Schloß Neuhäuser Bevölkerung nur verärgert aufgenommen. Dies hätte es beispielsweise in Wattenscheid nicht gegeben, wo sich sogar Ende des Jahres 1974 eine „Unabhängige Wählergemeinschaft“ gründete, die auch zwanzig Jahre nach der kommunalen Gebietsreform „als ihr erstes Ziel die Aus- bzw. Rückgemeinschaft Wattenscheids“ nannte.<sup>377</sup>

Ob die kommunale Gebietsreform in Paderborn ohne Widerstände vollzogen werden konnte, muss differenziert betrachtet werden: Anfänglich gab es Widerstände in den Gemeinden Schloß Neuhaus, Elsen und Sande. Man war sich in diesen selbstständigen Gemeinden des Amtes Schloß Neuhaus im Jahre 1966 einig, dass man keinen Anschluss an Paderborn haben wollte. Stadtdirektor Ferlings, als gebürtiger Elsener, nutzte jedoch seine persönlichen Beziehungen zur Gemeinde Elsen und konnte sie zu einem Gebietsänderungsvertrag im März 1971 bewegen. Die Gemeinde Schloß Neuhaus blieb auch aufgrund ihrer besonderen Historie und der damit verbundenen ausgeprägten Identität ihrer Haltung treu und wehrte sich gegen einen Zusammenschluss mit Paderborn; die ablehnende Haltung wurde durch entsprechende Ratsbeschlüsse untermauert. Den Schloß Neuhäusern ist aber auch immer wieder deutlich vor Augen geführt worden, dass das Land Nordrhein-Westfalen eine Selbstständigkeit Schloß Neuhaus‘ wohl nicht in Erwägung ziehen wird. Belege dazu waren unter anderem die ‚Köstering-Kommission‘, aber auch das geschickte Verhalten der Landesregierung bei der parlamentarischen Einbringung und Beratung der insgesamt acht Neugliederungsgesetze gewesen. Als dann Mitte des Jahres 1974 deutliche Signale aus dem Landtag kamen, dass eine Selbstständigkeit Schloß Neuhaus‘ kein Thema mehr war, einigten sich führende CDU-Vertreter aus Paderborn und Schloß Neuhaus auf einen „Eventual-Gebietsänderungsvertrag“, um notwendige Maßnahmen zum Wohle der Schloß Neuhäuser Bevölkerung im Vorfeld der Reform zu treffen. Einsicht stand letztendlich vor Emotionalität. Positive Beispiele einer vertraglichen Gebietsänderung gab es im Paderborner Raum genug; daran orientierten sich letztendlich die handelnden Personen.

376 Vgl. ebenfalls das Zeitzeugeninterview des Verfassers mit Stadtdirektor a.D. Wilhelm Ferlings (7.7.2014), S. [95f].

377 Vgl. MECKING, Bürgerwille und Gebietsreform, S. 282–286, hier S. 284.

Somit konnte die Gebietsreform trotz der anfänglichen deutlichen Proteste aus Schloß Neuhaus letztendlich ohne Widerstände durchgeführt werden. In diesem Sinne erfolgte auch die Interpretation aus dem Innenministerium in Düsseldorf. Aber die letztendlich widerstandslose Gebietsreform war auch dem Geschick von Ferlings und Schwiete – zum Teil auch Sasse – zu verdanken. Schwiete und Ferlings handelten äußerst diplomatisch und setzten auf einen Dialog mit den (zukünftigen) Stadtteilen – vor allem auch nach der kommunalen Gebietsreform.

Die kommunale Gebietsreform konnte auch deshalb relativ widerstandslos verlaufen, da in der Regel die „Verwaltung als ‚lokaler Motor‘ der Neugliederung“ fungierte.<sup>378</sup> Dies sollte der Neugliederungsvorschlag der Stadt Paderborn im März 1973 zeigen.

Die Politik führte zwar ‚interne Gespräche‘, die „Arbeit“ machte jedoch die Verwaltung und war auch für die „öffentlichen Auftritte“ zuständig.<sup>379</sup> Für die Paderborner Kommunalpolitiker war es in erster Linie wichtig, dass man sich auch nach der kommunalen Gebietsreform noch in die Augen schauen konnte, da man aufgrund des von Düsseldorf vorgegebenen Zusammenschlusses schließlich in der Zukunft zusammenarbeiten musste.<sup>380</sup>

Aufgrund ähnlicher Strukturen bezüglich Konfession und Politik zwischen der Kernstadt Paderborn und dem Stadtteil Schloß Neuhaus verwundert es auch nicht, dass der Protest der Schloß Neuhäuser Bevölkerung nicht stark ausgeprägt war.

Die Protagonisten aus Schloß Neuhaus fanden sich trotz der Klage vor dem Verfassungsgerichtshof schon im Vorfeld mit der kommunalen Gebietsreform ab. Die Verfassungsbeschwerde darf ohnehin nicht überinterpretiert werden; sie wurde bereits Ende 1974 beschlossen und diente nur dem Ziel, festzustellen, ob die kommunale Neugliederung rechtlich korrekt ablief. Zur Realität gehörte außerdem, dass bereits im Jahre 1970 Planungen mit der Kernstadt Paderborn fokussiert wurden. Den Kritikern der Gebietsreform in Schloß Neuhaus kann man positiv anrechnen, dass sie, zumindest im Gegensatz zu vielen Teilen Nordrhein-Westfalens, zukunftsorientiert und nicht ausschließlich bezogen auf ihren eigenen Ort argumentiert und gedacht haben.<sup>381</sup>

Ein Widerstand blieb auch nach der kommunalen Neugliederung aus. Um den Stadtteilen auch ein politisches Gewicht zu geben, einigte man sich darauf, dass der ehemalige Bürgermeister Schloß Neuhaus‘, Hunstig, 1975 erster stellvertretender Bürgermeister der neuen Großstadt Paderborn wurde.

Der Marsch Schloß Neuhäuser Bürger mit Hunstig am Neujahrstag 1975 durch die Westernstraße beweist auch, dass die Gebietsreform schon sehr frühzeitig akzeptiert worden ist. Auch der Schloß Neuhäuser Schützenverein, als größter Verein in Schloß Neuhaus und damit als gewisses Sprachrohr der Gemeinde, war mit der Gebietsreform ausgesprochen schnell einverstanden, wie die Verleihung der „Schützen-Bürgermeister-Kette“ im Jahre 1977 verdeutlicht.

378 Vgl. DICKE, Reform und Protest, S. 411f. u. S. 417f.

379 Zeitzeugeninterview des Verfassers mit Stadtdirektor a.D. Wilhelm Ferlings (7.7.2014), S. [92f].

380 Vgl. ebd., S. [92f].

381 Vgl. MECKING, Bürgerwille und Gebietsreform, S. 458f.

Von früheren Kritikern der Gebietsreform wurde Schwiete öffentlich gelobt, weil er sich immer wieder für die Stadtteile eingesetzt hat. Dies war dann auch in der Folgezeit der Garant für das Gelingen, das heißt für die Akzeptanz der Gebietsreform in den Stadtteilen.

In der Rückschau stellen zum Beispiel Heggen/ Rothenberg fest, dass „[d]ie Stadtteile [...] ihre Identität weitgehend [haben] erhalten können“ und „dass wir zwar unsere politische Eigenständigkeit 1975 verloren haben, durch eine bessere öffentliche Infrastruktur als Bürger aber auch gewonnen haben“.<sup>382</sup>

Die historische Forschung über die kommunale Gebietsreform in Nordrhein-Westfalen am Beispiel Paderborn kann noch nicht als abgeschlossen gelten. Die Kernaussagen konnten nur im Lichte der behandelten Quellen getroffen werden. Die Quellen des Bestands G könnten nunmehr ausgewertet werden. Außerdem gilt es noch den Prozess der Gebietsreform aller beteiligten Kommunen genauer herauszuarbeiten. Auch könnte verstärkt die Interaktion zwischen Landespolitik und Akteuren im Raum Paderborn analysiert werden. Vor allem aber das Leben der Bürger nach der Reform, das heißt der Umgang mit ihr, garantiert vielversprechende und interessante Ergebnisse und könnte noch intensiver erforscht werden.<sup>383</sup> Agieren die Bürger in den Stadtteilen – so wie es scheint – wirklich als „Paderborner“, oder gilt auch für die Stadt Paderborn beispielsweise ebenfalls folgende Aussage: „Es gibt auch heute noch keinen Verein in Wattenscheid, der sich in erster Linie als ein Bochumer Verein sehen würde, mit ideeller Verpflichtung gegenüber der Gesamtstadt“<sup>384</sup>?

382 HEGGEN/ ROTHENBERG, Sande am Lippesee, S. 106f.

383 Hiermit beschäftigt sich unter anderem SCHMUHL, der mithilfe von Zeitzeugeninterviews die Empfindungen der Bewohner Bielefelds vor allem in den Außenbezirken befragt. Die Bewohner sollen u.a. darlegen, was von der kommunalen Gebietsreform in Erinnerung geblieben ist, ob sie sich „eher als Teil einer ‚Landgemeinde‘ oder eines ‚Stadtviertels‘“ sehen sowie ob „sie sich selbst als Einwohner Bielefelds oder/und ihrer früheren Landgemeinde“ betrachten, vgl. hierzu SCHMUHL, Mentalitäten und Identitäten in ländlichen Vororten, S. 89–108, hier S. 91.

384 MECKING, Bürgerwille und Gebietsreform, S. 341.

## „Vigore indulti apostolici“ – Die Besetzung von Präbenden im Domkapitel zu Paderborn durch Fürstbischof Clemens August per päpstliches Indult<sup>[1]</sup>

von Jörg Wunschhofer

Bei Durchsicht des Findbuchs zum Paderborner Domkapitel fiel auf, dass einige Stellenvergaben für Dompräbenden seitens der Fürstbischöfe erfolgt waren. Es fanden sich zunächst aufgrund der Aktentitel unmittelbar zwei Exemplare für die Jahre 1726 und 1728<sup>2</sup>, zwei weitere fanden sich dann für 1733 und 1737.<sup>3</sup> Diesem Sachverhalt wurde nun näher nachgegangen, da bereits ein ähnliches Ergebnis für das Domkapitel Münster erarbeitet und publiziert werden konnte.<sup>4</sup>

Im Regelfall hatten die Fürstbischöfe aufgrund der Verfassung der Domkapitel keine direkte Möglichkeit der Besetzung vakanter Domherrenstellen. Die ordentlichen Besetzungen verliefen über die Selbstergänzung durch das Kapitel, wenn durch Tod eines Domherrn eine Vakanz eingetreten war.<sup>5</sup> Umgesetzt wurde dies über das Turnarverfahren. In jeweils einem Monat stand das Recht vier Domherren zu, den ersten drei jeweils sieben Tage, dem vierten die verbleibenden Tage bis zum Monatsende. Die Reihenfolge wurde meistens gemäß der Abfolge der Zugehörigkeit zum Domkapitel festgelegt.<sup>6</sup>

Es gab zudem Besetzungen, die äußeren Einflüssen unterlagen. Mit dem Wiener Konkordat von 1448 war generell vereinbart worden, dass der Papst durch seine Kurie die durch Tod eines Domherrn in einem ungeraden Monat (Januar, März, Mai, Juli, September, November) freiwerdenden Präbenden besetzte.<sup>7</sup> Die zuvor geschilderten Besetzungen durch das Turnarverfahren fielen daher entsprechend ausschließlich in die geraden Monate.

Der Papst hatte nun zwei Möglichkeiten. Entweder er nahm das ihm zustehende Besetzungsrecht für die ungeraden Monate durch seine Kurie wahr oder er überließ dieses Recht per Gnadenerweis (*Indult*) – jeweils zeitlich begrenzt – einem Fürstbischof im Blick auf das Domkapitel seines Fürstbistums, so dass die Kollation der Kanonikate *vigore indulti apostolici* direkt durch diese erfolgen konnte.<sup>8</sup>

- 1 Verfasser dankt Herrn Domvikar Hans Jürgen Rade in Paderborn für Durchsicht, Korrekturen und ergänzende Hinweise.
- 2 SCHÜTTE, Leopold (Bearb.): Domkapitel Paderborn, Akten Bd. 2 (= Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe F), Münster 1988, S. 683 und 684.
- 3 Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Westfalen (fortan: LAV NRW W), Domkapitel Paderborn, Akte 1153 (unpaginierte Akte).
- 4 WUNSCHHOFER, Jörg: Die Besetzung von Präbenden im Domkapitel zu Münster durch die münsterischen Fürstbischöfe (1762–1801), in: Westfälische Zeitschrift 165 (2015), S. 49–70. Die Ähnlichkeit zu diesem Artikel ist aufgrund des Themas offensichtlich und auch so gewollt.
- 5 TACK, Wilhelm: Aufnahme, Ahnenprobe und Kappengang der Paderborner Domherren im 17. und 18. Jahrhundert, Westfälische Zeitschrift 96 II (1940), S. 10–12.
- 6 TACK, Paderborner Domherren (wie Anm. 5), S. 10–11.
- 7 TACK, Paderborner Domherren (wie Anm. 5), S. 12.
- 8 TACK, Paderborner Domherren (wie Anm. 5), S. 12–13; BOESELAGER, Johannes Freiherr von: Die Osnabrücker Domherren des 18. Jahrhunderts (= Osnabrücker Geschichtsquellen und Forschungen,

Die eingangs genannten Jahre 1726, 1728, 1733 und 1737 fallen komplett in die Regierungszeit von Clemens August von Bayern. Er wurde 1719 Fürstbischof zu Paderborn und Münster, 1723 Kurfürst zu Köln, 1724 Fürstbischof zu Hildesheim und 1728 Fürstbischof zu Osnabrück.<sup>9</sup>

Die Amtszeit von Clemens August (1719–1761) fiel in die Pontifikate folgender Päpste:<sup>10</sup>

Clemens XI.	1700 November 23 – 1721 März 19
Innozenz XIII.	1721 Mai 8 – 1724 März 7
Benedict XIII.	1724 Mai 29 – 1730 Februar 21
Clemens XII.	1730 Juli 12 – 1740 Februar 6
Benedict XIV.	1740 August 17 – 1758 Mai 3
Clemens XIII.	1758 Juli 6 – 1769 Februar 2

Für den hier zu betrachtenden Zeitabschnitt sind einige päpstliche Indulte für Clemens August überliefert. Sie wurden in der Regel für die Kurfürsten von Köln für die Jahre 1725, 1730, 1735, 1740, 1747, 1752 und 1757 mit einer Gültigkeit von 5 Jahren für ihre Erzdiözese erteilt.<sup>11</sup> Für die Fürstbischöfe von Paderborn waren es in den drei vorliegenden Exemplaren für 1725, 1730 und 1752 gleichfalls 5 Jahre.<sup>12</sup>

Für die vorliegenden Kollationen sind die ersten drei Fälle von 1726, 1728 und 1733 durch die 5-jährigen Indulte von 1725 und 1730 abgedeckt. Für die vierte Kollation von 1737 musste ebenfalls vom Vorliegen eines Indults vom Jahr 1735 ausgegangen werden. Für die Jahre 1725 und 1730 sind die Tagesdaten der Urkunden für Paderborn und Köln jeweils exakt gleich. Da für Köln am 19. August 1735 für weitere 5 Jahre verlängert wurde<sup>13</sup>, war zu vermuten, dass für den gleichen Tag auch ein Exemplar für Paderborn ausgestellt wurde. Eine Urkunde bzw. eine Abschrift ließ sich jedoch nicht finden, sondern nur ein Hinweis auf genau dieses Datum in den Protokollen des Domkapitels Paderborn vom 23. September 1737.<sup>14</sup> Während sich über den Bestand Kurköln hinaus auch Indulte für das Bistum Münster im Bestand Fürstbistum Münster, Urkunden finden lassen<sup>15</sup>, ist der Befund im gesamten Bestand Fürstbistum Paderborn, Urkunden selbst negativ.

Band 28), Osnabrück 1990, S. 191–197.

9 KOHL, Wilhelm: Das Bistum Münster. Die Diözese (= *Germania Sacra* N.F. 37,3), Berlin 2003, S. 676–698. BRANDT, Hans Jürgen/ HENGST, Karl: Die Bischöfe und Erzbischöfe von Paderborn, Paderborn 1984, S. 267–275.

10 GROTEFENDT, Hermann: Taschenbuch der Zeitrechnung, 13. Auflage, Hannover 1991, S. 129.

11 Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland (fortan: LAV NRW R), Kurköln, Urk. 5463 (1725 August 23), Urk. 5505 (1730 August 19), Urk. 5546 (1735 August 19), Urk. 5573 (1740 September 12), Urk. 5633 (1747 September 15), Urk. 5663 (1752 Dezember 5), Urk. 5683 (1757 Juli 1).

12 LAV NRW R, Kurköln, Urk. 5464 (1725 August 23), Urk. 5504 und Akte VIII 76/2, Bl. 5 (2)–5 (2) (1730 August 19) und Urk. 5659 (1752 Dezember 5).

13 LAV NRW R, Kurköln, Urk. 5546.

14 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1985, Bl. 93'–94'.

15 Ab dem Jahre 1763, dazu: WUNSCHHOFER, Präbenden im Domkapitel Münster (wie Anm. 4), S. 51,



Vor 1725 hat es kein Indult gegeben, denn am 14. Juli 1725 erteilte Papst Benedict XIII. dem erwählten Erzbischof Clemens August von Köln auf dessen Bitten das Indult, obgleich er das 25. Jahr erst in Kürze vollenden werde, das ihn berechtigte, die Administration der Erzdiözese in geistlichen Dingen selbständig zu führen, ohne einen Koadministrator.<sup>16</sup>

Nicht nur der Papst, sondern auch der Kaiser konnte – einmalig anlässlich seiner Wahl – einen Kandidaten für jede stiftisch verfasste Kirche bestimmen. Diese „Erste Bitte“ wird auch als „kaiserliche Preces“ bezeichnet, die Kandidaten als Prezisten. Oftmals wurde die Vorauswahl den Kurfürsten überlassen, so auch in diesem Fall dem Kölner Erzbischof Clemens August, der dieses Recht ebenfalls für die Domkapitel in Hildesheim, Münster, Osnabrück und Paderborn wahrnehmen konnte.<sup>17</sup> Er ließ dann eine Vorschlagsliste nach Wien senden, wo die Precesurkunde ausgestellt wurde.

Wenn ein Domherr vorzeitig sein Domkanonikat aufgab (*resignierte*), sorgte er meistens dafür, dass es an einen konkret genannten Nachfolger ging. Auf diese Weise konnten die bisher aufgeführten Verfahren umgangen werden. Dieser Vorgang ging jedoch über die Kurie und musste mit einer päpstlichen Bulle bestätigt werden. Diese wurde dann dem Domkapitel bei der Aufschwörung vorgelegt.<sup>18</sup>

### **Die Aufnahme in das Domkapitel: Präsentation, Possession, Disziplin/ Kappengang und Emanzipation<sup>19</sup>**

Die Aufnahme vollzog sich in der Regel mit vier Terminen und mit mindestens vier Eintragungen in den Protokollbänden des Domkapitels.<sup>20</sup> Gab es Unklarheiten oder sonstige Einwände, konnte die Anzahl deutlich ansteigen. In der Regel wurden sämtliche Aufnahmen in Stellvertretung vollzogen, der Kandidat bestellte einen Dombenefiziaten bzw. Domvikar mit entsprechender juristischer Qualifikation als Prokurator.

Im ersten Termin zur Präsentation des Kandidaten und der Aufhängung der Wappentafel wurden meist folgende Dokumente vorgelegt:<sup>21</sup>

- Kollationurkunde bzw. eine notarielle Kopie
- Beglaubigungsschreiben für den Prokurator (*Mandatum procuratorium*)
- Wappentafel
- Benennung der Aufschwörer
- Geburts- bzw. Taufzeugnis
- Zeugnis der ersten Tonsur

Anm. 15.

16 LAV NRW R, Kurköln, Urk. 5460.

17 TACK, Paderborner Domherren (wie Anm. 5), S. 13.

18 TACK, Paderborner Domherren (wie Anm. 5), S. 7–10.

19 TACK, Paderborner Domherren (wie Anm. 5), S. 10–24.

20 Die Vorgänge können jeweils unter den Viten der einzelnen Domherren mit den dort gegebenen Einzelnachweisen nachvollzogen werden.

21 TACK, Paderborner Domherren (wie Anm. 5), S. 14.

War alles in Ordnung, folgte meist nach 21 Tagen der zweite Termin mit der Aufschwörung und der Possession.<sup>22</sup> Die Wappentafel wurde von den genannten Aufschwörern unterzeichnet, indem sie durch *Schwören* die Richtigkeit bezeugten. Die Possession war die formale Besitzergreifung eines Kanonikats. Hier ist in der Regel vom kanonischen Mindestalter von 14 Jahren auszugehen.

Es folgte im dritten Termin die Zulassung zur Disziplin bzw. zum Kappengang, einer sechswöchigen strikten Residenz.<sup>23</sup> Der Kandidat erschien hierzu persönlich. Es war ein Mindestalter von 21 Jahren erforderlich, ferner waren die Zeugnisse der Niederen Weihen und des Bienniums, also des zweijährigen auswärtigen Studiums, vorzulegen. Waren diese Bedingungen schon bei der Possession gegeben, so wurde oftmals die Zulassung unmittelbar gegeben.

Der letzte Schritt war im vierten Termin die Emanzipation, also die Erlangung der vollen Rechte im Domkapitel mit Sitz im Chor und Stimme im Kapitel.<sup>24</sup> Sie erfolgte in der Regel nach der sechswöchigen Disziplin- bzw. Kappenzeit.

### Die Besetzungen und ihre Verläufe

Da sich für die Regierungszeit von Clemens August (1719–1761) zunächst drei Indulte finden ließen (1725, 1730 und 1752), wurde die Untersuchung auf diese Regierungszeit eingegrenzt. In gleicher Weise waren für diesen Zeitraum zunächst nur vier Indultkollationen zu finden (1726, 1728, 1733 und 1737). Daher wurden alle in dieser Regierungszeit vorkommenden Todesfälle in den päpstlichen d. h. ungeraden Monaten erfasst und im jeweiligen Einzelfall die Sachlage ermittelt und beschrieben. Ferner wurde auf Hinweise nach weiteren Indulten gesucht.

Insgesamt waren hier 18 Fälle zu beleuchten.<sup>25</sup> Der Sachverhalt gliedert sich in mehrere Gruppen:

- 9 Besetzungen durch Indulte in den Jahren 1726 (Nr. 3), 1728 (2 x) (Nr. 5 und 6), 1733 (Nr. 8), 1737 (Nr. 9), 1740 (Nr. 10), 1742 (Nr. 12), 1748 (Nr. 16) und 1755 (Nr. 17).
- 3 Besetzungen durch die Kurie bei Nichtvorliegen eines Indults in den Jahren 1723 (Nr. 1), 1724 (Nr. 2) und 1761 (Nr. 18).
- In 4 Fällen trat zwar der Tod in einem päpstlichen Monat ein; es fanden sich jedoch Resignationen im nahen Zeitraum vorher, so dass diese Fälle damit wieder herausfielen: 1726 (Nr. 4), 1733 (Nr. 7), 1741 (Nr. 11) und 1747 (Nr. 15).
- Die beiden Prezisten von 1742 und 1746 machten ihren Anspruch in päpstlichen Monaten geltend: 1743 (Nr. 13) und 1747 (Nr. 14).

22 TACK, Paderborner Domherren (wie Anm. 5), S. 14–17.

23 TACK, Paderborner Domherren (wie Anm. 5), S. 17–19.

24 TACK, Paderborner Domherren (wie Anm. 5), S. 22–24.

25 Die Vorgänge können jeweils unter den Viten der einzelnen Domherren mit den dort gegebenen Einzelnachweisen nachvollzogen werden.

Bei den ersten beiden Todesfällen vom 8. Januar 1723 (Nr. 1) und vom 14. September 1724 (Nr. 2) lag noch kein Indult vor, so dass in beiden Fällen die Präbenden durch die Kurie in Rom vergeben wurden.

Die erste Kollation per Indult von 1726 (Nr. 3) für Caspar Nicolaus von Kerckerinck zu Borg zog sich über mehrere Jahre. Haupthintergrund dürfte der Ausgang des münsterischen Erbmännerstreits sein.<sup>26</sup> Aufschwörung und Possession fanden erst 1729 statt, allerdings wurde diese aufgrund von Einwänden 1730 wiederholt.

Beim Todesfall vom 15. März 1726 (Nr. 4) war eine vorherige Resignation zu Gunsten eines Dritten festzustellen, so dass dieser Fall herausfiel.

Die beiden folgenden Indultbesetzungen von 1728 (Nr. 5 und 6) liefen ohne Verzögerungen oder Probleme durch.

Die Besetzungen von 1733 (Nr. 7 und 8) verursachten aufgrund der Aktenlage einige Unklarheiten bei der Auswertung. Ausgangspunkt war zunächst die Kollationsurkunde vom 1. August 1733. Clemens August, Erzbischof zu Köln und Kurfürst, Hochmeister des Deutschen Ordens, Bischof zu Hildesheim, Paderborn, Münster und Osnabrück usw., verlieh dem Wilhelm Joseph Freiherrn von Weichs, Kleriker der Erzdiözese Köln, nach dem Tode des Caspar Philipp von Haxthausen am 28. Mai, *vigore indulti apostolici* ein Kanonikat am Paderborner Dom.<sup>27</sup> Das genannte Todesdatum erwies sich als zutreffend.<sup>28</sup> Auch fand sich dazu die anschließende Aufschwörung und Possession vom 14. Dezember 1733.<sup>29</sup>

Die Unklarheiten begannen allerdings mit dem Auffinden eines zweiten Todesfalls in einem päpstlichen Monat, denn am 18. September 1733 verstarb der Dompropst Ignaz Anton Friedrich von der Asseburg.<sup>30</sup> Ferner fand sich für den 21. Juni 1733 eine Aufschwörung und Possession des Franz Arnold Joseph von Haxthausen zu Welda.<sup>31</sup> Für den Todesfall vom September 1733 war zunächst keine unmittelbare Nachfolge zu finden, die nächste Besetzung war erst im Jahre 1739, also 6 Jahre später. Andererseits konnte auch die Aufschwörung vom Juni 1733 nicht unmittelbar an einen Vorgänger angeschlossen werden.

Allerdings erschien eine andere Aneinanderreihung sinnvoller: 1) Tod des Caspar Philipp von Haxthausen im Mai 1733 und Nachbesetzung durch Franz Arnold Joseph von Haxthausen im Juni 1733, 2) Tod des von der Asseburg im September 1733 und Nachbesetzung durch von Weichs im Dezember 1733. Diese Reihenfolge konnte bei genauerer Durchsicht der Domkapitelsprotokolle bestätigt werden. Die Bekanntmachung der bischöf-

26 VON OER, RudolFINE FreiIN: Der münsterische „Erbmännerstreit“ (= Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im alten Reich, Band 32), Köln 1998.

27 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1153 (unpaginierte Akte).

28 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 535–536. LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2433, Bl. 142. EBA PB, GauKirche KB 2: 63 Jahre. Epitaph Kreuzgang Ostflügel (MICHELS, S. 217, Nr. 12); Eisenplatte Kreuzgang Westflügel (MICHELS, S. 217, Nr. 40).

29 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 625–626.

30 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 590–591 (Protokoll vom 19. September 1733); LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2433, Bl. 146; EBA PB, GauKirche KB 2; Epitaph im Pfarrwinkel (MICHELS, S. 69–70; NIGGEMEYER, Eine Wolke von Zeugen, S. 188).

31 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 560–561.

lichen Kollation vom 1. August 1733 beim Domkapitel am 17. August 1733 wurde nämlich zurückgewiesen; der genannte Bezug war falsch, weil das Kanonikat des verstorbenen Caspar Philipp von Haxthausen schon besetzt worden war.<sup>32</sup> Die Kollationsurkunde vom 1. August 1733 beinhaltete demnach einen Fehler, da sie die zwischenzeitliche Besetzung vom Juni 1733 nicht berücksichtigt hatte. Im Vergleich mit den anderen Indultkollationen erschien der zeitliche Abstand zwischen Ausstellungsdatum und dem Tod mit etwas mehr als 2 Monaten höher als die der anderen. Die Nachbesetzung vom Juni 1733 erfolgte auf der Grundlage einer Resignation, die durch päpstliche Bulle bestätigt wurde.<sup>33</sup>

Im Jahre 1737 (Nr. 9) wurde zwar der Kollation per Indult für Mauritz Carl Dietrich von der Horst entsprochen, jedoch zog sich das gesamte Besetzungsverfahren gleichfalls über mehrere Jahre hin. Bei der Präsentation am 3. August 1737 wurde unter anderem bemerkt, dass das Indult am 19. August 1735 abgelaufen sei, er solle eine Reservation vorlegen.<sup>34</sup> Am 23. September 1737 ließ er fünf Papiere vorlegen, unter anderem eine Kopie *reservati indulti pontificii* vom 19. August 1735. Ferner wurde festgehalten, dass sein Alter unbekannt sei, ebenso die mütterlichen Wappen.<sup>35</sup> Am 27. Februar 1741 erging ein Schreiben von Kurfürst Clemens August an das Domkapitel Paderborn wegen der Zulassung des von ihm providierten von der Horst, Domherrn zu Münster, zu seiner Paderborner Präbende.<sup>36</sup> Dem Vater des Kandidaten war das zwischenzeitlich irgendwann zu viel, so dass er einen der Domherrn für 5 Tage in Gefangenschaft setzte. Die von der Horst kamen aus dem Vest Recklinghausen; das Domkapitel von Paderborn hatte wenig Interesse daran, zu viele Fremde in seinen Reihen zu haben.<sup>37</sup> Am 17. April 1741 waren dann Aufschwörung und Possession.<sup>38</sup>

Die Besetzung von 1740 (Nr. 10) fiel in die Zeit der Sedisvakanz zwischen Clemens XII. vom 6. Februar 1740 und Benedict XIV. vom 7. August 1740. Am 3. Juli 1740 starb in Paderborn<sup>39</sup> Johannes Mauritz von Plettenberg zu Lenhausen und Marhülsen.<sup>40</sup> Hier prallten geradezu die unterschiedlichen Auffassungen zwischen Domkapitel und Kurfürst Clemens August bezüglich der Kollationsrechte und der Besetzungsverfahren aufeinander.

Am 10. Juli 1740 beriet das Domkapitel über die Vergabe der vakanten Präbende. Allerdings waren nur sechs Personen anwesend. Zunächst entstand die Ansicht, dass das päpstliche Indult durch das Ausscheiden eines der Vertragspartner nicht mehr gelte, also hier durch

32 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 574<sup>r</sup>.

33 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 538–539 und 560–561.

34 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1985, Bl. 70–70<sup>r</sup>.

35 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1985, Bl. 93<sup>r</sup>–94<sup>r</sup>.

36 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 215.32.

37 TACK, Paderborner Domherren (wie Anm. 5), S. 12–13.

38 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1993, Bl. 74–76.

39 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1985, Bl. 601 (Protokoll vom 5. Juli 1740) (→ Quellen Nr. 11). LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2433, Bl. 162; EBA PB, Gaukirche KB 2: 59 Jahre.

40 HERSCHE, PB128; MICHELS, II 32.

den Tod des Papstes in Rom. Carl Adrian von Metternich und Philipp Wilhelm von Sickingen äußerten allerdings Bedenken. Man beschloss nun, eine Kollation der freigewordenen Präbende bei päpstlicher Sedisvakanz an Johannes Joseph Friderich Anton Ferdinand Graf von Schaesberg zu geben.<sup>41</sup> Er war Neffe des Johannes Friedrich Graf von Schaesberg, der 1729 in Paderborn Domherr geworden war. Im Jahre 1740 war er Domdechant und 1742 wählte man ihn zum Dompropst.<sup>42</sup> Am gleichen Tag, also am 10. Juli 1740, wurde die Kollationsurkunde ausgestellt: Propst, Dechant, Senioren und alle Kapitularen der Kathedralkirche zu Paderborn verliehen dem Grafen Friderich Johannes Joseph Anton Ferdinand von Schaesberg, Kleriker der Erzdiözese Köln, nach dem Tode des Domkämmerers Johannes Mauritius von Plettenberg am 3. Juli und aufgrund der Sedisvakanz in Rom, ein Kanonikat am Paderborner Dom.<sup>43</sup> Am 18. Juli 1740 meldete sich außerdem noch Benedict Wilhelm von Droste zu Erwitte<sup>44</sup> zu Wort und wollte als Turnar seinem Verwandten Engelbert von Droste das vakante Kanonikat geben. Im Anschluss daran gaben noch die Domkapitulare Victor Adolph von der Lippe und Carl Adrian von Metternich zu bedenken, dass man die Kollation vom 10. Juli zurücknehmen müsse, weil man niemals gegen das Indult des Kurfürsten gehandelt habe.<sup>45</sup>

Am 22. Juli 1740 verlieh nun Clemens August, Erzbischof zu Köln und Kurfürst usw., dem Henrich Friderich Philipp Godefrid von Lohe<sup>46</sup>, Kanoniker zu Hildesheim, nach dem Tode des Johannes Mauritz von Plettenberg zu Marhülsen im Monat Juli, *vigore indulti apostolici* ein Kanonikat am Paderborner Dom.<sup>47</sup> Am 23. Juli 1740 schickte Clemens August ein ein erstaunlich deutliches und gepfeffertes Schreiben an das Paderborner Domkapitel und zeigte durchlauchtigsten Unwillen und Ungnade. Er machte klar, dass das Indult noch gelte. Es ist deutlich erkennbar, dass er sich durch diesen Vorgang in erheblichem Maße beleidigt und zurückgesetzt fühlte und dem Domkapitel Untreue, Respektlosigkeit und Eingriffe in seine Rechte vorwarf.<sup>48</sup> Der rein formalen Argumentation kann man insofern folgen, da das Indult am 19. August 1735 auf 5 Jahre erteilt wurde und somit noch nicht abgelaufen war. In einem münsterischen Fall folgte sogar eine Indulterteilung mit nachträglicher Bestätigung von Besetzungen: Am 30. Januar 1773 bestätigte Papst Clemens XIV. die von Kurfürst Maximilian Friedrich seit 1769 in den päpstlichen Monaten verliehenen münsterischen Präbenden, insbesondere eines Domkanonikats für den Grafen von Plettenberg.<sup>49</sup>

41 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1985, Bl. 607–610; Abschrift in Akte 215.28; Abschrift in Akte 215.34 (→ Quellen Nr. 12).

42 HERSCHE, PB146; MICHELS, II 50.

43 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 215.28, Bl. 2–10' (Quellen Nr. 13).

44 HERSCHE, PB126, OS064; MICHELS, II 30; BOESELAGER, Osnabrücker Domherren, S. 230–231, Nr. 026.

45 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1985, Bl. 621–621' (Quellen Nr. 14).

46 HERSCHE, PB152; MICHELS, II 56.

47 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1604, Bl. 705–706' (→ Quellen Nr. 15).

48 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 215.36 (→ Quellen Nr. 16).

49 LAV NRW W, Fürstbistum Münster, Urk. 5060.

Am 1. August 1740 folgte nun die Bekanntmachung der Kollation<sup>50</sup> und am 19. August 1740 die Präsentation und Aufhängung der Wappentafel.<sup>51</sup> Am 8. September 1740 äußerte sich Graf von Schaesberg bezüglich seines Neffen zu der misslichen Angelegenheit, akzeptierte aber die Sachlage.<sup>52</sup> Gleichfalls am 8. September 1740 folgten nun Aufschwörung und Possession sowie Zulassung zur Disziplin<sup>53</sup> und am 20. Oktober 1740 die Emanzipation.<sup>54</sup>

Beim Todesfall vom 20. September 1741 (Nr. 11) war eine vorherige Resignation zu Gunsten eines Dritten festzustellen, so dass dieser Fall herausfiel. Es handelt sich hier allerdings um Benedict Wilhelm von Droste zu Erwitte, der – wie zuvor schon beschrieben – im Juli 1740 vergeblich seinen Verwandten Engelbert von Droste als neuen Domherren in das Domkapitel bringen wollte. Erreicht hatte er dies nun durch eine Resignation, bevor er starb.

Die Aufnahme des Lothar Clemens Ferdinand von Fürstenberg im Jahre 1742 (Nr. 12) ging ohne große Verzögerungen über die Bühne, auch wenn an seiner Wappentafel einiges moniert wurde.<sup>55</sup> Für Köln ist ein Indult am 12. September 1740 von Papst Benedict XIV. dem Kurfürsten Clemens August bezüglich der Erzdiözese Köln auf 5 Jahre gewährt worden.<sup>56</sup> Folgt man den Befunden von 1725, 1730 und 1735 für Paderborn mit der zeitlichen Parallelität für Köln, so sollte man von einem gleichfalls 5-jährigen Indult für Paderborn mit gleichem Ausstellungsdatum ausgehen. Von dem Indultdokument selbst ist in den Domkapitelsprotokollen von 1742 jedoch nicht die Rede.

1743 (Nr. 13) wäre eine Indultbesetzung denkbar gewesen. Da aber die kaiserliche Preces von 1742 geltend gemacht wurde, kam diese zum Zuge. In gleicher Weise geschah dies im Jahre 1747 (Nr. 14). Auch hier lag eine kaiserliche Preces von 1746 vor. Beide Ansprüche wurden in päpstlichen Monaten geltend gemacht. In beiden Fällen hat hier Clemens August die Vorauswahl getroffen, da es üblich war, die Preces an die Kurfürsten zu delegieren. Sie erstellten eine Vorschlagsliste, die nach Wien ging. Für 1742 ist diese Liste vorhanden<sup>57</sup>, für 1746 ist davon auszugehen. Auf diese Weise konnte Clemens August zwei weitere eigene Kandidaten bestimmen.<sup>58</sup>

Beim Todesfall vom 6. Mai 1747 (Nr. 15) war eine vorherige Resignation zu Gunsten eines Dritten festzustellen, so dass dieser Fall herausfiel.

Bei der Besetzung von 1748 (Nr. 16) für Clemens August von Wolff-Metternich zog sich der Zeitraum zwischen Aufhängung der Wappentafel und der Aufschwörung über gut

50 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1985, Bl. 626–627 (→ Quellen Nr. 17).

51 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1985, Bl. 629–630 (→ Quellen Nr. 18).

52 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 215.28, Bl. 22 (→ Quellen Nr. 19).

53 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1985, Bl. 636–638 (→ Quellen Nr. 20); Abschrift in Akte 215.28.

54 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1985, Bl. 665–666 (→ Quellen Nr. 21).

55 TACK, Paderborner Domherren (wie Anm. 5), S. 28.

56 LAV NRW R, Kurköln, Urk. 5575.

57 LAV NRW R, Kurköln VIII 457,4, Bl. 540–544.

58 WUNSCHHOFER, Präbenden im Domkapitel Münster (wie Anm. 4), S. 54–55.

4 Monate hin. Als Grund wurden zum Teil unbekannte Wappen angeführt.<sup>59</sup> Für Köln ist nun am 17. September 1747 von Papst Benedict XIV. dem Clemens August ein Indult bezüglich der Erzdiözese Köln auf 5 Jahre gewährt worden.<sup>60</sup> Folgt man wiederum den Befunden für 1725, 1730, 1735 und 1740 für Paderborn mit der zeitlichen Parallelität für Köln, so sollte man in gleicher Weise von einem gleichfalls 5-jährigen Indult für Paderborn mit gleichem Ausstellungsdatum ausgehen.

Die Besetzung von 1755 (Nr. 17) war durch das Indult von 1752 abgedeckt und lief ohne Verzögerungen oder Probleme durch.

### Gesamtbetrachtungen

Bei den 9 Indultbesetzungen ist eher eine Bevorzugung von Kandidaten aus dem nieder-rheinischem, vestischen wie auch aus dem nicht landsässigen Adel festzustellen.<sup>61</sup> Hierzu dürften zählen: Caspar Nicolaus von Kerckerinck von 1726 (Nr. 3), Philipp Wilhelm Franz von Sickingen von 1728 (Nr. 6), Mauritz Carl Dietrich von der Horst von 1737 (Nr. 9) und Henrich Friedrich von Loë von 1740 (Nr. 10), auch wenn sie teilweise schon über ihre Vorfahrenschaft mit dem landsässigen Adel des Paderborner Landes versippt waren. Mitunter gab es Schwierigkeiten mit dem Domkapitel, so dass sich deren Aufnahmen mitunter länger hinzogen. Die verbliebenen Kandidaten, die eher zur klassischen Klientel des Domkapitels zählen, waren Friderich Wilhelm von Droste zu Füchten von 1728 (Nr. 5), Wilhelm Joseph von Weichs-Koertlinghausen von 1733 (Nr. 8), Lothar Clemens Ferdinand von Fürstenberg von 1742 (Nr. 12), Clemens August von Wolff-Metternich von 1748 (Nr. 5) und Franz Ludolph von Oer von 1755 (Nr. 17).

Ab der Ausstellung des ersten Indults im Jahre 1725 bis zu seinem Tode im Jahre 1761 konnte Clemens August alle Besetzungen per Indult zum Abschluss bringen. Die Überlieferungslage der Indulte ist jedoch schwierig. Direkt überliefert sind nur drei 5-jährige Indulte für Paderborn aus den Jahren 1725, 1730 und 1752. Da aber alle anderen Besetzungsfälle in den anderen Zeitabschnitten ebenfalls erfolgreich waren, musste von weiteren Indulten ausgegangen werden. Das Indult von 1735 lässt sich in einem späteren Protokollvermerk nachweisen, allerdings bislang nicht abschriftlich. In diesen vier Fällen war das gleiche Ausstellungsdatum wie für die Kölner Indulte festzustellen. Dementsprechend musste man in Fortsetzung dieser Parallelität auch von Indulten von 1740 und 1747 ausgehen. Zu beiden ließen sich bislang weder Protokollvermerke noch Abschriften finden.

Zwei Besetzungsfälle fielen in die Zeit von Sedisvakanz, und zwar in den Jahren 1740 und 1761. Im Jahre 1740 konnte sich, wie schon oben geschildert, in der päpstlichen Sedisvakanz trotz der umstrittenen Rechtsgrundlage Clemens August durchsetzen. Die Besetzung von 1761 fällt schon in die Paderborner Sedisvakanz nach dem Tode von Clemens August am 6. Februar 1761. Die Kollation erfolgte daher aus Rom.

59 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2002, Bl. 105<sup>v</sup>–108; Notiz in Akte 215.21.

60 LAV NRW R, Kurköln, Urk. 5633.

61 TACK, Paderborner Domherren (wie Anm. 5), S. 12.

Für Paderborn war Clemens August der letzte Nutznießer von Indulten. Für die spätere Zeit ab 1761 wurden an die Nachfolger Wilhelm Anton von der Asseburg (1763–1782), Friedrich Wilhelm von Westphalen (1782–1789) und Franz Egon von Fürstenberg (1789–1825) keine weiteren Indulte mehr erteilt.

### Literatur

Johannes Freiherr von BOESELAGER, Die Osnabrücker Domherren des 18. Jahrhunderts (= Osnabrücker Geschichtsquellen und Forschungen, Band 28), Osnabrück 1990.

Alexander DYLONG, Das Hildesheimer Domkapitel im 18. Jahrhundert (= Quellen und Studien zur Geschichte des Bistums Hildesheim, Band 4), Hannover 1997.

Peter HERSCHE, Die deutschen Domkapitel im 17. und 18. Jahrhundert, Bern 1984, Band 1.

Wilhelm KOHL, Das Domstift St. Paulus zu Münster (= Germania Sacra N.F. 17,2), Berlin 1982.

Paul MICHELS, Ahnentafeln Paderborner Domherren (= Studien und Quellen zur westfälischen Geschichte, Band 7), Paderborn 1966.

Margarete NIGGEMEYER, Eine Wolke von Zeugen. Die Heiligen im Hohen Dom zu Paderborn, Paderborn 2007.

Wilhelm TACK, Aufnahme, Ahnenprobe und Kappengang der Paderborner Domherren im 17. und 18. Jahrhundert, Westfälische Zeitschrift, 1940, 96 II, S. 3–51.



### Liste der Domherren und Besetzungen

Die Liste wurde auf Basis der Todesfälle in den päpstlichen Monaten angelegt. Sie stützt sich zunächst auf die Angaben von Tack<sup>62</sup>, Brockmann<sup>63</sup> und Michels<sup>64</sup>. Die Einträge wurden anschließend mittels Primärquellen geprüft und ergänzt, also in erster Linie mit den Protokollen des Domkapitels und weiteren Einzelakten in diesem Bestand, ferner durch Auszüge aus den Kirchenbüchern der Gaukirche. Bei denjenigen Beispielen, bei denen die Besetzungen nicht per Indult zustande kamen, wurden die Jahreszahlen in Klammern gesetzt.

#### (1723) (Nr. 1)

Am 8. Januar 1723 starb zu Münster<sup>65</sup> Mauritz Dietrich Anton von Droste zu Senden.<sup>66</sup>

Sein Nachfolger wurde Levin Stephan Wilhelm von Wenge<sup>67</sup>, am 21. März 1723 waren Aufschwörung und Possession, ihm war die Präbende *apostolice conferirt* worden.<sup>68</sup>

#### (1724) (Nr. 2)

Am 14. September 1724 starb zu Münster<sup>69</sup> Adolph Henrich Droste zu Vischering.<sup>70</sup>

Am 5. Dezember 1724 folgte die Bekanntmachung einer päpstlichen Provision für August Wilhelm von Wolff-Metternich<sup>71</sup> nach dem Tode des Droste zu Vischering.<sup>72</sup> Am 30. Dezember 1724 waren Aufschwörung und Possession.<sup>73</sup>

#### 1726 (Nr. 3)

Am 1. Januar 1726 starb<sup>74</sup> Johannes Friderich von der Recke.<sup>75</sup>

Sein Nachfolger wurde Caspar Nicolaus Mauritz von Kerckering zu Borg,<sup>76</sup> \* 6. Februar 1713.<sup>77</sup> Am 9. Februar 1726 verlieh Clemens August, Erzbischof zu Köln und Kurfürst usw., dem Caspar Nicolaus Mauritius Freiherrn von Kerckering zu Borg, münsterischen

62 EBA PB, Nachlass Tack, Auszüge aus den Protokollen des Domkapitels (1650–1810).

63 EBA PB, Nachlass Brockmann, Karteikarten der Paderborner Domherren.

64 MICHELS, Paul: Ahnentafeln Paderborner Domherren (= Studien und Quellen zur westfälischen Geschichte, Band 7), Paderborn 1966.

65 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2433, Bl. 112.

66 HERSCHE, PB122; MICHELS, II 27; KOHL, Domstift Münster 2, S. 720–721.

67 HERSCHE, PB137; MICHELS, II 41; DYLONG, Hildesheimer Domkapitel, S. 372–373, Nr. 110.

68 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1974, Bl. 61'.

69 LAV NRW W, Msc. VII 4007, S. 232.

70 HERSCHE, PB110; MICHELS, II 16; KOHL, Domstift Münster 2, S. 321.

71 HERSCHE, PB138; MICHELS, II 42; BOESELAGER, Johannes Freiherr von: Die Osnabrücker Domherren des 18. Jahrhunderts (= Osnabrücker Geschichtsquellen und Forschungen, Band 28), Osnabrück 1990, S. 352–353, Nr. 136; KOHL, Domstift Münster 2, S. 77.

72 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 127.73.

73 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1974, Bl. 117'. LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 127.73.

74 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2433, Bl. 118.

75 HERSCHE, PB134; MICHELS, II 38; KOHL, Domstift Münster 2, S. 728–729.

76 HERSCHE, PB147; MICHELS, II 51; KOHL, Domstift Münster 2, S. 736.

77 KOHL, Domstift Münster 2, S. 736.

Kleriker, nach dem Tode des Johannes Friderich Christian à Reck im Januar, *vigore indulti apostolici* ein Kanonikat am Paderborner Dom.<sup>78</sup> Am 2. März 1726 folgte die Bekanntmachung der bischöflichen Kollation beim Domkapitel<sup>79</sup>, am 22. Dezember 1729 Aufschwörung und Possession.<sup>80</sup> Am 1. Februar 1730 hieß es, dass die Aufschwörung wiederholt werden muss.<sup>81</sup> Am 28. Dezember 1730 wurde er erneut präsentiert.<sup>82</sup> Am 22. Februar 1734 folgte die Zulassung zur Disziplin<sup>83</sup> und am 5. April 1734 die Emanzipation.<sup>84</sup> Seine Resignation war am 22. Oktober 1740 zu Gunsten seines Bruders Clemens August Maria von Kerckering.<sup>85</sup> Er heiratete 1740 Cornelia Maria Ludovica Francisca Droste zu Vischering; verstorben ist er am 14. Mai 1746.<sup>86</sup>

#### (1726) (Nr. 4)

Am 15. März 1726 starb in Hildesheim<sup>87</sup> Ferdinand Ignaz von Nagel.<sup>88</sup> Er hatte jedoch in Paderborn schon 1725 resigniert.

Sein Nachfolger wurde Herman Werner Dietrich von Nagel.<sup>89</sup> Am 11. März 1725 verlieh Papst Benedict XIII. dem Herman Werner von Nagel ein Domkanonikat in Paderborn, nach der Resignation des Ferdinand Ignaz von Nagel.<sup>90</sup> Am 6. Mai 1747 starb Herman Werner Dietrich von Nagel.<sup>91</sup> Er hatte vorher zu Gunsten des Franz Ferdinand von Nagel resigniert (siehe Nr. 15).

#### 1728 (Nr. 5)

Am 19. März 1728 starb in Paderborn<sup>92</sup> Jobst Edmund von Brabeck.<sup>93</sup>

Sein Nachfolger wurde Friedrich Wilhelm von Droste zu Füchten.<sup>94</sup> Am 27. März 1728 verlieh Clemens August, Erzbischof zu Köln und Kurfürst usw., dem Friedrich Wilhelm

78 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 126.46.

79 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1974, Bl. 167–167’.

80 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1979, Bl. 6–7’.

81 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 205–205’ (1–1’).

82 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 275’ (71’).

83 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1981, Bl. 27–27’.

84 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1981, Bl. 36’.

85 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2433, Bl. 167’.

86 KOHL, Domstift Münster 2, S. 736.

87 DYLONG, Hildesheimer Domkapitel, S. 314–315, Nr. 30; LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2433, Bl. 119.

88 HERSCHE, PB094; MICHELS, I 14, II 7.

89 HERSCHE, PB140; MICHELS, II 44; DYLONG, Hildesheimer Domkapitel, S. 338, Nr. 63.

90 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1153 (unpaginierte Akte); LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 127.50, Bl. 16–19.

91 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2433, Bl. 192.

92 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 33’ (Protokoll vom 20. März 1728); LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2433, Bl. 131’; EBA PB, Gaukirche KB 2; Epitaph Kreuzgang Ostflügel (MICHELS, S. 217, Nr. 17; NIGGEMEYER, Eine Wolke von Zeugen, S. 185); EABib, AV PB, Codex 133, S. 11, Nr. LVII.

93 HERSCHE, PB102; MICHELS, I 21, II 10; DYLONG, Hildesheimer Domkapitel, S. 307–308, Nr. 21.

94 HERSCHE, PB144; MICHELS, II 48.

von Droste zu Füchten, nach dem Tode des Jobst Edmund von Brabeck am 19. März, *vigore indult apostolici* ein Kanonikat am Paderborner Dom.<sup>95</sup> Am 30. April 1728 folgten Präsentation und Aufhängung der Wappentafel<sup>96</sup>, am 23. Mai 1728 Aufschwörung und Possession<sup>97</sup>, am 30. Juli 1733 die Zulassung zur Disziplin<sup>98</sup> und am 10. September 1733 die Emanzipation.<sup>99</sup> Am 14. September 1741 hatte er zu Gunsten seines Bruders Friedrich Ferdinand von Droste resigniert.<sup>100</sup>

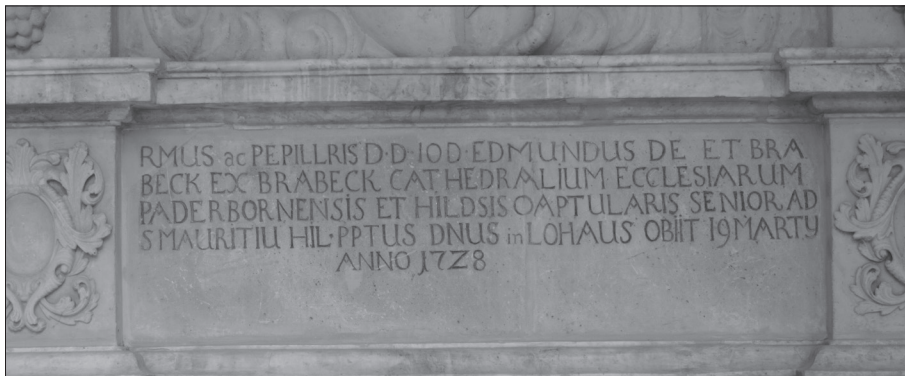


Abb. 1: Epitaph für Jobst Edmund von Brabeck († 1728) im Ostflügel des Kreuzgangs.

### 1728 (Nr. 6)

Am 30. März 1728 starb in Paderborn<sup>101</sup> Ferdinand Friedrich von Droste zu Erwitte.<sup>102</sup>

Sein Nachfolger wurde Philipp Wilhelm Franz von Sickingen.<sup>103</sup> Am 15. April 1728 verließ Clemens August, Erzbischof zu Köln und Kurfürst usw., dem Philipp Wilhelm Franz von Sickingen, Kleriker der Diözese Worms, nach dem Tode des Ferdinand von Droste im März, *vigore indulti apostolici* ein Kanonikat am Paderborner Dom.<sup>104</sup> Die Präsentation und Aufhängung der Wappentafel folgte am 4. Mai 1728<sup>105</sup>, am 8. Juni 1728 Aufschwörung

95 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 284.42; LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 126.47.

96 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 52'–53.

97 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 55.

98 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 566'.

99 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 579'–580.

100 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1993, Bl. 155–156.

101 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 36' (Protokoll vom 31. März 1728: ... *gestern nachmittag* ...). LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 215.3; EBA PB, Gaukirche KB 2.

102 HERSCHE, PB121; MICHELS, II 26.

103 HERSCHE, PB145; MICHELS, II 49.

104 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 215.3, Bl. 1–1'.

105 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 54.

und Possession<sup>106</sup>, am 10. September 1728 die Zulassung zur Disziplin<sup>107</sup> und am 21. Oktober 1728 die Emanzipation.<sup>108</sup>

† Paderborn 2. August 1766.<sup>109</sup>

### (1733) (Nr. 7)

Am 28. Mai 1733 starb in Paderborn<sup>110</sup> Franz Caspar Philipp Freiherr von Haxthausen.<sup>111</sup>

Sein Nachfolger wurde Franz Arnold Joseph von Haxthausen zu Welda.<sup>112</sup> Am 31. Mai 1733 folgten Präsentation und Aufhängung der Wappentafel, sein Onkel Franz Caspar Philipp hatte zuvor resigniert, es lag eine päpstliche Bulle vor;<sup>113</sup> am 21. Juni 1733 waren Aufschwörung und Possession sowie Zulassung zur Disziplin<sup>114</sup> und am 2. August 1733 die Emanzipation.<sup>115</sup>

† Paderborn 30. Mai 1762<sup>116</sup>, ¶ 31. Mai 1762.<sup>117</sup>

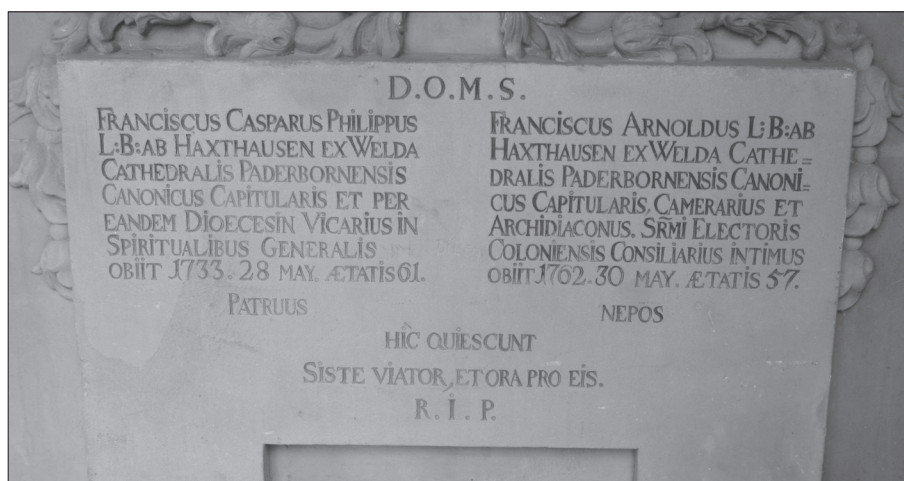


Abb. 1: Doppelepitaph für Franz Caspar Philipp Freiherr von Haxthausen († 1733) und seinen Neffen Franz Arnold Joseph von Haxthausen († 1762) im Ostflügel des Kreuzgangs.

106 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 61.

107 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 65–65’.

108 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 79.

109 [Epitaph Kreuzgang Nordflügel (MICHELS, S. 217, Nr. 30); EABib, AV PB, Codex 133, S. 12, Nr. LXIV.

110 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 535–536 (→ Quellen Nr. 1); LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2433, Bl. 142; EBA PB, Gaukirche KB 2: 63 Jahre; Epitaph Kreuzgang Ostflügel (MICHELS, S. 217, Nr. 12); Eisenplatte Kreuzgang Westflügel (MICHELS, S. 217, Nr. 40).

111 HERSCHE, PB123; MICHELS, II 28.

112 HERSCHE, PB149; MICHELS, II 53.

113 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 538–539 (→ Quellen Nr. 3).

114 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 560–561 (→ Quellen Nr. 4).

115 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 568’–569.

116 Epitaph Kreuzgang Ostflügel (MICHELS, S. 217, Nr. 12); EABib, AV PB, Codex 133, S. 12, Nr. LXIII.

117 EBA PB, Gaukirche KB 2: 55 Jahre.

**1733 (Nr. 8)**

Am 18. September 1733 starb in Paderborn<sup>118</sup> der Dompropst Ignaz Anton Friedrich von der Asseburg.<sup>119</sup>

Sein Nachfolger wurde Wilhelm Joseph von Weichs-Koertlinghausen.<sup>120</sup> Am 1. August 1733 verlieh Clemens August, Erzbischof zu Köln und Kurfürst, Hochmeister des Deutschen Ordens, Bischof zu Hildesheim, Paderborn, Münster und Osnabrück usw., dem Wilhelm Joseph Freiherrn von Weichs, Kleriker der Erzdiözese Köln, nach dem Tode des Caspar Philipp von Haxthausen am 28. Mai, *vigore indulti apostolici* ein Kanonikat am Paderborner Dom.<sup>121</sup> Am 17. August 1733 folgte die Bekanntmachung der bischöflichen Kollation beim Domkapitel, diese wurde aber wegen des falschen Bezugs zurückgewiesen.<sup>122</sup> Am 18. September 1733 war nun Dompropst von der Asseburg verstorben.<sup>123</sup> Am 24. November 1733 folgten Präsentation und Aufhängung der Wappentafel<sup>124</sup>, am 14. Dezember 1733 Aufschwörung und Possession<sup>125</sup>, am 30. August 1737 die Zulassung zur Disziplin<sup>126</sup> und am 11. Oktober 1737 die Emanzipation.<sup>127</sup> Er war Domdechant von 1757 bis 1775, und Dompropst von 1775 bis 1786.<sup>128</sup>

† 28. Mai 1786<sup>129</sup>, || 31. Mai 1786.<sup>130</sup>

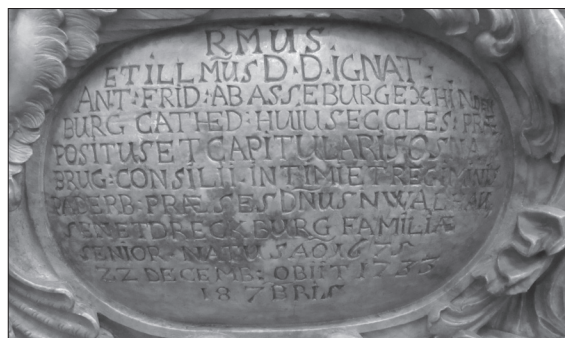


Abb. 2: Inschrift für Dompropst Ignaz Anton Friedrich von der Asseburg († 1733) aus dem Doppel epitaph im Pfarrwinkel.

118 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 590<sup>r</sup>–591 (Protokoll vom 19. September 1733) (→ Quellen Nr. 7); LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2433, Bl. 146; EBA PB, Gaukirche KB 2; Epitaph im Pfarrwinkel (MICHELS, S. 69–70; NIGGEMEYER, Eine Wolke von Zeugen, S. 188).

119 HERSCHE, PB111; MICHELS, II 17.

120 HERSCHE, PB150; MICHELS, II 54; DYLONG, Hildesheimer Domkapitel, S. 405–406, Nr. 145.

121 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1153 (unpaginierte Akte) (→ Quellen Nr. 5).

122 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 574<sup>r</sup> (→ Quellen Nr. 6).

123 Wie Anm. 118.

124 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 614<sup>r</sup> (→ Quellen Nr. 8).

125 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 625<sup>r</sup>–626 (Quellen Nr. 10).

126 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1985, Bl. 74<sup>r</sup>–75.

127 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1985, Bl. 97<sup>r</sup>.

128 Westf. Klosterbuch II, S. 199.

129 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2060, Bl. 132–132<sup>r</sup> (Protokoll vom 29. Mai 1786); Inschrift auf Altar in der Pfarrsakristei jedoch vom 8. Mai 1786.

130 EBA PB, Gaukirche KB 2.

**1737 (Nr. 9)**

Am 2. Juli 1737 starb in Paderborn<sup>131</sup> Joseph Anton Graf von Hatzfeld zu Weisweiler,<sup>132</sup> \* 1716.<sup>133</sup>

Sein Nachfolger wurde Mauritz Carl Dietrich von der Horst.<sup>134</sup> Am 12. Juli 1737 verlieh Clemens August, Erzbischof zu Köln und Kurfürst, Hochmeister des Deutschen Ordens, Bischof zu Hildesheim, Paderborn, Münster und Osnabrück usw., dem Mauritz Carl Freiherrn von Horst, Domherrn zu Münster, nach dem Tode des Grafen von Hatzfeld im Juli, *vigore apostolici indulti* ein Kanonikat am Paderborner Dom.<sup>135</sup> Am 3. August 1737 folgten Präsentation und Aufhängung der Wappentafel<sup>136</sup>, erst am 17. April 1741 Aufschwörung und Possession<sup>137</sup> und die Emanzipation am 10. September 1741.<sup>138</sup> Seine Resignation war am 8. Juli 1746.<sup>139</sup> oo I. 7. Oktober 1747 Maria Sophia Theresia von Boeselager; oo II. um 1755 Charlotte Juliana Maria Braun von Schmidtburg; † 1794.<sup>140</sup>

**1740 (Nr. 10)**

Am 3. Juli 1740 starb in Paderborn<sup>141</sup> Johannes Mauritz von Plettenberg zu Lenhausen und Marhülsen.<sup>142</sup>

Sein Nachfolger wurde Henrich Friedrich von Loë,<sup>143</sup> ~ Aachen (St. Foillan) 10. Juli 1691.<sup>144</sup> Am 22. Juli 1740 verlieh Clemens August, Erzbischof zu Köln und Kurfürst usw., dem Henrich Friderich Philipp Godefrid von Lohe, Kanoniker zu Hildesheim, nach dem Tode des Johannes Mauritz von Plettenberg zu Marhülsen im Monat Juli, *vigore indulti apostolici* ein Kanonikat am Paderborner Dom.<sup>145</sup> Am 1. August 1740 folgte die Bekanntmachung der Kollation beim Domkapitel,<sup>146</sup> am 19. August 1740 Präsentation und Aufhängung

131 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2433, Bl. 151'; EBA PB, Gaukirche KB 2; EABib, AV PB, Codex 133, S. 11, Nr. LIX.

132 HERSCHE, PB139; MICHELS, II 43.

133 Von KLOCKE, Friedrich: Die Familie von Boeselager Ein Beitrag zur Ständegeschichte des westfälischen Adels, Münster 1977, S. 95.

134 HERSCHE, PB154; MICHELS, II 58.

135 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1153 (unpaginierte Akte).

136 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1985, Bl. 70–70'.

137 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1993, Bl. 74–76.

138 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1993, Bl. 140'.

139 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2433, Bl. 187'.

140 KLOCKE, Die Familie von Boeselager (wie Anm. 133), S. 95.

141 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1985, Bl. 601 (Protokoll vom 5. Juli 1740); LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2433, Bl. 162; EBA PB, Gaukirche KB 2: 59 Jahre.

142 HERSCHE, PB128; MICHELS, II 32.

143 HERSCHE, PB152; MICHELS, II 56; DYLONG, Hildesheimer Domkapitel, S. 338–339, Nr. 64.

144 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1604, Bl. 709 (Taufzeugnis vom 23. Dezember 1712).

145 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1604, Bl. 705–706'.

146 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1985, Bl. 626–627.

der Wappentafel<sup>147</sup>, am 8. September 1740 Aufschwörung und Possession sowie Zulassung zur Disziplin<sup>148</sup> und am 20. Oktober 1740 die Emanzipation.<sup>149</sup>

† Hildesheim 2. November 1748.<sup>150</sup> Sein Nachfolger wurde gleichfalls durch Kollation per Indult Clemens August von Wolff-Metternich (siehe Nr. 16).

#### (1741) (Nr. 11)

Am 20. September 1741 starb in Paderborn<sup>151</sup> Benedict Wilhelm Arnold von Droste zu Erwitte.<sup>152</sup> Er hatte jedoch schon vorher resigniert.

Sein Nachfolger wurde Theodor Engelbert von Droste zu Erwitte.<sup>153</sup> Am 19. September 1741 verlieh Papst Benedict XIV. dem Theodor Engelbert von Droste ein Domkanonikat in Paderborn, nach der Resignation des Benedict Wilhelm von Droste.<sup>154</sup>

#### 1742 (Nr. 12)

Am 14. Mai 1742 starb in Koblenz<sup>155</sup> Friedrich Christian von Fürstenberg.<sup>156</sup>

Sein Nachfolger wurde Lothar Clemens Ferdinand von Fürstenberg,<sup>157</sup> \* Aachen 18. August 1725.<sup>158</sup> Am 4. Juni 1742 verlieh Clemens August, Erzbischof zu Köln und Kurfürst usw., dem Lothar Clemens Ferdinand von Fürstenberg, Kleriker der ErzDiözese Köln, nach dem Tode des Friderich Christian von Fürstenberg am 14. Mai, *vigore indulti apostolici* ein Kanonikat am Paderborner Dom.<sup>159</sup> Am 18. Juni 1742 folgte die Bekanntmachung der Kollation beim Domkapitel<sup>160</sup>; am 23. August 1742 Präsentation und Aufhängung der Wappentafel<sup>161</sup>, am 13. September 1742 Aufschwörung und Possession.<sup>162</sup> Seine Resignation war im Jahre 1748; oo Schloss Hillenroth/Roermond 23. Februar 1755 Sophie Charlotte von Hoensbroeck.<sup>163</sup>

† Herdringen 26. Juni 1791.<sup>164</sup>

147 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1985, Bl. 629–630.

148 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1985, Bl. 636–638; Abschrift in Akte 215.28.

149 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1985, Bl. 665–666.

150 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2433, Bl. 197.

151 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2433, Bl. 170.

152 HERSCHE, PB126, OS064; MICHELS, II 30; BOESELAGER, Osnabrücker Domherren, S. 230–231, Nr. 026.

153 HERSCHE, PB156, HI204; MICHELS, II 60; DYLONG, Hildesheimer Domkapitel, S. 353–354, Nr. 84.

154 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1153 (unpaginierte Akte).

155 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1996, Bl. 100<sup>o</sup> (Protokoll vom 20. Mai 1742); LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2433, Bl. 176.

156 HERSCHE, PB132; MICHELS, II 36.

157 HERSCHE, PB158; MICHELS, II 62.

158 Fürstenbergsche Geschichte, Band 4: Die Geschichte des Geschlechtes von Fürstenberg im 18. Jahrhundert. Bearbeitet von Norbert Andernach, Friedrich Keinemann, Helmut Lahrkamp, Helmut Richter und Manfred Wolf, S. 87.

159 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 215.37.

160 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1996, Bl. 144<sup>o</sup>.

161 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1996, Bl. 159–160<sup>o</sup>.

162 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1996, Bl. 171–173.

163 Fürstenbergsche Geschichte, Band 4 (wie Anm. 158), S. 98.

164 Fürstenbergsche Geschichte, Band 4 (wie Anm. 158), S. 100.

**(1743) (Nr. 13)**

Am 9. November 1743 starb in Paderborn<sup>165</sup> Johannes Werner von Imbsen.<sup>166</sup>

Sein Nachfolger wurde Wilhelm Anton Ignaz von der Asseburg (der spätere Fürstbischof).<sup>167</sup> Dieser hatte eine Kaiserliche Preces von Karl VII. vom 10. September 1742;<sup>168</sup> die Aufschwörung und Possession war am 15. Dezember 1743.<sup>169</sup>

**(1747) (Nr. 14)**

Am 1. Mai 1747 starb in Paderborn<sup>170</sup> Victor Adolph von der Lippe.<sup>171</sup>

Sein Nachfolger wurde Christoph Andreas von Elmendorff.<sup>172</sup> Dieser hatte eine Kaiserliche Preces von Franz I. vom 8. Dezember 1746;<sup>173</sup> die Aufschwörung und Possession war am 28. Mai 1747.<sup>174</sup>

**(1747) (Nr. 15)**

Am 6. Mai 1747 starb Herman Werner Dietrich von Nagel (siehe Nr. 4). Er hatte jedoch schon vorher resigniert.

Sein Nachfolger wurde Franz Ferdinand von Nagel.<sup>175</sup> Am 9. April 1747 verließ Papst Benedict XIV. dem Franz Ferdinand Heidenrich Theodor Anton Johannes Maria von Nagel nach der Resignation des Herman Werner von Nagel ein Kanonikat am Paderborner Dom.<sup>176</sup> Am 12. Dezember 1747 war die Aufschwörung und Possession.<sup>177</sup>

**1748 (Nr. 16)**

Am 2. November 1748 starb in Hildesheim Henrich Friedrich von Loë (siehe Nr. 10).

Sein Nachfolger wurde Clemens August von Wolff-Metternich,<sup>178</sup> ~ Bonn (St. Remigius) 15. April 1739.<sup>179</sup> Am 27. November 1748 verließ Clemens August, Erzbischof zu Köln und Kurfürst usw., dem Clemens August Graf Wolff Metternich de Gracht, Kleriker der Erzdiözese Köln, nach dem Tode des Henrich Friderich Philipp Godefrid de Loe im November,

165 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2433, Bl. 182; EBA PB, Gaukirche KB 2; Epitaph Kreuzgang Ostflügel (MICHELS, S. 217, Nr. 11; NIGGEMEYER, Eine Wolke von Zeugen, S. 184); EABib, AV PB, Codex 133, S. 11, Nr. LXI.

166 HERSCHE, PB116; MICHELS, II 22.

167 HERSCHE, PB159; MICHELS, II 63; BRANDT/ HENGST: Die Bischöfe und Erzbischöfe von Paderborn (wie Anm. 9), S. 282–284.

168 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1406 (Nr. 1).

169 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1997, Bl. 81–83.

170 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2433, Bl. 189; EBA PB, Gaukirche KB 2: 36 Jahre; Eisenplatte Kreuzgang Westflügel (MICHELS, S. 217, Nr. 41); EABib, AV PB, Codex 133, S. 11, Nr. LXII.

171 HERSCHE, PB148; MICHELS, II 52.

172 HERSCHE, PB162; MICHELS, II 66.

Domkapitel Paderborn, Akte 1153 (unpaginierte Akte).

174 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1998, Bl. 43–44; Akte 2001, Bl. 132–133.

175 HERSCHE, PB163; MICHELS, II 67.

176 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 215.35.

177 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2001, Bl. 174–175.

178 HERSCHE, PB166; MICHELS, II 70.

179 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 99.61, Bl. 4 (10. November 1748).



*vigore indulti apostolici* ein Kanonikat am Paderborner Dom.<sup>180</sup> Am 11. Januar 1749 folgten Präsentation und Aufhängung der Wappentafel.<sup>181</sup> Am 8. Februar 1749 traf ein Schreiben des Domkapitels Hildesheim wegen der fraglichen Wappen ein.<sup>182</sup> Am 18. Mai 1749 waren dann Aufschwörung und Possession.<sup>183</sup>

† Bonn 8. April 1753.<sup>184</sup> Aufgrund seines jungen Alters konnten ohnehin keine Cappa und keine Emanzipation stattfinden.

### 1755 (Nr. 17)

Am 18. November 1755 starb in Paderborn<sup>185</sup> Carl Adrian von Wolff-Metternich.<sup>186</sup>

Sein Nachfolger wurde Franz Ludolph von Oer zu Egelborg,<sup>187</sup> \* Legden 8. Mai 1705.<sup>188</sup> Am 26. Dezember 1755 folgte die Bekanntmachung der Kollation: Franz Ludolph von Oer ex Egelborg ist vom Kurfürsten als *Indultarius Papæ* auf die Præbende des Kämmerers von Metternich providiert, mit Datum München den 23. November.<sup>189</sup> Am 3. Februar 1756 folgten Präsentation und Aufhängung der Wappentafel<sup>190</sup>, am 2. März 1756 Aufschwörung und Possession<sup>191</sup>, am 3. März 1756 Zulassung zum Kappengang<sup>192</sup> und am 14. April 1756 die Emanzipation.<sup>193</sup> Seine Resignation war am 18. März 1765;<sup>194</sup> oo Stockum 17. März 1765 Clara Francisca Johanna Eleonore Freiin von der Recke zu Steinfurt († Legden 19. April 1798). Er selbst starb zu Legden am 21. Januar 1771.<sup>195</sup>

### (1761) (Nr. 18)

Am 7. Mai 1761 starb in Paderborn<sup>196</sup> Friedrich Ferdinand von Hoerde.<sup>197</sup>

Sein Nachfolger wurde Otto Herman von Spiegel zum Desenberg.<sup>198</sup> Am 11. Juni 1761 verlieh Papst Clemens XIII. dem Otto Herman von Spiegel, nach dem Tode des Friderich

180 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 99.61, Bl. 15–15’.

181 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2002, Bl. 91–92’.

182 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2002, Bl. 105’–108; Notiz in Akte 215.21.

183 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2002, Bl. 143–144’; Notiz in Akte 215.21.

184 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2010, Bl. 36 (Protokoll vom 17. April 1753).

185 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2012, Bl. 208 (Protokoll vom 19. November 1755); EBA PB, Gaukirche KB 2: 46 Jahre.

186 HERSCHE, PB143; MICHELS, II 47.

187 HERSCHE, PB170; MICHELS, III 1 a; BOESELAGER, Osnabrücker Domherren, S. 303–304, Nr. 096.

188 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2015, Bl. 57.

189 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2012, Bl. 251.

190 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2015, Bl. 36–36’.

191 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2015, Bl. 55–56.

192 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2015, Bl. 56’–57.

193 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2015, Bl. 66’–67’.

194 EBA PB, Nachlass Brockmann, Karteikarten der Paderborner Domherren.

195 BOESELAGER, Osnabrücker Domherren, S. 303–304, Nr. 096.

196 EBA PB, Gaukirche KB 2; Epitaph Dreifaltigkeitskapelle (MICHELS, S. 220, Nr. 69; NIGGEMEYER, Eine Wolke von Zeugen, S. 194).

197 HERSCHE, PB174; MICHELS, II 77; DYLONG, Hildesheimer Domkapitel, S. 367, Nr. 103.

198 HERSCHE, PB175; MICHELS, III 1; DYLONG, Hildesheimer Domkapitel, S. 393, Nr. 131.

Ferdinand von Hörde im Mai, ein Kanonikat am Paderborner Dom.<sup>199</sup> Am 13. Juli 1761 folgten Präsentation und Aufhängung der Wappentafel<sup>200</sup>; am 5. August 1761 Aufschwörung und Possession<sup>201</sup>, am 6. August 1761 die Zulassung zur Cappa<sup>202</sup> und am 17. September 1761 die Emanzipation.<sup>203</sup> Seine Resignation war am 27. Juni 1798.<sup>204</sup>

† Hildesheim 21. September 1801.<sup>205</sup>

## Quellen

### Nr. 1.

#### 1733 Mai 28, Paderborn

Der Domkapitular Caspar Philipp von Haxthausen ist verstorben.

R(everendissi)mus D. Cantore quà Præses et locumtenens proponirte deßwegen heutiges Capitulum angesagt zuseyn, weil heute frühe um 6 Uhr der herr Thum=Capitular von Haxthausen mit Todt abgangen und also dabey alle gewöhnliche observanda zu observiren wären; wobey der Procurator Heinemann das originale testamentum in cap(itu)lo producirt, und habe ich ex relatione des Doctoris Neukirchen referirt, daß demselben seine hochw. des H. Thum dechanten zu Münster hiesigen Thum=capitularen von Galen adjungirt, ingleichen daß das Executorium vorhanden, aber so geschwind nicht auffbefunden werden können.

Hiernechst referirten des H. Thum=cantoris hochw. daß sie immediate post notificationem per pulsum campanæ die præbende ableuten laßen; ist also nechster Sonntag als tertia dies post pulsum campanæ pro termino optionum in Episcopolibus et præpositura angesetzt.

Demnechst ist syndico und mir secretario auffgegeben, die Obsignation und Inventarization gewöhnlicher maßen zu verrichten, anbey concludirt, daß das testament, ob etwas R(everendissi)mum Cap(itu)lum concernirend darin enthalten, verlesen werden solle, und weilen zuletzt die anwesende Herren bey hiesiger kirche hergebracht zuseyn, dafür halten, daß einer de gremio conexecutor seyn müße, und der

199 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 215.18.

200 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2024, Bl. 294<sup>r</sup>–295<sup>r</sup>.

201 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2024, Bl. 312–313<sup>r</sup>.

202 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2024, Bl. 314–315.

203 LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 2024, Bl. 346<sup>r</sup>–347.

204 EBA PB, Nachlass Brockmann, Karteikarten der Paderborner Domherren.

205 DYLONG, Hildesheimer Domkapitel, S. 393, Nr. 131.

herr Thum dechand von Galen abwesend; alß ist der herr Thum=capitular Fr(anz) Eg(on) von Fürstenberg vices absentes pro funeralibus zu suppliren ersuchet, welche dieselbe auch übernommen haben.

Protokolleintrag: LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 535–536 (69–70).

**Nr. 2.**

**1733 Mai 29, Paderborn**

Begräbnis des Caspar Philipp von Haxthausen.

R(everendissi)mus D. Præses proponirte, wie der herr Cammerherr von Haxthausen alß hæres des H. Thum=capitularen von Haxthausen ankommen, und deßwegen um verordnung, wie er zu begraben, heutiges Capitul angesagt zuseyn.

R(everendissi)mus D. Fr(anz) Eg(on) de Furstenberg quà vice=executor referirte, wie der Cammerherr von Haxthausen die Grabstätte in porticu hiesiger Thumkirche erwehle, und zwarn diejenige nahe an den Herrn Thumcammer von der Lippe, maßen, wenn schon der herr Thumcapitular in vivis sich erkläret hätte, deßen bey denen herren Patribus Strict. Observa(nti)æ begraben werden wollte, solche nur in eventum, da er Canonicus Capitularis zuseyn cessirn wurde, zu interpretiren, vorietzo aber noch quà Canonicus Capitularis gestorben wäre.

Hiernechst ist in dubium vorkommen, weilen juxta relationem hesternam der Executor herr Thum=dechand von Galen nicht in scriptis, sondern nur nuncupative coram 7 testibus constituirt, ob solches bestand habe; welches in proximo generali zu reproponiren resolvirt worden.

Dann ist concludirt, daß heut nachmittag die vigilia und in crastina das officium und begräbnuß zuhalten, welches dem primo vicario chori Memering bedeutet worden.

Ingleichen ist der Beneficiatus Wennecker beruffen und bedeutet, die Veranstaltung, wie es hergebracht, zu befördern, und daß die Grabstätte, wie verlangt, verstattet, wären dem H. Cammerherr von Haxthausen zu hinterbringen.

Protokolleintrag: LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 536–537 (70–71).

**Nr. 3.****1733 Mai 31, Paderborn**

Präsentation und Aufhängung der Wappentafel für Franz Arnold von Haxthausen.

Joannes Henricus Reckwein, notarius ap(osto)licus, præsentabat in originali requisitionem à perillustri D. Francisco Arnoldo ab Haxthausen apostolicè proviso sibi porrectam, et in conformitatem ejusdem Bullas Apostolicas provisionis uti et executorii una cum brevi ap(osto)lico: super prorogatione ad 6 menses – petens concessionem easdem publicandi in hodierno die festivo et affigendi more solito; ista licentiâ verstatet.

Dein comparebat D. Hermannus Christophorus Stedfeld, beneficiatus hujus ecclesiæ, producens pro sui legitimatione mandatum in sui personam à D<sup>no</sup> Apostolicè proviso constitutum – dein testimonia ætatis, primæ tonsuræ et servati biennii seu studiorum referendo se ad productas literas apostolicas præsentabat in simul arborem genealogicam D<sup>ni</sup> sui principalis, petens eandem more solito affigi et pro præstandis consuetis solennibus terminum præfigi – denominabat zu auffschwerung 2 H(erro)n Drost von Lippe, H(erro)n Land=Drost von Bucholtz, H(erro)n Drost von Mengersen, H(erro)n Cammerherr von Brencken zu Verneburg. Affigantur insignia more solito; und sollen hiernechst die Auffschwerere erwehlet auch terminus zur Auffschwerung angesetzt werden.

Ex post sind die beyde erste erwehlet, und ist pro termino der Auffschwerung der 21<sup>te</sup> Junii, si nihil intercurrat, angesetzt.

Protokolleintrag: LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 538–539 (72–73).

**Nr. 4.****1733 Juni 21, Paderborn**

Aufschwörung und Possession sowie Zulassung zum Cappengang für Franz Arnold von Haxthausen.

In heutigem zu Aufschwörung des herrn resignarii und pontificè provisi Francisci Arnoldi ab Haxthausen angesetzte capitulo erschiene beneficiatus Gehausen quâ substitutus mandatarius und reproducirte die vorhin præsentirte Bullas ap(osto)

licas: item dispensationem super irregularitate, similiter requisita testimonia in specie servati biennii mit ersuchen nunmehr die Aufschwörung vor sich gehen zu laßen, und nachdem sein Herr principal persönlich zugegen, auch die juramenta solita abzustatten erbietig, ingleichen den Cappengang anzufangen resolvirt; alß hette daß nach vollzogenener aufschwerung auch dazu admittirt werden würde; worauff anwesende herrn resolvirt haben, daß weilen bey dem stambaum und bey denen wapens nichts zu erinnern, die Aufschwörung vor sich gehen könne.

Hiernechst sind die herrn Aufschwerere, nahmentlich herr drost von der Lippe und herr landdrost von Bucholz ad capitulum beruffen und haben den stam=baum juramento consueto nebst Erstattung gewöhnlicher Reversalien beschworen;

Similiter hat der Beneficiatus Gehausen in vim substitutionis denselben behörig beschworen;

worrauff der herr Provisus selbst erschienen und das gewöhnliche Canonical=Eydt erstattet, auch mediante impositione byrethi et introductione ad stallum in Choro die würckliche possession erlanget hat.

Solchemnach hat derselbe die statuta et laudabiles consuetudines ecclesiæ behörig beschworen und hat sub horis nonis den Cappengang befangen.

Protokolleintrag: LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 560–561 (94–95).

#### **Nr. 5.**

#### **1733 August 1, Nymphenburg**

Clemens August, Erzbischof zu Köln und Kurfürst, Hochmeister des Deutschen Ordens, Bischof zu Hildesheim, Paderborn, Münster und Osnabrück usw., verleiht dem Wilhelm Joseph Freiherrn von Weichs, Kleriker der Erzdiözese Köln, nach dem Tode des Caspar Philipp von Haxthausen am 28. Mai, *vigore indulti apostolici* ein Kanonikat am Paderborner Dom. Der Aussteller unterschreibt und siegelt.

Clemens Augustus Dei gratiâ Archi Episcopus Coloniensis, Sacri Romani Imperij per Italiam Archi Cancellarius et Princeps Elector, S. Sedis Apostolicæ legatus natus, militiæ Hierosolymitanæ ordinis B. M. Teutonicorum Borussiae Administrator generalis, ac Ejusdem per Germaniam, Italiam partesque transmarinas supremus magis-

ter, episcopus Hildesiensis, Paderbornensis, Monasteriensis et Osnabrugensis, utriusque Bavariae et superioris Palatinus, Westphaliae et Angariae Dux, Comes palatinus Rheni, Landgravius Leuchtenbergae, Burggravius Strombergae, Comes Pymontanus, Dominus in Borckelohe, Werth, Freudenthal et Eulenberg.

Nobili et devotè nobis dilecto Guilielmo Josepho libero Baroni de Weichs, Archidioecesis Nostrae Coloniensi clerico, salutem in Domino.

Vitae ac morum honestas, nobilitas generis, litterarum scientia, aliaque virtutum merita, quibus nobis commendatus existis, nos inducunt, ut ad gratiam tibi faciendam reddamur inclinati; Cum itaque canonicatus et praebenda cathedralis ecclesiae nostrae Paderbornensis per obitum venerabilis perillustris quondam nobilis dilecti Caspari Philippi L.B. de Haxthausen ultimi et pacifici eorundem possessoris mense Majo die 28 vitâ functi vacaverit.

Hinc jure nobis vigore indulti apostolici competente, uti et te gratioso favore prosequi volentes, dicta tibi canonicatum et praebendam cum omnibus juribus et pertinentiis conferenda, deque iis providendum duximus, pro ut in nomine Domini conferimus et providemus per praesentes.

Quocirca venerabiles nobiles sincerè nobis dilectos Decanum et Capitulum dictae Ecclesiae Cathedralis nostrae requirimus, ut te, vel procuratorem tuum legitimum, nomine tuo, in veram realem et actualement dictorum canonicatus et praebendae, iurumque et pertinentiarum praedictorum possessionem inducant et immittant, inductum et immissum manteneant, atque defendant, stallum in choro, locum in capitulo tibi assignent, ac de omnibus redditibus, fructibus et emolumentis respondeant, et quantum in ipsis est, responderi faciant, juribus, juramento, aliisque laudabilibus constitutionibus semper salvis.

Volumus autem, ut quatenus dicta canonicatus et praebenda valorem annum viginti quatuor ducatorum auri de camerâ, secundum communem existimationem excedant, infra octo menses à die hujus nostrae collationis computandos, novam provisionem in Romana Curia petas, et litteras apostolicas desuper expediri facias.

In quorum fidem hasce manu nostra subscriptas sigillo nostro communiri jussimus.  
Datæ Nymphenburgij die 1. Augusti 1733.

Clemens Augustus Elector  
(L.S:)

Abschrift des Notars H. Balckman vom 14. August 1733, Papier.  
LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1153 (unpaginierte Akte).

**Nr. 6.**  
**1733 August 17, Paderborn**

Bekanntmachung der bischöflichen Kollation beim Domkapitel für Wilhelm Joseph von Weichs.

Ad supplicam mandatarii Wilhelmi Josephi de Weix, vermög welcher derselbe die vormals von herrn Caspar Philipp von Haxthausen beseßene Præbende ex collatione Ser(enissi)mi für seinen principalem prætendirt, ist resolvirt, daß weilen der herr Franz Arnold von Haxthausen bereits vor 2 Monat mediante resignatione provisionem apostolicam in forma gratiosa über gemeldte Præbende hieselbst produciert, und darauf prævia ejusdem legali publicatione den besitz derselben erhalten, folgli- chen keine vacantas obhanden, des mandatarii suchen keinesweegs deferirt werden könnte, und dahero demselben hierüber cum retraditione collationis ser(enissi)mi extractus protocolli sub sigillo zu ertheilen sey.

Protokolleintrag: LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 574' (109').

**Nr. 7.**  
**1733 September 19, Paderborn**

Dompropst von der Asseburg ist verstorben.

Des herrn Thum cantoris als locumtenetis hochw. proponirten, daß nachdem der herr Thumprobst gestern zue Dreckburg Todtes verfahren, alsofort nach davon erhaltene Nachricht die obsignatio auff der Præpositural Curia per D. Syndicum gewöhnlicher maßen geschehen; heut morgen aber bey verrichteter resignation das executorium nebst dabey befindlichen codicill seu specificatione legatorum gefunden seye.

Protokolleintrag: LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 590' (124').

**Nr. 8.****1733 November 11, Paderborn**

Präsentation und Bitte um Aufhängung der Wappentafel für Wilhelm Joseph von Weichs. Es soll zunächst eine beglaubigte Kopie des Indults nachgeliefert werden.

Beneficiatus Müze übergab Provisionem Ser(enissi)mi Electoris quâ indultarii pontificii de præbenda per mortem R(everendissimi)mi quondam præpositi de Asseburg vacante in personam D<sup>ni</sup> Wilhelmi Josephi L.B. de Weichs, producirte sodann à Neoproviso mandatum procuræ, ferner literas baptismi et susceptæ primæ tonsuræ, ingleichem auch insignia; bittend selbige gewöhnlicher maßen in capitulo affigiren zulaßen, und terminum zur Aufschwörung anzusetzen, mithin von denen vier aufschwörern, als Drost von Boholz, Brencken, Westphalen und Mengersen zwey auszusehen und zu determiniren.

Conclusum, weilen das in a<sup>o</sup> 1726 bey hiesigem capitul hergebrachter maßen producirtes indultum apostolicum expiriret, alß hätte mandatarius zuzuforderist wenigstens copiam vidimatam renovati indulti vorzubringen, welchem vergangen ferner resolvirt werden sollen.

Protokolleintrag: LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 612–612' (146–146').

**Nr. 9.****1733 November 24, Paderborn**

Vorlegen einer Kopie des Indults vom 19. August 1730 und Aufhängung der Wappentafel für Wilhelm Joseph von Weichs.

Beneficiatus Müze producirte in vim conclusi nuperi copiam vidimatam indulti apostolici dati anno 1730 19. Aug(usti) ad quinquennium, repetirte dabeneben seinen den 11<sup>n</sup> dießes gethanen vortrag und begehren.

Worauff affixio insignium verstatet und pro termino der Aufschwörung der 14<sup>te</sup> anstehenden Monats Dec(embri) angesetzt, sodann zu Aufschwörere herr Landdrost von Buchholz und herr Drost von Westphalen benennet.

Protokolleintrag: LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 614' (148').



**Nr. 10.****1733 Dezember 14, Paderborn**

Aufschwörung und Possession für Wilhelm Joseph von Weichs.

Comparebat mandatarius neo provisi D<sup>ni</sup> de Weichs, producebat quietantias super solutis juribus statutariis, ratione coeterorum testimonialium se ad protocollum præsentatæ collationis referendo, petens D.D. testes nobiles archisatrapam de Bucholz et satrapam Wilhelmum Josephum de Westphalen accepto ab iis consueto reversali ad præstationem juramenti; et proinde suum principalem ad possessionem præbendæ, admitti. Admisso proinde præstiterunt juramentum in forma consueta, quibus discedentibus readmittebatur mandatarius cui præstitis juramentis consuetis emissâque promissione fidei data est possessio consueto.

Protokolleintrag: LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1978, Bl. 625<sup>r</sup>–626 (159<sup>r</sup>–160).

**Nr. 11.****1740 Juli 5, Paderborn**

Tod des Johannes Mauritz von Plettenberg zu Lenhausen und Marhülsen am 3. Juli 1740. Organisation des Begräbnisses.

Proponente R(everendissi)mo D. Decano, wie es deren HH. bereits bekand, daß R(everendissi)mus D. Camerarius de Plettenberg solich am 3<sup>ten</sup> dieses morgens umb 8 uhr mit todt abgangen, und ein Executorium auff des herrn Thumbprobsten zu Münster dero bruderen von Plettenberg auch dero hiesigen H. Thumbdechandten gestellet, mithin solches zur verlesung und R(everendissi)mi Capituli approbation übergebend.

Factâ lectione ist es capitulariter, weil es denen hiesigen statutis gemäß befunden, approbirt, mithin beliebt worden, daß anheüt post vespas das officium defunctorum et completorium, und in crastino post nonam die funeralia more ordinario gehalten werden sollte<sup>2</sup>, und weilen in hesterno die pulsus geschehen, so ist beliebt worden, daß nägsten Donnerstag hora consueta optio geschehen sölle.

Protokolleintrag: LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1985, Bl. 601–601<sup>r</sup>.

**Nr. 12.****1740 Juli 10, Paderborn**

Das Domkapitel berät über die Vergabe der vakanten Präbende. Es entsteht die Ansicht, dass das päpstliche Indult durch das Ausscheiden eines der Vertragspartner nicht mehr gelte, also hier durch den Tod des Papstes in Rom. Man beschließt, eine Kollation der freigewordenen Präbende bei päpstlicher Sedisvakanz an Johannes Joseph Friderich Anton Ferdinand Graf von Schaesberg zu geben.<sup>206</sup>

Ad propositionem R(everendissimi)mi D. Decani, wie daß denen HH. bekand, daß per obitum R(everendissimi)mi D. Camerarii de Plettenberg, so sich am 3<sup>ten</sup> dieses, auch des selben dahiesige Præbenda vaciret worden, mithin darüber quæstio entstehe, cui sede pontificia vacante competat collatio R(everendissimo)mo Capitulo an ser(enissimo)mo indultario, an futuro Pontifici, an autem 1mo turnario futuri mensis Augusti wölten solches R(everendissimo)mo Capitulo zu überlegen anheimb gegeben haben, und weilen Sr. churfürstl. Dhllt dero hoffrahten Warnesius verlaubet hetten, daß er in rebus arduis annoch â consiliis seyn könte, so hetten selben mit ad capitulum kommen laßen, und vorher instruiert, darüber sein gutachten zu verfassen;

factâ relatione hat derselbe 4 quæstiones formirt, und selbe resolvirt – prout in scriptis continetur.

Und ob zwaren derselbe quo ad indultum dafür gehalten, daß das sr. churfürstl. Dhllt â defuncto summo pontifice ad 5ennium verliehenes indultum per obitum sui indulgentis quo ad beneficia sedi pontificia reservata nicht exspirirt, sonderen annoch in vigore seye, hingegen ein hochwürdiges Thumbcapitull anderwärts belehrt, daß die jetzo vacirende Præbenda in præsentis sedis pontificiæ vacantis casu ad eandem nicht legitimè devolubell, folglichen dem indulto ser(enissimo)mi nicht unterworffen; sonderen dem capitulo zur collation dermahlen zustehe, mithin bey solchen umbständen ermeldes Thumbcapitull sich genöhtiget befindet, pro conservando jure capituli zur collation zu schreiten.

Und alß dabey in erwegung gezogen, daß ob imminentem electionem novi pontificis summum in mora periculum obwalte, auch des endts ne capitulo præjudicetur, dafür gehalten worden, daß salvo per omnia erga sanctam sedem et ser(enissimum

206 Am Rand: PS. RR. DD.: D. Decano, D. Cantore, D. Cellerario, D. de Boselager, D. de Sickingen, D. de Metternich.

ejusdemque indultum humillimo respectu die præsentis non expectatis nec citandis absentibus capitularibus zur neuen collation allerdings befugt und gehalten seyn.

So ist darüber deliberirt, cui collatio R(everendissimi)mi Capituli pro nunc facienda.

R(everendissimi)mus D. Capitularis Carolus Adrianus L.B. de Metternich votirten dahin, ehe über diese materia resolviret würde, daß dafür halten thäten, daß das Indultum Pontificium Ser(enissi)mo electori concessum noch nicht exspirirt, also nicht gemeint noch willens wären, dawieder im mindesten zu handeln, falß gleichwohl secundum aliorum sententiam sr. churfürstl. Dhllt sich ihres Rechts nicht bedienen, oder davon durch andere Rechts verordnungen abgehalten werden könnten, so könnten geschehen laßen, daß pro conservando jure R(everendissimi)mi Capituli zur Collation geschritten würde;

R(everendissimi)mus D. capitularis L.B. de Sickingen adhærirten eidem voto similter.

Hierauff ist von anwesenden herrns salvo per omnia respectu ser(enissi)mi et nulla intentione jus indulti violandi ill(ustrissimi)mus D. Joannes Josephus Fridericus Antonius Ferdinandus Comes de Schaesberg clericus nominirt und demselben die collatio præbendæ per obitum R(everendissimi)mi D. Camerarii de Plettenberg vacantis ertheilet, auch mir secretario auffgegeben worden, die litteras collationis zu expediren und sigilliren zu laßen.

Wobey R(everendissimi)mum Capitulum jedoch per expressum sich reservirt haben wollte, daß durch diese collation, falß dahero verschiedene kösten anwachsen solten, dem Thumbcapitull nicht zur Last fallen, sonderen der neo provisus schuldig und gehalten seyn solle, solche collation sumptibus propriis zu behaupten, und weilen durch D. Thesaurarius de Wenge ob legitimam causam ad capitulum in personâ zu kommen behindert wäre,

so ist resolvirt, daß über gegenwertiges protocollum dero selben votum per RRmos DD. Capitulares de Metternich et Sickingen cum syndico et secretario deputatos vernohmmen werden sollte.

Dan ist vorkommen, daß die bediente des herrn Thumbcammeren von Plettenberg seel. annoch holtz hauen und beyfahren thäten, item daß auß der obediencz wiese an der Lippe das heu verfertigten,

ist R(everendissi)mus D. Executor ersuchet, dieses denen bedienten zu inhibiren, und wird mir secretario auffgegeben, darüber die vorhandene statuta und regulas nachzuschlagen, mithin davon R(everendissi)mo Capitulo zu referiren.

Nach von des herrn Thumbküstere von Wenge hochwürden per RRmos DD. Capitulares L.B. de Metternich et L.B. de Sickingen eingeholten voto ist dasselbe ad protocollum referirt worden, wie daß sich R(everendissi)mo Capitulo bedanckten, daß dero votum hierin zu vernehmen geruheten, und der Meinung wären, daß wan weder sedi pontificiæ pro nunc vacanti et futuro pontifici, weder ser(enissi)mo indultario die dispositio super hac vacante præbenda zustehen thäte, sonderen die collatio à R(everendissi)mo Capitulo geschehen könnte, so dan dem turnario umb des willen zur vergebung zu verstaten, damit ordinarius nicht subintrire, besonders wo lapso trimestri super præbenda ad collationem pontificiam spectante die collatio dem turnario competirte, alß auch hierin falß selbige zustehen müßte, mithin capitulum dem â moderno turnario nominando die collation zu verleihen hette, welchemnegst R(everendissi)mus D. Decanus sich wegen dero nepoti anitzo verliehene Gnade bedancket und erbotten, daß der neo provisus die zu behauptung jetz acquirirten juris erforderliche kösten allein tragen solle, mit ersuchen dem selben die fernere protection angedeyhen zu laßen.

Quod placuit und sollte sumptibus impetrantis in nöhtigen fällen die assistenz angedeyhen.

Protokolleintrag: LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1985, Bl. 607–610.

Abschriften: LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 215.36.

### Nr. 13.

#### 1740 Juli 10, Paderborn

Propst, Dechant, Senioren und alle Kapitularen der Kathedralkirche zu Paderborn verleihen dem Grafen Friderich Johannes Joseph Anton Ferdinand von Schaesberg, Kleriker der Erzdiözese Köln, nach dem Tode des Domkämmerers Johannes Mauritius von Plettenberg am 3. Juli und aufgrund der Sedisvakanz in Rom, ein Kanonikat am Paderborner Dom.

Nos Præpositus, Decanus, Seniores, cæterique Capitulares Cathedralis Ecclesiæ Paderbornensis dilecto nobis in Christo Comiti Friderico Joanni Josepho Antonio Ferdinando de Schaesberg, clerico Archidiæcesis Coloniensis salutem in Domino.

Vitæ ac morum honestas literarum scientia, aliaque virtutum merita, quibus apud nos fide digno commendaris testimonio, nos inducunt, ut ad gratiam tibi faciendam redamur inclinati;

Cum itaque canonicatus et præbenda Cathedralis Ecclesiæ Paderbonensis per obitum R(everendissimi)mi quondam confratris nostri Camerarii Joannis Mauriti L.B. de Plettenberg, ultimi eorundem possessoris sub tertio mensis currentis Julii vitâ functi vacaverint, et vacant ad præsens, eorumque collatio ob sedis pontificiæ vacantiam ad nos pertinere dignoscatur;

Hinc gratiose te favore prosequi et jure nobis ob dictam sedis pontificiâ vacantiam competente ut volentes, canonicatum et præbendam sic vacantem cum omnibus juri- bus ac pertinentiis tibi conferendam, teque de iis providendum esse duximus, prout in nomine Domini tibi conferimus et te providemus per præsentem; parati etiam te, vel procuratorum tuum legitimum, si desuper debitè à te requisiti fuerimus, in corporalem, realem et actualem dictorum canonicatûs et præbendæ, juriumque et pertinentiarum prædictorum, possessionem inducere et immittere, inductum et immissum manutenere, atque defendere, stallum in choro, et locum in capitulo assignare, tibi- que de omnibus redditibus, fructibus, obventionibus et emolumentis integrè respondere, et quantum in nobis est, plenarie responderi facere.

In quorum fidem hasce manu secretarii nostri expeditas literas collationis sigillo nostro communiri iussimus; Paderbornæ ex capitulo nostro die 10<sup>mo</sup> Mensis Julii Anno 1740.

Ex mandato speciali subscripsi  
Ferdinandus Wrede Rmi capli Paderb.  
juratus secretarius

Mehrere Konzepte und Abschriften: LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 215.28, Bl. 2–10<sup>?</sup>.

**Nr. 14.****1740 Juli 18, Paderborn**

Benedict Wilhelm von Droste, Domkapitular und Kammerpräsident, schickt ein Kollationsschreiben zu Gunsten des Engelbert von Droste. Die Domkapitulare [Victor Adolph] von der Lippe und Carl Adrian von Metternich geben zu bedenken, dass man die Kollation vom 10. Juli zurücknehmen müsse, weil man niemals gegen das Indult des Kurfürsten gehandelt habe.

R(everendissi)mus D. Capitularis et Camerae Praeses de Droste schickte per notarium et testes ad protocollum Collationem Praebendae per obitum R(everendissi)mi D. camerarii de Plettenberg vacati favore R(everendissi)mi D. Engelberti de Droste, Canonici Capitularis Hildensis, sub 14<sup>to</sup> Currentis Mensis expedita una cum protestatione et provocatione ad quemvis superiorem ratione collationis à R(everendissi)mo Capitulo in Congregatione Capitularium parvo numero praesentium ipso et aliis non citatis factae.

Worauff mir secretario befohlen, von dem notario solche stücke anzunehmen, der dan nur selbe übergeben cum recessu in scriptis ut sequitur.

Notarius Apostolicus Joannes Henricus Reckwein in praesentia testium Liborii Cramer et Joannis Marninge insinuabat ostensis originalibus copiam authenticam Reverendissimo Dno Benedicto Wilhelmo de Droste interpositae protestationis et requisitionis, uti et copiam authenticam factae collationis in favorem Engelberti de Droste, petens eidem in Canonicum et Capitularem recipi, ac sibi super facta intimatione Copiam Protocolli Communicari.

R(everendissi)mus D. decanus Comes de Schaesberg schickten per secretarium sichere puncta consideranda, ehe und bevor in puncto Collationis à Turnario factae etwas resolvirt oder acceptirt werde.

Lectis Exhibitis Litteris Copialibus wurde resolvirt, daß man müste geschehen laßen, daß dergleichen Collationes et protestationes geschehen thäten, und könnten copiae intimatae beym Protocollo liggen bleiben.

R(everendissi)mus D. Capitularis de Lippe, weilen sie binnen landes nur 6 stunde von der Kirche abwesend gewesen, und gar leicht dero auch anderer votum ad actum mit

eingehohlet werden können, alß könnten nicht anders alß actum collationis ex parte R(everendissi)mi Capituli sub 10<sup>mo</sup> hujus peractum annulliren, und mit dem H. Cammer præsidet von Droste de contempta agiren, wo sonderlich kein periculum in morâ gewesen, da erst 8 Tage post obitum die collatio vorgangen.

R(everendissi)mus D. Carolus Adrianus L.B. de Metternich repetirte dero sub 10<sup>ten</sup> hujus geführtes votum, wie daß sie nie contra ser(enissi)mum indultarium das geringste vor zu nehmen gesonnen, weder wegen der domcapitull auß derley einwendungen ratione contemptus et cæterorum anwachsenden schäden votum zu führen willens wären, deswegen sich von allen hierab entstehen könnenden schäden, unruhen, und kosten, solemnissimè bedungen haben wollten,

übrigens verwilligten anwesende herrens, daß dem notario insinuanti ein extractus protocolli ertheilet werden könnte.

Protokolleintrag: LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1985, Bl. 620–621<sup>?</sup>.

#### Nr. 15.

1740 Juli 22, Bonn

Clemens August, Erzbischof zu Köln und Kurfürst usw., verleiht dem Henrich Friderich Philipp Godefrid von Lohe, Domherrn zu Hildesheim, nach dem Tode des Johannes Mauritiz von Plettenberg zu Marhülsen im Monat Juli, *vigore indulti apostolici* ein Kanonikat am Paderborner Dom.

Clemens Augustus Dei gratia Archi Episcopus Coloniensis, Sacri Romani Imperij per Italiam Archi Cancellarius et Princeps Elector, S. Sedis Apostolicæ legatus natus, militiæ Hyerosolimitanæ ordinis B(ea)tæ M(ari)æ Teutonicorum Borussiæ generalis Administrator, ac Ejusdem per Germaniam, Italiam partesque transmarinas supremus magister, Episcopus Paderbornensis, Hildesiensis, Monasteriensis & Osnabrugensis, utriusque Baviariæ, superioris Palatinatus, Westphaliæ et Angariæ Dux, Comes Palatinus Rheni, Landgravius Leuchtenbergæ, Burggravius Strombergæ, Comes Pyrmontanus, Dominus in Borckelohe, Werth, Freudenthal & Eulenberg &c.

Venerabili, nobili devotè nobis dilecto Cathedralis Ecclesiæ nostræ Hildensiensis Canonico Henrico Friderico Philippo Godfrido Libero Baroni de Lohe, salutem in Domino.

Vitæ ac morum honestas, literarum scientia, aliaque virtutum merita, super quibus nobis commendatus existis, nos inducunt, ut ad gratiam tibi faciendam reddamur inclinati;

Cum itaque Canonicatus et Præbenda in ecclesia nostra cathedrali Paderbornensi, per obitum nobilis devotè etiam nobis dilecti Joannis Mauritij L. B. de Plettenberg ex Marhulsen et Lenhausen, ultimi et pacifici eorundem possessoris hoc menso Julio vitæ functi vacaverit.

Hinc jure nobis vigore indulti apostolici competente uti, teque gratioso favore prosequi volentes, dictos Canonicatum & Præbendam tibi cum omnibus juribus ac pertinentiis conferendos, deque iis providendum duximus, prout in nomine Domini conferimus et providemus per præsentem.

Committentes idcirco venerabilibus nobilibus devotos nobis dilectis Decano et Capitulo dictæ Cathedralis nostræ Ecclesiæ Paderbornensis, ut super hoc a te requisiti te, vel procuratorem tuum legitimum, nomine tuo, in corporalem, realem et actualem dictorum canonicatus et præbendæ, juriumque et pertinentium prædictorum possessionem inducant et immittant, inductum et immissum manuteneant atque defendant, stallum in choro, locum in capitulo assignent, tibi que de omnibus redditibus, fructibus, obventionibus et emolumentis integrè respondeant, et quantum in ipsis est, responderi plenariè faciant, juribus, juramento, aliisque laudabilibus consuetudinibus semper salvis.

Volumus autem, ut quatenus dicta canonicatus et præbenda valorem annum viginti quatuor ducatorum auri de camera, secundum communem existimationem excedant, infra sex menses à die hujus nostræ collationis computandos, novam provisionem in Romana Curia petas, litterasque apostolicas desuper expediri facias.

In quorum fidem præsentem manu nostra subscriptas, sigillo nostro communiri jussimus. Bonnæ die 22<sup>da</sup> Julij anno 1740.

Clemens Augustus ArchiEpiscopus  
et elector pp

C. J. Melchiorri

Abschrift: LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1604, Bl. 705–706<sup>7</sup>.



**Nr. 16.****1740 Juli 23, Bonn**

Clemens August schreibt an das Domkapitel Paderborn, dass das Indult noch gelte. Er fühlte sich durch diesen Vorgang in erheblichem Maße beleidigt und zurückgesetzt und warf dem Domkapitel Untreue, Respektlosigkeit und Eingriffe in seine Rechte vor.

Von Gottes gnaden Clement August Ertzbischoff zu Cöln, des heyl. röm. Reichs durch Italien Ertzcantzer und Churfürst, legatus natus des heil. apostol. Stuhls zu Rom, Administrator des hochmeistertums in Preußen, Meister teutschen ordens in teutschen und welschen landen, Bischoff zu Hildesheim, Paderborn, Munster und Oßnabruck, in Ob= und Nieder Bayern, auch der Oberpfaltz, in Westphalen und zu Engern Herzog, Pfaltzgraff bey Rhein, Landgrafen zu Leuchtenberg, Burggrafen zum Stromberg, Graff zu Pymont, Herr zu Borckelohe, Werth, Freudenthal und Eulenberg p.

Unseren gnäd(igen) gruß zuvor, würdig, wohlgebohrne und edele, liebe Andächtige!

Wir hätten nie vermuthet, daß einige eueres mittels, sich in so weith würden vergeßen können, umb, durch gänzliche hindansetzung allingen, unß, alß euerem vorgesetzten Bischoffen und Landtsfürsten schuldigen respects, zu der ohnlängst, durch den todtfall des Freyherren von Plettenberg, in dasiger unserer Dombkirchen, im päbstlichen Monathe, und also unß zur anderweithen Collation erledigten Domb Präbenden, unterm vorwande eines, darüber genohmmen Capitularschlußes, den grafen von Schaesberg hinwiederumb nominiren zu wollen:

Vielweniger annoch hätten wir unß inmahlen vorstellen können, daß ihr, unser Dombdechant, euch unterstanden haben würdet, geschehener maßen, uber dieser vorgang, unser Protection zu suchen, welchen wir, an und für sich selbst, andrist nicht betrachten, alß eine leidige Aufkündigung aller Ehrerbietigkeit, welche zu unß, ihr und sambtliche euere Mitcapitulares nach Anleitung aller göttlich=, geistlich= und weltlichen Rechten unabwendig zu heegen, lediglich verpflichtet seydt.

Es würde überflüßig seyn, durch weithwendig angeführte Rechtsgründe, euch, eueres, bey diesem geschäfte bezeugten unfugs zu überweisen, bevorab, wohe ihr euch von selbst gar leichtlich zu bescheiden wißen werdet, daß das von päbstlicher Heiligkeit unß verliehenes Indultum conferendi, bey dermahlen offenstehenden päbstlichen Stuhle, dergestalten nicht erloschen seye, umb euererseiths, bey gegenwärtigem Erledi-

gungsfalle, sich einer anderweithen, unß und unseren Gerechtsamen höchstnachteiligen Nomination, befügter dingen, unterfangen zu mögen.

Die unß auf die ungekränckte Beybehaltung aller unserer geheiligten Vorrechten hauptsächlich gerichtete Obligenheiten verbinden unß unnachlässlich, alle in Händen habende Mittelen, bey zeit und gelegenheit, wider diejenige zu bewerkstelligen, welche sothane Vorrechten so offenbahr und ungescheueter bekräncken zu wollen, von neuelichen zeiten her, schier zur unverantwortlichen Gewohnheit machen.

Von euerem Corpore, oder doch wenigst deßen größstem Theile haben wir eine weith mildere Muthmaßung, alß daß wir noch zur Zeit glauben solten, daß er an diesem so anstoßlichen und bösen Folgerungen unterworffenen Vorgange einen Antheil nehme.

Wir halten vielmehr dafür, daß es nichts andrist, alß ein durch wenige mit bösen Absichten umgehende Leuthe angestelltes Wesen seye, welche durch den unbesonnenen Beyfall eines oder anderen eurer Mitcapitularen, zu ihrem selbst eigenen und des gesambten Corporis offenbahren nachtheile, dasjenig, alß ein Capitularschluß heraus zu streichen, sich nicht entblöden, welches jedannoch, nach bedachtlicher der sachen erwegunge bey einer förmblich und vollkommener Capitular=versammlung, von denen sanioribus lediglich alß ein verderbliches unternehmen angesehen, und verabscheuet werden dörrfte; weshalb wir unß dan auch zu euch versehen, ihr werdet dergleichen, mit dem nahmen einer Capitular versammlung authorisirt, dem Vernehmen nach, gemein werden wollende privat conventicula fürs künfftig abzustellen, in wichtigen Vorfällenheiten /: unter welche die dermahlige Begebenheit billigst gerechnet werden mag :/ bedachtlich und recht capitulariter zu wercke zu gehen, und dadurch zu verhüten wißen, daß einem gantzen Corpori, von weßen mehrist und vernünfftigeren Gliederen, wir biß daran alles gutes vermuthen, durch den unbesonnenen Vorgang einiger mit verkehrten principiis und absichten umgehender anführeren kein unbeybringlicher nachtheil verursacht, und waß das argist ist, zwischen unß, alß eueren vorgesetzten Bischoffen und Landtsfürsten an einer, und dem gesambten Capitul an anderer seithen nicht etwa verderbliche collisionis erwecket werden mögen; gleichwie nun nichts billigers ist, alß daß in diesem, und übrig dergleichen fällen zwischen denen wohl- und übelgesinneten, ein solcher bedachtli-

cher unterscheid gemacht werde, mittels weßen jene mit gnaden angesehen, wider diese aber, mit wohlverdienter ahndung verfahren werden könne.

So gewärtigen wir, daß von allen denjenigen, welche auß euren mittel, an diesem so anstößlichen und gehäßlichen unwesen keinen antheil nehmen, unß die schriftliche erklärung, und zwarn von einem jeden ins besondere fürdersambst unterthänigst eingeschickt werde. Übrigens werdet ihr mit allem, unß oder unserem Collatorio Dombdechanten Freyherren von Loe etwa nachtheiligen ferneren verfahren, von selbst abzustehen ohnermangeln und auf solche weise verhüten, daß wir unsere wohlgegründet und geheiligte gerechtsame durch anderweithen, allen an derselben unerlaubter beeinträchtigung theilnehmenden vielleicht unanständige mitteln, ungekränckt und aufrecht zu erhalten unabwendig nicht genöthiget werden. Bleiben euch übrigens mit chur- und fürstlich Hulden und Gnaden wohlbeygethan. Bonn den 23. Julij 1740.

Clement August Churfurst

Anschreiben, Papier. – Rückseite: *Rescriptum ser(enissi)mi C:A: an das Thumcapitul zu Paderborn, die durch den Todt des H. v. Plettenberg erledigte Dom Præbende betrifft.*

LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 215.36.

**Nr. 17.**

**1740 August 1, Paderborn**

Bekanntmachung der bischöflichen Indultkollation für Henrich Friderich Philipp Godefrid von Lohe beim Domkapitel.

Ad relationem mei secretarii wegen des mandatarii beneficiati Herisiensis Westphalen der Notarius Apostolicus Reckwein nur secretario ad protocollum coram testibus intimirt habe originale Collationem Ser(enissi)mi nostro quâ indultarii Apostolici super præbendâ per obitum R(everendissi)mi Dni Camerarii de Plettenberg sub 3<sup>to</sup> Julij in mense alias pontificio sede apostolicâ adhuc vacante aperta seu vacata favore R(everendissi)mi Dni Decani Hildesiensis L.B. de Loe unâ cum literis copialibus requisitionis mandati procuratorii, et attestati 1mæ tonsuræ. –

Dein cum arbore stemmaticâ sive serie insignium præfati R(everendissi)mi Dni neo provisi p. cum petitis ut in ejusdem extractu protocollis notarialis continetur.

Similiter habe ich referirt, was ich dem notario insinuanti geandworttet, pro ut in eodem Extractu Laius Continetur.

Nachdem alles verlesen, ist mir secretario anbefohlen worden, dem mandatario Westphalen zu bedeuten, daß weil dessen vollmacht cum facultate substituendi clausulirt, und bey der hiesigen Thumbkirche hergebracht, daß die mandatarii presbyteris chori cathedralis genohmmen würden, er einen ex numero deren zu substitiren hette, so viell aber die insinuatatas litteras belangte, hat R(everendissi)mus D. Decanus Comes de Schaesberg vorab dero votum abgegeben, ut sequitur.

Gleichwie von Anfang dieser sache nummer gemeint gewesen noch seye die jura des g(ne)d(i)gsten Landtsherren anzugehen, alß wolten auch unter solcher bedingnüß hiermit declariret haben, daß alles was anitzo von seithen des herrn Thumb Dechandten von Loe und herrn Turnarii v. Droste hochw. hochw. respe(ctiv)e vor einiger Zeit gesonnen und gebetten worden dero bruderen sohn quâ provisi â capitulo – gegebener juri nicht præjudiciren solle noch möge, sonderen selbiges ihm proviso R(everendissi)mi Capituli salvo per omnia respectu erga ser(enissi)um nostrum auffs beste und bündigste, wie es immer geschehen mögte und könnte, rserviret haben wolten p.

Womit der selbe ex Capitulo der abtritt genohmmen.

Übrige beyde anwesende HH. Capitulares R(everendissi)mus D. Thesaurarius de Wenge et R(everendissi)mus D. L.B. de Sickingen, weil sie zwey dermahlen kein Capitulum außmachten, folglichen auch in der Sache für das mahl kein Conclusum machen könnten, vermeinten daß gleich wie sub 18. Julij â RRmus DDnis in numero tunc præsentibus in hac causa vacantia præbendalis resolviret worden, auch dermahlen dero votum abzugeben nicht im stande seyn, daß nemblich man geschehen laßen könnte, daß dergleichen Collationes, Insinuationes et reservationes ad protocollum geschehen und genohmmen würden, und könnten auch diese intimatæ litteræ beym prtocollo liggen bleiben, biß die HH. capitulares majori numero beysahmen kommen thäten, welches dem mandatario in Extractu loco resolutionis zu communiciren mir auffgegeben worden.

Protokolleintrag: LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1985, Bl. 626–628.

**Nr. 18.****1740 August 19, Paderborn**

Präsentation und Aufhängung der Wappentafel für Henrich Friderich Philipp Godefrid von Lohe.

Dan meldete sich mandatarius R(everendissi)mi D. Decani Hildesiensis L.B. de Loe nebst dem vicario Dingercus quâ substituto mandatario ejusdem R(everendissi)mi Dni in eadem causa præbendæ, dabey cum mandato substitutionis ad R(everendissi) mum Capitulum eine unterthänige erinnerung übergebend und bittend wie darin; præter modo productas requisitas litteras testimoniales exhibirte ulterius testimonia baptismi et servati biennii in urbe Romanâ, referendo se denuo ad contenta exhibitii sui memorialis, quibus omnibus lectis, ist resolvirt:

Salvo jure cujuscunque fiat affixio insignium pro more solito, und weil gegen den stammbaum nichts zu erinneren; so könnte R(everendissi) mum Capitulum geschehen lassen, das nach zúmblauff der gewöhnlichen affixionszeit die auffschwerung durch die vorgeschlagene HH. Nobiles hujus patriæ herrn geheimbten Rhat von Mengersen und herrn geheimbten Rhat von Haxthausen vor sich gehe.

.....

Auff ferners Anstehen des mandatarii R(everendissi)mi D. Decani de Loe, daß der terminus der auffschwörung â dato da ihm die indictio capituli wäre verweigert worden, nemlich â 16<sup>to</sup> hujus wenigstens determiniret werden mögte.

ist resolvirt; das Mandatarius de hodiernâ capitulari resolutione zufferist seinen herrn Pr(incip)alen zu avisiren hette, und wofern der selbe damit nicht zufrieden seyn würde, als dan omni die capitulum gehalten, und fernere entschließung genohmen werden könnte, wo inzwischen ab hodierno die der terminus der auffschwerung gerechnet und auff den 8<sup>ten</sup> negsten Mohnats Septembris gesetzt würde.

Protokolleintrag: LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1985, Bl. 629–630<sup>?</sup>.

**Nr. 19.****1740 September 8, Paderborn**

Es äußert sich Graf von Schaesberg bezüglich seines Neffen zu der Angelegenheit.

Nach dem ich vernehme, daß man salvo jure R(everendissi)mi Capituli, et ejusdem neo=provisi mei nepotis mit der aufschwerung des herren provisi ex parte Ser(enissi)mi indultarii freyherrn von Loe verfahren, und diesen zugleich ad actualem possessionem admittiren wolle, so muß zwarn ein solches erm. mein neven mit vorbehalt seines rechtens geschehen laßen, gleichwohl damit sothaner actus sowohl als dessen vorgangenes conclusum demselben an seinen jure quæsito kein præjudiz mache, auch dem hochwürd. Thumb-Capitul nicht zum nachtheil gereiche, will ich in erweigung diese sache ad capitulum generale /: als welches in 3 â 4 Tagen bevorstehet ob deficiens in mora periculum wohl bewiesen werden kan, dises nur zu erwegen bitten neoprovisi nepotis nomine aber omne jus salvum conserviret, ein so anderen von allem præjudiz bestens bedungen und auf daß mit dem vorhabendem actu biß zur sachen austrag angestanden, auch causæ partium nunmehr der freye rechts lauf bevor bleiben moge, salvo per omnia respectu erga ser(enissi)mum indultarium, geziment ersuchet, fortmehr daß diese bedingung dem protocollo R(everendissi)mi Cap(itu)li inserirt dem sich meldenden mandatario des freyh(er)n von Loe communiciret, mir aber zu dessen justification und bescheinigung gegenwärtiger reservation und verwahrung darab extractus in forma probante ertheilet werden möge zugleich gebetten und alle rechts mittele ihme meinem nepoti vorbehalten haben. Signatum Paderborn, den 8ten Sept. 1740.

Ø            graff von Schaesberg ppria

LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 215.28, Bl. 22.

**Nr. 20.****1740 September 8, Paderborn**

Aufschwörung und Possession sowie Zulassung zur Disziplin für Henrich Friderich Philipp Godefrid von Lohe.

Lapsis viginti diebus et obtentâ â R(everendissi)mi Capituli Decano convocatione ad hodiernam congregationem sistirte sich mandatarius R(everendissi)mi D. neo Provisi

L.B. et Decani de Loe und beehrte nunmehr, daß dessen herr principalis zur auffschwerung und possession admittirt werden mögte, productantante testimonia 1ma Tonsuræ et studiorum denuò producendo unà cum quietantiis super solutis juribus statutariis.

quibus lectis in vim prioris conclusi admittatur

Hierauff sistirten sich die erwehlte beyde herren auffschwerere herr geheimbter Rhat von Mengersen schickten ad protocollum gewöhnliche reversales.

Lectis et approbatis reversalibus admissi ambo nobiles de Patriâ, welche dan den præsentirt und affigirt gewesenen stammbaum würcklich more solito beschworen haben.

Hiernebst wurde R(everendissi)mus D. neo provisus L.B. de Loe persönlich vorgefaßen, der dan den stammbaum gleichfalß beschworen, und das er darab descendire aydlich affimiret hatt.

Deme dan emissa dein fidei professione et præstito solito juramento per R(everendissi)mum D. Cantorem quâ capituli præsidem actualis possessio mediante byretho capiti imposito ertheilet auch ad stallum in choro geführet worden. Demnebst hat R(everendissi)mus D. provisus L.B. de Loe per R(everendissi)mum Dnum cameraarium de Metternich nomine absentis R(everendissi)mi Domini Scholastici begehret, würcklich ad disciplinam admittiret zu werden, producendo requisita testimonia ex ante modo producta ætatis scilicet et studiorum.

Darauff wurde per R(everendissi)mum Dnum Decanum comitem de Schaesberg pro neo proviso D. nepote ad protocollum geschicket recessus in scriptis sub ejusdem manu et sigillo.

Quo lecto ist resolvirt: daß solcher ad protocollum genohmmen, mithin dem proviso Dno de Loe communicirt, auch R(everendissi)mo D. decano extractus protocollum ertheilet werden könne;

wie demnebst producta testimonia ætatis et studiorum per integrum annum et 6. septimanas ex universitate urbis Romana verlesen,

ist resolvirt: daß salvo partium jure et periculo impetrantis ad disciplinam per actum continuum zu admittiren, gleich solches bey dem herrn Thumbcapitularen von Bucholtz stante tunc temporis lite in curiâ Romana introducta der zeit geschehen wäre.

Protokolleintrag: LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1985, Bl. 636<sup>2</sup>–638.  
Abschrift: LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 215.28, Bl. 20–21<sup>1</sup>.

**Nr. 21.**

**1740 Oktober 20, Paderborn**

Emanzipation für Henrich Friderich Philipp Godefrid von Lohe.

Mandatarius R(everendissi)mi Dni L.B. de Loe schickte ad protocollum recessum inscriptis, bittend weil die 6 wochen der Disciplin vorbeý, seinen herrn p(rinci)palem numehro more solito zu emancipiren, producirte des endts ulteriores quietantias super solutis statutariis pecuniis.

Auditis dein vicarius an semper primus et ultimus fuerit in choro udito etiam pedello an continuo per 6 septimanas fuerit intra limites immunitatis et pernoctaverit sub tecto ecclesie – eaque omnia in vim præstiti juramenti affirmantibus – præstitâ etiam præviè per R(everendissi)mum D. Thesaurarium cautione de solvendis intra annum pecuniis, wegen der chorkappen, decreta est emancipatio. Vocatus dein R(everendissi)mus D. L.B. de Loe et ex choro ad capitulum introductus et emancipatus, eique locus in capitulo assignatus est.

Dan ist befohlen, daß des neo Emancipati Wapen dem Calender nunmehr zu inseriren.

Protokolleintrag: LAV NRW W, Domkapitel Paderborn, Akte 1985, Bl. 665<sup>2</sup>–666.



## Die Grabplatte des Bischofs Wilhelm II. Schneider im Dom zu Paderborn

*Hans Gerd Dormagen*

Die gravierte Grabplatte des Bischofs Wilhelm Schneider steht in der Tradition metallener Grabplatten des späten Mittelalters. In der 2. Hälfte des 14. Jahrhunderts überschwemmt gravierte Grabplatten aus Flandern in hervorragender Qualität im Zuge der Handelsverbindungen der Hanse ganz Europa, vor allem aber den Nordosten des Deutschen Reiches und Polen. Ende des 15. und in der 1. Hälfte des 16. Jahrhunderts stellte die Nürnberger Gießfamilie Vischer eine große Anzahl solcher Platten aus Messing her. Sie war über drei Generationen in der Lage, die Grabstätten höchster kirchlicher Würdenträger und fürstlicher Persönlichkeiten nach dem Zeitgeschmack auszustatten. Die Härte des verwendeten Materials garantierte eine lange Lebensdauer; darüber hinaus entsprach die goldfarbene Oberfläche dem Anliegen der Auftraggeber, den Wohlstand des Verstorbenen und dessen gesellschaftliche Stellung hervorzuheben.



Abb. 1: Grabplatte des Bischofs Wilhelm Schneider, in situ, Abrieb

Drei solche außerordentlichen Kunstwerke, vermutlich jedoch aus einheimischer Produktion, beherbergt auch der Hohe Dom zu Paderborn. Die Grabplatten der Bischöfe Bernhard zur Lippe (1321 – 1341) und Heinrich von Spiegel zum Desenberg (1361 – 1380) sowie des ernannten, aber vor seiner Weihe verstorbenen Ruprecht von Berg (1389 – 1394). Diese haben sich bis heute erhalten und zieren prominente Standorte; zwei die Vierungspfeiler, eine die Nordwand des nördlichen Seitenschiffs.

Doch dürften diese Vorlagen nicht der ausschlaggebende Faktor für die Anfertigung der Grabplatte Bischof Schneiders gewesen sein. Vielmehr werden als Vorbild wohl die im 19. Jahrhunderts angefertigten Denkmäler für die Kölner Erzbischöfe Ferdinand August von Spiegel (1824 – 1835) und Johannes Kardinal von Geissel (1845 – 1864) gedient haben.

Auch Hubertus Theophil Simar, der Amtsvorgänger Wilhelm Schneiders auf dem Bischofsstuhl in Paderborn, hatte eine gravierte Grabplatte erhalten, nachdem er nach nur etwas

mehr als zwei Jahren als Metropolit und Erzbischof von Köln im Jahre 1902 gestorben war. Gerade die letztgenannte Gedenkplatte, welche der Kölner Goldschmied Johann Heinrich Birgel nach einer Zeichnung des in Utrecht lebenden, aber aus Köln stammenden Friedrich Wilhelm Mengelberg herstellte, wird Anlass gegeben haben, diese Künstlergemeinschaft mit der Anfertigung einer Gedenkplatte für den 1909 verstorbenen Paderborner Bischofs Wilhelm Schneider zu betrauen.

Birgel hatte bereits dem Kölner Domherren Georg von Eyschen (gest. 1654) im Auftrag seines Nachkommen, des Luxemburger Staatsministers und Regierungspräsidenten Paul Eyschen (1841 – 1915) im Jahre 1902 eine Gedenkplatte angefertigt. Diese schmückt die Südwand der Stephanuskapelle im Kölner Dom; auch hier hatte Mengelberg den Entwurf geschaffen.

Die Zufriedenheit der Auftraggeber war offenbar, denn die beiden Kunsthandwerker erhielten weitere Aufträge. Für die um die Jahrhundertwende in kurzer Folge verstorbenen Kölner Erzbischöfe Paul Melchers (gest. 1895), Philipp Krementz (gest. 1899) und Anton Fischer (gest. 1912) lieferten sie im Jahre 1914 qualitativ hochwertige Tafeln im Stile der Gotik. Alle haben die Zerstörungen des 2. Weltkrieges überstanden und liegen heute im inneren Chor des Kölner Domes<sup>1</sup>.

Johann Heinrich Birgel (gest. 1917) gründete im Jahre 1889 in Köln sein Atelier für kirchliche und profane Goldschmiedekunst; auch als Graveur, Ziseleur und Emailleur machte er sich einen Namen. Auf den großen Ausstellungen erreichten seine Werke mehrfach Prämierungen, wie z. B. 1889 eine goldene Medaille in Köln, 1894 in Antwerpen eine goldene und eine silberne Medaille und 1902 eine Bronzemedaille in Düsseldorf. An kirchlichen Ausstattungen schuf er Tabernakeltüren, Kreuzwegstationen, Taufsteindeckel und, neben den Grabplatten für die Kölner Erzbischöfe, auch solche für den Paderborner Bischof Wilhelm Schneider sowie für Franz Ludwig Fleck, den 1899 verstorbenen Bischof von Metz. Viele der liturgischen Geräte (Vortragekreuze, Kelche, Monstranzen, Hostiendosen und Reliquiare)<sup>2</sup>, die er vor allem für Kölner und rheinische Kirchen schuf, sind unter den Trümmern der Kirchen im 2. Weltkrieg begraben und vernichtet worden.

Fruchtbar war seine Zusammenarbeit mit Friedrich Wilhelm Mengelberg (\* 18. Oktober 1837, gest. 6. Februar 1919)<sup>3</sup>, der aus einer Kölner Künstlerfamilie stammt. An der Zeichenschule seines Großvaters wurde sein Interesse an der mittelalterlichen Kunst geweckt. Nach einem praktischen Studium bei dem Kölner Bildhauer Christoph Stephan (1797 – 1864) gründete Mengelberg eine Bildhauerwerkstatt in Köln, siedelte aber 1865 nach Aachen über. Im Jahre 1869 wanderte er nach Utrecht aus, nachdem er für die dortige Katharinen Kathedrale einen Bischofsstuhl angefertigt und Folgeaufträge erhalten hatte. Als Mitglied der St. Bernulphusgilde sah er sich der Wahrung nationaler Tradition in der religiösen Kunst ver-

- 1 DORMAGEN, Hans Gerd: Erzbischöfliche Grabplatten des 19. und 20. Jahrhunderts im Dom zu Köln, MS, o. O. 2014 (Dombauarchiv Köln, CD Y Dorm).
- 2 SCHÄFKE, Werner : Goldschmiedearbeiten des Historismus in Köln, in: BORGER, Hugo/ STEUER, Heike (Hg.): Wissenschaftliche Kataloge des Kölnischen Stadtmuseums, Köln 1980, S. 188–196.
- 3 LOOYENGA, J. A.: Eine unbekannt Biographie des Bildhauers Friedrich Wilhelm Mengelberg, in: Jahrbuch des Kölnischen Geschichtsvereins, Band 54 (1983), S. 189–210.

pflichtet; eine seiner Neigungen galt der Wiederbelebung des gotischen Stils. Sein Atelier florierte; in Spitzenzeiten beschäftigte er 32 Mitarbeiter.

Beziehungen zu seiner Vaterstadt Köln hielt Mengelberg lebenslang aufrecht. Geschäftlich wichtig dürfte der Kontakt zum Kölner Domherrn Alexander Schnütgen gewesen sein. Zahlreiche seiner Schöpfungen haben sich bis heute im Kölner Dom, aber auch vielen anderen Kirchen im Rheinland erhalten. Die überwiegende Menge seiner Altäre, Kanzeln, Orgelverkleidungen, Kirchenbänke und Kreuzwegstationen findet sich allerdings in den Niederlanden.

Mengelbergs Neigung zum Zeichnen tragen die Entwürfe der gotisierenden Grab- und Gedächtnisplatten Rechnung. Evident werden sie außerdem an zwei Prozessionsfahnen gleichen Stils in der Domschatzkammer zu Köln.

### Wilhelm II. Schneider (\* 4. September 1847; gest. 31. August 1909)

Metallgrabplatte, graviert; sie ist an der Nordwand der Krypta links vom Choraufgang angebracht. Größe: 215 x 110 cm; in einem Stück gegossen.

#### *Epigraphik:*

Vierseitige Umschrift, beginnend unten auf der linken Längsseite, in unzialen Majuskeln; in lateinischer Sprache. Schriftgröße: 5 cm dreiseitig, untere Schmalseite: 5,3 cm. Die Platte war zur unmittelbaren Montage an der Wand vorgesehen. Die Schrift der beiden Längsseiten sowie der oberen Schmalseite sind von innen lesbar, während der Text der unteren Schmalseite von außen lesbar ist.

#### *Text:*

RE(VEREN)D(ISSI)MUS • ILL(USTRISSI)MUS • WILHELMUS • SCHNEI-  
 DER • S(ACRAE) • THEOL(OGIAE) • DOCT(OR) • / E(PISCO)PUS •  
 PADERB(ORNENSIS) • ADMINISTR(ATOR) • / VICARIAT(I) • AP(OSTOLICI) •  
 ANHALTIN(ENSIS) : NAT(US) • D(IE) • IV • M(ENSIS) • SEPT(EMBRIS) • 1847 •  
 CONS(ECRATUS) • D(IE) • XV • M(ENSIS) • AUG(USTI) • 1900 / OBIIT • D(IE) •  
 XXXI • M(ENSIS) • AUG(USTI) • 1909

#### *Übersetzung:*

Der äußerst ehrenwürdige, hoch angesehene Wilhelm Schneider, Doktor der heiligen Theologie, Bischof von Paderborn, Verwalter des Apostolischen Vikariats Anhalt<sup>4</sup>, geboren am

4 BRANDT, Hans Jürgen/ HENGST, Karl: Geschichte des Erzbistums Paderborn, Band 3: Das Bistum Paderborn im Industriezeitalter 1821 – 1930 /Veröffentlichungen zur Geschichte der Mitteldeut-

4. Tag des Monats September 1847, geweiht am 15. Tag des Monats August 1900, starb am 31. Tag des Monats August 1909.

### Wappen:

**links:** geviert: 1. Bistum Paderborn (goldenes) Kreuz (in Rot)<sup>5</sup>. 2 und 3. Privatwappen (silbernes Einhorn in Blau). 4. Grafschaft Pyrmont: (rotes) Ankerkreuz (in Silber)<sup>6</sup>.

Vor jeweils schräg gestelltem, (goldenen) Bischofsstab und Vortragekreuz steht der Schild; aufgesetzt ist eine (goldene) Mitra. Den Schild umrahmt ein Prälatenhut (in Grün), von dessen (grünen) Schnüren beiderseits sechs Quasten herabfallen. Darunter ist sein Wahlspruch vermerkt: „in veritate et aequitate“ – in Wahrheit und Gerechtigkeit – (Ps 110,8 – ältere Nummerierung). Auch an der Außenmauer der Pfarrkirche St. Antonius Einsiedler zu Gerlingen, dem Heimatort Bischof Schneiders, ist dieses Wappen angebracht.

Farbig und prominent prangt das Wappen auf dem rückseitigen Querriegel des Rationales, das Bischof Ferdinand von Fürstenberg im Jahre 1666 anfertigen und Bischof Wilhelm Schneider 1906 renovieren ließ. Es ist das gegenwärtig Verwendete und wird in der Dom-schatzkammer aufbewahrt<sup>7</sup>.

**rechts:** Erzbistum Köln (schwarzes Kreuz in Silber)

### Beschreibung:

Das Bildzentrum füllt die etwa lebensgroße Gestalt des Verstorbenen in vollem bischöflichem Ornat aus, der dem Betrachter frontal entgegensteht. Er steht auf zwei, wohl Löwen darstellenden Tiergestalten. Seinen Kopf bedeckt eine Mitra, ein wenig höher als breit, besetzt mit bestickten Aurifrisien. Auch die Flächen der tituli sind mit Pretiosen und Stickereien geschmückt. Um den Hals ist der verzierte Amikt faltenreich geschlungen. Über die Schultern fällt das Paderborner Rationale<sup>8</sup>, bestehend aus zwei fransenbesetzten Längsstreifen, die auf der Brust und dem Rücken durch textile Querriegel verbunden sind. Den

schen Kirchenprovinz 14), Paderborn 1997, S. 57f.: Das Apostolische Vikariat Anhalt, das 1825 eingerichtet wurde, kam 1868 an das Bistum Paderborn, wurde aber erst am 1. März 1921 vollrechtlich eingegliedert.

5 1789 änderte Fürstbischof Franz Egon von Fürstenberg die Farben; das alte Wappen zeigte in Silber ein rotes Kreuz.

6 Bis 1802 waren die Paderborner Fürstbischöfe auch Grafen von Pyrmont.

7 HONSELMANN, Klemens: Das Rationale der Bischöfe, Paderborn 1975, Vorsatzblatt, S. 42 und Abb. 9.

8 Seit 1133, als Papst Innozenz II. das Tragen als Auszeichnung verlieh, gehört das Rationale an bestimmten Festtagen (Gründonnerstag, Ostern, Christi Himmelfahrt, Johann Baptist [24. Juni], Peter und Paul [29. Juni], Marien Himmelfahrt [15. August], Allerheiligen, Weihnachten, Epiphania [6. Januar] zur Pontifikalkleidung des Paderborner Oberhirten. Überdies tragen es jetzt nur noch der Erzbischof von Krakau sowie die Bischöfe von Eichstätt und Toul-Nancy. HONSELMANN (wie Anm. 7), S. 41 ff., 119, Abb. 25; BRANDT/HENGST 1997 (wie Anm. 4), S. 381.

Das Rationale des Bischofs Ferdinand von Fürstenberg (1666) ließ Bischof Wilhelm Schneider 1906 renovieren, datieren und mit seinem Wappen versehen. HONSELMANN (wie Anm. 7), Abb. 9.

vorderen, sichtbaren Querstreifen zieren Stickereien sowie ein von Diamanten umgebener Edelstein.

Die Kasel fällt reich in zahlreichen Schüsselfalten herab, vorne mit einem Besatz in Form eines Gabelkreuzes. Darunter trägt der Bischof eine Dalmatik mit Fransenbesatz. Als Unterkleidung ist ein weitärmeliges, etwas längeres Superpelliceum mit ungeschmücktem Saum erkennbar<sup>9</sup>. Hierunter schließlich sind die beiden fransenverzierten Enden der Stola zu sehen. Die Albe reicht mit steifen Parallelfalten bis auf die Füße und gibt nur die Spitzen der geschmückten Schuhe frei. Bestickte, seidene Pontifikalhandschuhe bedecken die Hände. Der Bischofsring steckt am Ringfinger der rechten Hand. Über den linken Arm ist die Manipel gelegt. Deren Dekor sowie die Motive auf der Stola und das Zierband der Kasel sind nicht identisch, doch mit sehr ähnlichen geometrischen Objekten ausgearbeitet. Den Bischofsstab hält der Verstorbene senkrecht. Die mit Krabben besetzte Krümme läuft in einem Weinblatt aus<sup>10</sup>. Vergleiche mit Fotos des Bischofs beweisen eindeutig, dass das sehr flach gravierte Gesicht des Bischofs Portraitcharakter besitzt.



Abb. 2: Ausschnitt des Gesichtes

Den Hintergrund verhüllt ein mit geometrischen Mustern bedeckter Wandteppich, oben abgeschlossen von einem Vielpassbogen. Der Bischof steht in einer Nische, die von einem Wimperg überfangen wird. Sein gedrückter Spitzbogen mit einem Blattmusterfries ruht auf einfachen Pilastern. Seitlich verstärkt sind diese durch Fialen bekrönten Pfeiler. Überfangen wird die Architektur von einem krabbenbesetzten Dreiecksgiebel, der in einer Kreuzblume abschließt. Diverse Zwickel sind mit unterschiedlichen Ornamenten gefüllt. Zwischen Vielpassbogen und Mitra befinden sich zwei Dreiecke mit Kreismotiven. Der Dreiecksgiebel

9 Ähnlich werden Superpelliceum und Dalmatik auf der Glasmalerei eines Obergabfensters im Dom zu Halberstadt getragen (FITZ, Eva: Die mittelalterlichen Glasmalereien im Halberstädter Dom [Corpus Vitrearum Medii Aevi, hg. von der Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften durch Frank MARTIN, Deutschland Band XVII], Berlin 2003, S. 407, Fig 250, Abb. 256.

10 Diese Ausführung entspricht nicht dem Original-Bischofsstab Schneiders, der sich im Domschatz befindet; dieser zeigt in der Krümme den hl. Gründerbischof Hathumar (806 – 815); geschaffen wurde er 1900 von dem Kölner Goldschmied Gabriel Hermching (BRANDT, Hans Jürgen / HENGST, Karl: Die Bischöfe und Erzbischöfe von Paderborn [Veröffentlichungen zur Geschichte der Mittel-deutschen Kirchenprovinz 1], Paderborn 1984, S. 38 f.; BRANDT/HENGST 1997 [wie Anm. 4], S. 356).



Abb. 3: Grabplatte des Bischofs Wilhelm Schneider, Abrieb

ist mit einer grotesken Fratze gefüllt; der Raum beidseitig der Kreuzblume birgt die oben beschriebenen Wappen.

Ein Schriftrahmen und eine breite, ungeschmückte Umgrenzung schließen die Szene nach außen ab. Die viereckigen Eckfelder sind mit den Symbolen besetzt, die die Evangelisten auszeichnen: von links unten (im Uhrzeigersinn): Markus (= Löwe), Matthäus (= Mensch), Johannes (= Adler), Lukas (= Stier).

*Hersteller:*

Gestiftet wurde die Platte von seinen Schülern und Freunden<sup>11</sup>. Angefertigt hat sie der

Kölner Goldschmied Johann Heinrich Birgel (gest. 1917) nach einem Entwurf von Friedrich Wilhelm Mengelberg (1837 – 1919).

**Biographische Daten:**

*Familie:*

Geboren wurde Wilhelm Schneider im sauerländischen Gerlingen (Pfarrei Wenden, in der Nähe von Olpe) als ältestes von sechs Kindern des Landwirts und Leinwebers Johannes Schneider (gest. 1878) und dessen Ehefrau Elisabeth, geborene Brüser (gest. 1883).

Das Sakrament der Firmung wurde ihm am 27. August 1860 gespendet; wenig später, am 2. Oktober (Schutzengelfest) des gleichen Jahres fand seine Erstkommunion statt<sup>12</sup>.

*Schulische und akademische Ausbildung:*

Nach der Volksschule besuchte er von Ostern 1861 bis zum 26. August 1863 die Höhere Stadtschule in Olpe, um dann in die Obertertia des traditionsreichen Gymnasiums Theodo-

<sup>11</sup> BRANDT/HENGST 1997, S. 136.

<sup>12</sup> LIESE, Wilhelm: Wilhelm Schneider – Professor und Bischof (bearbeitet von Hermann Josef SCHMALOR), in: SCHMALOR, Hermann Josef / HÄGER, Karl (Hg.): In Wahrheit und Gerechtigkeit. Bischof Wilhelm Schneider von Paderborn 1900 – 1909: Festgabe für Karl HENGST, Paderborn 1999, S. 33–196, hier S. 40.

rianum in Paderborn zu wechseln. Seine schulische Laufbahn schloss er hier am 12. Juli 1868 mit bestandenem Abitur ab; gleichzeitig war er Zögling im Bischöflichen Knabenkonvikt<sup>13</sup>.

Im Anschluss begann er am 17. Oktober 1868 in Paderborn das Studium der Theologie an der Theologischen Akademie; 1869 zog es ihn für vier Semester an die Universität in Bonn. Aus gesundheitlichen Gründen übersiedelte er im Herbst 1871 an die Universität Innsbruck<sup>14</sup>.

Bei seinem zweiten Besuch in Rom erwarb Schneider 1879 an der päpstlichen Universität Gregoriana in Rom die Würde eines Doktors der Theologie; der Titel wurde jedoch im damaligen Preußen nicht anerkannt<sup>15</sup>. Nach Jahren stellte er sich deshalb in Tübingen einem längeren Kolloquium und wurde am 26. Juli 1886 zum Dr. theol. promoviert; seine in der Zwischenzeit erschienenen literarischen Arbeiten ersetzten die Dissertation<sup>16</sup>.

Seit 1866 war er Mitglied der katholischen Deutschen Studentenverbindung (K. D. St. V.) Ripuaria in Bonn und später Ehrenmitglied der V. K. D. St. Saxoniam Münster im CV.

#### *Beruflicher Werdegang:*

In der Nähe von Werl arbeitete er nach dem Studium (seit Dezember 1872) für fast zehn Jahre als Hausgeistlicher und Erzieher der Kinder Giesbert und Isabella bei der Familie von Papen auf Haus Lohe<sup>17</sup>.

Am 20. Januar 1882 erhielt er vorerst eine kommissarische, am 6. Januar 1883 schließlich die Festanstellung als Dozent für Religion am Lehrerseminar zu Rüthen<sup>18</sup>.

Am 14. März 1887 ernannte ihn Bischof Kaspar Drobe zum Professor der Moraltheologie an der gerade wieder eröffneten Philosophisch-Theologischen Lehranstalt in Paderborn. Schon zum Sommersemester begann Wilhelm Schneider mit den Vorlesungen, die er noch bis in die ersten Monate des Jahres 1900 zu halten pflegte. In den Jahren 1894/95 hatte er das Dekanat der Fakultät inne<sup>19</sup>.

Am 11. Oktober 1887 ernannte der Bischof ihn auch zum Präses (Direktor) des dortigen Theologenkonvikts, des heutigen Collegium Leoninum<sup>20</sup>. Aus dieser Position zog sich Wilhelm Schneider allerdings nach seiner Wahl zum Paderborner Domherren zum 1. April 1893 zurück<sup>21</sup>.

13 LIESE 1999 (wie Anm. 12), S. 41–43.

14 LIESE 1999 (wie Anm. 12), S. 44f.

15 LIESE 1999 (wie Anm. 12), S. 52.

16 BRANDT/HENGST 1984 (wie Anm. 10), S. 322; LIESE 1999 (wie Anm. 12), S. 57.

17 Giesbert von Papen (\* 23. April 1867; gest. 9. Juni 1910); Isabella von Papen (\* 23. November 1864, gest. 18. Februar 1937, verheiratet mit Maria Hubertus Apollinaris, Graf von Spee)

18 LIESE 1999 (wie Anm. 12), S. 54.

19 LIESE 1999 (wie Anm. 12), S. 58–63 u. 69.

20 BRANDT/HENGST 1984 (wie Anm. 10), S. 322; LIESE 1999 (wie Anm. 12), S. 64; <http://lwel.org/literaturkommission/alex/index.php> und [www.literaturportal-westfalen](http://www.literaturportal-westfalen.de) (mit teils fehlerhaften Datierungen).

21 LIESE 1999 (wie Anm. 12), S. 67.

*Kirchlicher Werdegang:*

Auf Grund einer besonderen Genehmigung seines Heimatbischofs Dr. Konrad Martin durfte Wilhelm Schneider, ohne den Besuch des Priesterseminars, alle Weihen auswärts empfangen: am 2. April 1872 in Brixen die Tonsur und Minores (niedere Weihen) durch Fürstbischof Gasser; am 21. und 25. Juli 1872 erteilte ihm der Brixener Weihbischof für Vorarlberg Johann Nepomuk Amberg in Innsbruck die höheren Weihen zum Subdiakon und Diakon; dieser weihte ihn auch drei Tage später, am 28. Juli, in Feldkirch zum Priester<sup>22</sup>.

Am 21. Oktober 1874 ehrte Papst Pius IX. ihn während seines ersten Romaufenthaltes mit dem Ehrentitel eines Päpstlichen Geheimkämmerers (Ehrenkaplan)<sup>23</sup>.

Als Nachfolger des am 28. März 1892 verstorbenen Domkapitulars Bieling wurde Wilhelm Schneider in das Paderborner Domkapitel aufgenommen. Am 15. Juni diesen Jahres erfolgte die Königliche Ernennung, der schon am 6. Juli die päpstliche Bestätigung folgte<sup>24</sup>. Am 29. Juli 1894 verschied Dompropst Stuckmann. Auf Grund seines Ansehens und einflussreicher Fürsprecher setzte sich Schneiders Bewerbung durch. Kaiser Wilhelm II. (als preußischer König) ernannte ihn am 11. November 1894 zum Propst, die päpstliche Bestätigung datiert vom 13. Dezember des gleichen Jahres. Bei einer weiteren Romreise war er bereits am 7. Oktober 1893 zum päpstlichen Hausprälat ernannt worden<sup>25</sup>.

Das Domkapitel wählte Dr. Wilhelm Schneider am 10. Mai 1900 zum Bischof von Paderborn. Am 25. Juni 1900 stellte Papst Leo XIII. sein Ernennungsbriefe aus, das Kaiser Wilhelm II. am 30. Juli 1900 bestätigte. Die Bischofsweihe übernahm am 15. August 1900 (Mariä Himmelfahrt) im Dom zu Paderborn der Kölner Erzbischof Hubert Theophil Simar, sein Vorgänger auf dem Paderborner Bischofsstuhl. Mitkonsekratoren waren der Trierer Bischof Michael Felix Korum sowie Jakob Dingelstad, der Bischof von Münster<sup>26</sup>.

Mit seiner Bestätigung vom 25. Juni 1900 ernannte Papst Leo XIII. Wilhelm Schneider zeitgleich zum Apostolischen Administrator von Anhalt<sup>27</sup>.

*Sonstiges:*

Nachdrücklich förderte Bischof Wilhelm den Priesternachwuchs am Paderborner Theologenkonvikt, dem Collegium Leoninum. Bereits 1902 mussten die Gebäude um einen neuen Flügel erweitert werden. Der stark anwachsenden polnischen Bevölkerung im Ruhrgebiet trug er Rechnung, indem er das Polnische ab 1904 als Unterrichtsfach am Priesterseminar einführte<sup>28</sup>.

22 LIESE, Wilhelm: *Necrologium Paderbornense. Totenbuch Paderborner Priester (1822 – 1930)*, Paderborn 1934, S. 485; BRANDT/HENGST 1984, S. 322; LIESE 1999, S. 44ff.

23 BRANDT/HENGST 1984 (wie Anm. 10), S. 321; LIESE 1999 (wie Anm. 12), S. 51.

24 LIESE 1999 (wie Anm. 12), S. 67.

25 BRANDT/HENGST 1984 (wie Anm. 10), S. 322; LIESE 1999 (wie Anm. 12), S. 67.

26 LIESE 1934 (wie Anm. 22), S. 485; LIESE 1999 (wie Anm. 12), S. 72–88; <http://www.catholic-hierarchy.org>.

27 BRANDT/HENGST 1984 (wie Anm. 10), S. 321.

28 BRANDT/HENGST 1984 (wie Anm. 10), S. 324.



Für die Philosophisch Theologische Lehranstalt erließ er 1903 eine neue Studien- und Prüfungsordnung, die Bedeutung der Akademischen Bibliothek festigte der Bischof mit der Neuordnung des Jahres 1904<sup>29</sup>.

Bedingt durch die während seiner Amtszeit stark gewachsene Zahl der Katholiken in seinem Bistum, errichtete Bischof Schneider sechs neue Dekanate, 31 Pfarreien und 141 Seelsorgebezirke, vorwiegend im Paderborner Anteil des Ruhrgebietes. Diese konnte er mit eigenen Geistlichen besetzen<sup>30</sup>. In seiner neunjährigen Zeit als Bischof weihte er insgesamt 199 Priester<sup>31</sup>.

1902 war er als Kandidat bei der Neuwahl des Kölner Erzbischofs im Gespräch, seine Wahl scheiterte jedoch. Er konnte sich weder die Zustimmung des Vatikans noch der preußischen Staates sichern<sup>32</sup>.

*Schriftstellerische Tätigkeit mit den wichtigsten Werken<sup>33</sup>:*

Hilfe der armen Seelen. Ein vollständiges Andachtsbuch für katholische Christen, Paderborn 1875.

Das bittere Leiden Jesu Christi und Mariä. Katholisches Andachts- und Erbauungsbuch mit täglichen Betrachtungen, Paderborn 1876.

Das Wiedersehen im andern Leben. Trostworte an Trauernde. Paderborn 1879. (insgesamt 23 Auflagen)

Der neuere Geisterglaube. Thatsachen, Täuschungen und Theorien, Paderborn 1882.

Lebensweisheit, Paderborn 1882.

Die australischen Eingeborenen, Frankfurt (Main) 1884 (Frankfurter zeitgemäße Broschüren, N. F. 5,3), S. 63 - 102.

Die Culturfähigkeit des Negers, Frankfurt (Main) 1885 (Frankfurter zeitgemäße Broschüren, N. F. 6,5), S. 177 - 220.

Die Naturvölker. Mißverständnisse, Mißdeutungen und Mißhandlungen, 2 Bände, Paderborn, Münster 1885/86.

Die Religion der afrikanischen Naturvölker (Darstellungen aus dem Gebiete der nichtchristlichen Religionen, Bd. V/VI), Münster 1891.

29 BRANDT/HENGST 1984 (wie Anm. 10), S. 322.

30 BRANDT/HENGST 1984 (wie Anm. 10), S. 324; BRANDT/HENGST 1997 (wie Anm. 4), S. 105, 110.

31 BRANDT/HENGST 1984 (wie Anm. 10), S. 326.

32 BRANDT/HENGST 1984 (wie Anm. 10), S. 326.

33 LIESE 1934 (wie Anm. 22), S. 486; mersch-justus, Ulrich: Schriftenverzeichnis Wilhelm Schneider, in: SCHMALOR, Hermann Josef / HÄGER, Karl (Hg.): In Wahrheit und Gerechtigkeit. Bischof Wilhelm Schneider von Paderborn 1900 – 1909. Festgabe für Karl HENGST, Paderborn 1999, S. 197–206; www.literaturportal-westfalen.

Allgemeinheit und Einheit des sittlichen Bewußtseins, Köln 1895 (1. Vereinsschrift der Görres-Gesellschaft).

Göttliche Weltordnung und religionslose Sittlichkeit. Zeitgemäße Erörterungen von Dr. Wilhelm Schneider, Paderborn 1900.

## Die neuen Barfußhistoriker?

*Mareike Menne*

Im sozialen Netzwerk Facebook gibt es (mindestens) vier Gruppen, die Nutzer geschaffen haben, um dort Inhalte über das historische Paderborn zu teilen:

- Du lebst schon lange in Paderborn, wenn ... (12.118 Mitglieder),
- Wenn du aus Paderborn kommst, dann ... (1.225 Mitglieder),
- Ruinen, Bunker und Verlassenes in und um Paderborn ... (4922 Mitglieder),
- Paderborn gestern und heute (1.960 Mitglieder, Mitgliederzahlen Stand 3. August 2016).

Es handelt sich nicht um ein Phänomen, das auf Paderborn begrenzt ist; insbesondere die „Du-lebst-schon-lange-in-ORT,-wenn“-Gruppen gibt es recht häufig, wenn auch mit sehr heterogenen Mitgliederzahlen: Die Gruppe für Berlin hat 103 Mitglieder, die für die Salzkottener Ortsteile Obern- und Niederntudorf hingegen 490 – die Mitgliederzahlen erlauben folglich keinen Rückschluss auf die Erinnerungsrelevanz des Ortes.

Die Paderborner Gruppe mit gut 12.000 Mitgliedern zählt zu den stärksten Gruppen mit einer irgendwie lokalthistorischen Ausrichtung, und verglichen mit anderen weist sie auch eine relativ hohe Zahl aktiver Mitglieder und eine hohe Frequenz an Posts auf. Sie wurde von der Tageszeitung Neue Westfälische initiiert und wird weiterhin von einer Mitarbeiterin der Zeitung moderiert. Gepostet werden überwiegend Fotos aus dem letzten Jahrhundert, die anschließend von Gruppenmitgliedern kommentiert werden. Fehlende Orts- und Personennamen werden ergänzt, Gebäude lokalisiert, Informationen darüber ausgetauscht, Anekdoten erzählt, Tipps gegeben.


23 Std. · Nordrhein-Westfalen

Hallo, mich würde interessieren ob wohl 1945 ein ein kleines bißchen Libori gewesen ist ? Oder ob ein paar Wochen nach dem Kriegsende, aufgrund von anderen Sorgen, Libori eventuell nicht stattgefunden hat.

 Gefällt mir   
  Kommentieren

 5


„Wir gehen auf Libori“ | ZEIT ONLINE - Die Zeit  
[www.zeit.de/1949/31/wir-gehen-auf-libori](http://www.zeit.de/1949/31/wir-gehen-auf-libori)

**„Wir gehen auf Libori“**  
 Sommerlicher Bilderbogen aus dem festlichen Paderborn  
ZEIT.DE | VON ZEIT ONLINE GMBH, HAMBURG, GERMANY

Gefällt mir · Antworten ·  4 · 23 Std.


Diesen Artikel habe ich gefunden. Daraus geht hervor, dass 1949 das erste mal wieder Libori gefeiert wurde. Ob es stimmt???

Gefällt mir · Antworten ·  2 · 23 Std.


Auf den alten Fotos vom Pottmarkt sieht man die zerstörten Turmhelme der Abdinghofkirche, 1949 könnte passen. Eventuell war aber auch 1946/47/48 schon ein Markt.

Gefällt mir · Antworten ·  2 · 22 Std.


Vor ein paar Tagen waren hier in der Gruppe doch Fotos vom Pottmarkt, die von 1947 gewesen sein sollen, mit den zerstörten Türmen der Abdinghofkirche. Aber niemand weiß anscheinend noch genau was 1945 bezüglich Libori war.

Gefällt mir · Antworten · 19 Std.


Also Libori gibt es schon seit 18..., wie man hier nachlesen kann:

<https://books.google.de/books?id=xA3LpnCeZPQC&pg=PA92...>



**Libori. Das Kirchen- und Volksfest in Paderborn**  
BOOKS.GOOGLE.DE

Gefällt mir · Antworten ·  1 · 18 Std.


Auf Seite 211 steht die Liborifeier 1945 beschränkte sich auf das Abhalten des 40 Stunden Gebet, das in der erhaltene gebliebenen Domkrypta abgehalten wurde. Der Richtkranz des Domes wurde zu Klein-Libori 1946 aufgezogen. Die Liborifeste 1946 und 1947 standen unter dem Motto: Paderborn ist keine tote Stadt. 1946 fanden die kirchlichen Feiern teilweise, 1947 ganz in der Georgkirche statt.

Gefällt mir · Antworten ·  6 · 17 Std.

Abb. 1: Screenshot vom 29.7.2016 in der Gruppe „Du lebst schon lange in Paderborn, wenn ...“

Also, würde man meinen, boomt in Paderborn die Lokalgeschichte, zumindest die der jüngeren Vergangenheit, und sie hat ihren Weg in die sozialen Medien gefunden. Die neue Generation, ein neuer Arbeitsweg der „Barfußhistoriker“?

Als „Barfußhistoriker“ galten in den 1980er Jahren Laien, die in der Regel kein geschichtswissenschaftliches Studium absolviert hatten und trotzdem historische Forschung und Repräsentation betrieben. Die Bewegung hatte ihren Anfang in Skandinavien genommen; heute ist vielleicht ihr Slogan „Grabe, wo du stehst“ noch ein Begriff.<sup>1</sup> Sie leisteten schließlich auch in Deutschland organisiert in Vereine und Geschichtswerkstätten viele Beiträge zur Orts- und Familiengeschichte, insbesondere auch zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Im Mittelpunkt stand eine Geschichte von unten, die sich unkonventioneller Methoden (bisweilen auch gar keiner Methode) bediente und sich mitunter Themen widmete, die in der akademischen Geschichtsschreibung keine oder nur eine geringe Rolle spielte. In der Deutung der Barfußhistoriker überwiegt daher die Tendenz, den emanzipatorischen und politischen Charakter dieser Art, Geschichte zu betreiben, zu betonen.

Nun mag man – emanzipatorisch gedacht – annehmen, dass die sozialen Medien dieser Bewegung technische Möglichkeiten zur Verfügung stellen, die ihr einen Schub verpasst hätten. Und in der Tat graben die Mitglieder der Facebook-Gruppen dort, wo sie stehen: auf Dachböden, in Nachlässen, in privaten Sammlungen. Zum Vorschein kommen alte Aufnahmen von Städten und ihren Bewohnern.

Doch aus diesem Fundus entsteht keine Geschichtsschreibung. Es entsteht nicht einmal ein Austausch mit der institutionalisierten Geschichtsschreibung in der lokalen Universität, in Museen oder Geschichtsvereinen. Weiterhin ist unklar, ob ein Austausch überhaupt gewünscht ist. Nun sind die Paderborner Institutionen allerdings kaum auf Facebook präsent. Vom Historischen Institut unterhält nur Rainer Pöppinghege eine Seite „Neueste Geschichte und Didaktik“. Das Kreismuseum Wewelsburg, der Verein für Geschichte an der Uni Paderborn pflegen keine aktive Facebook-Seite und scheinen auch nicht in anderen sozialen Medien vertreten. Für den Altertumsverein betreibt nur die Abteilung Münster eine Seite.

Entgeht uns da was?

Die relative Stärke allein der Gruppe „Du lebst schon lange in Paderborn, wenn ...“, die die Mitgliedszahlen von Institut und Vereinen weit übersteigt, lohnt eine Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Historisierung der eigenen Umwelt. Das Posting historischer Quellen wird in der Gruppe nämlich eben nicht zum emanzipatorischen „Grabe, wo du stehst“; schwierige, komplexe Themen – ob inhaltlich, etwa der Nationalsozialismus, oder reflexiv, etwa theoretische Zugänge – tauchen kaum auf. Dafür findet sich die Überführung individueller in eine kollektive Erinnerung („... kenne ich auch...“, „ich war dabei“), und auch die Freude am (Wieder)Finden wird gemeinsam zelebriert.

So verwundert es nicht, dass keine Debatten um zentrale Gebäude geführt werden, sondern die Gruppen sich wesentlich einig darüber sind, dass z. B. eine „historische“

1 LINDQUIST, Sven: Grabe wo du stehst. Handbuch zur Erforschung der eigenen Geschichte, Bonn 1989.

Gestaltung des Marktplatzes wünschenswert gewesen wäre, oder wenigstens eine, die einen „historischen“ Eindruck des Marktplatzes entstehen ließe, oder auf jeden Fall ohne das Diözesanmuseum.

Ein wissenschaftliches Geschichtsbild, überhaupt ein Geschichtsbild in neutraler Absicht, fehlt. Die Gruppen verfolgen Zwecke, und diese sind wesentlich emotional. Achim Landwehr verweist darauf, dass Nostalgie zunächst als psychische Erkrankung galt, ehe sie sich zu einer „paradoxen emotionalen Gemengelage“ wandelte, die „Verlust und Rückgewinnung in sich vereinigt: Das Entschwinden vergangener Zeiten soll mittels nostalgischer Praktiken abgefangen werden.“<sup>2</sup> Nostalgische Praktiken sind folglich strikt gegenwartsbezogen, im Unterschied zu einer (hoffentlich) auf die Zukunft ausgerichteten Geschichtsschreibung.

Historisch-nostalgische Gruppen in sozialen Netzwerken bieten akademischen HistorikerInnen neue Möglichkeiten:

heuristisch. Hier werden Quellen gepostet, die für die Lokal- und Sozialgeschichte aussagekräftig sind. Persönliche Erinnerungen, Erinnerungsträger und Egodokumente können identifiziert und abgerufen werden.

kommunikativ: Soziale Medien erlauben den Austausch zwischen akademischer und Laiengeschichtsschreibung, wenn es gelingt, den Enthusiasmus der postenden Laien zu bewahren. Tatsächlich führt der Eintritt von „Profis“ in die Kommunikationslinien mitunter zum Verstummen des Austauschs; das fröhliche Dilettieren wird unter Beobachtungsbedingungen gehemmt. Und auch umgekehrt müssen sich Historikerinnen und Historiker mitunter an neue Formen von Autoritätserwerb gewöhnen, wie etwa in einer Gruppe im Lippischen:

User 1: „Woher weißt du das?“

User 2: „Ich bin Professor für neuere Geschichte.“

User 1: „Als ob Alter.“

Dies führt unmittelbar zu einer Reflexion unseres Rollenverständnisses und unserer gesellschaftlichen Relevanz. Es geht nicht darum, einzugreifen und einer Nostalgieveranstaltung historische Methode zu verordnen. Wohl aber sollten wir uns fragen, wie wir selbst unsere Arbeit auf die Zukunft hin denken und an welche Öffentlichkeit wir uns dazu richten; auch, an welchen Stellen wir Berührungen mit Laien sehen und wie wir diese gestalten wollen. Es gehört zu den Stärken unserer Disziplin, Emotionen zu erzeugen, zu unterhalten und Identität zu stiften. Bezogen auf eine lebendige, vielfältige historiografische Praxis einer Stadt trägt sie zu Lebensqualität und Attraktivität bei. Offensichtlich herrscht nicht nur Bedarf an Erinnerung und „Geschichte“, sondern auch an Austausch, und offensichtlich sind Laien dazu bereit, unsere Arbeiten in den Blick zu nehmen. Der Ball liegt bei uns.

2 <https://achimlandwehr.wordpress.com/2015/03/26/36-das-romantische-oder-geschichte-wiederholt-sich-doch-nicht/>, 3.8.2016.

## Gast-Arbeiter? - Die Situation der Paderborner Gastarbeiter in den 1960er und 1970er Jahren

von Ramona Bechauf

### Einleitung - Projekt und Idee

Zum Zeitpunkt meiner Bewerbung für das Projekt „Stadtschreiber“ vom Verein für Geschichte hatte ich geplant, einen Aufsatz über die Geschichte der Einwanderung der Stadt Paderborn zu schreiben. Ein sehr ambitioniertes Unterfangen. Die genauere Eingrenzung würde sich noch ergeben, dachte ich zu diesem Zeitpunkt. Ich wollte mich im Rahmen des Projekts mit den Paderborner Bürgern treffen und mit Alteingesessenen sowie Zugezogenen sprechen. Die Geschichten der Migranten, der britischen Soldaten, der ehemaligen Gastarbeiter beziehungsweise deren Kinder und Enkelkinder wollte ich somit als Ausgangspunkt nutzen, um weiter über die Einwanderungsgeschichten verschiedener Migrantengruppen zu forschen.

Die Praxis sah jedoch ein wenig anders aus: Angel Martinez war der Einzige, der mir im Rahmen des Projektes über seine Kindheit in Paderborn als Sohn zweier spanischer Gastarbeiter berichtete. Allerdings waren die Schilderungen von Herrn Martinez so eindrucksvoll, dass ich von da an versuchte, die Geschichte der spanischen Gastarbeiter in Paderborn nachzuvollziehen. Er hatte mir von verschiedenen Veranstaltungen, wie beispielsweise einem Nikolaus-Nachmittag in der spanischen Gemeinde, einer starken spanischen Gemeinschaft und auch seiner Schulzeit im zweisprachigen Gymnasium in Bad Driburg, erzählt. Außerdem berichtete er vom Zusammenkommen verschiedener Nationen im Lokal seiner Eltern an der Borchener Straße. Er bezeichnet das Lokal selbst als „erstes Tanzlokal Paderborns“. In der Literatur ließen sich für das Themengebiet der Gastarbeiter in Paderborn im Allgemeinen, der spanischen im Besonderen, kaum Aufsätze und schon gar keine Monographien finden. Auch der Ausstellungskatalog „Heimat für Fremde. Migration und Integration in Deutschland vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart mit Beispielen aus Ostwestfalen-Lippe“<sup>1</sup> der Archivausstellung „OWL – Heimat für Fremde. Migration und Integration im Kreis Paderborn nach 1945“ widmet zwar ein Kapitel den Gastarbeitern in OWL, jedoch werden die Gastarbeiter Paderborns auch hier nicht berücksichtigt.

Joachim Baur erklärt im Hinblick auf den späten Einzug des Themenfeldes *Migration* ins Museum, der Begriff *Gastarbeiter* beinhalte bereits den temporären Charakter, der dem Phänomen Einwanderung in Deutschland lange Zeit beigemessen worden sei.<sup>2</sup> Klaus J. Bade

- 1 HALLERBERG, Michael/ KINDT, Fabian/ GIESECKE, Dagmar (Hg.): Heimat für Fremde? Migration und Integration in Deutschland vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart mit Beispielen aus Ostwestfalen-Lippe. Arbeitskreis Ostwestfälisch-Lippische Archive; Ausstellung OWL - Heimat für Fremde?, Bielefeld 2011 (= Schriften des Landeskirchlichen Archivs der Evangelischen Kirche von Westfalen, 16).
- 2 BAUR, Joachim: Die Musealisierung der Migration. Einwanderungsmuseen und die Inszenierung der multikulturellen Nation, Bielefeld 2009, S. 12.

und Jochen Oltmer gehen sogar so weit zu sagen, dass „[e]in Großteil der Ausländerfamilien in Deutschland [...] schon in den späten 1970er Jahren in einem gesellschaftlichen Paradox - in einer Einwanderungssituation ohne Einwanderungsland“, - lebte. Sie erklären weiter, dieses Paradox sei „im politischen Entscheidungsprozeß verdrängt und im Verwaltungshandeln tabuisiert“ worden, sodass „[d]ie defensive Selbstbeschreibung der Bundesrepublik als ›Nichteinwanderungsland‹ [...] seit Beginn der 1980er Jahre als Abwehrformel aber zunehmend funktionslos [wurde,] angesichts einer pragmatischen Umstellung der administrativen Praxis auf Integration nach Recht und Gesetz“.<sup>3</sup> Ausgehend von den Aussagen der Forschungsliteratur ließe sich folgern, dass aus damaliger Sicht die Entwicklung hin zur Migration der nur als Leiharbeiter angesehenen Ausländer nicht absehbar gewesen sei.

Diese Verdrängung der Migrationsthematik im Hinblick auf die einreisenden und bereits in Deutschland arbeitenden *Gastarbeiter* bis in die 1980er Jahre, scheint mir vor dem Hintergrund der Erzählungen von Angel Martinez fragwürdig. Insbesondere Maßnahmen, die auf die Kinderbetreuung oder auf die Integration der Ausländerkinder in das deutsche Schulsystem angelegt sind, lassen vermuten, dass ein *bleiben* der Gastarbeiter bereits in Betracht gezogen oder gar bedacht wurde. Innerhalb der Ausländerpädagogik der 1970er Jahre wurde daher versucht „Schüler mit Migrationshintergrund [einerseits] so reibungslos in den Unterricht [zu] integrier[en] [...]; andererseits sollte ihre Rückkehrfähigkeit nicht beeinträchtigt werden“. In der Praxis wurde dies laut Ghodsi Hejazi meist durch „Vorbereitungsklassen und zusätzlichen Sprachunterricht“ einerseits und das gleichzeitige Angebot von Unterricht in der Muttersprache andererseits, durchzusetzen versucht.<sup>4</sup>

Die Frage, die sich im Kontext Paderborn mikrogeschichtlich untersuchen lässt, ist die, ob die sogenannten Gastarbeiter in den 1960er und 1970er Jahren in Paderborn tatsächlich als *Gäste* oder vielmehr als *Migranten* wahrgenommen und behandelt wurden. Insbesondere wird untersucht werden, ob und inwiefern es bereits Maßnahmen zur Integration der Gastarbeiter und ihrer Kinder in den 1960er Jahren gab. Dazu wird insbesondere das Aktenmaterial des Kreis- und Stadtarchivs zum Thema „Ausländische Kinder und Gastarbeiter“<sup>5</sup> herangezogen. Neben der Kinderbetreuung werden zunächst auch kulturelle Angebote für Erwachsene einbezogen, um ein Bild von der Situation der Gastarbeiter in Paderborn in den 1960er Jahren skizzieren zu können.

### **Gastarbeiterbewegung in Deutschland allgemein – Skizze des historischen Kontextes**

Der wirtschaftliche Aufschwung der 1950er Jahre in Deutschland führte zusammen mit dem sogenannten *Unterschichtungsphänomen*, welches das Streben der deutschen Bevölke-

3 BADE, Klaus J./ OLTMER, Jochen: Deutschland. In: BADE, Klaus J./ EMMER, Pieter C. Emmer/ LUCASSEN, Leo (Hg.): Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Paderborn 2008, S. 161.

4 HEJAZI, Ghodsi: Pluralismus und Zivilgesellschaft. Interkulturelle Pädagogik in modernen Einwanderungsgesellschaften. Kanada – Frankreich – Deutschland, Bielefeld 2009, S. 267.

5 Dieses befindet sich insbesondere in der unfolierten Akte mit dem Aktenzeichen C 2242.



nung nach „höher angesehenen Arbeitsplätze[n] des tertiären Sektors (Dienstleistungsgewerbe)“ bezeichnet, zwangsläufig zu einem Mangel an Arbeitskräften im primären und sekundären Sektor. Dieser wurde zunächst von den sogenannten *Heimatvertriebenen* ausgeglichen. Ihre „wachsend[e] Integration in die westdeutsche Gesellschaft“ ließ jedoch auch sie nach Arbeitsplätzen im tertiären Wirtschaftssektor streben. Begleitet wurde dies „mit der Zunahme von Arbeitsplätzen im Dienstleistungsgewerbe [...], die weit höher lag als in den anderen beiden Wirtschaftssektoren.“ Eine greifbare Lösung war die Anwerbung von „qualifizierten Arbeitern aus dem Ausland“. In Folge dessen wurden Verträge mit verschiedenen südeuropäischend Ländern zur Anwerbung von Arbeitskräften geschlossen. So schloss die BRD 1955 einen ersten Vertrag mit Italien, es folgten Verträge mit Spanien und Griechenland (1960), der Türkei (1961), Marokko (1963), Tunesien (1964) und Jugoslawien (1968).<sup>7</sup> Im Zuge der Anwerbungen kamen laut Bade und Oltmer etwa „14 Millionen ausländische Arbeitskräfte nach Deutschland, rund 11 Millionen kehrten wieder zurück, die anderen holten ihre Familien nach“.<sup>8</sup>

### Gastarbeiter in Paderborn

In einem Nachrichtenheft der Caritas wurde im August 1963 erklärt, dass keine genauen Zahlen über diejenigen Gastarbeiter vorlägen, deren Familien mit ihnen in die BRD eingereist waren, beziehungsweise deren Familien ihnen nach Deutschland folgen würden. Eigene Nachforschungen hätten allerdings eine Zahl von 600-700 Gastarbeiterfamilien im Erzbistum Paderborn gegen Ende des Jahres 1962 ergeben. Beobachtet wurde von Seiten der Caritas in diesem Zusammenhang die Bereitschaft der verheirateten Gastarbeiter, „fast unüberwindbare Unterbringungs- und Behördenschwierigkeiten in Kauf“ zu nehmen, um ihre Familie nach Deutschland holen zu können. Weiter erklärte man: „Die Tendenz wird stärker, daß die ausländischen Gastarbeiter Dauerarbeitsplätze anstreben.“<sup>9</sup> So scheint bereits 1963 in der Bevölkerung ein Eindruck davon entstanden zu sein, dass die als *Gastarbeiter* bezeichneten ausländischen Arbeitskräfte zum Teil die Möglichkeit in Betracht zogen, in Deutschland zu bleiben.

Ebenfalls 1963 wurde eine Anfrage zu Evaluierungszwecken mit dem Betreff „Jugendhilfe für ausländische Gastarbeiter und ihre Familienangehörigen“ an die Stadtverwaltung Paderborn gesandt. Die Erhebung wurde mittels eines Fragebogens durchgeführt, der verschiedene Stichpunkte, wie Ausländerstatistik, Berufe, Unterbringung, Kultur, Sozialdienste und „geistliche (kirchliche) Betreuung“ der Gastarbeiter im Landkreis, abfragte. Der Versand des nahezu unveränderten Fragebogens erfolgte 1963, 1965 und 1969. Die Beantwortung

6 Ohne Autor: Hintergründe, Motive und Durchführung der westdeutschen Gastarbeiterpolitik, in: HALLERBERG, Michael/ KINDT, Fabian/ GIESECKE, Dagmar (Hg.), *Heimat für Fremde?*, S. 124f.

7 BADE, Klaus J./ OLTMER, Jochen, *Deutschland*, S. 159.

8 BADE, Klaus J./ OLTMER, Jochen, *Deutschland*, S. 159.

9 Caritas: *Hilfen für ausländische Gastarbeiter im Erzbistum Paderborn*, in: Caritas (Hg.): *Caritas Nachrichten für das Erzbistum Paderborn*. 4. Sonderheft. *Christliches dienen heute. Grundlegende und praktische Hinweise für die Caritasarbeit*, Paderborn 1963, S. 51f.

tung der ersten Frage nach der Aufstellung der ausländischen Arbeitnehmer erfolgte immer in Form einer Tabelle. Zusammengenommen ergeben diese Tabellen folgendes Bild:

Nationalität	1963		1965			1969 <sup>10</sup>	
	Männer	Frauen	Arbeiter	Familien	Kinder	Männer	Frauen
Italien	235	38	450	50	60-70	505	213
Spanien		62	200	30	ca. 30	309	141
Türkei			30			114	21
Griechenland		7	15			57	72
Niederlande		4					
England		4					
Jugoslawien						140	81
Portugal						1	1
Sonstige		7 <sup>11</sup>	12 <sup>12</sup>			124	64
Gesamt	235	122	707			1.250	593
	357		707			1.843	

Im Gegensatz zu den im Jahr 1962 monatlich durch ein auszufüllendes Formblatt abgefragten Ausländerzahlen wurden hier, neben dem Geschlecht, auch das Herkunftsland, in Einzelfällen sogar der Familienstand und die Anzahl der Kinder berücksichtigt.<sup>13</sup> Die Angaben sowie der Fokus und auch die unter der Kategorie „Sonstige“ zusammengefassten Länder variieren stark. Jedoch wird deutlich, in welcher Relation die Angestelltenzahlen der einzelnen Länder zueinander stehen und welchen Stellenwert die spanischen Gastarbeiter im wirtschaftlichen Leben der Stadt Paderborn eingenommen hatten.

10 In der eigentlichen Tabelle wird für beide Geschlechter je eine Spalte „darunter nicht in Paderborn“ eingefügt, die jedoch aus Gründen der Lesbarkeit vernachlässigt wurde.

11 Aufgeführt in der eigentlichen Tabelle unter Jugoslawien/ Polen/ Brasilien.

12 Aufgeführt in der eigentlichen Tabelle unter „Niederlande/ Frankreich/ Österreich/ Jugoslawien/ Polen etc.“.

13 Siehe dazu u. a. Monatsbericht über die Bevölkerungsbewegung in der Stadt Paderborn im Monat April 1962, Kreis- und Stadtarchiv Paderborn, Aktenzeichen C 1260, unfol.

Außerdem wurden unter dem Stichwort *Kultur* zunächst die Angebote für die ausländischen Arbeitnehmer erfragt. In allen drei Stellungnahmen werden *Betreuungszentren* für die italienischen und spanischen Gastarbeiter erwähnt und deren Ausstattung beschrieben. Allerdings wird 1963 ein Betreuungszentrum „im Kolpinghaus für die italienischen Gastarbeiter“ genutzt und ein weiteres im Gertrudisheim von spanischen Gastarbeiter genutzt.<sup>14</sup> Der Bericht von 1965 berichtet ebenfalls von zwei Betreuungsheimen. Jedoch werden zur Zeit des Berichts die italienischen und spanischen Gastarbeiter gemeinsam im Laurentiusheim untergebracht. Darüber hinaus wird ein gesondertes Betreuungsheim „im Gertrudisheim für spanische Gastarbeiterinnen“ unterhalten.<sup>15</sup> Vier Jahre später wird berichtet, das Betreuungszentrum im Laurentiusheim werde derzeit noch von den spanischen Gastarbeitern genutzt, allerdings seien die „Räumlichkeiten [...] zum 1.1.1970 gekündigt worden.“<sup>16</sup> Außerdem sind Planungen eines Freizeitentrums für die italienischen Gastarbeiter, das sowohl Freizeitaktivitäten wie auch kulturelle Veranstaltungen anbieten soll, aufgeführt.<sup>16</sup> Bezüglich der kulturellen Angebote für die Gastarbeiter wird 1963 das Interesse an den Veranstaltungen bemängelt und ein Versuch unternommen, dieses Desinteresse zu erklären:

„Die Gastarbeiter zeigen aber für kulturelle und gesellige Veranstaltungen so gut wie gar kein Interesse, so daß eher eine Einschränkung als eine Ausweitung dieser Veranstaltungen erwogen wird. Als nur verhältnismäßig wenig Gastarbeiter in Paderborn waren, fanden die Veranstaltungen größeres Interesse. Das Nachlassen dieses Interesses wird wahrscheinlicher Weise darauf zurückzuführen sein, daß der Personenkreis der Gastarbeiter größer geworden ist und sich gewisse Familien im Laufe der Jahre gefunden haben. Im Gespräch mit den verschiedenen Organisationen ließ man vielfach deutlich durchblicken, daß die Gastarbeiter offensichtlich nur wegen ihres guten Verdienstes nach hier gekommen seien und nach ihrem »Feierabend« sich selbst überlassen bleiben wollten. Interessen, vor allen Dingen für planmäßige Veranstaltungen, lägen so gut wie gar nicht vor. Das sei vielleicht aus der Mentalität und der Familiengebundenheit der Südländer in gewissem Sinne zu verstehen.“<sup>17</sup>

Zwei Jahre später wird hingegen das Interesse an den Betreuungszentren als „sehr stark“ beschrieben. Zudem wird von weiteren Angeboten wie dem Auftritt einer italienischen Theatergruppe und dem Einrichten einer italienischen Fußballmannschaft berichtet. Beide Angebote werden von der italienischen Zielgruppe angenommen.<sup>18</sup> Auch im Antwortschreiben von 1969 berichtet noch einmal über verschiedene Angebote. So ist beispielsweise der

14 Antwortschreiben 1963.

15 Antwortschreiben zum Aufruf mit dem Betreff „Jugendhilfe für ausländische Gastarbeiter und ihre Familienangehörigen“, 8. September 1965, Aktenzeichen C 2242.

16 Antwortschreiben zum Aufruf mit dem Betreff „Jugendhilfe für ausländische Gastarbeiter und ihre Familienangehörigen“, 6. August 1969, Aktenzeichen C 2242.

17 Antwortschreiben 1963.

18 Antwortschreiben 1965.

italienische Fußballverein inzwischen an den „hiesigen Betriebssportverband angeschlossen“. Bezüglich der Italiener, die vermutlich als *pars pro toto* für andere Ausländergruppen stehen, heißt es: „Im Übrigen halten sich die Italiener, wie die Fürsorgerin mitteilt, vom kulturellen Leben in Paderborn mehr oder weniger fern.“<sup>19</sup> Die Angebote der Organisationen wurden also angenommen, insofern es sich um solche, die Kultur der Gastarbeiter betreffend, handelte. Eine Integration der ausländischen Arbeitnehmer in das kulturelle Leben der Stadtgemeinschaft Paderborn fand also bis einschließlich 1969 nicht statt. Ein Interesse der Gastarbeiter an der deutschen Kultur und Gesellschaft war also von Seiten der Stadt nicht beobachtet worden. Ob sich darin das Ablehnen des Gedankens, dauerhaft in Deutschland bleiben zu wollen, ausdrückt, bleibt jedoch fraglich. Der Umgang mit Mitgliedern des eigenen Sprach- und Kulturkreises wird schlicht attraktiv gewesen sein. Hinzu kommt, dass im Informationsheft der Caritas von 1963 erklärt wird, die deutschen Arbeitnehmer hätten kein besonderes Interesse am privaten Umgang mit ihren ausländischen Kollegen. Wörtlich heißt es: „Mitmenschliche Beziehungen zwischen der deutschen Bevölkerung und den Gastarbeitern bestehen kaum.“<sup>20</sup> Auch dies mag dazu beigetragen haben, dass die ausländischen Arbeitnehmer sich zunächst innerhalb ihrer Wir-Gruppe sozialisierten.

Innerhalb der Antwortschreiben auf die Anfrage des Landesjugendamtes mit dem Betreff „Jugendhilfe für ausländische Gastarbeiter und ihre Familienangehörigen“ zeigen sich außerdem Entwicklungen und auch unterschiedliche Bewertungen verschiedener Phänomene. Zunächst werden die Fragen nach Beruf und Lohn der ausländischen Arbeitnehmer immer ähnlich beantwortet. Es heißt zum einen, dass die männlichen ausländischen Arbeiter „überwiegend als Hilfsarbeiter, wenige [als] Facharbeiter“ beschäftigt sind. Die Facharbeiter würden insbesondere in der Metall- und Holzwirtschaft eingestellt. Im Gegensatz dazu seien die weiblichen Gastarbeiter „durchweg als Hilfskräfte in der Nahrungs- und Textilindustrie“ beschäftigt.<sup>21</sup> Hier bestätigen sich die in der Literatur gegebenen Angaben dazu, dass die Anwerbung der ausländischen Arbeitskräfte auf die Besetzung von Stellen im tertiären Wirtschaftssektor abzielte.<sup>22</sup> Vor diesem Hintergrund lässt sich die Vermutung anstellen, dass eine zu diesem Zeitpunkt nicht zu überwindende Sprachbarriere vorlag, vielleicht in einigen Fällen außerdem das Bildungsniveau der in Paderborn lebenden Gastarbeiter nicht unbedingt hoch war. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass sie ihren Kindern nicht die nötige Unterstützung im Bereich der Schulbildung, wie beispielsweise die Unterstützung bei Hausaufgaben, geben konnten. In einem Protokoll der Besprechung der Arbeitsgemeinschaft für ausländische Arbeitnehmer vom 28.6.1971 wird sogar folgendes berichtet: „Die Betreuer weisen darauf hin, daß man auf der Erfüllung der Schulpflicht bestehen sollte, da von vielen Eltern der Besuch von Schulen nicht für so notwendig gehalten würde.“<sup>23</sup>

19 Antwortschreiben 1969.

20 Siehe dazu: Caritas, Caritasnachrichten für das Erzbistum Paderborn, S. 52.

21 Siehe dazu unter anderem: Antwortschreiben 1963.

22 Vergleiche dazu: Ohne Autor, 2011, S. 124.

23 Protokoll der erweiterten Kommission vom 28. Juli 1971, C 2242.

## Betreuungssituation der Kinder ausländischer Gastarbeiter

### *Übergangsklassen, Förderungen, Silentien und Hausaufgabenhilfen*

Bereits im ersten Antwortschreiben auf das Schreiben zur „Jugendhilfe für ausländische Gastarbeiter und ihre Familienangehörige“ 1963 wird je einem italienischen und einem spanischen Sozialarbeiter berichtet, der die jeweilige Gruppe von Gastarbeitern betreute.<sup>24</sup> Für die schulische Betreuung der Kinder hingegen werden 1963 noch keine Maßnahmen erwähnt. So gäbe es bisher keine eigens für die ausländischen Kinder eingerichteten Schulklassen, heißt es. Weiter wird erklärt: „Auch ist kein italienischer Lehrer in Paderborn stationiert.“<sup>25</sup> Während es 1963 noch hieß, die Kinder der Gastarbeiter gingen „nur teilweise in die hiesigen Schulen“<sup>26</sup>, wird nach Absprache mit dem italienischen Betreuer 1965 berichtet, die Gastarbeiterkinder besuchten die deutschen Schulen, „sofern sie der deutschen Sprache mächtig“<sup>27</sup> seien. Eine deutliche Verbesserung der Schulbedingung wird erst durch den Bericht im Antwortschreiben von 1969 übermittelt:

„Z.Z. existiert hier keine eigene Klasse für ausländische Kinder. Die italienischen Kinder mußten im Kreis Lippstadt eine Schule aufsuchen. Mittlerweile ist in Paderborn (Herz-Jesu-Schule) eine eigene Einrichtung für ausländische Kinder geschaffen worden. 22 ausländische Kinder, in erster Linie Italiener, 2 Spanierkinder und 1 Türkenkind zählen aber auch zu den Schulkindern. Sie werden durchgehend von einem italienischen Lehrer namens Cirelli unterrichtet. Es handelt sich um eine Grundschule. Die Gastarbeiterkinder, die zur Hauptschule gehen müssen, sind auf die Paderborner Hauptschulen verteilt. Herr Cirelli von der Herz-Jesu-Schule führt auch zusätzlich nachmittags 2-mal in der Woche Sprachkurse für italienische Kinder in 2 verschiedenen Paderborner Schulen durch.

Darüber, daß ausländische Kinder, die noch schulpflichtig sind, zu Arbeit herangezogen werden (Kinderarbeit), ist hier nichts bekannt, ebenfalls nicht beim Arbeitsamt Paderborn.“<sup>28</sup>

Eine intensive Auseinandersetzung mit der Schulpflicht der ausländischen Kinder beginnt allerdings erst ab September 1971. Zuvor gab es einen regen Schriftverkehr zum Thema *Silentien*: Das Deutsche Rote Kreuz stellt am 26.2.1971 eine schriftliche Anfrage auf Bezuschus-

24 Siehe dazu u.a. Antwortschreiben 1963.

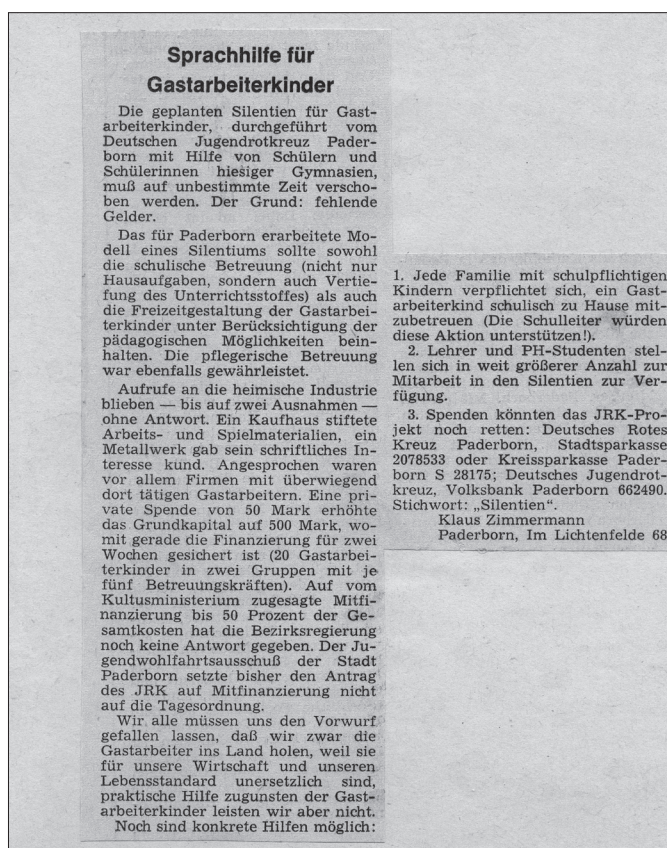
25 Ebenda.

26 Ebenda.

27 Antwortschreiben 1965.

28 Antwortschreiben 1969.

sung geplanter Silentien für ausländische Kinder an die Stadt Paderborn.<sup>29</sup> Daraufhin setzt sich die Stadt mit verschiedenen caritativen Einrichtungen in Verbindung, um die Betreuungssituation von ausländischen Schulkindern zu ermitteln. Ein Jugendwohlfahrtsausschuss wird dazu gebildet. Unter anderem werden Schularbeitshilfen von Seiten der Arbeiterwohlfahrt,<sup>30</sup> der Caritas, der Hochschulgemeinden und der pädagogischen Hochschulen angeboten.<sup>31</sup> Der Antrag des Deutschen Roten Kreuzes auf Bezuschussung der geplanten Silentien wird abgelehnt, sodass die Organisation ihre Pläne zum 12. August 1971 einstellt.<sup>32</sup> Die Aufgabe,



Silentien durchzuführen, wird zunächst an die örtlichen Schulen weitergegeben. Außerdem fordert Ratsherrin Hermes laut Sitzungsprotokoll des Jugendwohlfahrtsausschusses vom 28. Juni 1971: „Da die Studenten für ihr Studentenzentrum am Tegelweg pro Monat 3.000,- DM von der Stadt erhalten, kann man wohl erwarten, daß sich die Studenten jeweils für einen Zeitraum die Betreuung dieser Kinder übernehmen würden.“<sup>33</sup> Eine andere kreative Idee zur Lösung des Betreuungsproblems lässt sich in einem Zeitungsartikel mit dem Titel „Sprachhilfe für Gastarbeiterkinder“<sup>34</sup> finden (Abb. 1):

Abb. 1: Zeitungsartikel

- 29 Siehe dazu: Einrichtung von Silentien für Kinder ausländischer Arbeitnehmer durch das JRK und deren Bezuschussung, 26. Februar 1971, Kreis- und Stadtarchiv Paderborn, Aktenzeichen C 2242.
- 30 Siehe dazu: Sitzungsprotokoll des Jugendwohlfahrtsausschusses vom 3. Mai 1971, Kreis- und Stadtarchiv Paderborn, Aktenzeichen C 2242.
- 31 Siehe dazu: Sitzungsprotokoll des Jugendwohlfahrtsausschusses vom 28. Juni 1971, Kreis- und Stadtarchiv Paderborn, Aktenzeichen C 2242.
- 32 Einrichtungen von Silentien für Kinder ausländischer Arbeitnehmer durch das JRK und deren Bezuschussung, 12. August 1971, Kreis- und Stadtarchiv Paderborn, Aktenzeichen C 2242.
- 33 Sitzungsprotokoll des Jugendwohlfahrtsausschusses vom 28. Juni 1971.
- 34 Zeitungsartikel als Ausschnitt ohne weitere Angaben, Kreis- und Stadtarchiv Paderborn, Aktenzeichen C 2242.

„Noch sind konkrete Hilfen möglich:

1. Jede Familie mit schulpflichtigen Kindern verpflichtet sich, ein Gastarbeiterkind schulisch zu Hause mitzubetreuen (Die Schulleiter würden diese Aktion unterstützen!).

2. Lehrer und PH-Studenten stellen sich in weit größerer Anzahl zur Mitarbeit in den Silentien zur Verfügung.“

Wie die Vorschläge von Hermes und dem Zeitungsartikel zeigen, sind zu dieser Zeit noch keine konkreten oder auch realistischen Pläne für die Behebung der schulischen Defizite und Sprachbarrieren der Kinder aus den Gastarbeiterfamilien in Paderborn greifbar. Allerdings kann durch die zeitliche Nähe der Diskussionen um die Schulpflicht für Gastarbeiterkinder davon ausgegangen werden, dass die Problematik und Notwendigkeit ihrer – unter anderem schulischen – Integration im Kontext von Verwaltung und Jugendarbeit nun präsent sind.

In einem Bericht über die schulische Situation der Kinder von Gastarbeitern in Paderborn wird in einem Anhang eines Gesprächs von verschiedenen Dienststellen zum Thema Integration ausländischer Arbeitnehmer das praktizierte Modell zur Förderung des Spracherwerbs<sup>35</sup> vorgestellt:

„[...] Um den Kindern der ausländischen Gastarbeiter das Einleben in die deutschen Schulen zu erleichtern, können für mindestens 15 Kinder gleicher Sprachzugehörigkeit Übergangsklassen an einer öffentlichen Grund- bzw. Hauptschule eingerichtet werden. Der Unterricht in der Übergangsklasse dauert in der Regel 1 Jahr, im Ausnahmefall bis zu 2 Jahren. Nach dem Besuch der Übergangsklasse sind die Kinder in die ihrem Alter entsprechende Klasse der Grund- bzw. Hauptschule aufzunehmen. In der Regel wird der Unterricht zu 2/3 durch ausländische Lehrkräfte in der jeweiligen Muttersprache, zu 1/3 von deutschen Lehrkräften in deutscher Unterrichtssprache erteilt.“<sup>36</sup>

Allerdings wird diese Praxis zum Zeitpunkt des Schreibens lediglich für vier italienische Klassen durchgeführt. Klassen für Kinder anderer Herkunft konnten bisher nicht eingerichtet werden, da laut Bericht die „hierfür erforderliche Meßzahl von 15 Kindern nicht erreicht wurde bzw. die Kinder so weit im Kreisgebiet verstreut wohnen, daß eine geeignete Beschulung nicht möglich“ sei.<sup>37</sup> Etwa eineinhalb Jahre später, am 18.9.1972, versucht

35 Eine ähnliche Praxis hatte man – wie oben bereits zitiert – bereits 1969 an der Grundschule *Herz Jesu* durchgeführt.

36 Niederschrift über ein Gespräch mit Dienststellen, die sich mit ausländischen Arbeitnehmern und Angehörigen befassen, 4. Mai 1971, Kreis- und Stadtarchiv Paderborn, Aktenzeichen C 2242, Anhang.

37 Niederschrift über ein Gespräch mit den Dienststellen, Anhang.

man die Kommunikation der ausländischen Schüler mit ihren Lehrern weiter zu verbessern. In einer Sitzung des „Intensivkreises zur schulischen Betreuung von Ausländerkindern“ schlägt Schulrätin Habig vor, die deutschen Lehrer sollten erstens das Bildungsniveau der Eltern ihrer ausländischen Schüler ermitteln und zweitens „auch an italienischen Sprachkursen teilnehmen“.<sup>38</sup>

Von Seiten der Schulen und des Jugendamtes wird also durch Sprachkurse in beide Richtungen versucht, die Kommunikation von Lehrern und Schülern zu verbessern, indem man an der Sprachbarriere ansetzt. Dies scheint mir eine Maßnahme zu sein, die zumindest temporär, auf ein *Bleiben* hin ausgerichtet ist. Auf ein *Geben* – oder aber die Option des *Gehens* – sind dagegen verschiedene Bemühungen auf Seiten der spanischen Gastarbeiter oder ihrer Organisation und Vereine, vielleicht sogar der spanischen Regierung, hin angelegt. So wird in der oben bereits zitierten Niederschrift des Dienststellengesprächs mit dem Thema ausländische Arbeitnehmer und Angehörige berichtet:

„Die spanischen Gastarbeiterkinder erhalten an der Grundschule Dom in Paderborn wöchentlich 5 Stunden Unterricht durch eine spanische Lehrkraft in ihrer Muttersprache, in Landeskunde, Geschichte und Religion ihrer Heimat, damit sie die Bindung an ihre heimatliche Sprache und Kultur nicht verlieren.“<sup>39</sup>

Im selben Jahr werden außerdem spanische Kinder am Gymnasium Sankt Xaver in Bad Driburg aufgenommen. „In dem von Landesregierung, Erzbistum und Orden geförderten sogenannten „Bad Driburger Spanischen Modell“ wurden Integrationsklassen aus spanischen und deutschen Schülerinnen und Schülern mit dem inhaltlichen Schwerpunkt der Spanienkunde gebildet.“ Von „eigens angestellten, aber auch ordensangehörigen spanischen Lehr- und Internatskräften“ wurde der Unterricht gestaltet, um den Schülern die in Nordrhein-Westfalen einmalige Möglichkeit zu geben, „gleichzeitig ein deutsches sowie ein spanisches Abitur erwerben.“<sup>40</sup> Dieses schaffte die Möglichkeit für die Absolventen, in beiden Ländern – in Deutschland und in Spanien – gleichermaßen studieren zu können. Diese Option schloss also gleichermaßen das *Geben* und das *Bleiben* ein und machte sie für den Arbeitsmarkt flexibel.

38 Niederschrift über die Sitzung des Intensivkreises zur schulischen Betreuung von Ausländerkindern am 18. September 1972, Kreis- und Stadtarchiv, Aktenzeichen C 2242.

39 Niederschrift über ein Gespräch mit den Dienststellen, Anhang.

40 GROSSEVOLLMER, Hermann: Man war ständig unter Aufsicht und durfte noch nicht einmal alleine in die Stadt. Die 1915 eingeweihte Missionsschule St. Xaver als Nachwuchsschmiede zukünftiger Missionspriester, in: Die Warte. Heimatzeitschrift für die Kreise Höxter, Heft 167/ 168, S. 1–13, <http://www.st-xaver.de/wordpress/wp-content/uploads/2016/08/Schulgeschichte-100-Jahre.pdf>, Stand 12.10.2016, S. 12f.



*Schulpflicht und deren Überprüfung*

Am 6. September 1971, zwei Monate nach der Tagung des Jugendausschusses wurde innerhalb einer „Besprechung der Arbeitsgemeinschaft für ausländische Arbeitnehmer“ „darauf hingewiesen, daß etwa 20% der schulpflichtigen Kinder nicht zu Schule“ gingen. Eine Erklärung wurde laut Protokoll insbesondere darin gesehen, „daß beide Elternteile arbeit[et]en und die größeren Kinder ihre kleineren Geschwister versorgen“ mussten. Als Konsequenz dessen wurde nun eine Schulpflicht für ausländische Kinder gefordert.<sup>41</sup> Laut Anhang eines Schreibens mit dem Betreff „Ausländische Arbeitnehmer“ vom 22. April 1971 bestand die Schulpflicht in Nordrhein-Westfalen bereits seit dem 14. Juni 1966 „für alle Kinder und Jugendlichen, die im Lande Nordrhein-Westfalen ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt oder Arbeitsort haben“.<sup>42</sup> Noch im Mai 1971 wurde die Überprüfung der Schulpflicht von ausländischen Kindern als schwierig beschrieben; Ende desselben Jahres wird diese Überprüfung allerdings konkret: Die Direktoren der Paderborner Schulen wurden telefonisch zum Fernbleiben des Unterrichts von Seiten der ausländischen Schüler interviewt. Die sich daraus ergebende Liste mit den Namen potentieller Schulpflichtverweigerer wurde schließlich von Seiten der Stadt Paderborn überprüft. Dieser Vorgang ist in verschiedenen Briefwechseln und Notizen dokumentiert. So wurde beispielsweise nach dem Besuch eines Elternhauses folgender Bericht abgegeben:

„Vassilios Apostolou, Paderborn Geroldstr. 38

Beim Hausbesuch konnte ermittelt werden, daß der Junge Vassilios seit dem 16.8.71 die Reismannschule besucht. Bei einer telefonischen Rücksprache mit der Schule, wurden die Angaben der Eltern bestätigt. Klassenlehrer des Jungen ist Herr Schmitz. Beim Gespräch mit den Eltern, war zu merken, daß sie um eine gute Erziehung und Ausbildung des Jungen bemüht sind. Weitere Maßnahmen sind zur Zeit nicht erforderlich.

Paderborn, den 2.12.71

Bußkömmling<sup>43</sup>

Auf Grund der oben bereits erwähnten zeitlichen Nähe zu der bereits an anderer Stelle abgebildeten Diskussion um die Einrichtung und Finanzierung von Silentien und Haus-

41 Niederschrift über die Besprechung der Arbeitsgemeinschaft für ausländische Arbeitnehmer am 6. September 1971, Kreis- und Stadtarchiv Paderborn, Aktenzeichen C 2242.

42 Betr.: Ausländische Arbeitnehmer, 22. April 1971, Kreis- und Stadtarchiv Paderborn, Aktenzeichen C 2242, hier: Anhang.

43 Vassilios Apostolou, Paderborn Geroldstraße 38, 2. Dezember 1971, Kreis- und Stadtarchiv Paderborn, Aktenzeichen C 2242.

aufgabenhilfen für Kinder ausländischer Gastarbeiter scheint mir, diese zu der darauffolgenden Debatte und die Überprüfung der Schulpflicht beigetragen zu haben. Die Kommentare, wie der oben abgebildete, zeigen aber auch, dass die Elterngeneration 1971 die schulische Ausbildung ihrer Kinder ernst nimmt. Unterstützt wird diese These durch die Einrichtung des Spanischunterrichts und den Anlauf des bilingualen Abiturs in Bad Driburg. Im Gespräch mit Angel Martinez erklärte er außerdem, dass er zusammen mit seinen Mitschülern morgens mit einem Schulbus von Paderborn nach Bad Driburg gefahren wurde. Diese Ergebnisse decken sich außerdem mit denen des Artikels von Arnd Kolb über spanische Gastarbeiter in Deutschland. Kolb erklärt, der „spanische Staat sandte Lehrkräfte für nationalsprachigen Unterricht nach Deutschland“. Zusammen mit den „[s]panische[n] katholische[n] Missionen, Sozialarbeiter[n] und deutsche[n] Unterstützer[n]“ arbeiteten sie an der Verbesserung der schulischen Leistungen der spanischen Kinder. Zudem seien „[u]nter der Bezeichnung »spanische Elternvereine« [...] Selbsthilfeorganisationen“ mit demselben Ziel gegründet worden. Hier sollte nicht nur versucht werden, „den Kindern die spanische Sprache und Kultur näher zu bringen, sondern sie auch für das deutsche Bildungssystem fit zu machen“.<sup>44</sup> Wie im oben zitierten Bericht des Hausbesuchs der griechischen Familie Apostolou deutlich wird, bemühen sich in den 1970er Jahren nicht nur die spanischen Gastarbeiter um die schulische Bildung ihrer Kinder.

Ein weiterer Faktor für die Bemühung um das Einhalten der Schulpflicht für Kinder aus Gastarbeiterfamilien am Ende des Jahres 1971 könnte außerdem die Auseinandersetzung mit dem Thema des dauerhaften Aufenthaltes von Gastarbeitern in Deutschland sein. In einer Besprechung der „Arbeitsgemeinschaft für ausländische Arbeitnehmer“ am 6. September 1971 wird beides, das Einhalten der Schulpflicht und auch die Möglichkeit des *Bleibens* der Gastarbeiter thematisiert. Unter anderem berichtet Herr Süer, der mit „Arbeiterwohlfahrt Bielefeld (Betreuer von Türken)“ beschrieben wird, „daß ca 70% der Türken hier[, das heißt in Bielefeld, ]geblieben seien und schon länger als ein Jahr hier wohnten“. Weiter heißt es: „Aus dem Raum Paderborn seien ihm Zahlen nicht bekannt.“<sup>45</sup>

#### *Besuch von Kindergärten und Kindertagesstätten*

Ebenfalls wird im Schreiben zur Abfrage der „Jugendhilfe für ausländische Gastarbeiter und ihre Familienangehörigen“ in Paderborn die Betreuungssituation der Kinder und deren Besuch der deutschen Schulen erfasst. Bereits zwei Jahre zuvor, am 31. August 1961, etwa sechs Jahre nach Schließung des ersten Anwerbeabkommens, stellte das LWL Jugendamt eine Anfrage zur „Unterbringung von Gastarbeiterkindern“ in den Kindergärten der Städte und Kreise. Registriert wurden die Existenz von

44 KOLB, Arnd: Migranten aus Spanien, in: WEBER, Reinhold/ MEIER-BRAUN, Karl-Heinz (Hgg.): Deutschland Einwanderungsland: Begriffe – Fakten – Kontroversen. Sonderausgabe für die Zentralen für politische Bildung, Stuttgart 2013, S. 60.

45 Niederschrift über die Besprechung der Arbeitsgemeinschaft für ausländische Arbeitnehmer, 6. September 1971, Kreis- und Stadtarchiv Paderborn, Aktenzeichen C 2242.

1. Sondereinrichtungen für Gastarbeiterkinder
2. Sondergruppen für Gastarbeiterkinder innerhalb der Paderborner Kindergärten und -tagesstätten
3. Gastarbeiterkindern in Paderborner Betreuungseinrichtungen<sup>46</sup>

Die Antwort des Jugendamtes Paderborn wurde in Rücksprache mit Herrn Redaelli, dem Betreuer der italienischen Gastarbeiter, am 22. September zurückgesandt: In Paderborn gäbe es zur Zeit des Schreibens weder Sondereinrichtungen, noch Sondergruppen für die Betreuung von Gastarbeiterkindern. Zum Zeitpunkt der Anfrage sei „1 Kind eines italienischen Gastarbeiters“ im katholischen Kindergarten St. Liborius untergebracht, „2 Kinder ausländischer Gastarbeiter“ im evangelischen Kindergarten am Abdinghof.<sup>47</sup>

Die Anzahl von drei 1961 in Paderborner Kindergärten betreuten Kindern erscheint zunächst gering. Zieht man allerdings die Antwort von Stadttammann Schäfer auf ein Schreiben zu Umfang und Situation der „Jugendhilfe für ausländische Gastarbeiter und ihre Familienangehörigen“ hinzu, so zeigt sich, dass zwei Jahre später, im Jahr 1963, „nur etwa 10 Familien mit etwa 12 Kindern“ im Stadtgebiet Paderborn leben. Es wird außerdem erklärt, dass die Mütter nicht berufstätig seien. Davon ausgehend lässt sich vermuten, dass die Mütter ihre Kinder selbst betreut haben könnten. Es wird außerdem erwähnt, dass die Kinder von Gastarbeitern „nicht besonders erfaßt“ werden; „irgendwelche Klagen über das Verhalten der Kinder“ gäbe es nicht.<sup>48</sup> Dies lässt wiederum die Vermutung zu, dass die Kinder nicht ohne Aufsicht gewesen sind.

In einer Sitzung der „Arbeitsgemeinschaft für ausländische Arbeitnehmer“ wird am 6. September 1971 ebenfalls festgestellt, „daß nur wenige ausländische Kinder die Kindergärten besuch[t]en“. Den Grund für diesen Sachverhalt scheint die Arbeitsgemeinschaft in der fehlenden Bereitschaft der Paderborner Kindergärten zu sehen, ausländische Kinder aufzunehmen. So heißt es nämlich weiter: „Das Jugendamt wird beauftragt, mit den Kindergartenenträgern zu sprechen, um weiteren ausländischen Kindern den Besuch zu ermöglichen“. Es wird sogar in Betracht gezogen, im „Bedarfsfalle“ die für die ausländischen Arbeitnehmer zuständigen Sozialarbeiterinnen zu diesen Gesprächen hinzuzuziehen.<sup>49</sup>

Auch 1972 scheint das Betreuungsproblem von Kleinkindern aus Gastarbeiterfamilien in den Paderborner Kindergärten und Kindertagesstätten noch nicht vollständig gelöst. Zwar heißt es, es bestehe keine Notwendigkeit für eine Einrichtung gesonderter Betreuungsstätten für Ausländerkinder, da diese in den hiesigen Stätten betreut würden. Ein Vorrecht auf einen Betreuungsplatz für ausländische Kinder sollte allerdings nicht eingerichtet werden.<sup>50</sup>

46 Siehe dazu: Anfrage des LWL Jugendamtes nach Unterbringung von Gastarbeiterkindern, 31. August 1961, Kreis- und Stadtarchiv Paderborn, Aktenzeichen C 2242.

47 Ebenda. Die Antwort des Paderborner Jugendamtes ist auf der Rückseite der Anfrage notiert.

48 Antwortschreiben 1963.

49 Niederschrift über die Besprechung der Arbeitsgemeinschaft für ausländische Arbeitnehmer, 28. Juni 1971, Kreis- und Stadtarchiv Paderborn, Aktenzeichen C 2242.

50 Niederschrift über die Besprechung des Koordinierungskreises zur Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer am 7. August 1971, Kreis- und Stadtarchiv Paderborn, Aktenzeichen C 2242.

### Zusammenfassung und Fazit

In einem Zeitungsbericht aus dem Jahr 1980 wird abschließend die Politikerin Paula Hermes zitiert: „Heute müssen die Kommunalpolitiker davon ausgehen, daß viele ausländische Familien nicht mehr in ihr Heimatland zurückkehren, sondern in den deutschen Städten auf Dauer bleiben wollen“.<sup>51</sup> Betrachtet man die zusammengetragenen Überlegungen, Recherchen und Maßnahmen von Seiten der Stadt Paderborn sowie des Jugendamtes mit dem Ziel der Integration von Gastarbeitern und insbesondere deren Kinder in Betreuungsgruppen und das deutsche Schulsystem in den 1960er und 1970er Jahren, so fällt zum einen der auf verschiedenen Ebenen fließende Schriftverkehr auf. Dieser versucht in einer Vielzahl der Fälle jedoch lediglich Situationen zu evaluieren und die Grundlage zu ermitteln, auf denen Maßnahmen zur Integration durchgeführt werden könnten. Zum anderen wird deutlich, dass trotz der Bemühungen von Seiten der deutschen Verwaltung, um eben diese Evaluationen und Maßnahmen, bis zum Ende des Betrachtungszeitraums 1972 keine Lösungen für die Integrationsprobleme auf verschiedenen Ebenen gefunden werden konnten. Vor diesem Hintergrund ist die Forderung der Kommunalpolitikerin vielleicht nicht ganz richtig formuliert oder aber platziert: Wie die Ausführungen deutlich gemacht haben, ist auf Verwaltungsebene, wie auch auf der Ebene der Politik, der Wille der sogenannten Gastarbeiter in Deutschland zu bleiben, durchaus bekannt und auch realisiert worden. Probleme bereiteten, wie das Beispiel der Schriftwechsel zum Thema der Bezuschussung von geplanten Silentien des Roten Kreuzes zeigt, die finanziellen Mittel oder aber die im Vorfeld nötige umfangreiche Ermittlung von Zuständigkeiten sowie die Absprache mit anderen Behörden oder caritativen Organisationen.

Anhand der Schulpflicht, die von Seiten der deutschen Verwaltung erst seit 1971 ernst genommen wird und die auf die Eingliederung der ausländischen Kinder in das Schulsystem angelegt und spätestens seit 1971 durch die deutsche Verwaltung unterstützt wird, lässt sich zeigen, dass man in Paderborn nicht davon ausging, lediglich *Gäste* zu beschäftigen. Der Unterricht der deutschen Sprache und der Versuch der Eingliederung in die deutschen Schulklassen waren auf ein *bleiben* hin ausgerichtet, wohingegen der Unterricht durch ausländische Lehrer zunächst das *Geben* vermuten lässt. In Bezug auf die von den spanischen Organisationen ins Leben gerufenen Möglichkeiten des bilingualen Lernens und das kulturelle Erlernen und Erfahren beider Kulturen scheint der zweiten Generation – den Gastarbeiterkindern – neue Optionen für die Zukunft eröffnet zu haben: Sie konnten mit einem zweisprachigen Abitur in beiden Ländern leben und sich für eine Heimat entscheiden. Somit lässt sich auch der Spanischunterricht für die Grundschüler oder aber der Unterricht für italienische Kinder durch italienische Lehrer nicht als Abgrenzung von der deutschen Gesellschaft werten, sondern als Sicherheitsmaßnahme zur Wiedereingliederung der Schüler in den Unterricht in ihren Heimatländern bei einer etwaigen Rückkehr. Ein solches Modell der Gleichzeitigkeit von Integration in den deutschen Schulunterricht und muttersprachlichem Zusatzunterricht, den Hejazi als charakteristisch für die Ausländerpä-

51 Neue Westfälische, 19. Dezember 1980.

dagogik der 1970er Jahre beschreibt,<sup>52</sup> findet sich in Paderborn also bereits in den 1960er Jahren, wird allerdings in den 1970er Jahren noch weiter ausgebaut. Um herauszufinden, ob oder inwiefern Paderborn damit eine Modellfunktion gehabt hat, müssten nun weiterführende Studien andere Städte und Kreise betreffend angestellt werden.

52 HEJAZI, Ghodsi, Pluralismus und Zivilgesellschaft, S. 266 und 267.

**JOHANNES SANDERS: S.J. (1596–1674): Geschichte des Jesuitenkollegs in Paderborn 1580–1659. Textedition u. Übersetzung v. Gerhard Ludwig Kneißler. Mit Anmerkungen versehen v. Friedrich Gerhard Hohmann (Studien und Quellen zur westfälischen Geschichte 64), Paderborn: Bonifatius, 2011.**

Nachdem im Jahre 1622 Herzog Christian von Braunschweig, der „Tolle Christian“, Paderborn eingenommen hatte, und von seinen Truppen neben der Stadt auch das Jesuitenkolleg geplündert und verwüstet worden war, erlebte der Jesuitenpater Johannes Sander „... etwas Wundersames [...] Mein Zimmer, das im oberen Bereich das zweite Zimmer von der steinernen Treppe aus war, blieb so unberührt und unzerstört, dass ich den ganzen Hausrat an Bettzeug, Kleidung und Büchern, den ich zurückgelassen hatte, als ich am 27. Januar wegging, bei meiner Rückkehr am 29. Juni so unberührt vorfand, als wäre ich vom vormittäglichen Unterricht nach Hause zurückgekommen (sei es, dass sie mit Blindheit geschlagen waren, sei es, dass dies durch göttliche Vorsehung geschehen ist).“ Sander, der zu dieser Zeit Professor für Syntax am Paderborner Jesuitengymnasium Theodorianum war, verdanken wir diese Schilderung aus der Zeit des 30jährigen Krieges. Niedergeschrieben hat er sie in der Geschichte des Jesuitenkollegs in Paderborn, der *Historia Collegii SJ Paderbornensis*.

Johannes Sander wurde am 24. Dezember 1596 in Lichtenau bei Paderborn als Sohn des Bauern Jost Sander und seiner Ehefrau Catharina Bemmen geboren. In Paderborn besuchte er das humanistische Gymnasium Salentinianum, benannt nach dem Kölner Erzbischof Salentin von Isenburg, das 1577 aus der Domschule hervorgegangen war und von Jesuiten geleitet wurde. Ende 1614 trat er dem Jesuitenorden bei und legte nach zweijährigem Noviziat 1616 das Gelübde ab. Zwischen 1620 und 1622 war er selbst Lehrer am Paderborner Gymnasium. In der Folgezeit wurde er u.a. nach Hildesheim, Münster, Koblenz und Xanten entsandt. In Xanten legt er auch am 2. Juli 1637 sein letztes Gelübde ab, das ihn zum Volljесuiten machte. 1644 kehrte er für ein Jahr nach Paderborn zurück und wurde Prokurator des Kollegs. Nach Aufenthalt in der Jesuitenmission Falkenhagen und im Kolleg Hildesheim war er dann nochmals zwischen 1652 und 1660 in Paderborn. Anschließend wurde er erneut nach Hildesheim geschickt, bevor er 1666 nach Haus Geist bei Oelde versetzt wurde, wo er auch am 29. April 1674 starb.

Wann Pater Sander mit der Abfassung der *Historia Collegii SJ Paderbornensis* beauftragt wurde oder begann, ist nicht bekannt. Aus seinen Mitteilungen, auch in der *Historia*, lässt sich zumindest erschließen, dass er bereits 1655 mit den Aufzeichnungen begonnen hatte und dass er noch 1662 an ihr schrieb.

Die *Historia* beginnt mit dem Jahr 1580, dem Jahr, in dem sich auf Betreiben des Dompropstes Dietrich von Fürstenberg (1546–1618), dem nachmaligen Fürstbischof, die ersten Jesuiten in Paderborn niedergelassen hatten, und endet mit dem Jahr 1659.

Der Aufbau der 80 Jahresberichte, die unterschiedliche lang sind, folgt, bis auf Ausnahmen, immer einem Schema: Den Anfang machen die Namen des Provinzials und des Superiors (ab 1593 wird er Rektor genannt), dann folgen die Namen der Mitglieder des Kollegs

(oft auch die Namen der Mitglieder von Falkenhagen, Lippstadt, Rietberg und Büren) und die Berichte über Gelübde und Weihehandlungen sowie Versetzungen von und nach Paderborn. Nach dem Nekrolog beginnen die Jahresschilderungen und zum Abschluss stehen oftmals Angaben zu Spenden und die Namen von Wohltätern.

Die Jahresschilderungen sind nicht nur wichtige Quellen zur Entstehungsgeschichte von Kolleg, Gymnasium Theodorianum und Universität, sondern geben auch Einblicke in die mühsame Etablierung von Kolleg und Schule, die Auseinandersetzungen der Jesuiten mit Teilen des Paderborner Klerus und der Bürgerschaft und zeigen das ständige Bemühen, die Eigenständigkeit des Kollegs zu wahren sowie die katholische Reform durchzusetzen. Ferner sind die Berichte wichtige Quellen zur Stadt- und Bistumsgeschichte, besonders zu den Verheerungen des 30jährigen Krieges, die Sander, wie oben beschrieben, als Zeitgenosse und Leidtragender miterleben musste. Aber auch Anekdoten, die Schicksale einzelner Männer und Frauen, Berichte von Wundern, bemerkenswerten Ereignissen wie regnenden Fröschen und Katastrophen wie Unwettern, Seuchen und Bränden finden ihren Platz in den Aufzeichnungen. Dabei bemüht sich der Autor, eine anschauliche und sachliche Sprache ohne Übertreibungen und Ausschmückungen zu verwenden.

Die originale lateinische Handschrift der *Historia Collegii S.J. Paderbornensis* befindet sich in der Erzbischöflichen Akademischen Bibliothek in Paderborn. Sie diente immer wieder als Vorlage für Geschichtswerke über Paderborn: im 18. Jahrhundert für die Fortführung der älteren *Annales Paderbornenses*, im 19. Jahrhundert für Franz von Löhers *Geschichte des Kampfes um Paderborn 1597–1604* und Anfang des 20. Jahrhunderts für Wilhelm Richters zweiten Band der *Geschichte der Stadt Paderborn*.

Mit dieser Textedition und Übersetzung von Gerhard Ludwig Kneißler liegt erstmals eine vollständige lateinisch-deutsche Ausgabe der *Historia Collegii S.J. Paderbornensis* vor. Der lateinische Text ist in eine gut lesbare deutsche Fassung übertragen und mit Ergänzungen und Erläuterungen von Gerhard Ludwig Kneißler und von Friedrich Gerhard Hohmann versehen worden, die zusätzlich das Verständnis erleichtern. Der Historiker Hohmann hat auch die Einleitung geschrieben, die die *Historia* in die geschichtlichen Zusammenhänge stellt. Zahlreiche Anhänge, u.a. Namenslisten (z.B. die Generaloberen der Jesuiten in Rom, die Provinziales, Superioren/Rektoren und die Mitglieder des Kollegs, Nekrologe), Statistiken, chronologische Aufzählung von Katastrophen, Theateraufführungen, Exorzismen, Folterungen und Hinrichtungen in Paderborn sowie ein Personen- und Ortsregister und ein Glossar, sind eine wichtige und hilfreiche Ergänzung. Acht Seiten mit Abbildungen, u.a. Grundrisse und Zeichnungen vom Kolleg, runden den Band ab.

Es ist sehr zu begrüßen, dass eine der wichtigsten Quellen für die Geschichte des Jesuitenkollegs, der Stadt und des Bistums Paderborn nun für einen breiten Leserkreis zugänglich ist.

Ansgar Köb M.A., Lohmar

**WOLFGANG MARON / JULIANE PLÖGER: Deutschland seit 1945 – Germany since 1945. Eine illustrierte Geschichte - An Illustrated History, Münster: Aschendorff-Verlag 2016, 112 Seiten, Fotos und Karten, 9,90 €**

Mit ihrem zweisprachigen Buch wagen sich die Verfasser an den ambitionierten Versuch, die Nachkriegsgeschichte Deutschlands bis zur Wiedervereinigung beider deutscher Staaten auf knapp 50 Seiten zusammenzufassen. Das im Gesamten 112 Seiten umfassende Buch besteht dabei zur Hälfte aus einer dem deutschen Text direkt gegenüber gestellten englischen Übersetzung

In neun Kapiteln folgen die Autoren den gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen von der Nachkriegszeit bis in die Gegenwart, wobei das letzte Kapitel speziell den Herausforderungen der Gegenwart gewidmet ist. Dieser eher ungewöhnliche Aufbau ist durch den didaktischen Anspruch des Werkes zu erklären, vor allem Flüchtlingen und Einwanderern die neuere deutsche Geschichte näher zu bringen und gleichzeitig die Möglichkeit zu bieten, ihre Fähigkeiten in der deutschen Sprache zu verbessern. Sprachlich ist der Text, sowohl im Deutschen als auch in der Übersetzung, bewusst simpel gehalten, was in Anbetracht der Zielgruppe die richtige Wahl ist. Ausstaffiert wird der Text durch zahlreiche Bilder und Karten, sowie eingeschobene Kurzbiographien bedeutender politischer Persönlichkeiten. Zur zusätzlichen Orientierung ist in der Fußzeile jeder Seite ein Zeitstrahl angebracht, welcher dem Leser auf den ersten Blick anzeigt, welche Zeit-Periode die aufgeschlagene Seite behandelt. Ausklappbare Schaubilder zum politischen System Deutschlands im vorderen und hinteren Buchdeckel geben einen guten Überblick über den Aufbau der Bundesrepublik. Zusätzlich bieten die Autoren weiterführende Links an, welche mittels QR-Codes leicht zu erreichen sind. Diese Lösung wäre auch an anderen Stellen hilfreich gewesen.

Das erste Kapitel „Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg / Germany after World War II“ beschreibt die Nachwirkungen des verlorenen Krieges auf die deutsche Gesellschaft. Dabei bleiben Rückgriffe auf weiter zurückliegende Ereignisse, wie den Krieg selbst, aber auch die Weimarer Republik oder den Versailler Vertrag, nicht aus. Leider werden diese Rückgriffe oft nicht weiter erläutert, was den Laien in deutscher Geschichte durchaus vor Probleme stellen könnte.

Die folgenden Kapitel beschreiben in Kürze die jeweils herrschenden politischen und sozioökonomischen Bedingungen in BRD und DDR. Dabei wird teilweise die Geschichte beider Staaten in einem Kapitel behandelt, andere Kapitel befassen sich nur mit einem der Staaten. Begonnen wird mit der Gründung der beiden deutschen Republiken, wobei das Kapitel „Die Gründung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland“ dem Abschnitt „Das ostdeutsche Gegenstück“ vorangestellt ist. In beiden Kapiteln gehen die Autoren sehr gut auf die Einflüsse der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs auf die Staatengründungen ein. Auch in den weiteren Ausführungen beschränken sich die Autoren nicht auf die Dar-



stellung der BRD und DDR allein, sondern sie beleuchten auch welche Rolle der jeweilige politische Machtblock hatte, dem die Staaten angehörten.

Die weiteren Kapitel des Werkes sind ähnlich aufgebaut wie die bereits beschriebenen und folgen den innen- und außenpolitischen Entwicklungen beider Staaten bis zur Wiedervereinigung. Dabei werden besonders die wechselnden Staatsoberhäupter und deren politischen Ausrichtungen und Reaktionen auf soziale und wirtschaftliche Ereignisse beschrieben. Erkennbar wird dieser Fokus auf die Staatsoberhäupter bereits an den Unterüberschriften innerhalb der Kapitel, von denen einige den Namen des Kanzlers/ der Kanzlerin tragen, die zur beschriebenen Zeit im Amt waren. Aber auch Ausführungen über basisdemokratische Bewegungen wie die „Montagsdemonstrationen“ in der DDR oder die Friedensbewegung kommen nicht zu kurz.

Alles in allem bieten die Autoren in ihrem Werk einen sehr guten Einstieg in die jüngere deutsche Zeitgeschichte, der sich besonders an Leser richtet, die sich mit besagter Thematik bisher wenig oder gar nicht befasst haben. Dies wird unterstrichen durch eine leicht verständliche Sprache, eingeschobene Illustrationen mit ausführlichen Erklärungen sowie „Steckbriefen“ von bedeutenden Persönlichkeiten beider deutscher Staaten. Die parallel zum Text gesetzte englische Übersetzung ist dabei ebenso unkompliziert formuliert wie die deutsche. Der Mehrwert, den diese direkte Gegenüberstellung ausmacht, wird leider durch die unglückliche Formatierung reduziert. Wie schon der Fließtext, sind die u. a. Bildunterschriften und Texte teilweise so formatiert, dass sich die englische und die deutsche Version auf den ersten Blick nur schwer trennen lassen. Dementsprechend erschwert der unvorteilhaft gesetzte Text die Vergleichbarkeit des deutschen und englischen Textes, was besonders Leser, welche die Sprache erst erlernen, vor Probleme stellen könnte. Nichts destotrotz ist das vorliegende Werk bestens geeignet, sich erstmalig mit der Nachkriegsgeschichte Deutschlands auseinanderzusetzen.

Julian Beiteke, Warburg

**NORBERT ALEWELD: Der Beginn der Neugotik im Sakralbau Westfalens - Der Beitrag Westfalens zur Wiedererweckung der mittelalterlichen Sakralbaukunst im 19. Jahrhundert (Studien und Quellen zur Westfälischen Geschichte. Bd. 73), Paderborn: Bonifatius Verlag 2014, 371 Seiten, 49.80 €**

Die Zeit des Historismus hatte lange den Makel, nichts Eigenes hervorgebracht zu haben und nur im Fahrwasser älterer Stile zu schwimmen. Dabei ist dieser Zeitraum beginnend im ausgehenden 18. Jahrhundert bis weit in das 19. und teilweise 20. Jahrhundert hinein eine wesentliche Voraussetzung für ein Stilbewusstsein und die historische Betrachtung vergan-

gener Epochen in der Baukunst. Er steht für die Etablierung einer eigenen Disziplin innerhalb der entstehenden Kunstgeschichte, der Baugeschichte und damit verbunden auch der Denkmalpflege. Noch bis in die jüngere Vergangenheit, in den 1980er Jahren und darüber hinaus, wurde deshalb mit dem überkommenen Erbe dieser Epoche ziemlich stiefmütterlich umgegangen. Nicht nur, dass es an einer wissenschaftlichen Aufarbeitung fehlte, sondern noch viel dramatischer, wurde historistische Architektur und ihre Ausstattung radikal verändert, verstümmelt bzw. ganz entfernt. Dieser schmerzhafteste Prozess fällt insbesondere im Kirchenbau ins Gewicht und wird in dem 2014 erschienenen Buch von Norbert Aleweld *Der Beginn der Neugotik im Sakralbau Westfalens* ganz besonders augenfällig, auch wenn dies nicht das vordergründige Anliegen des Autors gewesen sein mag. Insofern sind dieser Band und sein Untersuchungsgegenstand absolut begrüßenswert, da er ein Forschungsdesiderat aufgreift, das in den unterschiedlichen Regionen und Kulturlandschaften Deutschlands noch erhebliche Lücken aufweist.

Arbeiten, die sich ihren Untersuchungsgegenstand regional suchen, sind deshalb grundsätzlich lobenswert, da diese die notwendigen Mosaiksteine für überregionale Betrachtungen darstellen. Insofern ist diese Publikation wichtige Grundlagenforschung für die Bearbeitung weiterführender Fragestellungen.

Der Autor Dr.-Ing., Dr. phil. Norbert ALEWELD hat über viele Jahrzehnte immer wieder zur Kirchenarchitektur Westfalens, vor allem des 19. Jahrhunderts, publiziert. Der gebürtige Gelsenkirchener und Wahl-Iserlohner scheint als ausgebildeter Architekt und Kunsthistoriker geradezu prädestiniert zu sein, die kunsthistorische Aufarbeitung von Kirchenbauten und deren Architekten zu erforschen. Und tatsächlich ist die jüngst erschienene Publikation *Beginn der Neugotik in Westfalen* eine Art Kompendium verschiedener Einzelaspekte seiner bisherigen Forschungsarbeiten (Der Baumeister Maximilian Nohl, 1830-1863, Bonn 1980; Der Sakralbau im Kreis Iserlohn vom Klassizismus bis zum Ende des Historismus, Altena 1989; Franz Mündelein (1857 - 1926), Paderborn 2000 u. a.). Dabei setzt sich der Autor in seinem Werk einen engen zeitlichen, in etwa das zweite Drittel des 19. Jahrhunderts, und auch räumlichen Rahmen, grob das Gebiet der preußischen Provinz Westfalen, welches nach den Vereinbarungen des Wiener Kongresses von 1815 geschaffen wurde, der zu untersuchenden Beispiele. Wie der Leser bereits dem Titel entnehmen kann, behandelt ALEWELD vor allem den neogotischen Kirchenbau in seinen Anfängen für das genannte Gebiet.

Das Buch gliedert sich in 17 Hauptkapitel, wobei das letzte Kapitel den Versuch einer geistesgeschichtlichen Einordnung der neogotischen Architektur darstellt. Nach einem Überblick zum Forschungsstand und der zeitlich und räumlichen Eingrenzung gibt der Verfasser in Kap. 5 einen knappen Überblick zu Kontinuitäten aus der Gotik im regionalen Sakralbau des Barock vom 17. Jahrhundert bis in das frühe 19. Jahrhundert. Dem schließt er das stilistische Bindeglied zur Neugotik, den Klassizismus als Zwischenepoche in einem sehr kurzen Kapitel an. Leider versäumt es der Autor, die gebräuchlichen Stilbegriffe in diesem Zusammenhang zu hinterfragen, da sich die strikte Trennung der Stile, wie er selbst an Beispielen demonstriert, offensichtlich nicht durchhalten lässt. Dies verdeutlicht auch noch einmal das 7. Kap., in dem er nicht oder nur teilausgeführte „neugotische“ Planun-

gen zu Beginn des 19. Jahrhunderts bespricht. Hierbei wird nicht deutlich, inwieweit es sich dabei bereits um einen neuen Formwillen bzw. historische Rückbesinnung wie in der Neugotik, und damit auch geistesgeschichtliche Anknüpfung an diesen Stil handelt. Zwar spricht er von einer „Nachgotik“, was eine Interpretation im Sinne einer Bautradition nahe legt, aber das sind rein formale Beobachtungen. Die Antwort, wie es sich mit den geistesgeschichtlichen Motiven für diese Formenwahl verhält, bleibt der Autor leider schuldig, wobei doch gerade diese Frage interessant wäre. Auch für die folgenden Betrachtungen eines neu erweckten „Gotizismus“, den ALEWELD später in seinem 8. Kap. (S. 32 f.) konstatiert, wäre das ein interessanter Aspekt. Dieser zeigt sich zum Beispiel bei der von ihm kurz erwähnten Jesuitenkirche in Paderborn (ANTON HÜLSE) und der Jesuitenkirche St. Mariä-Himmelfahrt in Köln (CHRISTOPH WAMSER, S. 23). Beide Kirchen aus dem 17. Jahrhundert sind reizvolle Beispiele, die eine ganz bewusste Anknüpfung an die gotische Bautradition nahe legen und eben nicht nur einem barocken Formidiom unterordnen, wie von ALEWELD behauptet. Und natürlich fehlt „die Straffheit und Konsequenz der Gotik“ (S. 23), da hier eben keine „gotische Kathedrale“ errichtet werden sollte und natürlich fließen in die Architektur auch „barocke“ Gestaltungsideen und „barockes“ Formengut ein, denn schließlich haben wir es mit Architektur des 17. und eben nicht des 13. oder 14. Jahrhunderts zu tun! Dieses willkürlich gewählte Beispiel demonstriert bei allem Respekt für die geleistete Arbeit auch symptomatisch deren Problematik. Dabei fällt besonders auf, dass die theoretische Reflexion und Einordnung in die übergeordneten Kontexte (Kap. 4-6, 8, 15. u. 17) mitunter sehr knapp und leider oft auch stereotyp ausfallen, und damit wenig weiterführend sind. Das zeigt sich auch noch einmal in Kap. 8, in welchem der Autor auf die Anfänge des Historismus allgemein zu sprechen kommen will. Ausgangspunkt bildet für ihn in dem Unterkapitel 8.2. *Die sentimentalische Gotik und der englische Landschaftspark* Roger MORRIS *Inverary Castle* (um 1750) und Horaze WALPOLES *Stambray Hill* (1748-77) für seinen Blick auf die „sentimentalische Gotik“ dieser Zeit, um dann auf Kontinentaleuropa und besonders Preußen umzuschwenken (S. 35-40). Die englischen Landschaftsgärten und ihre Ruinenbauten sind sicher ein interessanter Teilaspekt, werden in dem Zusammenhang allerdings viel zu breit ausgeführt. Wirklich wichtige Fragestellungen, wie die der Kontinuitäten und Diskontinuitäten in den Bauformen, bleiben einfach ausgeblendet. Die altbekannten Topoi der romantischen Rückwendung von WACKENRODER oder TIECK (S. 34), der Sentimentalismus des jungen GOETHE bei der Besprechung des Straßburger Münsters (S. 36) sind allgemein bekannt und für die bearbeiteten Fragestellungen eigentlich nicht zielführend. ALEWELD demonstriert hier sein bildungsbürgerliches Wissen, verliert darüber jedoch das eigentliche Thema des behandelten Kapitels aus den Augen: nämlich die Frage nach der Etablierung des Historismus, die geistesgeschichtlichen Gründe und die Frage, ob hier nicht doch ältere Traditionen eine Rolle gespielt haben könnten. Insofern sind Inkonssequenzen und nicht nachvollziehbare Einflechtungen von Inhalten nur eine logische Folge wie der Exkurs auf WINCKELMANN (S. 35) oder HERDER (S. 41), KLOPPSTOCK oder LESSING (S. 41), die nur schwer mit dem Begriff der Neugotik in Verbindung zu bringen sind. Dass die Nationenbildung und das aufkommende Nationalbewusstsein wichtige Bausteine für eine Hinwendung zur „neuen“

Gotik waren, steht sicherlich außer Frage und deshalb hilft es eben auch wenig weiter, den Gesinnungswandel GOETHES (S. 43) zur Gotik nach zu skizzieren, wenn eigentlich die frühe Neugotik in Westfalen und ihre Entstehungsbedingungen untersucht werden sollten.

Dem 8. Kapitel schließen sich in Kap. 9 u. 10 eine Art Katalog der frühneugotischen Sakralbauten in Westfalen an. Leider gibt der Autor keine Auskunft über die Vollständigkeit der erstellten Liste. Während in Kap. 9 tabellarisch die aufgenommen Kirchen aufgeführt sind, werden diese unter Kap. 10 ausführlich beschrieben. Dieses vom Umfang stärkste Kapitel (S. 53-235) stellt auch den großen Mehrwert dieser Arbeit dar, da der Autor eine sehr intensive Quellen- und Archivrecherche zu den einzelnen Bauten vorgenommen hat. Anhand dieses intensiven Quellenstudiums rekonstruiert ALEWELD die Umstände, Entstehungsbedingungen und die konkrete Umsetzung der Kirchenbauten sehr anschaulich. Auch die Kapitel 11 und 12 sind eine gute Ergänzung zum vorangegangenen Katalogteil zur Einordnung der Bauten, ihrer Bautypen und Baumerkmale bzw. Kurzbiographien der häufig nur unzureichend bekannten Baumeister und Architekten. Zum Kap. 11 wäre zusätzlich eine statistische Auswertung mit Schaubildern oder auch schematische Architekturzeichnungen wünschenswert gewesen, da hierdurch einige Aspekte auf einen Blick ablesbar und teilweise auch verständlicher geworden wären. In Kap. 13 (S. 276 f.) reflektiert ALEWELD noch einmal ganz konkret die Positionen des regionalen Klerus, der Persönlichkeiten und Entscheidungsträger in Westfalen im frühen 19. Jahrhundert zum Phänomen der Neugotik. Von der logischen Abfolge wäre dieses Kapitel sicher besser vor dem Katalog der Bauten angebracht gewesen, zusammen mit den allgemeinen Teil zum Historismus (Kap. 8). Das gilt im Grunde für alle theoretischen Kapitel, die dem Katalogteil nachfolgen. Es ist etwas irritierend, dass dieser mitten im Buch steckt, da er als Nachschlageteil doch besser am Ende des Buches aufgehoben wäre. Warum Kapitel 8 und 16 auseinandergerissen wurden, ist ebenfalls nicht wirklich verständlich, da die Frage Historismus, Neugotik und neugotische Bewegung in Westfalen besser zusammenhängend in einem Kapitel darzustellen gewesen wären und dem anschließend dann auch die Kritik des Historismus (Kap. 15). Für das Kapitel 15 gilt, was exemplarisch für Kapitel 8 demonstriert wurde. Häufig nimmt der Autor weitschweifig kleine Details auf und vergisst darüber die drängenden Fragen, die entweder ganz ausgespart bleiben oder nur angerissen sind.

Ein anderes grundsätzliches Manko der Publikation ist, dass der Autor mitunter die neuesten Forschungsbeiträge zu ignorieren scheint bzw. veraltete Auflagen z. B. des DEHIO *Handbuch der Deutschen Kunstdenkmäler* verwendet. Dass der DEHIO zu Nordrhein-Westfalen II, Westfalen im Vergleich zu der 1977 erschienenen Auflage mittlerweile in der aktuellen und überarbeiteten Auflage von 2011 um das doppelte an Umfang zugenommen hat, macht deutlich, dass auch Nachschlagewerke, wenn sie zitiert werden, doch besser in der neuesten Ausgabe verwendet werden sollten. Noch gravierender ist es allerdings, dass ALEWELD, bei seinen allgemeinen Betrachtungen z. B. zu Karl Friedrich SCHINKEL (in Kap. 8) die neuere

Forschung nicht berücksichtigt. Das hätte ihm in seinen Theoriekapiteln sicher auch zu ganz anderen Ergebnissen gebracht. Wenn der Autor zu SCHINKELS Motiven gotischer Kirchenarchitektur seiner Malerei der 1810er Jahre und Architekturentwürfen dieser Zeit schreibt, er habe damit „die Neugotik evoziert“ (S. 41) und weiter unten, „Die Tür zur Neugotik hatte sich [...] weit geöffnet“ ignoriert der Verfasser komplett das parallele Antikenstudium und zeitgleiche klassizistische Architekturentwürfe. Helmut BÖRSCH-SUPAN konstatiert in seinem 2007 erschienen Katalog *Bild-Erfindungen* zu Schinkels Malerei und Zeichnungen recht lapidar über dieses Phänomen in Schinkels recht früher Werkphase: „Danach verliert das Motiv des gotischen Sakralbaues in der Malerei ebenso rasch an Bedeutung, wie es in der romantischen Epoche gewonnen hatte.“ (BÖRSCH-SUPAN, 2007, S. 96). Zwar wäre sicherlich auch dieses Urteil kritisch zu überprüfen. Die phantastischen, gotischen Entwürfe und verklärten gotizierenden Architekturbilder deshalb zum Ausgangspunkt der Neugotik zu machen, erscheint allerdings trotzdem weit hergeholt, bzw. müsste anderweitig noch besser belegt werden. Entsprechend hilflos bleibt der Leser nach der Lektüre der eigentlich klärenden und einordnenden Theoriekapitel zurück. Diesen Eindruck verstärkt zudem der recht spärliche Fußnotenapparat dieser Kapitel. Etwas unglücklich mag man es hingegen nennen, dass ca. ein Jahr zuvor (2013) von Peter VORMWEG *Die Neugotik im westfälischen Kirchenbau* erschienen ist. Da der Autor dieses Buches wohl nicht wusste, wie weit zu diesem Zeitpunkt bereits die Druckvorbereitungen vorangeschritten waren, soll dies dem Verfasser nicht negativ ausgelegt werden.

Der Katalogteil und die Einbindung der zeitgenössischen Positionen und Diskussionen in Westfalen stehen für sich und machen auch das Verdienst dieses Buches aus. Die etwas unsaubere und teilweise auch unklare metatheoretische und geistesgeschichtliche Einordnung der westfälischen Frühneugotik schmälert diesen Textbestand mehr, als dass er dem Leser wirklich weiterhilft. Wer sich für die theoretische Reflexion interessiert, sollte deshalb besser zu Peter VORMWEGS Buch greifen, das diesbezüglich eine deutlich strukturiertere, verlässlichere und klarere Einführung in das Thema darstellt.

Matthias Dämmig, Paderborn

**RICHARD JANUS: Zwischen Katholizismus und Unkirchlichkeit. Pastorale Identitätskonstruktionen in der ostwestfälischen Diaspora am Beispiel des Pfarrers Theodor Holzhausen (1826-1900) (INPUT – Interdisziplinäre Paderborner Untersuchungen zur Theologie), Berlin 2016, 298 S., 34,90 €**

Das christliche Abendland ist heute in aller Munde; viele sorgen sich darum, wollen es retten, sichtbar erhalten, als Leitkultur durchsetzen. Der Protagonist der vorliegenden theolo-

gischen Dissertation, der evangelische Pfarrer Holzhausen, sah sein Bild vom Christlichen im Alltag des 19. Jahrhunderts auch gefährdet, aber nicht durch Bärte oder Burkas. Er war dabei, als „die kulturprotestantisch-liberalen Kräfte gegenüber konservativ-erwecklichen Kreisen ins Hintertreffen“ gerieten, die Kirche und Kultur für einen Gegensatz hielten, „in einer historisch-kritischen Universitätstheologie [...], in liberalen Kulturwerten und in modernen Idealen autonomer Lebensführung [...] einen Angriff auf das Evangelium und die Kirchenlehre“ sahen, als „eine Kerntruppe der deutschen Bildungselite (sich) zu einer kleinbürgerlichen Klerikerkaste“ wandelte, die „im selbstgewählten Kirchenghetto [...] religiös begründeten Antiintellektualismus und eine diffuse Modernitätsfeindlichkeit kultivierte“ (S. 10). Spätestens jetzt wird der Leser diese Entwicklung als eine erkennen, die nicht nur auf den Protestantismus zu beschränken ist. Frömmigkeit wird durch Kirchlichkeit ersetzt, neue religiös-belegte Riten entstehen, wie z.B. die feierliche Ausgestaltung der deutschen Weihnacht, die Mitgliedschaft in religiösen Vereinen nimmt deutlich zu. Dadurch aber wird der Prozess der Entkirchlichung der Gesamtgesellschaft nicht aufgehalten. Während also Säkularisation auf der einen Seite „die Entkirchlichung weiter Teile der sich in ihren Funktionen ausdifferenzierenden Gesellschaft“ bedeutet, bringt sie andererseits die „Verkirchlichung des Christentums“ (S. 19). Zudem ist in Deutschland ein Anwachsen des protestantisch-katholischen Antagonismus zu verzeichnen, der nicht nur kirchlich-religiöse Relevanz hatte, sondern auch die Politik bestimmte; das 19. Jahrhundert wird auch als das „Zweite Konfessionelle Zeitalter“ charakterisiert. Die Bedeutung des Konfessionalismus wird bisweilen so hoch bewertet, dass „in der religiösen Spaltung mit ihrer Dynamik und der Integration des nationalen Denkens“ der „Motor für die Radikalisierung des deutschen Nationalismus“ (S. 20) festgemacht wird. - Diese Darlegungen von Janus sind sicher nicht nur für den Theologen von Belang.

Aber auch die Veränderungen im Bild des Pfarrers gehen über die rein innerkirchliche Bedeutung hinaus. So, wenn „Pastoraltheologie“ durch den Begriff der „Praktischen Theologie“ ersetzt wird, „das Priestertum aller Gläubigen“ von einer Professionalisierung des Pfarrberufs, das „geistliche Amt als göttliche Einsetzung“ durch die „gemeindliche Begründung des Pfarramts“ (S. 22-26).

Holzhausen hat diese Umbrüche als Hauslehrer der Familie von der Borch auf dem Gut Holzhausen erlebt, als Pfarrverweser in Brakel sowie als Pfarrer in Driburg und zuletzt in Warburg, also in einer dezidierten Diaspora-Situation (S. 49-60). Es war die Zeit des Mischenstreits und des Kulturkampfes mit ultramontanistischen Bewegungen innerhalb der katholischen Kirche, verstärkt durch eine Gleichsetzung von Protestantismus und Deutschtum im Kaiserreich (S. 69-72; 76; siehe auch das Kapitel Kriegstheologie und Nationalprotestantismus, S. 204-217). Der Antikatholizismus war jedoch kein auf Preußen oder die protestantischen Länder begrenztes Phänomen, sondern eine europaweit zu konstatierende Haltung bürgerlicher Kultur (S. 108). 1854 erfolgte die Verkündung des Dogmas von der unbefleckten Empfängnis, 1864 der „Syllabus errorum“, das I. Vatikanum und als Endpunkt das Unfehlbarkeitsdogma. Das Schulaufsichtsgesetz 1872 sowie der Einführung der Zivilehe 1874 betraf evangelische wie katholische Geistliche gleichermaßen.

1803 wurde die Paderborner Abdinghofkirche zwar für den evangelischen Gottesdienst übergeben, die rechtliche Konstituierung aber wurde durch den Einmarsch der napoleonischen Truppen 1806 verhindert und erst 1809 konnte ein Pfarrer für die evangelisch-protestantische Gemeinde in Paderborn bestellt werden. Als evangelische Gemeinde war im Hochstift nur die Kirchengemeinde Herlinghausen aus den Zeiten der Reformation übrig geblieben, weil von Hessen aus betreut. Nach dem Interim von 1548 waren Höxter, St. Petri und St. Kilian sowie Bruchhausen und Amelunxen im Gebiet des Fürstbistums Corvey geblieben. Der westfälische Oberpräsident Ludwig von Vincke (1815-1844) engagierte sich persönlich für den Aufbau eines evangelischen Gemeindegewebes. Zum 300jährigen Reformationsjubiläum rief der preußische König 1817 zur Union von Lutheranern und Reformierten auf; das neugegründete Kulturministerium erhielt im gleichen Jahr die Zuständigkeit für die geistlichen Angelegenheiten. Noch während der Zugehörigkeit zum Kirchenkreis Bielefeld wurden die Gemeinden in Warburg (1824), Büren (1834) und Lichtenau (1838) gegründet. Nach Errichtung des Kirchenkreises Paderborn folgten Brakel (1844), Lippspringe (1847), Driburg (1854), Peckelsheim (1856), Marienmünster-Nieheim (1864), Steinheim (1877), Beverungen (1887), Scherfede-Westheim (1887) und Fürstenberg (1893) (S. 78-87).

Pfarrer Holzhausen litt in den Gemeinden an der verbreiteten und zunehmenden Unkenntnis über die Grundlagen des eigenen evangelischen Glaubens und dem sich Hingezogenfühlen zu der äußeren Pracht und den Ritualen der katholischen Kirche (S. 117) genauso wie an dem Läuten der Glocken der Altstädter Kirche in Warburg zu Zeiten des evangelischen Gottesdienstes (S. 130). Andererseits erlebte er dort auch, dass „die katholische Geistlichkeit [...] in der Akzeptanz der Evangelischen [...] weiter war als die städtische Verwaltung“ (S. 106). Er begrüßte in seiner Kirche Methodisten und Baptisten zum Gottesdienst (S. 149). Unkirchlichkeit fürchtete er als existenzbedrohend. Andererseits witterte er in der zunehmenden Kirchlichkeit innerhalb seiner Gemeinden auch eine Reduzierung auf äußerliche Werte, auf die Beachtung rein gesellschaftlicher Pflichten (S. 151 f.). Den auf die Schaffung einer evangelischen Nationalkirche ausgerichteten Protestantenverein, 1863 gegründet, hielt er für „schlimmer als die Jesuiten“ (S. 171). Ihm dagegen ging es um die Erweckung eines religiösen Lebens. Er folgte Harnack in der Wertschätzung des Apostolikums gegenüber dem nicäischen Glaubensbekenntnis, nachdem dieser in seinem Lehrbuch der Dogmengeschichte den Einfluss der griechischen Philosophie auf die Dogmenbildungsprozesse der Alten Kirche aufgezeigt hatte (S. 176). Durch die Akzentuierung des Sonntagsgottesdienstes und der Sonntagsruhe wurden viele Arbeiter der Kirche entfremdet. Die Sozialdemokratie tat ein Übriges; mit ihren internationalistischen Zügen glich sie gar der römischen Kirche (S. 159). Die Neuordnung der Eisenbahnbetriebsämter 1896 brachte aus Hessen und Waldeck nach Warburg Zuzüge „von unreifen evangelischen Burschen und leichtsinnigen evangelischen Mädchen“ (S. 167).

Das 19. Jahrhundert als eine Epoche unter dem Signum des Wandels wurde von Holzhausen weitgehend als ein Verfallsprozess wahrgenommen. Diese Haltung vieler Geistlicher konnte nur zu einer Entfremdung weiterer Kreise von der Kirche führen. Das Fazit

von Janus: Die biblischen Schriften müssten als Richtschnur kirchlichen Lebens anerkannt und als eine gemeinsame Grundlage allen christlichen Lebens gelten, nicht die Spekulation über die Naturen Christi, sondern sein erlösendes Handeln als das entscheidende Kriterium. Der Abbruch des traditionellen Wissensbestandes der christlichen Kirchen ist kein spezifisches Problem des 20. oder 21. Jahrhunderts (S. 226). Die Einstellung zu Veränderung und der sogenannten Moderne trägt häufig, um Halt und Orientierung zu geben, fundamentalistische Züge (S. 230). Andersheit ist heute oft ein Konstruktionsmoment von Identität (S. 241). Christliches Leben aber muss nicht erst heute in der Dimension der Alteritätserfahrung begriffen werden. Heterogenität und Pluralität müssen in den Gemeinden wahrgenommen und als Herausforderung akzeptiert werden (S. 242).

Beigegeben ist dem Ganzen ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis (S. 243-275), eine Kommunizierendenstatistik (S. 276-278), eine Synopse des Berichtsschemas zu den Kreissynoden sowie das Verpflichtungsformular für Katholiken beim Übertritt zur evangelischen Kirche. Es folgen acht Fotografien zu Holzhausens Vita und Rundbriefe aus seiner Feder. Den Abschluss bilden Dokumente zur Renovierung der Warburger Kirche mit weiteren sechs Fotos.

Die an der Fakultät für Kulturwissenschaften der Universität Paderborn angenommene Promotionsarbeit ist ein sehr guter Beitrag fächerübergreifender Forschung. In einer Zeit, in der Religion nicht mehr als rein dem Privaten zugeordnet gesehen wird, eine sehr anregende Lektüre.

Michael Wittig, Wewer



#### AUTORENVERZEICHNIS

RAMONA BECHAUF M. A., Studium des Zweifachbachelors Geschichte und deutschsprachige Literaturen an der Universität Paderborn, danach Masterstudiengang „Kulturerbe“. April bis Juli 2016 Inhaberin des Stipendiums Stadtschreiber Paderborn.

JULIAN BEITEKE, ...

MATTHIAS DÄMMIG M. A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl Kulturerbe, Universität Paderborn.

HANS GERD DORMAGEN, selbständiger Außenhandelskaufmann, Gasthörer der Fächer Geschichte und Kunstgeschichte an der Universität Köln.

ANSGAR KÖB M. A., Studium der Geschichte und Kunstgeschichte in Trier, München und Freiburg, arbeitet freiberuflich als Historiker, Kunsthistoriker und Lektor, Mitbegründer des Verlags duotincta.l

PD Dr. MAREIKE MENNE M.A., Studium der Fächer Geschichte, Kulturwissenschaftliche Anthropologie und Medienwissenschaft an der Universität Paderborn; seit 2007 akademische Angestellte am Historischen Institut der Universität Stuttgart; Forschungsschwerpunkte und Arbeitsbereiche: Rezeption Chinas im Europa der Frühen Neuzeit, Geistlicher Staat im Alten Reich, Geschichte zwischen den Disziplinen, Archivbegriff, Kulturwissenschaftliche Anthropologie.

DAVID MERSCHJOHANN, geb. 1990, Lehramtsstudium der Fächer Germanistik und Geschichte. Aktuell Zwei-Fach-Master Studium mit den Fächern Germanistische Sprachwissenschaft und Geschichte an der Universität Paderborn.

LEA RÖNSCH, ...

SABINE TOMAS, ...

Dr. JÖRG WUNSCHHOFER, geb. 1966, Studium in Münster und Paderborn, Promotion 1997; zahlreiche Aufsätze zu Dom- und Kollegiatstiften; ehrenamtlicher Mitarbeiter bei der Germania Sacra Göttingen zum Kollegiatstift Beckum; 2. Vorsitzender der Westf. Ges. f. Genealogie und Familienforschung, Herausgabe einer Quellenpublikation und mehrerer Jahrbände der Beiträge zur westfälischen Familienforschung.

Alle nicht genannten Rezensenten sind i. d. R. Mitglieder der Redaktion, deren Kontaktadressen Sie im Impressum finden.

### *Berichte:*

## Theorie und Methode des musealen Ausstellungswesens

### 23. Tagung „Fragen der Regionalgeschichte“ des Historischen Instituts der Universität Paderborn am 7. November 2015

*von Sabine Tomas*

Theorie und Methode des musealen Ausstellungswesens, das war das Thema, zu dem in diesem Jahr nationale und internationale Experten des Museumswesens unter dem Dach „Fragen der Regionalgeschichte“ zusammengekommen waren, um einem breiten Publikum von interessierten Laien und Studenten bis hin zu Kollegen aus Universitäten und Museen einen abwechslungsreichen Mix aus verschiedenen Fachvorträgen zu bieten.

Eröffnungsworten von Prof. Dr. Frank Göttmann, der zusammen mit Prof. Dr. Eva-Maria Seng zu diesem Tag eingeladen hatte, folgten Grußworte des Universitätspräsidenten Prof. Dr. Wilhelm Schäfer, der die wissenschaftliche Kooperation in der Region, besonders mit der Universität Bielefeld, hervorhob und weitere gemeinsame Projekte ankündigte. Auch die Zusammenarbeit mit der Stadt sei erfreulich und werde immer enger. Passend zu diesem lokalen Bezug begrüßte Göttmann im Anschluss die lokalen Geschichtsvereine, die ebenfalls an diesem Tag vertreten waren und mit denen man seit Jahren enge Verbindungen pflege. Auch Prof. Dr. Rüdiger Althaus, der neue Rektor der Schwester- und Partnerhochschule, der Theologischen Fakultät Paderborn befand sich unter den Teilnehmern.

*„Ohne Theorie keine Methode.“*

Den Anfang der Fachvorträge machte Prof. Seng, die das Tagesmotto direkt unter dem gleichnamigen Titel aufgriff. Die Relevanz von Museen stellte sie eindrucksvoll anhand der stetig zunehmende Besucherzahlen und des Museumsbooms vor, der mit einer in den letzten Jahrzehnten deutlich gewachsenen Anzahl von Museen einhergegangen sei. Außerdem ließ sie auch die touristische, wirtschaftliche und identitätsstiftende Funktion vor allem regionaler Museen wie beispielsweise des Museums für Klosterkultur in Dalheim nicht außer Acht. Auch stellte sie klar, dass Museen nicht in erster Linie neues Wissen vermittelten, sondern bereits vorhandenes Wissen und Einstellungen bestätigten und erweiterten. Die Eigenart der Dinge beschrieb sie wie folgt. Aus drei Schritten werde aus einem Objekt ein „Museumsding“: Dekontextualisierung, Änderung der Funktion und Rekontextualisierung. So erhalte das Objekt seine ihm eigene Aura. Die Inszenierung und Authentizität der Objekte werde immer bedeutsamer, Themenausstellungen immer häufiger. Es finde eine zunehmende Eventisierung statt, der Erlebnischarakter des Museumsbesuches trete in den Vordergrund. Dabei gewannen laut Seng heute auch häufig Objekte an Bedeutung, die zuvor als zweitrangig galten, nun aber wegen ihrer besonderen Aura eine wichtige Rolle in der

Ausstellung einnehmen. Der letzte Aspekt ihres Vortrags bezog sich auf Reverenzobjekte und ihre Präsentationsformen. Zentrale Punkte hierbei seien die Mobilität der Besucher und auch der Dinge, die Renaissance der Schausammlung durch Provenienzforschung sowie die Dingorientierung beziehungsweise. Rekontextualisierung. Daran anknüpfend stellte die Referentin einen Bezug zur aktuellen gesellschaftspolitischen Lage her, indem sie auf das Thema Migration einging, das so alt sei wie die Menschheit selbst. Die anschließende Diskussion entspann sich vor allem an der Frage der Dekontextualisierung sowie an der mentalen Stabilisierungsfunktion des Museums und seinem Beitrag zur Identitätsbildung.

Nach diesen komplexen theoretischen Einblicken folgten Vorträge, die die Theorie auf praktisch-methodischem Feld exemplifizierten und zum Teil höchst überraschende Perspektiven eröffneten.

*„Ein Museum macht man zusammen.“*

Ja, gemacht wird ein Museum im Zusammenwirken vieler Akteure und vor allem mit viel Aufwand. Das zeigte eindrucksvoll der Vortrag von Drs. Pieter-Mattjis Gijsbers, Directeur Comenius Leergangen an der Rijksuniversiteit Groningen, der extra aus den Niederlanden angereist war, um an der Tagung mitwirken zu können. Anhand des Beispiels des Transports zweier alter Stadthäuser inklusive eines ihrer Hinterhäuser aus Amsterdam in das niederländische Freilichtmuseum Arnheim, um sie so vor der Zerstörung zu bewahren, schilderte er bildhaft *„Die Modi des Ausstellens und das Problem der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“*. Benannt wurden die drei Modi mit den Begriffen der Idealwelt, der Kontextualisierung und der soziokulturelle Perspektive. Dabei verdeutlichte die aktuelle Ausstellung im Freilichtmuseum Arnheim, wie gut diese Modi gleichzeitig nebeneinander zur Geltung kommen können. Und auch unkonventionelle Vorgehensweisen lehnte Gijsbers nicht ab, wie sich an einem Ausstellungsraum im Museum, der sich thematisch mit dem Leben der türkischen Arbeiter in diesen Hinterhäusern beschäftigte, zeigte. Diese Räume seien in der Vergangenheit tatsächlich bewohnt worden, es gebe noch Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände aus dieser Zeit. Gerade aufgrund der Tatsache, dass es schon immer eine Zuwanderung in die Stadt gegeben habe, sei es ihm auch aktuell wichtig gewesen, dieses Thema in der Ausstellung aufzugreifen. Als weiteres positives Beispiel nannte Gijsbers das Ruhr Museum in Essen, worüber das Publikum später am Nachmittag noch mehr erfahren sollte. Die vorgeführte Gleichzeitigkeit und die Gleichwertigkeit der Modi waren auch Anlass zur Diskussion, ebenso wie die unterschiedlichen Ausbildungsstrukturen für eine Museumstätigkeit in den Niederlanden und Deutschland.

*„Ich blicke freudig auf zukünftige Ausstellungen.“*

Prof. Dr. Gilbert Lupfer von den Staatlichen Kunstsammlungen in Dresden wies mit seinem Vortrag *„Die Visualisierung von Provenienzforschung – Überlegungen zu einer scheinbar selbstverständlichen, tatsächlich aber höchst komplizierten Aufgabe“* auf die Wichtigkeit

der Provenienzforschung hin. Ein besonderes Augenmerk habe dabei anfänglich auf der Raubkunst aus der Zeit des Nationalsozialismus und deren Restitution gelegen. Aber 2008 habe ein Bewusstseinswandel eingesetzt, der zu einer Professionalisierung geführt habe. Diese gehe ihm, Lufper, aber nicht weit genug: Der Forschungsbereich sei nicht ausreichend definiert und ende bereits mit der Aufklärung des Sachverhaltes. Das Nichtausstellen der Ergebnisse der Provenienzforschung betrachte er als eine verpasste Chance. Leider werde heute in vielen Fällen der Begegnung mit dem Kunstwerk beziehungsweise dem Objekt und dessen Aura mehr Bedeutung als der Kontextualisierung beigemessen. In konkreten Fällen würde die Präsentation wegen der unvollständigen Provenienzangaben den Anforderungen nicht gerecht werden. Freilich wurde im Vortrag eine ganze Reihe positiver Beispiele von Ausstellungen (z.B. Hamburg 2004) genannt, die sich der verlorenen und vergessenen Kunstwerke und deren Sammlern angenommen hatten, die Provenienz der Objekte offenlegten und quasi die Provenienzforschung als Methode der Kunstgeschichte etablierten. So präsentierte beispielsweise die Pinakothek der Moderne in München 2015 die Werke von Rudolf von Alt, einem der Lieblingskünstler Hitlers, dessen Werke jüdischen Sammlern entzogen worden waren, im Kontext der mit ihnen befaßten Provenienzforschung. Die abschließenden Thesen und Forderungen Lufpers aufgreifend, standen in der Diskussion vor allem die deutschen Verhältnisse in Sachen Provenienzforschung im Mittelpunkt, zumal beispielsweise Frankreich oder die USA über eine längere Tradition in diesem Bereich verfügen. Entsprechend wurden auch die internationale Zusammenarbeit und die Verantwortung von Lehre und Verbänden in diesem Bereich thematisiert.

*„Nichts Immaterielles ohne Materielles.“*

Nachdem das Publikum bereits in den Genuss eines internationalen Vortrags aus den Niederlanden gekommen war, wartete die Tagung nun mit einem weiteren internationalen Gast auf: Marc-Olivier Gonseth, Directeur Musée d'Ethnographie Neuchâtel, aus der Schweiz. In seinem Vortrag über *„Die Ausstellbarkeit von immateriellen Phänomenen“* verdeutlichte er anhand dreier verschiedener Ausstellungen in seinem Haus den Zusammenhang von immateriellen und materiellen Aspekten einer Ausstellung. Die Ausstellung *„Bruits“* bestach mit ihrem innovativen Konzept der Vermittlung von hörbarem Kulturerbe, während die Ausstellung *„Hors-Champ“* den Fokus auf die Konstruktion und den Gebrauch von bildhaften Vorstellungen in der Anthropologie legte. Die museale, digitale und künstlerische Ausstellung brachte damit die traditionellen Vorstellungen der Aufgaben von Museen durcheinander: klassifizieren, erfühlen, ästhetisieren, erinnern und das Auslösen von Schock und damit Transzendenz des Alltäglichen. Die Besonderheit der Ausstellung *„Secrets“* bestand darin, dass die Ausstellung über die ganze Stadt verteilt wurde und immer nur Teile davon an den jeweiligen Standorten sichtbar waren, aus denen sich die Besucher ihre eigene Ausstellung erarbeiten mussten. Hier hatte Gonseth aus der Not eine Tugend gemacht und die Umbauten am Museumsgebäude für die Verlagerung der Ausstellung in die Stadt genutzt - nach eigenen Angaben mit großem Erfolg. Eine Frage, die die anschließende Diskussion prägte,

war die Frage nach der Wahrnehmung der Besucher: Konnten die Besucher die immateriellen Phänomene als solche wahrnehmen oder war es für sie nur ein „Spiel“?

*„Etwas Besseres als eine Krise kann uns nicht passieren – auf in die Krise!“*

Nach diesem internationalen Vortrag richtete sich das Augenmerk nun wieder auf regionale Akteure des Museumswesens, als Frau Seng Prof. Dr. Jan Carstensen aus Detmold ankündigte, der in seiner Präsentation die *„Probleme und Bedingungen eines Freilichtmuseums“* am Beispiel des Detmolder Freilichtmuseums darstellte. Dabei umriss er erst die Entstehungsgeschichte der Freilichtmuseen, wobei er näher auf die Statik der Objekte des Freilichtmuseums einging. Dabei handle es sich überwiegend um Gebäude, was die Gestaltung eines solchen Museums, wolle es sich verändern, vor große Herausforderungen stelle. Veränderung sei aber wichtig, um die Besucher nicht zu verlieren, daher seien auch gerade größere Bauvorhaben in der Vorbereitung. Großzügige Ausstellungshallen würden gebaut, um thematische Sonderausstellungen besser realisieren zu können. Gewiss könne es aufgrund gesellschaftlicher Umbrüche auch zu musealen und gesellschaftlichen Krisen kommen, die er jedoch nicht als Bedrohung wahrnehme, sondern als Chance, notwendige museale Veränderungen herbeizuführen. In der anschließenden Diskussion kam die Frage auf, inwiefern sich die Freilichtmuseen und Heimatmuseen gegenseitig konkurrierten. Konkurrenz sah Carstensen nicht, eher die Chance der Zusammenarbeit zu allseitigem Nutzen. Auch die Wertung der Krise als positiv wurde angezweifelt. Demgegenüber vertrat der Referent die Position, dass das Freilichtmuseum die Aufgabe habe, schwierige Themen anzusprechen, um etwas zu bewegen. Gerade Krisen förderten die Auseinandersetzung mit schwierigen Themen.

*„Die Sammlung bestimmt das Epochenbild“*

*„Konzeptionelle Spielarten von Präsentation – die Schlösser in Stuttgart und Waldenbuch“* war der anschließende Vortrag von Thomas Brune, dem Leiter des Museums der Alltagskultur Schloß Waldenbuch, überschrieben. Wie der Titel bereits ankündigte, ging es um den Vergleich zweier unterschiedlicher Konzeptionen der Präsentation unter einem institutionellen Dach anhand von zwei Stuttgarter Ausstellungen: der Ausstellung *„Legendäre Meisterwerke“* im Alten Schloss im Herzen Stuttgarts und der Ausstellung *„Wohnwelten“* mit Objekten des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart im Museum der Alltagskultur in Schloss Waldenbuch außerhalb des Stadtgebiets. Während die Präsentation im Alten Schloss durch die Ästhetik, die räumliche Anordnung und die Chronologie der Objekte, die von der Vor- und Frühgeschichte bis ins 20. Jahrhundert reichen, geprägt und gezielt das historische Hintergrundwissen bereitgestellt werde, verwiesen in Schloss Waldenbuch die Alltags-Objekte auf die Wohnverhältnisse und elementare Lebensbedürfnisse wie Vorratshaltung, Schutz, Licht, Wärme, Sauberkeit und soziales Zusammenleben, unterstrichen durch eine schlichte Raumgestaltung. Zwei Besonderheiten fänden sich zum einen in dem Bereich *„Mein Stück*

Alltag“, in dem Besucher persönliche Gegenstände ausstellen und selbst erklären könnten; der Text werde faktisch nur vom Museum ergänzt. Zum andern solle die Zeitsprunghalle den Besucher zum Mitdenken anregen, indem hier alte Gegenstände mit neuen in Beziehung gesetzt würden. Am Punkt der Partizipation setzte auch die anschließende Diskussion an. Aus dem Publikum kam die Anregung, die Besucher sollten noch mehr dazu animiert werden, sich eigene Gedanken zu machen. Außerdem kam die Frage auf, ob die unterschiedlichen Ausstellungskonzeptionen durch die baulichen Bedingungen in Stuttgart und Waldenbuch beeinflusst worden seien, was von Thomas Brune bestätigt werden konnte.

*„Geschichte ist retrospektiv, aber nicht rückwärtsgewandt.“*

Prof. Dr. Ulrich Borsdorf, bis 2011 Direktor des Ruhr Museums in Essen, stellte in seinem Vortrag *„Konzept des Ruhrmuseums als Regionalmuseum neuen Typs“* ebenfalls das seinem Museum eigene Ausstellungskonzept vor und verdeutlichte anhand dessen den neuartigen Museumstyp. Das Ruhrmuseum sei ein Hybrid aus kultur- und naturhistorischem Museum, das die kulturelle und historische Bedeutung des Ruhrgebiets und der Zeche Zollverein, in welcher es untergebracht sei, verdeutliche. Das Besondere daran: Das Ruhrgebiet werde in seiner Gesamtheit dargestellt und keineswegs auf die Zeit des Kohleabbaus reduziert. Borsdorf machte deutlich, dass in seinen Augen Geschichte zwar retrospektiv, aber nicht rückwärtsgewandt gedeutet werden sollte. Vielmehr diene Geschichte dazu, Orientierung für die Gegenwart zu bieten. In diesem Sinne stellte er einen aktuellen gesellschaftlichen Bezug her: Denn das Ruhrgebiet verkörpere traditionell eine Migrationsgesellschaft. Migration gehöre zu diesem Gebiet dazu, daher gebe es auch keine eigene Abteilung für diese Thematik, denn diese sei eingeflochten in die gesamte Ausstellung. In der anschließenden Diskussion kam die Frage auf, ob das Museum aufgrund seiner Größe und Vielfalt eine Konkurrenz zu den Stadtmuseen in der Region darstelle. Dem wurde von Borsdorf mit dem Hinweis begegnet, dass eine Region viele Identitäten habe, die in den verschiedenen Museen dargestellt werden könnten. Das Ruhrmuseum locke Besucher in die Region, die dann auch die Stadtmuseen besuchten.

*„Wir können nur ausstellen, was wir besitzen.“*

Den Abschluss der Tagung bildete der Vortrag von Dr. Andreas Neuwöhner, der im Publikum den meisten Diskussionsbedarf auslöste. Er präsentierte das Konzept der *„Neuordnung der Paderborner Museumslandschaft“* zum ersten Mal öffentlich. Die vormaligen Einrichtungen im Adam-und-Eva-Haus und im Schloss Neuhaus sollten in Zukunft unter einem Konzept vereinigt werden. Als neue Standorte wurden das Schloss Neuhaus und die Galerie Kloster Abdinghof genannt. Als ein Grund für die Neustrukturierung der Paderborner Museumslandschaft betonte Neuwöhner vor allem Erfordernisse des Denkmalschutzes, unter dem das Adam-und-Eva-Haus stehe. Deshalb könne es nicht oder nur mit sehr großem Aufwand für eine museale Nutzung umgestaltet werden. Die Besonderheit des neuen

Konzepts stelle die Unterteilung in vertikale thematische Schichten dar, die, gegeneinander verschoben, jeweils neue Perspektiven auf die Stadtgeschichte eröffnen könnten und damit den Besucher zum Mitdenken einluden. In Bezug auf die Ausstellungsobjekte solle auf die unterschiedlichen städtischen und die Sammlungen des Altertumsvereins zurückgegriffen werden. In Schloß Neuhaus werde zur Koordination der Paderborner Museumsarbeit ein zentrales Depot geschaffen. Die anschließende, teils grundsätzliche, teils recht spezielle, Diskussion ging fließend in eine Abschlussdiskussion des Tages über, was nicht zuletzt der bereits fortgeschrittenen Stunde zuzuschreiben war. Im Fokus standen hier auch generelle Fragen nach der Ausstellbarkeit von Geschichte. So wurde etwa Kritik laut, das neue Stadtmuseum werde offenbar überwiegend die positiven Aspekte der Stadtgeschichte darstellen und somit die Realität verzerren. Eine studentische Wortmeldung gab zu bedenken, ob es, wie gerade auch am Beispiel der Neuordnung der Paderborner Museumslandschaft zu sehen, zu einer Gesundschumpfung beziehungsweise zu einem „survival of the fittest“ in der Museumslandschaft kommen werde, was aber von Frau Seng zurückgewiesen werden konnte.

*„Jedes Museum ist ein Individuum.“*

Mit ihren Kaffeepausen, in denen die Tagungsteilnehmer untereinander in Kontakt treten konnten, und den abwechslungsreichen Fachvorträgen war die diesjährige Tagung nicht nur für die Besucher ein lehrreiches Erlebnis, sondern auch für die Referenten, die in Interaktion miteinander traten und dadurch neue Impulse für ihre eigenen Projekte erhielten. Die Diskussion hätte noch bis spät in die Nacht weitergeführt werden können, doch Prof. Seng fand die passenden Abschlussworte, indem sie betonte, dass die Diskussion vielfältig und vielgestaltig gewesen sei wie die Museumslandschaft selbst und jedes Museum seinen eigenen Weg finden müsse. Denn: „Jedes Museum ist ein Individuum.“

## Projekt „Stadtschreiber Paderborn“ 2016 - Ein Erfahrungsbericht

von Ramona Bechauf

Im April 2016 wurde vom *Verein für Geschichte an der Universität Paderborn* mit Unterstützung von *Paderborn überzeugt* und der *Stadt Paderborn* erstmalig das viermonatige Stipendium *Stadtschreiber Paderborn* ausgeschrieben. Die Bewerber wurden gebeten neben Zeugnissen, einer Zusammenfassung der Qualifikationsarbeit ein Exposé der geplanten Dissertation sowie eine Ideenskizze für das Projekt *Stadtschreiber Paderborn* einzureichen.

Im Rahmen des Stadtschreiber-Stipendiums sollte ein historisches Thema der Stadt Paderborn ausgearbeitet werden und innerhalb eines Aufsatzes in den „Paderborner Historische Mitteilungen“ des *Vereins für Geschichte an der Universität Paderborn* veröffentlicht werden. Zudem sollte in einem Blog regelmäßig über das Projekt berichtet werden. In einem Vortrag, der am 6. Juli 2016 im großen Saal des historischen Rathauses der Stadt stattfand, berichtete die Stadtschreiberin Ramona Bechauf über die Erfahrungen und Ergebnisse ihrer Tätigkeit:

„Guten Abend meine Damen und Herren,  
Liebe Paderborner!

Im Vorhinein hatte mir ein wohlwollender Zyniker erklärt, ich könne froh sein, wenn sich zehn Leute für meinen Vortrag interessieren. Wenn ich mich hier so umschaue, sind es mehr als zehn und ich freue mich sehr darüber, dass Sie gekommen sind und dass auch einige der Protagonisten meiner Blog-Beiträge hier sind!

Bedanken möchte ich mich zuerst einmal bei dem Verein für Geschichte an der Universität Paderborn und ihrem Vorsitzenden Herrn Dr. Wittig, aber auch bei dem Verein Paderborn überzeugt, die mir das Stipendium und damit dieses Projekt ermöglicht haben! Ich hatte und habe immer noch eine tolle Zeit als Stadtschreiberin! Außerdem danke ich dem Bürgermeister und der Stadt Paderborn, insbesondere Frau Warnecke dafür, dass wir heute Abend als Gäste hier sein dürfen. Ein ganz großes Dankeschön geht an meine PR-Agentin Doris Hartmann, die die Plakate gestaltet, mir bei der Redaktion der Texte unter die Arme gegriffen und mich dann und wann auch ein bisschen angeschoben hat. Auch Marc Schüle möchte ich hier für den ein oder anderen kreativen und anderweitig gearteten Schubser danken. Nicht zu vergessen sind an dieser Stelle auch Lara Sauerland, die mich oft begleitet hat und sich jede meiner Schnapsideen angehört hat sowie Marlies Stachowitz, mein erster Fan und tolle Gesprächspartnerin. Es gibt mit Sicherheit noch viele, denen ich an dieser Stelle danken sollte, nämlich allen, die mich in irgendeiner Art und Weise unterstützt und inspiriert haben.

Ich habe sehr, sehr, wirklich sehr lange überlegt, wie ich diesen Vortrag aufbauen soll und was Sie eigentlich von mir hören wollen. Und dann ist mir klargeworden, dass es hier eigentlich darum geht, was ich in den letzten Wochen gehört, gesehen und beobachtet



habe. Daher möchte ich hier heute Abend nicht allein vor Ihnen sprechen, sondern mit den Paderbornern zusammen. Nämlich mit denen, die ich hier getroffen habe.

So: „Einen Stadtschreiber hatte ich mir immer als alten Mann mit weißen Haaren und langem Bart vorgestellt, der den ganzen Tag in einem dunklen Kämmerchen sitzt. Aber keine junge Frau im Sommerkleid!“, oder so ähnlich hat es Herr Linnemann, der Begründer und Besitzer der Paderborner Buchhandlung, zu mir gesagt. Dieses Zitat ist für den Einstieg besonders passend, weil es die Probleme, mit denen ich als Stadtschreiberin anfänglich konfrontiert war, gut zusammenfasst:

Zunächst waren die Menschen, die ich getroffen habe, erstaunt darüber, dass es in Paderborn einen Stadtschreiber gibt. Trotz der – meiner Meinung nach – sehr guten Werbung auf verschiedenen Portalen und der Unterstützung, die ich von verschiedenen Seiten erhalten habe, war das Projekt Stadtschreiber in Paderborn beziehungsweise bei den Paderbornern noch nicht bekannt. Auf der anderen Seite habe ich von verschiedenen Veranstaltungen und Möglichkeiten, die hier geboten werden, erst spät, manchmal zu spät, erfahren. Auch die Interaktion auf dem Stadtschreiber-Blog funktionierte nicht so, wie ich es mir vorgestellt hatte. Nachdem ich innerhalb einer Woche nur eine sichtbare Antwort in Form eines Kommentars bekommen hatte, habe ich in Absprache mit dem Verein für Geschichte ein Facebook-Profil angelegt, um die Reaktionen auf meine Beiträge besser einschätzen zu können. Und wenn ich ehrlich bin, brauchte mein Ego dann und wann auch schlicht ein kleines „gefällt mir“!

Ein weiteres Problem, mit dem ich zu kämpfen hatte, war, dass das Projekt als zu seriös wahrgenommen wurde: Manche meiner Interviewpartner hatten anfangs gewisse Berührungängste; das heißt sie wollten zunächst nicht mit mir reden, weil sie nicht wussten, worauf sie sich einlassen würden und wofür ich die gesammelten Informationen verwenden würde. Der erste Kontakt zu potenziellen Gesprächspartnern war daher immer sehr förmlich, weil man mich meist als offiziellen Fürsprecher der Stadt ansah, dem man keinesfalls negative Aspekte über die Stadt erzählen durfte. Ich habe meinen Interviewpartnern daher immer die Möglichkeit gegeben, die Texte, die ich geschrieben habe, vor der Veröffentlichung noch einmal zu lesen und zu korrigieren. Dies führte oft dazu, dass im letzten Moment Aussagen zurückgezogen wurden, weil man sie als „zu negativ“ empfand oder auf dieser Plattform nicht öffentlich sehen wollte. Meist waren es Aussagen, die ich gern genutzt hätte, um Diskussionen anzuregen und auch einmal Kritik an der Stadt Paderborn anzusprechen. Auch hat diese doppelte und dreifache Korrektur der Beiträge dazu geführt, dass diese oft sehr spät veröffentlicht werden konnten.

Damit komme ich nun zu dem, was ich in den letzten drei Monaten gemacht habe: Ich habe mich unterhalten. Mit Paderbornern. Neuen, alteneingesessenen, jungen, älteren. Immer mit dem Fokus auf die Stadtwahrnehmung dieser Paderborner. Ich habe sehr viele Veranstaltungen besucht, weil ich versucht habe dorthin zu gehen, wo ich glaubte, die Paderborner treffen zu können. Dies hat dazu geführt, dass der Stadtschreiber-Blog zunächst als Veranstaltungsportal wahrgenommen wurde: „Du bist ja in letzter Zeit ziemlich viel unterwegs und versuchst auf jeder Hochzeit zu tanzen“, habe ich oft gehört. Zugegebenerma-

ßen habe ich dadurch zunächst eines meiner erklärten Ziele, mich mit der Geschichte der Migration der Stadt auseinanderzusetzen, aus den Augen verloren. Aber es hat mir auch gezeigt, dass die Wahrnehmung der Stadt Paderborn innerhalb ihrer Gesellschaft ein sehr wichtiges und viel diskutiertes, differenziertes und schwieriges Thema ist: Die Paderborner setzten sich mit ihrer Stadt und deren Vorurteilen in der Innen- und Außenwahrnehmung erstaunlich intensiv auseinander!

Wenn ich die Menschen in Paderborn zu ihrer Stadt befragt habe, hatten sie immer sofort eine Meinung über die Stadt. Diese Meinung war nicht immer gleich und natürlich auch nicht immer positiv oder reflektiert. Ich habe Kommentare gehört, wie: „Immer, wenn ich in einer RICHTIGEN Stadt war, und nach Paderborn zurückkomme, hab ich gedacht: ›Wo bin ich hier gelandet?‹“, oder „Ich kann am Tag bis zu vier Mal durch die Fußgängerzone gehen, ohne dass ein Kaufbedürfnis ausgelöst wird. Die Läden sind allesamt zu langweilig!“ Ich habe aber auch regelrechte Liebeserklärungen gehört, wie: „Paderborn ist eine gelungene Mischung aus Stadt und Natur“ oder „Paderborn ist einfach schön!“ Andere erklären schlicht: „Paderborn ist meine Heimat!“ Je jünger die Angesprochenen wurden, desto öfter habe ich das hier: „Paderborning“ oder auch das hier: „Partyborn“ gehört.

Die Kritikpunkte, die immer wieder auftauchten, waren zum einen die Kneipenszene und der Mangel an Discotheken und Clubs oder aber die Größe der Stadt. In diesem Zusammenhang kam auch immer wieder der Satz „Paderborn ist ein Dorf“. Der Poetry-Slammer und Verleger Karsten Strack hat mir auch seine differenzierte Meinung zum Leben in der Paderstadt gegeben: „Also ich halte Paderborn für einen sehr, sehr idealen Ort, um dort zu leben, wenn man nicht immer hier ist. Gib dich `n bisschen mit dem zufrieden, was da ist und dann ist es geil! Dann ist es auch geil, aber dann ist es nicht geil fürs ganze Jahr. Denn ›geil fürs ganze Jahr‹ schafft Paderborn nicht.“

Diese Einstellung, nämlich in Paderborn nicht ganz leben zu wollen, habe ich insbesondere an der Universität, genauer gesagt in deren Koffermentalität, wiedergefunden: Große Teile der Studierenden wie auch der Lehrenden sitzen drei bis vier Tage in der Woche in Paderborn sprichwörtlich auf ihren gepackten Koffern. Ob sie, wie beispielsweise der Popmusik-Dozent Thorsten Drücker, die Trennung von Privat- und Arbeitsleben anstreben, oder aber, wie einige Studenten, ihre Freunde, Vereine und Nebenjobs noch immer in der „Heimat“ haben.

Im Verlauf des oben bereits zitierten Gesprächs erklärte mir Karsten Strack aber auch, welche Vorzüge er in Paderborn sieht: die Ruhe, die schönen Orte, wie das Paderquellgebiet und die Fischteiche, die im direkten Gegensatz zu seiner Meinung nach hässlichen Orten, wie den Königsplätzen oder aber verschiedenen Häusern in der Westernstraße stehen. In Paderborn könne man auch Kultur erleben und die urbanen Strukturen wie auch die kurzen Wege nutzen. Aber man müsse eben Kompromisse machen. Für ihn ist Paderborn deshalb auch schlicht ein „guter Kompromiss“.

Auch der Student und Poetry-Slammer Dean Ruddock hat sich mit mir über die Stadt und deren Außen- und Innenwahrnehmung unterhalten. Vor allem im Austausch mit anderen Studenten und Poeten hat er mit seinem Paderborner Hintergrund besondere Erfah-

rungen gemacht. Ich lasse ihn an dieser Stelle einmal selbst zu Wort kommen: „Ich habe immer das Gefühl, dass Leute, die sich in unserem Milieu bewegen, dass es mit ihnen immer ist, wie in einem Quartettspiel: Man hat ne Stadt aus der man kommt, oder in der man wohnt und dann gibt es da eine Hierarchie, an dem einen Ende ist Paderborn und an dem anderen Berlin. Dann muss man gewissermaßen einen Stich spielen. Wenn man sagt: ›Ich komme aus Paderborn, ABER ich wohne in Münster, dann hat man quasi Bonuspunkte gesammelt und es ist wieder in Ordnung. Aber, wenn man in Münster sagt, man kommt aus Berlin, dann hat man da wieder den Stich. Ich habe immer das Gefühl das da eine Bewertung der Leute stattfindet und ihrer Herkunft. Genauso wie Leute immer sagen ›Ich studiere Deutsch und Geschichte. Aber nicht auf Lehramt, keine Sorge! Genauso ist es mit den Leuten in Paderborn. Ich glaube die Leute in Paderborn haben oft ein sehr gestörtes Selbstbewusstsein in Bezug auf ihre Stadt.“

Dieses große ABER, von dem Dean im Interview erzählt hat, habe ich auch oft in meinen Gesprächen gehört und seitdem oft zusammen mit Freunden und Bekannten thematisiert: Wir haben alle schon das ein oder andere Mal dieses ABER in Verbindung mit unserem Verhältnis zur Stadt Paderborn verwendet. „Ja, ich wohne in Paderborn, ABER ich komme nicht von hier“; „Ja, ich wohne in Paderborn, ABER ich bin nur wegen des Studiums/meines Jobs hier“; „Ja, ich habe in Paderborn studiert, ABER auch in Paris an der Sorbonne“, habe ich – muss ich zu meiner Schande gestehen – auch schon des Öfteren angeführt. Es ist eine Verteidigungshaltung, die man als Paderborner sowohl nach innen, als auch nach außen aufbaut. Paderborn hat ein Imageproblem! Woher dieses Problem kommt, habe ich in all den Gesprächen nicht herausfinden können. Lediglich habe ich diese Abwehrhaltung versucht abzulegen, denn: Ich lebe gern hier! Und ich kann mich Marlies Stachowitz nur anschließen, wenn sie sagt: „Ich bin eine Paderbornerin und das ist auch gut so!“

Die Wahrnehmung der Defizite der Stadt Paderborn hat Dean Ruddock noch einmal zu greifen versucht: „In Paderborn wird viel projiziert. Dinge, die in jeder Stadt vielleicht gleich sind, werden hier so überdimensional wahrgenommen. Unfreundliche Busfahrer oder das Wetter oder so etwas. Aber in Berlin ist es nicht so schlimm, im Regen zu stehen, wie in Paderborn. Es ist total absurd, aber ich glaube das ist die Wahrnehmung vieler Leute. Das hat natürlich auch nachvollziehbare Gründe: Wenn man von dem Reiz, der von dieser Stadt ausgeht, abgelenkt wird, kann man bestimmte Dinge nicht wahrnehmen.“

Als Reaktion auf das projizierte Negativbild der Stadt, hat mir Thomas Kemper erklärt, er fühle sich oft als Anwalt der Stadt Paderborn: Er versucht das Bild der Stadt nach innen und außen zu revidieren und die positiven Aspekte der Stadt herauszustreichen. Das kann, wie der ein oder andere vielleicht aus eigener Erfahrung weiß, sehr anstrengend sein. Dean Ruddock findet: „Man kann dem Publikum auch ruhig öfter mal die Schuld geben an Dingen!“ Schließlich führt das Rezeptions- und Kaufverhalten der Menschen zu bestimmten Reaktionen, die sich auch im Stadtbild niederschlagen. Als Beispiel dafür führt Dean die Schließung des Clubs Cube, aber auch die Veränderung der gespielten Musik im Tanzlokal Sappho an. Das Phänomen lässt sich natürlich auf alle Lebensbereiche ausweiten: Mit unserem Kauf- und Rezeptionsverhalten verändern wir Bürger unsere Stadt. Ein anderes sehr

schönes und passendes Zitat von ihm lautet daher: „Die Leute, die in Paderborn wohnen, haben es auch verdient hier zu leben!“ Diesen Satz gibt er den notorischen Paderborner Meckerern gern zurück. Der zunächst sehr zynisch gemeinte Satz kann aber genauso positiv verwendet werden und sogar angewendet werden: Wer hier lebt, hat sich meist bewusst dazu entschieden. Wer hier lebt, kann die Stadt verändern! Wem etwas fehlt, der hat hier die Chance selbst etwas anzubieten, wie Dean sagt. Und diese Chance haben verschiedene junge, innovative Menschen hier in Paderborn genutzt! Zu nennen wären in diesem Zusammenhang das Munchies, die Barista der Firma Lilou-Coffee, das Café Kleidsam oder auch der Zusammenschluss der inhabergeführten Läden in ihrem gemeinsamen Projekt Stadtperlen, um nur einige zu nennen. In den Gesprächen, die ich mit den Initiatoren dieser Geschäfte und Ideen geführt habe, wurde immer wieder deutlich, wie viel Potential in der Stadt Paderborn eigentlich steckt. Im Gespräch mit Mara, der Inhaberin des Café Kleidsam in der Südstadt, erklärte sie mir, dass sie ein solches Konzept in Köln beispielsweise nicht aufziehen könne, da in Köln ein Überangebot herrsche. In Paderborn könne man ein solches Doppel-Konzept aus Kleider-Boutique und Möbelgeschäft in einem Café durchaus anbieten und habe in dieser Stadt damit ein Alleinstellungsmerkmal.

Wie viele kreative Köpfe, wie viel kreatives Potential diese Stadt bietet, habe ich in den letzten Monaten immer wieder miterlebt: Ob bei den Treffen von 05251fallsreich, den Kreativmärkten, dem Abendflohmarkt der Signs-Gruppe, den Kunstausstellungen in der Galerie Märzhase und in den Räumen des Kunstvereins et cetera, et cetera. Sie sehen worauf ich hinaus möchte: Schauen Sie noch einmal auf den Stadtschreiber-Blog ([blogs.uni-paderborn.de/stadtschreiber/](http://blogs.uni-paderborn.de/stadtschreiber/))! Die Paderborner sind innovativ! Und was ich noch nicht wusste und viele von Ihnen – vor allem die Neu-Paderborner unter Ihnen – vermutlich auch noch nicht wissen, ist: Paderborn war auch in den letzten Jahrzehnten innovativ! Ich möchte hier ein Beispiel anbringen von einer spanischen Gastarbeiterfamilie, der Familie Martinez. Angel Martinez – er ist heute Abend auch hier – hat mir die Geschichte seiner Eltern erzählt, die in den 1960er Jahren nach Paderborn kamen. Die Familie wohnte zunächst zusammen mit anderen Gastarbeiterfamilien auf dem Gelände auf dem heute Möbel-Finke steht. Diese Siedlung war nicht besonders gut angeschlossen; Busse gab es keine und die wenigsten Familien konnten sich ein Auto leisten. Da Angels Vater Ceferino Martinez Reuz neben seiner Arbeit in einer Möbelfabrik bei einem Bäcker in der Kernstadt aushalf, kam ihm eine Idee: In der neuen Siedlung außerhalb der Stadt gab es einen Bedarf an Brot, also lieferte er die Brote des Bäckers direkt an seine Nachbarn. Aus dieser Idee entstand bald darauf ein Getränkegroßhandel. Doch als die Gastarbeiter schließlich in den Innenstadtbereich zogen, brauchte man keinen Getränkegroßhandel oder Lieferservice mehr, denn nun konnte man vor Ort einkaufen. Was allerdings fehlte, war ein Ort, an dem man Tanzen und wie zu Hause in Spanien essen konnte. So eröffneten Ceferino und seine Frau Maria ein kleines spanisches Lokal in der Bahnhofstraße, das aber bald wegen des großen Zuspruchs in größere Räumlichkeiten in der Borchenerstraße umziehen musste. In diesem Lokal, das laut Angel Martinez, das erste Tanzlokal Paderborns war, kamen die verschiedenen Gastarbeiter, Migranten und auch die britischen Soldaten, vereinzelt auch Deutsche zum Essen und Feiern

zusammen. Insbesondere die Kinder der Familie Martinez hat diese Zeit geprägt, denn die vier Kinder sprechen seither vier Sprachen fließend, nämlich spanisch, deutsch, italienisch und englisch.

Heute leben Ceferino und Maria Martinez wie auch ihre zwei Töchter wieder in Spanien. Auch ihre Gaststätte existiert nicht mehr, stattdessen sind hier vollkommen andere Läden eingezogen: Ein Wettbüro und ein Reisebüro. In das zurzeit leerstehende Lokal zieht vermutlich ein Bäcker ein. Als mir Angel das Ladenlokal seiner Eltern zeigte, hatten wir kurz die Gelegenheit, uns mit dem neuen Besitzer des Wettbüros zu unterhalten, einem jungen Türken. Er wird oft auf das ehemalige Tanzlokal und das spätere Restaurant der spanischen Vorbesitzer angesprochen. Einer der alten Stammgäste der Familie Martinez ist nun wieder Stammgast im neuen Ladenlokal, heißt es. Was ich damit zeigen will, ist: Die Stadt verändert sich mit ihren Bewohnern und deren Bedürfnissen.

Mir scheint es, dass diese Innovationen und Veränderungen nicht im Bewusstsein, vor allem aber nicht in der Stadtwahrnehmung der Paderborner ankommt. Eine Paderbornerin hat mir dazu gesagt: „Wenn Insider ihren Verein schlecht reden, ist das die schlimmste Kritik!“ Und das ist es, was mir dieses Projekt gezeigt hat: Die Paderborner setzen sich sehr intensiv mit ihrer Stadt auseinander. Sie haben ein Interesse an ihrer Stadt, nehmen allerdings die Veränderungen, die sich innerhalb Paderborns ergeben nicht immer als solche oder überhaupt nicht wahr. Eine Aufgabe die ich als Stadtschreiberin hatte und die auch der nächste Stadtschreiber haben wird, ist, den Menschen hier klar zu machen, dass Paderborn nicht so „paderboring“ ist, wie sie glauben, sondern dass es hier eine gewisse „Paderkultur“ gibt und in der Stadt eine Dynamik, ein „paderbumms“, wie die Jungs von Beastless – einer Paderborner Band – sagen, steckt, der sie verändert und sie zu einem interessanten, aufgeschlossenen Ort macht! Dazu braucht man ein Portal. Der Stadtschreiber-Blog, vielmehr vielleicht der Facebook-Auftritt des Projekts, kann dabei als – ich nenne es mal fahrlässig: Testversion – genutzt werden: Hier konnte ich verschiedene Menschen erreichen und ihnen Informationen über meine Erlebnisse zur Verfügung stellen. So etwas könnte ich mir in Bezug auf geplante oder kommende Veranstaltungen vorstellen. Sicherlich denken nun einige von Ihnen: „Aber dafür haben wir doch die Zeitungen, die Veranstaltungskalender der Stadt und das HEFT!“ – und damit haben Sie natürlich Recht. Auf der anderen Seite frage ich Sie nun: „Funktionieren diese Kanäle?“ Ich habe gestern Abend eine E-Mail über den Stadtschreiber-Blog erhalten, in der ich darum gebeten wurde, noch einmal zu bestätigen, ob und wann dieser Vortrag stattfinden würde. Ich würde also vorschlagen: Lassen Sie uns an den Kanälen arbeiten, gerne mit den vielen kreativen, innovativen Menschen dieser Stadt! Denn, wie gesagt: Die Veränderung der Wahrnehmung Paderborns fängt bei den Paderbornern an. Vielleicht wird es dann möglich, dass sich die Menschen hier ohne „ABER“ zu ihrer Stadt bekennen und einmal stolz sagen können:

„Ich bin ein Paderborner. Und das ist auch gut so!“

[blogs.uni-paderborn.de/stadtschreiber](http://blogs.uni-paderborn.de/stadtschreiber)

[www.facebook.com/StadtschreiberPaderborn](http://www.facebook.com/StadtschreiberPaderborn)

## Studienfahrt 2015: „Prag – Goldene Stadt an der Moldau“

von Lea Rönsch



Abb. 1: Wenzelsplatz

Diese Überschrift eröffnete letztes Jahr das Programm der vom Verein für Geschichte an der Universität Paderborn und der Sprachwerkstatt Paderborn organisierten Studienfahrt in die Hauptstadt Tschechiens. In vier Tagen konnten sich die Teilnehmer dieser Fahrt, die sich aus Mitgliedern des VfG, Mitarbeitern der Sprachwerkstatt und weiteren interessierten Mitreisenden zusammensetzten, von der Schönheit, der Kultur und der Geschichte Prags gefangen nehmen lassen. Die Anreise begann in den frühen Morgenstunden des 04. Juni 2015 mit einem Fernreisebus der Firma Suerland Reisen. Damit die Fahrt nicht zu lang wurde, wurden unterwegs einige Pausen eingelegt, in denen man sich die Beine vertreten oder sich an der von der Sprachwerkstatt bereitgestellten Verpflegung stärken konnte. Am Nachmittag erreichten

wir dann Prag, das sich in strahlendem Sonnenschein und bei hochsommerlichen Temperaturen von seiner besten Seite zeigte. Die „Stadt der hundert Türme“, in der 1,2 Millionen Menschen leben, beherbergt mehr als 1700 Kunstdenkmäler und einen fast vollständig erhaltenen historischen Stadtkern. Schon auf der Fahrt zum 4-Sterne Hotel Plaza Alta, von dem man das Stadtzentrum in nur wenigen Minuten mit den öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen konnte, bekamen wir einen ersten Eindruck von diesen Schätzen. Nach der Ankunft im Hotel und einer kurzen Verschnaufpause lernten wir unsere tschechische Reiseführerin Rosi kennen, die uns auch sofort zum Wenzelsplatz (Abb. 1) führte. Der Wenzelsplatz liegt in der Mitte Prags und wurde 1848 nach dem heiligen Wenzel benannt, dem Schutzheiligen Böhmens, dessen imposantes Reiterstandbild den Platz schmückt. Der im 14. Jahrhundert von Kaiser Karl IV. als „Rossmarkt“ angelegte Platz wurde im 20. Jahrhundert ausgebaut und um Geschäftsbauten und Bürgerpaläste in den Baustilen des Jugendstil, des Konstruktivismus und der Neorenaissance erweitert, die noch heute sein Erscheinungsbild prägen. An diesen beeindruckenden Bauwerken vorbei, die heute Clubs, Cafés und Modegeschäfte beherbergen, gelangt man in die Altstadt, wo das Restaurant „Staromacek“ mit böhmischen Spezialitäten auf uns wartete. Auf dem Rückweg genossen wir das bunte Treiben am Altstädter Ring vor dem Altstädter Rathaus mit seiner berühmten gotischen astronomischen Rathausuhr (Abb. 2).



Abb. 2: Astronomische Rathausuhr am  
Altstädter Ring]

genannt werden können. So stand zum Beispiel die Prager Neustadt auf dem Programm, die ab 1348 von Kaiser Karl IV. errichtet worden ist. Generell verdankt Prag Kaiser Karl viel von seiner mittelalterlichen Bedeutung und den Bauwerken, die es noch heute zieren. Er, der seit 1347 König von Böhmen und seit 1355 römisch-deutscher Kaiser war, baute Prag zu einer prunkvollen Residenzstadt aus, die seitdem den Beinamen „die goldene Stadt“ trägt. Seine Straßenführung prägt das Stadtbild bis heute und von ihm stammen so bedeutende Plätze wie der Heumarkt, der Wenzels- und der Karlsplatz. Er gründete mit der Karlsuniversität außerdem die erste mitteleuropäische Universität, errichtete den Veitsdom und baute die 1303 durch einen Brand zerstörte Prager Burg wieder auf. Gegen Mittag erreichten auch wir eben diese Burg auf dem Hradschin (Abb. 3).

Dort verloren wir nach und nach einige unserer Mitreisenden, die sich aufgrund der Hitze lieber in die Cafés und Eisdielen der Stadt zurückzogen, aber ein tapferer Rest ließ sich von Rosi durch die geschichtsträchtigen Bauwerke führen. „Hradschin“

Das Ziel vieler unserer Reisegruppe war jedoch das „U Vejvodu“, ein Restaurant im Stil einer altböhmischen Bierstube, wo wir das tschechische „Pilsner“ verköstigen wollten. Die gesellige Atmosphäre und der gute Verlauf der bisherigen Reise verleitete einige Teilnehmer dazu ein paar Lieder anzustimmen, die bald darauf von tschechischen Gästen erwidert wurden. So klang der erste Abend in Prag mit einem wahren „Gesangswettbewerb“ und ausgelassener Stimmung aus.

Nach einem ausgiebigen Frühstück trafen wir uns am Freitag dem 05. Juni 2015 um 09:30 Uhr pünktlich zum ersten Teil unserer Stadtrundfahrt mit Rosi vor dem Hotel. Diese sehr informative Tour wurde zum Teil zu Fuß und zum Teil mit dem Bus absolviert und führte vorbei an vielen bemerkenswerten Sehenswürdigkeiten, von denen hier nur einige



Abb. 3: Hradschin mit Prager Burg und Veitsdom

ist nicht nur der Name des Bergs, auf dem die Prager Burg thront, sondern auch der Name des an die Burg angrenzenden Stadtteils. Er war Wohnsitz von Klerus und Adel, die dort ihre Paläste bauten. So findet man hier auch das Erzbischöfliche Palais, in unmittelbarer Nähe zum gotischen Veitsdom (Abb. 4), der von Karl IV. erbaut worden ist, nachdem er für die Erhebung des Prager Bistums zum Erzbistum gesorgt hatte.



Abb. 4: Veitsdom

Leider war es uns wegen des großen Andrangs nicht vergönnt, den Dom von Innen zu besichtigen. Stattdessen sahen wir uns den Ehrenhof, auf dem die Wachablösung (Abb. 5) stattfindet, und den gotischen Wladislaus-Saal im alten Königspalast an.

Bemerkenswert an der Prager Burg ist vor allem ihre Zusammensetzung aus verschiedensten Baustilen. Seit ihrer Gründung im 9. Jahrhundert veränderte sie ihr Aussehen unter dem Einfluss der Jahrhunderte und den unterschiedlichsten Bau-meistern immer wieder, sodass sie Bauwerke aus vielen Epochen in sich vereint. Durch das Goldene Gässchen, das heute einer der größten Touristenmagneten Prags ist, machten wir uns auf dem Weg zurück in die Stadt. Heute befinden sich in den kleinen Gebäuden der engen Gasse vor allem Souvenir-Shops und Cafés. Ursprünglich sollen dort jedoch Alchimisten gelebt haben, die im Auftrag Kaiser Rudolfs II. versuchten den Stein der Weisen und künstliches Gold herzustellen. Später wohnten dort für einige Zeit die Mitglieder der Burgwache. Danach arbeiteten dort hauptsächlich Goldschmiede, von denen wahr-

scheinlich der Name der Gasse kommt. Auch Franz Kafka lebte und arbeitete zwischen 1916 und 1917 im Haus Nr. 22 im Goldenen Gässchen (Abb. 6).

Im Schatten des Gartens des Palais Waldstein am Fuß des Hradschin erfuhren wir von Rosi die spannende Geschichte des böhmischen Feldherrn Wallenstein, der das Palais im Stil des frühen Barocks in den Jahren 1623-1630 erbauen ließ (Abb. 7).



Abb. 5: Wachablösung in der Prager Burg



Heute ist das schöne Gebäude mit den weitläufigen Gartenanlagen der Sitz des Senats des Parlaments der tschechischen Republik. Über die Karlsbrücke ging es über die Moldau hin zu unseren weiteren Zielen. Die Karlsbrücke, nach ihrem Erbauer Karl IV. benannt, ist eine über 500 Meter lange Brücke aus Granit, Sandstein und alten Mühlsteinen (Abb. 8).

Sie ist eine der ältesten Steinbrücken Europas und eine der bekanntesten Sehenswürdigkeiten Prags. Besonders beeindruckend sind die steinernen Statuen von Heiligen, die über die Jahre hinweg an ihren Pfeilern errichtet wurden. An der Kreuzherrenkirche, die ursprünglich von der Heiligen Agnes von Böhmen für den von ihr gegründeten Orden der Kreuzherren mit dem Roten Stern gebaut worden ist, ging es zu unserer letzten Station für diesen Tag, der Pinkas-Synagoge (Abb. 9).



Abb. 6: Kafka-Haus Nr. 22 im Goldenen Gässchen

Diese stammt aus dem 16. Jahrhundert und liegt neben dem Alten jüdischen Friedhof. Aufgrund von Feuchtigkeitsschäden und Hochwassern musste die Synagoge immer wieder umgestaltet werden, eine endgültig zufriedenstellende Lösung, um das Gebäude auch künftig vor Feuchtigkeit zu schützen, konnte jedoch erst nach dem Zweiten Weltkrieg umgesetzt werden. Ende der 1950er Jahre wurde die Synagoge zu einer Gedenkstätte für die tschechoslowakischen Juden, die Opfer des Holocaust geworden sind. An ihre Innenwände wurden in alphabetischer Reihenfolge 78.000 Namen der Opfer geschrieben. Seit Mitte der 1990er



Abb. 7: Garten des Palais Waldstein

Jahre ist die Pinkas-Synagoge Teil des Jüdischen Museums. Von der Synagoge aus gelangten wir zurück in die Altstadt, wo uns der bereits fortgeschrittene Nachmittag zur freien Verfügung stand, der wegen der sommerlichen Temperaturen ganz im Zeichen der Abkühlung stand. Erst um 19 Uhr traf sich die gesamte Reisegruppe an der

Moldau wieder, um gemeinsam eine Schifffahrt bei einem Abendessen und Musik zu verbringen (Abb. 10).

Man genoss den Blick auf die beleuchteten Sehenswürdigkeiten, die wir im Laufe des Tages kennengelernt hatten und wieder ließ sich unsere Gruppe dazu hinreißen, die Musik auf dem Schiff mit einigen eigenen Liedern zu ergänzen. So endete auch dieser Tag in einer äußerst ausgelassenen Stimmung.



Abb. 8: Karlsbrücke von der Moldau aus gesehen

Am Samstag, dem 06. Juni 2015, stand dann der zweite Teil unserer Stadtrundfahrt auf dem Programm. Nach der langen Tour vom Vortag, die hauptsächlich zu Fuß bewältigt worden ist, waren viele froh, dass dieser Teil hauptsächlich mit dem Bus absolviert wurde. Ziele dieses Tages waren vor allem die Altstadt, das jüdische Viertel und die moderneren Außenbezirke Prags. Kaum eine Stadt kann sich wohl rühmen, ein so gut erhaltenes jüdi-

ches Viertel vorweisen zu können wie Prag. Seit dem 11. Jahrhundert werden Juden in der Stadt erwähnt, die im 13. Jahrhundert in einem Ghetto, der „Judenstadt“, lebten. Die kleine separate Stadt in der tschechischen Hauptstadt erblühte schnell, verfügte über mehrere Synagogen und eine eigene Hochschule und brachte Persönlichkeiten wie den berühmten Rabbiner Judah Löw hervor. Nachdem die Juden im 18. Jahrhundert für einige Zeit unter Maria Theresia aus der Stadt vertrieben worden waren, wurden ihnen 1848 die allgemeinen Bürgerrechte zugestanden und sie durften sich in der ganzen Stadt niederlassen. Dies bewog die reicheren Juden das mittlerweile in „Josephstadt“ umbenannte Viertel zu verlassen, sodass es langsam verfiel und größtenteils abgerissen wurde. Nur aufgrund von Protesten der Bürger wurden sechs Synagogen, der Friedhof und das Jüdische Rathaus erhalten und sind noch heute zu bewundern. Heute finden sich in



Abb. 9: Pinkas-Synagoge neben dem Alten jüdischen Friedhof

der „Josephstadt“ hauptsächlich Bauten im Jugendstil, in denen die knapp 2000 Bewohner des Viertels leben. Auch das Geburtshaus Franz Kafkas, der den größten Teil seines Lebens in Prag verbrachte, befindet sich im jüdischen Viertel Prags. Kafka, der zu der kleinen Minderheit der Prager Bevölkerung gehörte, deren Muttersprache Deutsch war, sagte nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, nach dem Prag nun zur Tschechoslowa-



[Abb. 10: Abendliche Schifffahrt auf der Moldau]

kei gehörte, über sich „Deutsch ist meine Muttersprache, aber das Tschechische geht mir zu Herzen“. Die letzte Station des zweiten Teils der Führung war das Prager Gemeindehaus (Abb. 11), das als Repräsentationshaus im Jugendstil erbaute wunderschöne Gebäude ist heute Sitz des Prager Synchronorchester und wird für Veranstaltungen und Konzerte genutzt.

Außerdem beherbergt es eines der schönsten Restaurants Prags, in dem wir abends noch einmal zusammen die böhmische Küche genießen würden. Der Nachmittag davor stand wieder für jeden zur freien Verfügung. Viele aus unserer Gruppe nutzten die Gele-



Abb. 11: Prager Gemeindehaus

genheit und bummelten durch die Geschäfte des Palladiums, einer Shoppingmall, die dem Gemeindehaus gegenüber liegt. Nach dem Abendessen mussten wir uns dann von unserer Stadtführerin Rosi verabschieden. Es waren nicht nur ihre umfassenden und detaillierten Kenntnisse über Prag und seine Geschichte, sondern auch ihre Art diese vorzutragen, die die langen Stunden der Stadtführungen so unterhaltsam und

kurzweilig machten. Ihr war die Begeisterung für ihre Heimat in jedem Satz anzumerken und sie versorgte uns stets mit ein paar lustigen Anekdoten und Insider-Tipps. Die Rückfahrt am Sonntag begann direkt nach dem Frühstück und führte uns über Dresden und Leipzig zurück nach Paderborn, wo wir zwar erschöpft durch die lange Reise und die vielen Informationen, die wir in den vergangenen Tagen erhalten hatten, aber auch voller schöner Erinnerungen an Prag – die goldene Stadt an der Moldau, am Abend ankamen.

## *Vereinsmitteilungen*

*Michael Wittig*

### **Dr. Margit Naarmann ist am 28. Juli 2016 gestorben**

Mit ihrer Promotionsarbeit „Die Paderborner Juden 1802-1943“ (Paderborner Historische Forschungen, Bd. 1) hat Margit Naarmann im Jahr 1985 das Thema, das ihr eine Lebensaufgabe werden sollte, angezeigt: die Lebens- und Leidenswege der Paderborner jüdischen Mitbürger in der Erinnerung und lebendig zu halten. So geht es auch auf ihre Initiative zurück, dass seit 1989 immer wieder geflohene und vertriebene Juden bzw. deren Nachkommen von der Stadt Paderborn eingeladen werden. Sie selbst hatte ebenfalls zu vielen dieser Menschen persönlich Kontakt aufgenommen und gehalten.

Zu diesem Themenkreis hat sie des Weiteren u. a. veröffentlicht:

Ein Auge gen Zion... Das jüdische Umschulungs- und Einsatzlager am Grünen Weg in Paderborn 1939-1943 (Paderborner Beiträge zur Geschichte, Bd. 10), Köln: SH-Verlag 2000.

„Von ihren Leuten lebt hier keiner mehr“. Jüdische Familien in Paderborn in der Zeit des Nationalsozialismus (Paderborner Historische Forschungen, Bd. 7), Köln, SH-Verlag 1998.

Publiziert bzw. mitgewirkt hat sie ferner bei (Auflistung chronologisch, Kurzzangaben aus Paderborner Bibliografie, Bde. 1990-1994, 1995-2010):

Die Bischofsstadt im Kulturkampf 1871-1882 (Paderborn – Geschichte in Bildern, Dokumenten, Zeugnissen, Bd. 7), Paderborn, Bonifatius 1992.

Fanny Nathan. Gründerin des jüdischen Waisenhauses in Paderborn, in: BRÜNINK, Ann (Hg.) Was für eine Frau! Bielefeld 1992.

Die Familie Rosenthal in Neuhaus. Portrait einer jüdischen Unternehmergeneration

Eine „vernünftige“ Auswanderung: Geseke, Paderborn, Amerika. Aufstieg, Verfolgung und Emigration der Familie Grünebaum, Paderborn, Takt-Verlag 2002.

Von Paderborn nach New Mexiko: eine Generation wandert aus – die Geschwister Nordhaus, in: BROER, Bernd (Hg.), Auf nach Amerika! Paderborn, Bonifatius 2008.

Ausgegrenzt – Ausgelöscht: Jüdisches Schicksal in Paderborn 1933-1945 (Ausstellung mit dem VfG), Paderborn 2008.

Ländliche Massenarmut und „jüdischer Wucher“: zur Etablierung eines Stereotyps, in: GREVELHÖRSTER, Ludger u. a. (Hg.), Region und Gesellschaft im Deutschland des 19. und 20. Jahrhunderts (Paderborner Historische Forschungen, Bd. 6), Vierow, SH-Verlag 1995.

„Wenn du nicht die Leiden der anderen als deine eigenen mitempfindest [...]“. Der katholische Fürsorgeverein für Frauen, Mädchen und Kinder, in: STAMBOLIS, Barbara (Hg.), Frauen in Paderborn (Paderborner Historische Forschungen, Bd. 13), Köln, SH-Verlag, 2005.

CARITAS – Helfen und Trösten, in: STAMBOLIS, Frauen in Paderborn (Paderborner Historische Forschungen, Bd. 13), Köln, SH-Verlag, 2005.

Frauenbewegt und religiös gebunden. Der Deutsch-Evangelische und Katholische Frauenbund, in: STAMBOLIS, Frauen in Paderborn (Paderborner Historische Forschungen, Bd. 13), Köln, SH-Verlag, 2005.

Jüdische Friedhöfe, in: HOHMANN, Klaus (Hg.), DIE Paderborner Friedhöfe von 1800 bis zur Gegenwart (Paderborner Historische Forschungen, Bd. 15), Köln, SH-Verlag 2008.

„An diesen Orten stifte Frieden“. Zur Erinnerung an die Einweihung der Paderborner Synagoge vor 125 Jahren, in: Die Warte, H. 136, Büren 2007.

Die geschuldete Erinnerung, in: Paderborner Historische Mitteilungen, H. 12, Paderborn 1999.

Thora-Schild aus Paderborn gefunden, in: Paderborner Historische Mitteilungen, H. 13, Paderborn 2000.

Frau Naarmann hat für ihre Lebensleistung im Jahr 2001 das Bundesverdienstkreuz und 2009 den Ehrenring der Stadt Paderborn bekommen.

Der *Verein für Geschichte an der Universität Paderborn* dankt ihr für acht Jahre (2000-2008), in denen sie ihren guten Namen und ihr ganzes Engagement als Vorsitzende unseres Vereins eingebracht hat. Bis zum Schluss war es ihr ein Anliegen, auf jedes Angebot und jede Einladung des Vereins auch mit einem persönlichen Schreiben zu antworten.

*Requiescat in pace*

### **Stadtschreiberin für Paderborn**

Von April bis Juli 2016 berichtete Ramona Bechauf über Erlebnisse und Begegnungen in der Paderstadt. Sie erhielt das erstmalig ausgeschriebene Stadtschreiber-Stipendium des Vereins für Geschichte an der Universität Paderborn. Das symbolische Amt wurde in Zusammenarbeit mit der Stadt, der Universität und der Geschäftswelt von Paderborn vergeben.

Das Stadtschreiber-Stipendium richtet sich an Nachwuchswissenschaftler aus den Bereichen Geschichte/Kunstgeschichte. Sie werden eingeladen, sich mit einem Thema zu beschäftigen, das die Stadt Paderborn betrifft. Das Ziel ist, durch den unvoreingenommenen Blick von Außen auch die eigene Wahrnehmung der Paderborner Bürger zu schärfen.

Die Fragen „Was ist mir wichtig an meiner Stadt und darf nicht verloren gehen? Was ist ein Zugewinn?“ wieder neu zu stellen.

Ramona Bechauf, geboren 1987 in Coburg, studierte Geschichte, Deutschsprachige Literaturwissenschaft und den Masterstudiengang Kulturerbe an den Universitäten Paderborn und Paris 1 Panthéon-Sorbonne. Während ihres Studiums beschäftigte sie sich intensiv mit der Geschichte jüdischer Bürger in Lemgo während der Zeit des Nationalsozialismus sowie mit dem Umgang und der Erinnerung an den Holocaust in den Ausstellungen der Mahnmäler in Berlin und Paris. Sie leitete bereits mehrere museumspädagogische Projekte in Lemgo. Als Mitarbeiterin der studentischen Presseagentur „Cultura“ veröffentlichte sie erste Artikel und Pressemitteilungen.

Für ihre viermonatige Recherche in Paderborn hatte sich Ramona Bechauf die Betrachtung von Migration als Aspekt von Kulturvermittlung in Paderborn als Thema gewählt. Dabei interessierte sie sich besonders für die Beeinflussung des städtischen Lebens durch frühere Zuwanderergruppen wie die Gastarbeiter, aber auch die Aus- bzw. Spätaussiedler, die seit den 1980er Jahren in Paderborn heimisch geworden sind. Nicht zu vergessen die hier stationierten britischen Soldaten und ihre Familien.

In einem Internettagebuch hat Ramona Bechauf lebendig und einfühlsam über ihre Erlebnisse und Begegnungen berichtet. Über den Blog konnte man mit ihr in Kontakt treten. Am Ende ihrer Arbeit hat die Stadtschreiberin in einem öffentlichen Vortrag in Paderborns Historischem Rathaus über die Ergebnisse ihrer Recherchen berichtet und diese ebenfalls für die „Paderborner Historischen Mitteilungen“ schriftlich festgehalten.

## Familienausflug 2015

„Regionalgeschichte erfahren“ ist das Motto der jährlich im September stattfindenden Familienausflüge. Die Fahrt 2015 begann mit einem Besuch der Burg Schwalenberg. Diese Burg wurde im 13. Jahrhundert von den Grafen von Schwalenberg erbaut. Die Familie hatte ihren alten Sitz, die dann so genannte Oldenburg bei Marienmünster, aufgegeben. Die Schwalenberger waren Vögte des Paderborner Fürstbischofs, suchten aber aus dieser Machtstellung heraus mehr und mehr Abstand zum Bischof, bzw. die Selbständigkeit zu gewinnen. Im 17. Jahrhundert kam die Burg an das Haus Lippe, das die Anlage im Stil der Spätrenaissance umgestaltete. Von 1938 bis 1945 diente sie als Müttergenesungsheim, danach bis 1962 zunächst als Kindererholungsheim der evangelischen Kirche und dann als Hotel mit Restaurant. Das bald wieder geschlossene Ensemble erwartete am Tag unseres Besuches einen Käufer, der es wohl privat nutzen will.

Nächster Halt war in Lügde bei der alten Kilianskirche mit ihrer wundervollen Wandbemalung. Hier hat Karl der Große im Jahr 784 Weihnachten gefeiert: et celebravit natalem Domini iuxta Skidrioburg (=Herlingsburg) in pago Waizzagavi (=Weizengau/Wetigau) superfluvium Ambra (=Emmer) in villa Liuhidi (=Lügde) – so in den Reichsannalen. Frän-

kische Missionare hatten hier an strategisch günstig gelegener Stelle um 780 eine der ersten Kirchen im Sachsenlande erbaut, an der dann auch ein Königshof (=villa) errichtet worden ist.

Die Schwalenberger Grafen führten uns auch zur nächsten Station: Nach dem Sturz des Sachsen-Herzogs Heinrich des Löwen trat der Kölner Bischof im westlichen Teil des Herzogtums als Herzog von Westfalen in dessen Nachfolge. Philipp von Heinsberg errichtete als Landesherr im 12. Jahrhundert auf Schwalenberger Gebiet eine Burg, die er nach dem Kölner Bistumspatron benannte: Petri mons=Petersberg/Pyrmont (ab 1914 Bad Pyrmont). Die kohlenensäurehaltigen Heilquellen kannten schon die Römer. Der Kurpark gilt als einer der schönsten Deutschlands. Die Grafschaft wurde im 18. Jahrhundert zum Fürstentum und das Heilbad zur ersten Adresse der oberen Schichten, das sogar dem berühmten Karlsbad seinen führenden Rang streitig machte. Ab 1868 wurde Pyrmont von Preußen verwaltet.

Mit dem Sturz von Heinrich dem Löwen hing auch der Aufstieg der Eversteiner Grafen zusammen. Als Verwandte der Staufer konnten die Grafen nun ihren Besitz im Grenzgebiet zwischen den Diözesen Paderborn, Minden, Hildesheim und Mainz zu einer kleinen Landesherrschaft ausbauen. Nach dem Untergang der Staufer kam es zu einer Erbverbrüderung der Eversteiner mit dem Grafen zur Lippe. 1409 erbaute Herrmann von Everstein auf dem Berg Woldau über dem Emmertal eine Burg, dem Herrmann sin Burg, die Hemersenburg. 1437 kam diese in den Besitz der Ritterfamilie Klencke. Zunächst von den Welfen zerstört, brannte der Wiederaufbau Mitte des 16. Jahrhunderts noch einmal komplett ab. In der damaligen Blütezeit im Weserbergland baute Jürgen von Klencke die Burg als Wasserschloss so wieder auf, dass sie heute als eine der schönsten Renaissanceanlagen Deutschlands gilt. Durch Dialektverschiebungen hatte sich ihr Name zu Hämelschenburg geändert. Durch kluges Verhalten gelang es den Klenckes die Anlage im 30jährigen und im 7jährigen Krieg nahezu unversehrt zu erhalten. In der NS-Zeit verwies die Familie auf eine Figurengruppe auf dem Kaminsims, die den Urvater Jürgen, seine Frau Anna mitsamt ihren 14 Kindern zeigt, kniend vor dem Kreuz: Alle weltliche Macht unterliegt Gottes Herrschaft. Die Staatsmacht reagierte darauf, indem sie 1939 durch das Schlossensemble eine breite Straße für den Aufmarsch zum Reichserntedankfest in Bückeburg anlegen ließ. Die Schlossherren beantworteten dies wiederum mit der Öffnung ihrer Kirche für die polnischen Fremdarbeiter. Diese Kirche ist die erste Kirche, die nach der Reformation im Norden Deutschlands gebaut wurde (1563).

Zum Abschluss saßen und aßen wir gemeinsam im Alten Forsthaus Kreuzkrug in Schlangen.

## Geschichtsfacharbeiten

Auch in diesem Jahr wurden erfreulicher Weise wieder Geschichtsfacharbeiten mit regionalgeschichtlichem Schwerpunkt von Schülerinnen und Schülern weiterführender Schulen eingereicht. Da wir kein Ranking durchgeführt haben, konnten sechs Arbeiten prämiert werden.

Die Preisträger seien hier kurz vorgestellt:

Vom Gymnasium Schloss Neuhaus lagen drei Arbeiten vor, alle betreut von Jürgen Möller, der mit seinen Schülern stets auch einen Gang ins Archiv macht. Pauline Krekeler hat ihre Facharbeit geschrieben über das Thema „Zwischen Butterjagd und Brotwucher – Paderborn im ersten Kriegsjahr 1914/15“. Doreen Pankratz hat sich die Frage gestellt „Nationale Begeisterung? Die Rezeption der Reichsgründung 1871 in Paderborn“. Fabian Wiesbrock hatte ebenfalls ein Frage: „Mit Hurra in den Krieg? Der Kriegsausbruch 1914 in Paderborn im Spiegel der Lokalpresse“.

Vom Goerdeler-Gymnasium hat der Lehrer Matthias Baaske eine Arbeit von Tim J. Diemel eingereicht; dessen Thema: „Der Nationalsozialismus in Wewelsburg – Ein Vergleich der wissenschaftlichen Darstellungen mit den Schilderungen von Zeitzeugen“.

Vom Reismann-Gymnasium lag die Arbeit von Simon Zengerling vor: „Paderborn in der NS-Zeit unter der besonderen Berücksichtigung eines Dokumentarfilms“; eingereicht hat sie der betreuende Lehrer Markus Fulle.

Aus Delbrück schließlich kam die Facharbeit von Antonia Weiß „Straßennamen in Delbrück zur Zeit des Nationalsozialismus“. Diese Arbeit hat Frau Raphaela Walter eingereicht.

Die Prämierung der Facharbeiten ist auch ein Kompliment an die betreuenden Lehrkräfte, die ihre Schülerinnen und Schüler bei der Themenwahl unterstützt und bei der Recherche begleitet haben.

Der *Verein für Geschichte an der Universität Paderborn* bemüht sich, junge Menschen für die Auseinandersetzung mit der Geschichte zu interessieren – auch bereits vor dem Studium. Neben dem Preisgeld und der kostenfreien Schnuppermitgliedschaft bekommen die Preisträger unsere Zeitschrift, die Paderborner Historischen Mitteilungen, die in Zusammenarbeit mit Studierenden redigiert wird, bzw. deren Beiträge enthält. Als Weiteres eventuelle Publikationen in den beiden Reihen „Beiträge zur Paderborner Geschichte“ und „Paderborner Historische Forschungen“. Als ein Medium, das vor allem von Jüngeren genutzt wird, weisen wir auch hin auf die Internetplattform „Westfälische Biografien“.



### **NRW-Landesstelle für Immaterielles Kulturerbe eröffnet**

Seit 2003 nimmt die UNESCO neben Denkmälern und Gebäuden auch lebendige Traditionen in ihre Listen schützenswerten Kulturguts auf. Als aktuell einziges Bundesland hat Nordrhein-Westfalen eine Landesstelle für Immaterielles Kulturgut eingerichtet – und zwar an der Universität Paderborn, am Lehrstuhl für Materielles und Immaterielles Kulturerbe. Dort informieren Fachwissenschaftler über die Fördermöglichkeiten und unterstützen bei der Antragstellung, denn viele Bewerber sind ehrenamtlich tätig und haben keine Routine in der Antragstellung. Es geht um die Darstellung der Entstehung der Tradition sowie ihren Wandel im Laufe der Zeit, bis hin zur Dokumentation der heutigen Praxis anhand von Fotografien. In Nordrhein-Westfalen wurden bislang vier Traditionen in die Landesliste aufgenommen: der Rheinische Karneval, das historische Schützenwesen, der Lüdger Osteräderlauf sowie die Flussfischerei von Rhein und Sieg. „Paderborn ist heute abermals eine wichtige Anlaufstelle für das Thema Kulturerbe geworden. Ich bin stolz, dass wir hier schon vor über zehn Jahren mit der Einrichtung des Lehrstuhls für Materielles und Immaterielles Kulturerbe die Relevanz dieses Themas erkannt haben und unsere Expertise landesweit so eine Strahlkraft hat“, sagte der Uni-Präsident Wilhelm Schäfer bei der offiziellen Eröffnung der Landesstelle.

## Der Verein für Geschichte an der Universität Paderborn e.V.

Der Verein für Geschichte (VfG) ist 1983 gemeinsam von Studierenden und Lehrenden an der Paderborner Hochschule gegründet worden. Ziel war und ist es nach wie vor, Forschungen zur Geschichte – insbesondere des westfälischen Raumes – zu fördern und durch Publikation einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Zu diesem Zweck gibt der VfG mehrere Buchreihen heraus: Die *Paderborner Historischen Forschungen* (PHF), die *Paderborner Beiträge zur Geschichte* (PBG) und, in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv Paderborn, die *Bibliographien zur westfälischen Regionalgeschichte*.

Unsere Mitglieder erhalten von den seitens des Vereins für Geschichte herausgegebenen Büchern je ein kostenloses Exemplar als Arbeitsgrundlage. Ältere Veröffentlichungen können zu einem günstigen Mitgliederpreis erworben werden.

Daneben existiert mit den vorliegenden *Paderborner Historischen Mitteilungen* (PHM) ein weiteres Publikationsorgan, welches im Wesentlichen für kleinere Arbeiten gedacht ist. Neben regionalgeschichtliche Fragen behandelnden Aufsätzen und Miscellen, die den inhaltlichen Schwerpunkt bilden, ist hier Raum für Beiträge aus dem gesamten Spektrum historischer Forschung.

Ein weiteres Anliegen des VfG betrifft den Informations- und Gedankenaustausch zwischen historisch Interessierten. Ein Forum hierzu bietet der *Historische Gesprächskreis*, der etwa dreimal jährlich unter einer bestimmten Themenstellung stattfindet. Die Termine werden jeweils in den *Mitteilungen* und auf unserer Homepage angekündigt.

Wir arbeiten übrigens ehrenamtlich. Der VfG finanziert sich allein durch die Mitgliedsbeiträge (derzeit 30,00 € pro Jahr/ Studierende 15,00 €) und Spenden.

Sie möchten auch Mitglied werden? Kein Problem!

Sie können uns schreiben:

**Verein für Geschichte an der Universität Paderborn e.V.**  
**c/o Die Sprachwerkstatt GmbH**  
**Stettiner Straße 40–42**  
**33106 Paderborn**

Oder anrufen:

**Hubert Tietz M.A. 05251/77999-0**

Oder eine E-Mail schicken:

**[vfg@die-sprachwerkstatt.de](mailto:vfg@die-sprachwerkstatt.de)**

Wir freuen uns! Übrigens – als neues Vereinsmitglied erhalten Sie mit dem „Paderborner Künstlerlexikon“ ein attraktives und hochwertiges Begrüßungsgeschenk.

Ansprechpartner an der Universität:

PD Dr. Michael Ströhmer

(N2.343; Tel. 60-3167 oder -5478)

Prof. Dr. Frank Göttmann

(N 2.329; Tel. 60-2437)

Prof. Dr. Eva-Maria Seng

(W1.111; Tel. 60-5488)

Sie können uns auch auf unserer Homepage besuchen:

**[www.vfg-paderborn.de](http://www.vfg-paderborn.de)**

### Vereinsveröffentlichungen

Die vom Verein für Geschichte herausgegebenen Bücher erhalten Sie im Buchhandel. Sie können jedoch auch direkt beim Verlag bestellen:

SH-Verlag GmbH, Auerstraße 17, 50733 Köln  
Tel. 0221/956 17 40, Fax 0221/956 17 41, E-Mail: info@sh-verlag.de

Vereinsmitglieder können, sofern sie direkt beim Verlag bestellen, unter Angabe ihrer jeweiligen Mitgliedsnummer unsere Veröffentlichungen zu einem ermäßigten Preis beziehen!

#### **Paderborner Historische Forschungen (PHF)**

Bd.1. MARGIT NAARMANN, Die Paderborner Juden 1802-1945. Emanzipation, Integration und Vernichtung. Ein Beitrag zur Geschichte der Juden in Westfalen im 19. und 20. Jahrhundert, Schernfeld 1988, 504 S., Abb.

Bd.2. UDO STROOP, Preußische Lehrerinnenbildung im katholischen Westfalen. Das Lehrerinnenseminar in Paderborn (1832-1926), Schernfeld 1992, 262 S., Abb.

Bd.3. FRIEDHELM GOLÜCKE, Der Zusammenbruch Deutschlands – eine Transportfrage? Der Altenbekener Eisenbahnviadukt im Bombenkrieg 1944/45, Schernfeld 1993, 336 S., Abb. u. Dokumentenanhang.

Bd.4. LUDGER GREVELHÖRSTER, Münster zu Anfang der Weimarer Republik. Gesellschaft, Wirtschaft und kommunalpolitisches Handeln in der westfälischen Provinzialhauptstadt 1918 bis 1924, Schernfeld 1993, 253 S., Abb.

Bd.5. THEODOR FOCKELE, Schulreform von oben. Das Paderborner Elementarschulwesen im 19. Jahrhundert zwischen Tradition und Neuordnung. Entwicklung, Lehrer, Schullokalen, Vierow 1995, 400 S., Abb. u. Dokumentenanhang.

Bd.6. LUDGER GREVELHÖRSTER/ WOLFGANG MARON (Hg.), Region und Gesellschaft im Deutschland des 19. und 20. Jahrhunderts. Studien zur neueren Geschichte und westfälischen Landesgeschichte. Karl Hüser zum 65. Geburtstag, Vierow 1995, 183 S.

Bd.7. MARGIT NAARMANN, Paderborner jüdische Familien, Vierow 1998, 350 S., Abb.

Bd.8. KARL HÜSER, Zwischen Kreuz und Hakenkreuz. Das Amt Kirchborchen und seine Gemeinden im „Dritten Reich“ 1933 bis 1945, Vierow 1997, 155 S., Abb.

Bd.9. DETLEF GROTHMANN, „Verein der Vereine?“ Der Volksverein für das katholische Deutschland im Spektrum des politischen und sozialen Katholizismus der Weimarer Republik, Köln 1997, 618 S., Abb. u. Dokumentenanhang.

Bd.10. KARL HÜSER, „Unschuldig“ in britischer Lagerhaft? Das Internierungslager No. 5 Staumühle 1945-1948, Köln 1999, 128 S., Abb.

Bd. 11: FRANK GÖTTMANN/ PETER RESPONDEK (Hg.), Historisch-demographische Forschungen. Möglichkeiten, Grenzen, Perspektiven. Mit Fallbeispielen zur Sozial- und Alltagsgeschichte Westfalens (14.-20. Jahrhundert), Köln 2001, 198 S., Abb.

Bd. 12: BIRGIT BEDRANOWSKY, Neue Energie und gesellschaftlicher Wandel. Strom und Straßenbahn für das Paderborner Land, Köln 2002, 271 S., Abb.

Bd. 13: BARBARA STAMBOLIS (Hg.), Frauen in Paderborn. Weibliche Handlungsräume und Erinnerungsorte, Köln 2005, 494 S., Abb.

Bd. 14: HERMANN FREIHERR VON WOLFF METTERNICH, Ein unbehagliches Jahrhundert im Rückblick, Köln 2007, 275 S., Abb.

Bd. 15: KLAUS HOHMANN (Hg.), Die Paderborner Friedhöfe von 1800 bis zur Gegenwart, Köln 2008, 672 S., 400 Abb.

Bd. 16: SIMONE BUCKREUS, Die Körper einer Regentin – Amelia Elisabeth von Hessen-Kassel (1602-1651), Köln 2008, 196 S., 7 Abb.

Bd. 17: MICHAEL STRÖHMER, Jurisdiktionsökonomie im Fürstbistum Paderborn – Institutionen – Ressourcen – Transaktionen (1650-1800), Münster 2013, 376 S., 38 Abb. u. Tab.

### **Paderborner Beiträge zur Geschichte (PBG)**

DIETER RIESENBERGER, Der Friedensbund deutscher Katholiken. Versuch einer Spurensicherung, Paderborn 1983, 31 S., Abb.

REINHARD SPRENGER, Landwirtschaft und Bauern im Senneraum des 16. Jahrhunderts, Paderborn 1986, 99 S.

DIETMAR WÄCHTER, Katholische Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus, Paderborn 1989, 148 S., Abb.

JOSEF KIVELITZ, Zwischen Kaiserreich und Wirtschaftswunder. Mein Leben in Pader-

born, bearb. von Friedhelm Golücke, Paderborn 1990, 143 S., Abb.

DIDIER VERSHELDE/ JOSEF PETERS, Zwischen zwei Magistralen. Zur Geschichte der Eisenbahnstrecke Paderborn-Brackwede(-Bielefeld) 1845-1994, Vierow 1995, 151 S., Abb. u. Dokumentenanhang.

KIRSTEN HUPPERT, Paderborn in der Inflationszeit. Die soziale und wirtschaftliche Entwicklung zwischen 1919 und 1924, Vierow 1998, 115 S., Abb.

MARC LOCKER/ REGINA PRILL/ EVA MARIA KÜHNEL/ MELANIE KNAUP/ CARSTEN SCHULTE u. a. (Bearb.), Als die Bomben fielen... Beiträge zum Luftkrieg in Paderborn 1939-1945, Vierow 1998, 175 S., Abb.

BARBARA STAMBOLIS, Luise Hensel (1798-1876) Frauenleben in historischen Umbruchzeiten, Vierow 1999, 114 S., Abb.

KLAUS ZACHARIAS, Zur Geschichte des Kapuzinerklosters in Paderborn 1612-1834. Das „Jahrbuch der Capuziner in Paderborn“ des P. Basilius Krekeler von 1859, Vierow 1999, 109 S., Abb.

Bd. 10: MARGIT NAARMANN, Ein Auge gen Zion... Das jüdische Umschulungs- und Einsatzlager am Grünen Weg in Paderborn 1939-1943, Köln 2000, 184 S., Abb.

Bd. 11: UDO SCHLICHT, „Holtzhauer“ und feine Gefäße. Die Glashütten im Fürstbistum Paderborn zwischen 1680 und 1800, Köln 2000, 149 S., Abb.

Bd. 12: BRITTA KIRCHHÜBEL, Die Paderborner Intelligenzblätter (1772 bis 1849), Köln 2003, 162 S., Abb.

Bd. 13: BETTINA BRAUN/ FRANK GÖTT-MANN/ MICHAEL STRÖHMER (Hg.), Geistliche Staaten im Nordwesten des Alten Reiches. Forschungen zum Problem frühmoderner Staatlichkeit, Köln 2003, 304 S., Abb.

Bd. 14: DELPHINE PRADE, Das Reismann-Gymnasium im Dritten Reich. Nationalsozialistische Erziehungspolitik an einer Paderborner Oberschule, Köln 2005, 214 S., Abb.

Bd. 15: ULRICH CHYTREK, Der Telegraf von Prof. Gundolf aus Paderborn von 1850. Eine zeitgeschichtliche Einordnung, Köln 2006, 120 S., Abb.

Bd. 16: CAROLIN MISCHER, Das Junkerhaus in Lemgo und der Künstler Karl Junker. Künstlerisches Manifest oder Außenseiterkunst, Köln 2011, 104 S., Abb.

#### **Bibliographien zur westfälischen Regionalgeschichte**

UTE KAMPMANN-MERTIN, Paderborner Bibliographie 1578-1945, Paderborn 1992, 229 S.

ANDREAS GAIDT, Paderborner Bibliographie 1946 bis 1979. Das Schrifttum über Paderborn, Paderborn 2002, 630 S.

ROLF-DIETRICH MÜLLER u. a., Paderborner Bibliographie 1980/81 ff., Paderborn 1988 ff.

ALEXANDRA MEIER/ ROLF-DIETRICH MÜLLER/ HEIKE THEBILLE, Paderborner Bibliographie 1990-1994 (mit Nachträgen aus früheren Jahren), Paderborn 1999, 132 S.

DETLEF GROTHMANN, Die Warte. Heimatzeitschrift für die Kreise Paderborn und Höxter. Gesamtverzeichnis der Jahrgänge 1 (1933) bis 60 (1999), Köln 2000, 402 S.

#### **Neu:**

ANDREAS GAIDT/ HEIKE THEBILLE, Paderborner Bibliographie 1995-2010 (Bibliographien zur Westfälischen Regionalgeschichte), Paderborn 2015.

#### **Weitere Veröffentlichungen/ Mitherausgeberschaften**

IRMHILD KATHARINA JAKOBI-REIKE, Die Wewelsburg 1919 bis 1933. Kultureller Mittelpunkt des Kreises Büren und überregionales Zentrum der Jugend- und Heimatpflege (Schriftenreihe des Kreismuseums Wewelsburg 3), Paderborn 1991, 163 S., Abb.

FRIEDERIKE STEINMANN/ KARL-JOSEF SCHWIETERS/ MICHAEL ASSMANN, Paderborner Künstlerlexikon. Lexikon Paderborner Künstlerinnen und Künstler des 19. und 20. Jahrhunderts in der Bildenden Kunst, Schernfeld 1994, 309 S., Abb.

BEATE PFANNSCHMIDT, Die Abdinghofkirche St. Peter und Paul. Wandmalerei 1871-1918-1945, Köln 2004, 159 S., Abb.